Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

21. April 1980
Jg. 8 Nr. 17

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Frankreich: Politische Bewegung gegen Kostendämpfung

Regierung will weitere Schranken bei Krankenversorgung einreißen / Gewerkschaften organisieren Kampf

z.pel.Paris. ,,Der Herr Gesundheitsminister Barrot hat uns heute nicht empfangen wollen. Nun gut, wir vertrauen auf die Kampfkraft der bei uns versicherten zwölf Millionen Arbeiter und Angestellten mit ihren Familien, und wir vertrauen auf die feste Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisationen. Der ,Gesetzentwurf Berger' wird wieder im Sack verschwinden.'' Soweit ein kurzer Ausschnitt aus der Rede des Vorsitzenden des nationalen Verbandes der mutualités Frankreichs, des nationalen Verbandes der Gesellschaften für gegenseitige Hilfe (FNMF), auf der von diesen organisierten Demonstration gegen die Kostendämpfungsmaßnahmen der Regierung am 18.4. in Paris. Etwa 5000 Mitglieder waren dem Aufruf dieser aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen, den Genossenschaften in Westdeutschland vergleichbaren ,,Hilfskassen'' gefolgt, in denen sich heute aufgrund der unzureichenden Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherung über 20 Millionen Lohnabhängige zusätzlich versichert haben.

Die Demonstration am Freitag war die erste Zusammenfassung einer politischen Bewegung gegen den französischen Minister für Gesundheit und Sozialversicherung und seine ständigen Angriffe auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterbevölkerung. Drei Maßnahmen des Herrn Barrot, der sich hinter dem Talent eines Ehrenberg keineswegs zu verstecken braucht, haben die sprunghafte Entfaltung der Kämpfe in diesem Frühjahr nachhaltig beeinflußt. Zunächst der sogenannte ,,Gesetzentwurf Berger'' zur ,,Sanierung der Sozialversicherung''. Der sieht vor, die Höhe der Ausgaben, also der Versicherungsleistungen, jeweils im voraus im Parlament zu beschließen. Der Anstieg soll prozentig nicht über der Steigerung des Bruttosozialprodukts liegen, jedes Überschreiten dieser Grenze durch sofortige Beitrags-

der gesetzlichen Sozialversicherung über 20 Millionen Lohnabhängige zusätzlich versichert haben.

Die Demonstration am Freitag war die erste Zusammenfassung einer politischen Bewegung gegen den französischen Minister für Gesundheit und Sozialversicherung und seine ständigen Angriffe auf die Reproduktionsbedingungen der Arbeiterbevölkerung. Drei Maßnahmen des Herrn Barrot, der sich hinter dem Talent eines Ehrenberg keineswegs zu verstecken braucht, haben die sprunghafte Entfaltung der Kämpfe in diesem Frühjahr nachhaltig beeinflußt. Zunächst der sogenannte ,,Gesetzentwurf Berger'' zur ,,Sanierung der Sozialversicherung''. Der sieht vor, die Höhe der Ausgaben, also der Versicherungsleistungen, jeweils im voraus im Parlament zu beschließen. Der Anstieg soll prozentig nicht über der Steigerung des Bruttosozialprodukts liegen, jedes Überschreiten dieser Grenze durch sofortige Beitrags-
erhöhung finanziert werden. Zweitens die Anordnung an die mutualités, ihren Mitgliedern ab 1. Mai nicht mehr die vollen Kosten für Pflege, Medikamente, Arztbesuche etc. zu erstatten, sondern einen Anteil von 5 – 12% direkt auf die Versicherten abzuwälzen. Drittens die Entscheidung der Allgemeinen Krankenkassen, den Ärzten im neuen Honorarabkommen eine Obergrenze für ihre Verschreibungen aufzuzwingen, bei jeder einzelnen Überschreitung die Honorare zu kürzen und bei wiederholten Verstößen die Kassenzulassung zu entziehen.

Der Angriff erfolgt also als Zangenbewegung. Einmal über Androhung weiterer Beitragserhöhungen und ,,Selbstbeteiligung'' *direkt* auf die Versicherten, zum anderen über Ärzte und mutualités, die mit massivem Druck zu Instrumenten der Kostendämpfung geformt werden sollen. Daß Barrot ihn überhaupt in dieser Schärfe starten kann, hat im wesentlichen zwei Gründe. Unter einem Propagandatrommelfeuer, das ein 23 Milliarden-Defizit beschwor, konnte er 1979 eine zweimalige Erhöhung des Beitrages der Lohnabhängigen zur gesetzlichen Krankenversicherung durchsetzen und so die Sozialabgaben auf 12,9% des Lohnes hochtreiben. Über die 13 Mrd. FF, die die Kapitalisten allein 1979 an rückständigen Beiträgen schuldeten, wurde der Mantel des Schweigens gedeckt. Für die Krankenhäuser ließ er ebenfalls 1979 alle Zusatzhaushalte verbieten und kündigte bis 1983 ca. 100000 Bettenstreichungen an. Die Krankenhausbeschäftigten konnten zwar in Einzelfällen die Annullierung der Maßnahmen erkämpfen, die Dekrete insgesamt jedoch nicht zurückschlagen.

Was ihn zweitens zum jetzigen Angriff ermutigen konnte, ist die weit fortgeschrittene Umwandlung der Sozialversicherungsträger in Instrumente staatlicher Kostendämpfungspolitik. Erst ausgangs des Zweiten Weltkrieges von der Arbeiterbewegung erkämpft und die privaten Hilfskassen ablösend, sind bis heute noch etliche Berufsgruppen von der obligatorischen Sozialversicherung ausgeschlossen, hat vor allem jedoch seit 1967 der Kapitalistenverband CNPF die Aufstockung seiner Verwaltungsratssitze auf 50% nutzen können, mit Unterstützung durch vom Staat in den Rat *delegierter* gelber Gewerkschaften den Angriff auf er-

Für die Krankenhäuser ließ er ebenfalls 1979 alle Zusatzhaushalte verbieten und kündigte bis 1983 ca. 100000 Bettenstreichungen an. Die Krankenhausbeschäftigten konnten zwar in Einzelfällen die Annullierung der Maßnahmen erkämpfen, die Dekrete insgesamt jedoch nicht zurückschlagen.

Was ihn zweitens zum jetzigen Angriff ermutigen konnte, ist die weit fortgeschrittene Umwandlung der Sozialversicherungsträger in Instrumente staatlicher Kostendämpfungspolitik. Erst ausgangs des Zweiten Weltkrieges von der Arbeiterbewegung erkämpft und die privaten Hilfskassen ablösend, sind bis heute noch etliche Berufsgruppen von der obligatorischen Sozialversicherung ausgeschlossen, hat vor allem jedoch seit 1967 der Kapitalistenverband CNPF die Aufstockung seiner Verwaltungsratssitze auf 50% nutzen können, mit Unterstützung durch vom Staat in den Rat *delegierter* gelber Gewerkschaften den Angriff auf er-
kämpfte Arbeiterrechte zu organisieren. Heute trägt die gesetzliche Sozialversicherung Arzt- und Behandlungskosten nur noch zu 65 – 75%. Immer müssen Arbeiter und Angestellte (außer bei Krankenhausaufenthalten) Honorare und Medikamentenkosten vorstrecken. Notwendig wurden sie in Zusatzversicherungen getrieben. Die mutualités, aus ihrer Tradition heraus auf profitlose Dienstleistungen verpflichtet, waren da noch die günstigste Lösung, um die Mindestbedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft zu sichern.

Mit 3,1% Anteil der Krankenhauskosten am Bruttoinlandsprodukt liegt Frankreich um ½% vor seinen Konkurrenten BRD und GB, die Durchschnittsverweildauer liegt bei 12 Tagen mit Abstand am niedrigsten, genau wie der Krankenstand von 8% in den Betrieben. Jetzt scheint es jedoch, als hätte die französische Bourgeoisie ihren Ehrgeiz, die Reproduktionskosten der Arbeiterbevölkerung weiter zu senken, um den Lohn drücken zu können, überzogen. Zwei Tage vor der Demonstration der mutualités empfingen in Villejuif bei Paris 3000 Einwohner und Krankenhausbeschäftigte den Minister Barrot bei der Einweihung eines neuen Krankenhaustraktes mit einer Kundgebung gegen seine Politik. Ende März hatten die Gewerkschaften CGT, CFDT und FEN in etlichen Regionen des Landes eine Aktionswoche mit u.a. einer Reihe von Streiks in Industriebetrieben gegen das Kostendämpfungsprogramm organisiert. Die streikenden Beschäftigten der Gas- und Elektrizitätswerke forderten diese Woche: ,,Weg mit dem Gesetzentwurf Berger! Keine Selbstbeteiligung!'' Für Mai ist schon gemeinsam mit den mutualités ein Aktionstag beschlossen. Wo immer Ehrenberg und seine Ministerfreunde von ,,internationalen Zwängen'' und ,,Anstrengungen aufgrund der Konkurrenzlage'' trompeten, kann die westdeutsche Arbeiterklasse gut mit dem Beispiel ihrer französischen Klassengenossen antworten.

Unabhängigkeitsfeier in Zimbabwes Hauptstadt Harare





Seit dem 18.4. ist Zimbabwe unabhängig. Im Schlußwort ihres Wahlprogramms schrieb die ZANU (PF): ,,ZANU (PF) ist sich bewußt, daß die vor ihr liegenden Aufgaben als zukünftige Regierung immens sind. ZANU (PF) leitet jedoch ihre Zuversicht und ihr Vertrauen aus der Erfahrung her, die sie im bewaffneten Kampf gemacht hat. Wenn sie einen solchen harten, bitteren und blutigen Krieg geführt hat und erfolgreich war, dann gibt es absolut keinen Grund, warum sie in Übereinstimmung mit den Wünschen des Volkes beim Regieren des Landes versagen sollte. Es werden ZANU (PF) und das Volk sein, die regieren und erfolgreich sein werden. Die Volksmacht kann niemals versagen. ZANU (PF) wird immer gewinnen.''

VR China verhandelt über Aufnahme in IWF und Weltbank

z.gek. Die VR China hat in den letzten Wochen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der Weltbank über die Einnahme des 1945 von der damaligen Republik China, später dann von Taiwan in Anspruch genommenen Sitzes verhandelt. Es geht ihr nicht darum, selbst als Kreditwucherer aufzutreten, sondern um Vervielseitigung ihrer Kreditquellen. Eine dem wirtschaftlichen Gewicht der VR China entsprechende Quote würde die Stimmverhältnisse im IWF stark zuungunsten der Imperialisten verändern; daher die langwierigen Verhandlungen. – Spekulationen über eine nicht mehr abzutragende Auslandsverschuldung der VR China haben sich bereits zerschlagen: im ersten Quartal 1980 ist ihr Handelsüberschuß weiter gewachsen (auf 1,6 Mrd. $), so daß die aufgenommenen Investitionskredite zügig abgezahlt werden können.

Indien wertet Rupie gegenüber Rubel auf

z.gkr. Am 3. April hat die indische Währungsbank die Rupie gegenüber dem Rubel um 3,6% aufgewertet: für einen Rubel werden in Zukunft nur noch 9,63 Rupien verrechnet, gegenüber 9,99 Rupien vorher. Immer noch bedeutet dies eine starke Überbewertung des Rubel. Vor etwa einem Jahr hatten die Sozialimperialisten Indien zur Abwertung der Rupie um 20% gezwungen. Die Sowjetunion war so in der Lage, ihr seit Jahren bestehendes Handelsbilanzdefizit gegenüber Indien auszugleichen. 1978 exportierte Indien in die SU Waren im Wert von 407,3 Mio. Rubel und importierte Waren für 364,1 Mio. Rubel. Im folgenden Jahr betrugen die Exporte 510 Mio. Rubel und die Importe 525,1 Mio. Rubel. Um wenigstens 170 Mio. Rubel wurde Indien so durch die letzte Wechselkursänderung innerhalb eines Jahres betrogen.

Länder Lateinamerikas festigen

z.gkr. Am 3. April hat die indische Währungsbank die Rupie gegenüber dem Rubel um 3,6% aufgewertet: für einen Rubel werden in Zukunft nur noch 9,63 Rupien verrechnet, gegenüber 9,99 Rupien vorher. Immer noch bedeutet dies eine starke Überbewertung des Rubel. Vor etwa einem Jahr hatten die Sozialimperialisten Indien zur Abwertung der Rupie um 20% gezwungen. Die Sowjetunion war so in der Lage, ihr seit Jahren bestehendes Handelsbilanzdefizit gegenüber Indien auszugleichen. 1978 exportierte Indien in die SU Waren im Wert von 407,3 Mio. Rubel und importierte Waren für 364,1 Mio. Rubel. Im folgenden Jahr betrugen die Exporte 510 Mio. Rubel und die Importe 525,1 Mio. Rubel. Um wenigstens 170 Mio. Rubel wurde Indien so durch die letzte Wechselkursänderung innerhalb eines Jahres betrogen.

Länder Lateinamerikas festigen wirtschaftliche Zusammenarbeit

z.wom. Von 1970 bis 1977 haben die Länder Lateinamerikas ihren Handel untereinander wertmäßig vervierfacht, sodaß er inzwischen fast 18% ihres Außenhandels ausmacht. Die weitgehende Abhängigkeit im Außenhandel von den imperialistischen Ländern, vor allem dem US-Imperialismus, nimmt allmählich ab. Zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit haben verschiedene lateinamerikanische und karibische Länder beschlossen, ein vom IWF unabhängiges Finanz- und Wirtschaftssystem zu schaffen. Die Andenpaktstaaten Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela wollen einen gemeinsamen Stahlmarkt schaffen durch Abbau der Zollschranken untereinander und einheitliche Zölle auf Importe aus Drittländern. Brasilien ist inzwischen anstelle des BRD-Imperialismus der zweitwichtigste Handelspartner Chiles.

Kenia, Sudan und Tansania sichern Uganda jede Hilfe zu

z.brp. Das erklärten die Präsidenten auf einer Konferenz am 14.4. in Mombasa. Die vor drei Jahren aufgekündigte Ostafrikanische Gemeinschaft soll wiederhergestellt werden, Sudan nimmt vorerst als Beobachter teil. Die Bevölkerung Ugandas trägt schwer an der Isolation des Landes, hervorgerufen durch die Grenzkonflikte mit Kenia und Sudan, sodann mit dem Überfall auf Tansania durch Truppen des vor einem Jahr gestürzten Idi Amin. Die Wirtschaft liegt weitgehend brach, nur wenige landwirtschaftliche Erzeugnisse konnten letztes Jahr exportiert werden. Inflation, Hungersnot und Schmuggel herrschen noch immer. Schon versuchen die USA, aber auch die SU über Kuba, Uganda über Kredite und Berater in ihre Abhängigkeit zu bringen. Die Normalisierung der Beziehungen Ugandas zu seinen Nachbarländern dient der Stabilität und dem Aufbau des Landes.

Keinerlei Zwangsmaßnahmen gegen den Iran!

Das iranische Volk steht im Kampf für Befreiung

z.ges. Es ist schandbar mitanzusehen, wie die Bundesregierung außenpolitisch agiert. Fast jeden Tag wird ein neuer Erklärungsgrund für die sowjetische Aggression gegen Afghanistan gefunden, und bevor die Bundesregierung den Boykott der Olympischen Spiele in Moskau empfiehlt, wird sie sich noch mehrmals gen Osten verbeugen mit der Bitte, die Boykottgeste doch ja nicht mißzuverstehen. Sie hätte eigentlich nicht gewollt. Breschnew kennt die Helden und hat Schmidt nach Moskau eingeladen. Das schmeichelt. Vor der sowjetischen Supermacht wird gekatzbuckelt, und wenn die amerikanische Supermacht fordert, ihre Zwangsmaßnahmen gegen den Iran zu unterstützen, ein Land der Dritten Welt, das dem Imperialismus nichts als Leichenberge zu verdanken hat, dann schwelgt die Bundesregierung richtiggehend in Solidarität mit dem ,wichtigsten Verbündeten'.

Schon hat Lambsdorff angekündigt, die BRD werde die amerikanischen Zwangsmaßnahmen gegen den Iran auch dann unterstützen, wenn die EG zu keinem einheitlichen Beschluß komme. Natürlich hat er dabei den Beifall von Strauß. In Taten wird die Bundesregierung vielleicht vorsichtiger sein, doch will sie mit dem US-Imperialismus einen Deal machen: das Auftrumpfen gegen den Iran soll die geschäftstüchtige Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion ausgleichen und bei den USA gutes Bündniswetter machen. Carter hat in seine angedrohten Zwangsmaßnahmen ein Ausfuhrverbot von Nahrungsmitteln und Arzneimitteln einbezogen. Militärische Aktionen könnten am ehesten vermieden werden, wenn sich die europäischen Mächte und Japan seinen Maßnahmen völlig anschlössen, meint Carter zynisch. Die Erpressung des Iran geht Hand in Hand mit dem Druck auf die imperialistischen Verbündeten. Carter deutete ein Ultimatum an.

Die Zwangsmaßnahmen können ein Schuß nach hinten werden. Das iranische Volk ist in revolutionärer Bewegung und nicht unterzukriegen. Andererseits spricht Brzezinski von sowjetischen Truppenkonzentrationen an der iranischen Grenze. Die US-Maßnahmen sind Teil der amerikanisch-sowjetischen Rivalität. Unversehens kann sich die Bundesrepublik gerade auf ihren Schleichwegen vollends in diese Rivalität verstricken, was die Bundesregierung angeblich vermeiden will. Man darf die beiden Zerstörer, die jetzt auf Fahrt in den Indischen Ozean sind, nicht vergessen, wenn Carter immer offener eine Seeblockade gegen den Iran ins Gespräch bringt. Die Bundesregierung hat aufgefordert, deutsche Staatsbürger sollten den Iran verlassen. Es ist in der Arbeiterbewegung umstritten, ob die iranische Politik, mit der Geiselnahme die USA moralisch demütigen zu wollen, klug ist. Eher nicht. Aber jetzt geht es nicht um Unterstützung oder Ablehnung dieses Punktes iranischer Politik, sondern um Unterstützung oder Ablehnung der US-Zwangsmaßnahmen und der gefährlichen imperialistischen Kumpanei der Schmidt und Lambsdorff dabei. Im Gegensatz zu den westdeutschen Kapitalisten sind die Volksmassen an freundschaftlichen Beziehungen zur iranischen Revolution interessiert. Sie kann die Unabhängigkeit der Region stärken. Das ist entscheidend im Kampf gegen die Kriegsgefahr und wäre im übrigen auch das Beste für die Ölversorgung.

Brasilianische Metallarbeiter streiken weiter
Imperialistische Autokonzerne lahmgelegt



Das Arbeitsgericht hat den Streik in Sao Paulo für illegal erklärt. An den meisten Orten wird für Lohnerhöhung und Kündigungsschutz weitergestreikt. VW do Brasil hatte nach sieben Tagen 15000 Autos Produktionsausfall.

z.ges. **Zum Wochenende hin entwickelte sich an den Börsen der BRD ein heftiger Run auf festverzinsliche Wertpapiere, vor allem auf Bundesanleihen.** Zeichnen sich krisenhafte Entwicklungen ab, dann wird der Anspruch auf Beteiligung an zukünftiger Steuerausplünderung zum begehrtesten Spekulationsobjekt. In den USA tritt die Krise jetzt ein. Anfang April ging der Automobilabsatz weiter zurück, und zwar zweistellig. Stillegungen ganzer Werke nehmen zu. General Motors plant neue 12000 Entlassungen und hätte damit die Belegschaft in den USA seit Sommer '79 um bisher 100000 Arbeitskräfte reduziert. In diesem März ist die industrielle Produktion der USA um 0,8% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, vor allem in der Verbrauchsgüterindustrie. Auch das Bauauftragsvolumen wird kleiner. Mit den hohen Zinsen bricht der Massenkonsum ein, der nur noch durch Kredite auf Niveau gehalten worden war. Die Börsen sind sensibel. Der Run auf Festverzinsliche ist ein Sturmvogel der Krise, die in den USA beginnt. Das Steuerpaket der Bundesregierung ist jetzt im Finanzausschuß des Bundestages abgestellt. 1981 werden 33 Mrd. DM Tilgung von Bundesanleihen fällig. Nachdem die Bundesregierung für 1980 Steuererleichterungen ablehnte, werden sie für 1981 immer unwahrscheinlicher. Im Gegenteil: Steigende Steuerlasten auf Lohn und Konsum scheinen das Sicherste an der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung. Die Finanzhaie an der Börse wissen, hinter wem sie herjagen.

z.sth. **Die Ankündigungen des Iran, Libyens und Algeriens, die Erdöllieferungen an alle Länder, die die Erpresserpolitik der US-Supermacht unterstützen, einzustellen, haben die BRD-Imperialisten in helle Aufregung versetzt.** In der Bundestagsdebatte vom 17.4. nannte Bundesminister Lambsdorff die gegenwärtige Erdölversorgung als „äußerst labil“. Schon geringfügige Lieferkürzungen könnten zu erheblichen Störungen führen. Das Energiesicherungsgesetz (1975) ermächtigt die Bundesregierung zu umfassenden Notstandsmaßnahmen. Nach FAZ-Interpretation des Gesetzes sind bei bis zu 15% Einfuhrausfall Spar-Appelle, Geschwindigkeitsbegrenzungen und Wochenendfahrverbote für den privaten Verbauch vorgesehen. Bei 15 – 30% Rationierung von Benzin, Diesel und leichtem Heizöl. Bei mehr als einem Drittel Erdöleinfuhrausfall würden Zustände wie im Verteidigungsfall herrschen. Umfassende Bewirtschaftung mit Kontingenten bei allen Mineralprodukten. Die Erdöllieferungen aus dem Iran betrugen im Jan. – Febr. 1980 15% der Gesamteinfuhren. Damit liegt der Iran nach Saudi-Arabien mit 16,9% und Libyen mit 16,3% an 3. Stelle der Erdöllieferanten. Es folgen Großbritannien mit 14,6%, Nigeria mit 10,3%, Algerien mit 7,7% und die Arabischen Emirate mit 6,5%.

setzt. In der Bundestagsdebatte vom 17.4. nannte Bundesminister Lambsdorff die gegenwärtige Erdölversorgung als „äußerst labil“. Schon geringfügige Lieferkürzungen könnten zu erheblichen Störungen führen. Das Energiesicherungsgesetz (1975) ermächtigt die Bundesregierung zu umfassenden Notstandsmaßnahmen. Nach FAZ-Interpretation des Gesetzes sind bei bis zu 15% Einfuhrausfall Spar-Appelle, Geschwindigkeitsbegrenzungen und Wochenendfahrverbote für den privaten Verbauch vorgesehen. Bei 15 – 30% Rationierung von Benzin, Diesel und leichtem Heizöl. Bei mehr als einem Drittel Erdöleinfuhrausfall würden Zustände wie im Verteidigungsfall herrschen. Umfassende Bewirtschaftung mit Kontingenten bei allen Mineralprodukten. Die Erdöllieferungen aus dem Iran betrugen im Jan. – Febr. 1980 15% der Gesamteinfuhren. Damit liegt der Iran nach Saudi-Arabien mit 16,9% und Libyen mit 16,3% an 3. Stelle der Erdöllieferanten. Es folgen Großbritannien mit 14,6%, Nigeria mit 10,3%, Algerien mit 7,7% und die Arabischen Emirate mit 6,5%.

z.bep. **Der KBW kandidiert in NRW zum ersten Mal zu den Landtagswahlen.** In 103 von 151 Wahlkreisen wurden Direktkandidaten aufgestellt und für alle Wahlvorschläge die nötigen Unterschriften gesammelt. Insgesamt 15510 Unterzeichner unterstützten die Kandidatur des KBW. 9 Parteien haben Landeslisten aufgestellt: CDU, SPD, FDP, DKP, EAP, das „Deutsche Zentrum“, die „Bürgerpartei“ von Fredersdorf, „Die Grünen“ und der KBW. Zwei weitere „grüne“ Vereinigungen kandidieren nur auf örtlicher Ebene. Den „Grünen“, die bei den Europawahlen 3,6% erhielten, ist damit doch noch eine weitgehend einheitliche Kandidatur geglückt, unter Einbeziehung der meisten „Bunten“. Die NPD tritt auf Landesebene nicht mehr auf. Die SPD hat sich in ihrer Wahlkampagne bis jetzt darauf konzentriert, ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung, vor allem im Ruhrgebiet, zu halten. Die CDU-Kundgebungen mit Strauß haben Zustrom vor allem in den ländlichen Gebieten. Letzten Mittwoch in Aachen waren es 24000, an einer Gegendemonstration vorher nahmen 4000 teil.

z.mno. **Der Westberliner Staatsschutz hat Mitte April acht türkische politische Organisationen aufgefordert, innerhalb von zwei Wochen die Namen und Anschriften ihrer Mitglieder vorzulegen.** Die Namen der Organisationen wurden nicht bekanntgegeben. Laut Staatsschutz sollen „auf der rechten Seite religiös-fanatische Gruppen und auf der linken Seite kommunistisch orientierte Vereine“ betroffen sein. Die Bekanntgabe der Mitglieder solle die Voraussetzung für eine strengere Überwachung der politischen Tätigkeiten schaffen, um „gezielt gegen Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorgehen zu können“. Bei seinem Vorgehen kann sich der Staatsapparat auf § 20 der Verordnung zur Durchführung des Vereinsgesetzes vom 28.7. 1966 stützen. Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist bekannt, daß derartige Aufforderungen, die aus naheliegenden Gründen kaum je befolgt werden, meist der Vorbereitung des Verbots der betreffenden Organisation dienen.

z.jük. **„Bundesgrenzschutz geht gut gerüstet in die achtziger Jahre“, erklärte Baum anläßlich der Veröffentlichung des Tätigkeitsberichts 1979 des BGS.** Die Mannschaftsstärke wird mit 21859 angegeben (1978 21782). Im Bundeshaushalt standen 981 Mio. DM für den BGS 1979 zur Verfügung. Herausgehoben wird von Baum der Einsatz des BGS „gegen Ausländer“ und bei der „Rauschgiftbekämpfung“. Insgesamt sind an den Grenzen 211283 Personen zurückgewiesen worden. Abgeschlossen wurde '79 die Ausstattung der Grenzübergangsstellen mit Datenstationen Inpol, angeschlossen an das Netz der Länderpolizei. (109 Grenzschutzstellen mit 141 Terminals und 127 Grenzschutzstellen mit 128 Fernschreibern, angeschlossen an das Bundeskriminalamt.) Der Ausbau geschlossener Einheiten zur Niederschlagung von Streiks und Massenbewegungen, die Verfeinerung des logistischen Apparates wurde teilweise abgeschlossen und teileise erprobt. Der Kraftfahrzeugpark wurde aufgestockt, einzelne Waffensysteme, im wesentlichen Handfeuerwaffen, verbessert. Derzeit wird die Fernmeldeausstattung ergänzt. U.a. durch das „Wenigkanal-Handsprechfunkgerät“, welches dem „Benutzer durch gezielte Kanalwahl die Zusammenarbeit mit allen anderen Sicherheitsorganen“ gestattet.

z.güv. **Papst Wojtyla** hat dem Sohn des letzten österreichischen Kaisers, dem CSU-Europa-Parlamentarier und Präsidenten der Paneuropa-Union, Otto von Habsburg, für seine Bemühungen um die Schaffung eines Christlichen Großeuropa das Großkreuz mit Schulterband und Stern des päpstlichen Gregoriusordens verliehen.



gänzt. U.a. durch das „Wenigkanal-Handsprechfunkgerät“, welches dem „Benutzer durch gezielte Kanalwahl die Zusammenarbeit mit allen anderen Sicherheitsorganen“ gestattet.

z.güv. Papst Wojtyla hat dem Sohn des letzten österreichischen Kaisers, dem CSU-Europa-Parlamentarier und Präsidenten der Paneuropa-Union, Otto von Habsburg, für seine Bemühungen um die Schaffung eines Christlichen Großeuropa das Großkreuz mit Schulterband und Stern des päpstlichen Gregoriusordens verliehen.



z.ebk. **Verurteilen soll sich ein Ausländer lassen, das Urteil braucht er nicht lesen zu können.** Das ist der Inhalt einer Entscheidung des Frankfurter Oberlandesgerichts über eine Beschwerde eines Ausländers, der wegen Mordes zu 10 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Da er deutsch nicht versteht, hatte er beantragt, daß ihm das schriftliche Urteil in seine Heimatsprache übersetzt wird. Das Oberlandesgericht hat entschieden, daß dem Angeklagten nur der Haftbefehl und die Anklage übersetzt werden müssen. Außerdem müsse in der Hauptverhandlung gedolmetscht werden. Dabei würde ihm ja auch die mündliche Urteilsbegründung übersetzt werden. Damit basta! Erst 1979 wurde die Bundesrepublik wegen Verletzung der Menschenrechtskonvention vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt und verpflichtet, die Kosten eines Dolmetschers in der Hauptverhandlung grundsätzlich selbst zu zahlen.

z.heo. **Über 5000 ausländische Arbeiter – vor allem Türken und Spanier – demonstrierten am 19.4. in Bonn gegen die neue Kindergeld-Regelung der Bundesregierung.** Unter der Hauptlosung „Gleiches Kindergeld für Ausländer und Deutsche“ wendeten sich die Arbeiter gegen die drastische Kindergeldkürzung seit dem 1.1.80. Danach wird ausländischen Arbeiterfamilien aus Nicht-EG-Ländern für das 1. Kind das Kindergeld von 50 DM auf 10 DM, das 2. von 100 auf 25, das 3. und 4. von 200 auf 60 und das 5. von 200 auf 79 DM gekürzt.



Schlappe in der „Rohstoffaußenpolitik“

Bundesregierung beklagt Mehrheitsverhältnisse der UNO-Seerechtskonferenz

z.rua. „Mit Entschiedenheit“ wies die Bundesregierung am 27.3. in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU „den Vorwurf der ungenügenden Wahrung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland auf der 3. UN-Seerechtskonferenz“ zurück (Bundestagsdrucksache 8/3872). Im Gegenteil habe die Bundesregierung seit Jahren alles ihr nur mögliche getan, „um die deutschen Interessen gegenüber der neuen Entwicklung des Seerechts zu wahren.“ Allerdings ohne Erfolg, weil „die Mehrheitsverhältnisse auf der Konferenz unsere Wirkungsmöglichkeiten einschränken“.

Auf Drängen der Länder der Dritten Welt wurde 1973 die UNO-Seerechtskonferenz einberufen. Sie soll eine internationale Seerechtskonvention erarbeiten, die den Ländern der Dritten Welt eine Wirschaftszone von 200 Seemeilen und die Ressourcenhoheit des jeweiligen Landes über seinen Kontinentalsockel garantiert. Eine Internationale Meeresbodenbehörde soll die Bodenschätze im offenen Meer zum gemeinsamen Nutzen aller Länder verwalten und ihren Abbau reglementieren. An der Seerechtskonferenz nehmen insgesamt 163 Länder teil, darunter 120 Länder der Dritten Welt. Auf der am 4.4. beendeten ersten Verhandlungsrunde der 9. Tagungsperiode konnten sie endlich einen Konventionsentwurf als Grundlage für die im Juli fortzusetzenden Verhandlungen durchsetzen. Die Schaffung der Meeresbodenbehörde können die Imperialisten nicht mehr verhindern. Sie setzen jetzt darauf, sich in ihr eine Sperrminorität zu sichern.

„Die Position der Bundesrepublik Deutschland als Kurzküstenstaat, der gleichzeitig Schwellenmacht des Tiefseebergbaus ist und weitreichende Interessen an der Nutzung der Hohen See hat“, sei besonders schwierig, klagt die Bundesregierung. Seit 1976 betreibt sie das „Gesamtprogramm Meeresforschung und Meerestechnologie“ mit Investitionen von 1 Mrd. DM. Erforscht wird vor allem die Lagerung und der Abbau von Manganknollen im Nordpazifik. 2 Mrd. DM müssen etwa investiert werden, bevor mit dem Abbau begonnen werden kann. Die BRD-Imperialisten liegen also gewissermaßen auf halber Strecke. Zur Zeit lassen sie von dem im Nordpazifik kreuzenden Forschungsschiff „Valdivia“ aus Lager in über 5000 m Tiefe erkunden und einen Großversuch zur Erprobung fördertechnischer Verfahren durchführen.

Im Nordpazifik und im Indischen Ozean liegen auf einem 200 km breiten und 1600 km langen Streifen in 1600 bis 4000 m Tiefe geschätzte Reserven an Manganknollen von 1,5 Mrd. t. Die Manganknollen sind groß wie Kartoffeln und bestehen aus einer hohen Konzentration von Mangan-, Nickel-, Kobalt-, Kupfer- und Eisenerzen. Mangan, Nickel und Kobalt sind notwendige Legierungsmetalle für die Edelstahlproduktion. Sie werden wegen ihrer Beständigkeit insbesondere im Flugzeug- und Raketenbau sowie in der Werkzeugproduktion verwendet. Bei all diesen Stoffen ist die BRD zu 100% von Importen abhängig. Die BRD-Imperialisten, die in den letzten Jahren beständig die Edelstahlproduktion ausgedehnt haben, sind besorgt um die billige Rohstoffzufuhr. Der Hauptanteil der Importe kommt aus dem südlichen Afrika und der UdSSR – also keineswegs sichere Bezugsquellen. Des weiteren haben Forschungen ergeben, daß bei einer großräumigen Erzgewinnung aus dem Meer der Förderpreis nur 1/5 bis 1/10 des Preises der Festlandförderung ausmachen kann. Eine Möglichkeit auch, um den Druck auf die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt zu erhöhen.

Für die Verhandlungsrunde der Seerechtskonferenz im Juli haben die BRD-Imperialisten als „forschungsintensiver Staat“ beantragt, Forschungen auf dem Meeresboden der Kontrolle der Meeresbodenbehörde nicht zu unterwerfen. Aber wie gesagt, die Mehrheitsverhältnisse stehen dagegen.



Förderung von Manganknollen

Neue Richtlinien für Dateien des BKA

Baum baut Überwachung aus und gibt ihr den notwendigen rechtsstaatlichen Schliff

z.ebk. Der Datenschutzbeauftragte des Bundesinnenministers Baum, Prof. Bull, mußte in seinem Tätigkeitsbericht „wachsendes Datenschutzbewußtsein im Sicherheitsbereich“ feststellen. Baum hat am 19. März 1980 dem Innenausschuß des Bundestages seinen „zweiten Bericht über Dateien im Bereich des Bundeskriminalamtes“ vorgelegt. Der Bericht belegt, wie sich der Minister die Sache des Bürgers angelegen sein läßt, um, wie er vor Beamten des BKA sagt, „den Bürger nicht zum bloßen Informationsobjekt, zum ergiebigen und verwaltbaren Datenlieferanten“ zu machen.

Im März 1979 erließ Baum die „Richtlinien über kriminalpolizeiliche personenbezogene Sammlungen (KpS)“. Diese Richtlinien sollen jetzt ergänzt werden durch die „Richtlinien für die Errichtung und Führung von Dateien über personenbezogene Daten beim Bundeskriminalamt“, die im Entwurf vorliegen. Um „auf Fehlent-

schriebenen, von Ausländern und „anderen Personen, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß dies zur Aufklärung oder vorbeugenden Verbrechensbekämpfung schwerwiegender Straftaten, zur Ergreifung von mit Haftbefehl gesuchten Personen oder zur Abwehr einer im einzelnen Fall bestehenden erheblichen Gefahr erforderlich ist“. Die betroffenen Personen sollen über Speicherung spätestens ein Jahr danach unterrichtet werden, wenn dadurch nicht „der verfolgte Zweck gefährdet (wird)“. Zugang zu den gespeicherten Daten haben: die Polizeibehörden des Bundes und der Länder, Gerichtsbehörden, Finanzbehörden, Verfassungsschutz, BND und MAD, die Sicherheitsorgane der Besatzerstreitkräfte und „sonstige Behörden, wenn sie die Angaben zur Abwehr einer Gefahr von einem Einzelnen oder der Allgemeinheit benötigen“!

wie Personen, bei denen nach Erkenntnislage des Bundeskriminalamtes 20 Jahre lang die Voraussetzung für die Aufnahme von Erkenntnissen in die KpS nicht gegeben waren“. Und – man muß ja auch für die immer gespannte „Arbeitslage“ der im Sicherheitsbereich Bediensteten Verständnis haben – „die Aussonderungen können entsprechend der Arbeitslage nur schrittweise vorgenommen werden“. Für die Zukunft ist bei automatisierter Führung der Datei „die automatische Löschung oder Sperrung möglichst bereits bei der Eingabe der Daten vorzusehen (programmiertes Vergessen)“. Das Abwerfen unnützen Ballastes ist eben auch eine Voraussetzung für die Herstellung eines reibungslos funktionierenden Überwachungsapparates: Daher sollen die Richtlinien immerhin 361 Beschlüsse der Innenministerkonferenz seit 1972 über die Erfassung personenbezogener Daten ablösen, denn „die Beamten der Polizei haben, wo

Neue Richtlinien für Dateien des BKA

Baum baut Überwachung aus und gibt ihr den notwendigen rechtsstaatlichen Schliff

z.ebk. Der Datenschutzbeauftragte des Bundesinnenministers Baum, Prof. Bull, mußte in seinem Tätigkeitsbericht „wachsendes Datenschutzbewußtsein im Sicherheitsbereich“ feststellen. Baum hat am 19. März 1980 dem Innenausschuß des Bundestages seinen „zweiten Bericht über Dateien im Bereich des Bundeskriminalamtes“ vorgelegt. Der Bericht belegt, wie sich der Minister die Sache des Bürgers angelegen sein läßt, um, wie er vor Beamten des BKA sagt, „den Bürger nicht zum bloßen Informationsobjekt, zum ergiebigen und verwaltbaren Datenlieferanten“ zu machen.

Im März 1979 erließ Baum die „Richtlinien über kriminalpolizeiliche personenbezogene Sammlungen (KpS)“. Diese Richtlinien sollen jetzt ergänzt werden durch die „Richtlinien für die Errichtung und Führung von Dateien über personenbezogene Daten beim Bundeskriminalamt“, die im Entwurf vorliegen. Um „auf Fehlentwicklungen jeder Art rasch und elastisch reagieren“ zu können, sollen sie zunächst als innerdienstliche Richtlinien behandelt, später dann zum Gesetz erhoben werden. Sie erlauben die Speicherung personenbezogener Daten von Verdächtigen Beschuldigten, Gefangenen, erkennungsdienstlich Behandelten, zur Festnahme Ausgeschriebenen, von Ausländern und „anderen Personen, wenn zureichende tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß dies zur Aufklärung oder vorbeugenden Verbrechensbekämpfung schwerwiegender Straftaten, zur Ergreifung von mit Haftbefehl gesuchten Personen oder zur Abwehr einer im einzelnen Fall bestehenden erheblichen Gefahr erforderlich ist“. Die betroffenen Personen sollen über Speicherung spätestens ein Jahr danach unterrichtet werden, wenn dadurch nicht „der verfolgte Zweck gefährdet (wird)“. Zugang zu den gespeicherten Daten haben: die Polizeibehörden des Bundes und der Länder, Gerichtsbehörden, Finanzbehörden, Verfassungsschutz, BND und MAD, die Sicherheitsorgane der Besatzerstreitkräfte und „sonstige Behörden, wenn sie die Angaben zur Abwehr einer Gefahr von einem Einzelnen oder der Allgemeinheit benötigen“!

Für die Dauer der Aufbewahrung halten die KpS als Grundsatz fest: „Die Aufbewahrung ist solange zulässig, wie der mit ihr verfolgte polizeiliche Zweck es erfordert“. Aber Baum ist noch viel rechtsstaatlicher: „Regelmäßig auszusondern“ sind die Unterlagen über „Tote, Personen über 70 (bisher 90) Jahre, Vermißte, Kinder sowie Personen, bei denen nach Erkenntnislage des Bundeskriminalamtes 20 Jahre lang die Voraussetzung für die Aufnahme von Erkenntnissen in die KpS nicht gegeben waren“. Und – man muß ja auch für die immer gespannte „Arbeitslage“ der im Sicherheitsbereich Bediensteten Verständnis haben – „die Aussonderungen können entsprechend der Arbeitslage nur schrittweise vorgenommen werden“. Für die Zukunft ist bei automatisierter Führung der Datei „die automatische Löschung oder Sperrung möglichst bereits bei der Eingabe der Daten vorzusehen (programmiertes Vergessen)“. Das Abwerfen unnützen Ballastes ist eben auch eine Voraussetzung für die Herstellung eines reibungslos funktionierenden Überwachungsapparates: Daher sollen die Richtlinien immerhin 361 Beschlüsse der Innenministerkonferenz seit 1972 über die Erfassung personenbezogener Daten ablösen, denn „die Beamten der Polizei haben, wo immer sie tätig sind, einen Anspruch darauf, daß ihnen ein rechtlich klarer Rahmen vorgegeben wird“ (Baum vor Beamten des BKA). Mit vielem liberalen Geschwätz über die hohe Achtung der Rechte des Bürgers gibt Baum mit seinen Richtlinien einem technisch ausgefuchsten Überwachungsapparat klare Handlungsanweisungen.

z.elf. **Die ordnungsgemäße Versorgung der Patienten in vielen Krankenhäusern in Nordrhein ist mit der derzeitigen personellen Besetzung nicht mehr gewährleistet.** Dies hat der Vorstand der Ärztekammer Nordrhein nach einer Meldung des „Deutschen Ärzteblattes“ in einer einstimmigen Feststellung zum Ausdruck gebracht. Es sei „unerträglich“, daß Ärzte und Schwestern vor Gerichten und den Staatsanwaltschaften für die schlechte personelle Situation und dadurch entstehende Fehler in der Behandlung verantwortlich gemacht werden. Den Beschäftigten würde so die moralische und juristische Verantwortung für die Folgen von Entscheidungen bei der Besetzung des Stellenplanes in den Krankenhäusern zugeschoben, auf die sie keinen Einfluß haben. Bei Beibehaltung der gegenwärtigen Personalbesetzung, die sich nach Anhaltszahlen aus dem Jahre 1969 richteten, käme es zu einer Niveausenkung in der Behandlung und letztlich zu „einer Art öffentlichen Notstandes“.

z.scm. **Im Kreis Cuxhaven ist Ende Februar das fünfte niedersächsische Hilfskrankenhaus für den Kriegsfall fertiggestellt worden.** Die unterirdische Anlage ist mit 800 Liegen und eigenen Versorgungsanlagen für Strom, Wasser und Lüftung ausgestattet, kostete 7,5 Mio. DM und erfordert für die Instandhaltung jährlich 50000 DM. Gemäß der Bund-Länder-Vereinbarung über die Errichtung von Hilfskrankenhäusern ist vorgesehen, das nötige Personal im Kriegsfall oder bei einer „Katastrophe“ nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz von 1968 dienstzuverpflichten. Der niedersächsische Sozialmininister Schnipkoweit kritisierte in diesem Zusammenhang bei der Übergabe des Hilfskrankenhauses, daß wegen fehlender Durchführungsbestimmungen dieses Gesetz noch nicht angewandt werden könne. Die niedersächsische Landesregierung will in jedem der 46 Landkreise und kreisfreien Städte ein Hilfskrankenhaus errichten. Gegenwärtig stehen neben den fünf fertigen zwei vor der Übergabe, und drei sind im Rohbau fertiggestellt.

z.ges. **Die Politik der Bundesregierung, die „Unabhängigkeit Zimbabwes und die Überwindung der Politik rassischer Diskriminierung mit friedlichen Mitteln“ zu erreichen, würde „beeinträchtigt durch die Förderung bewaffneter Auseinandersetzungen“.** So hieß es in einer Erklärung des Auswärtigen Amtes vom Frühjahr 1978 gegen die Sammlung zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA. Als ob das Ziel der Sammlung nicht gerade gewesen wäre, die „bewaffneten Auseinandersetzungen“ möglichst rasch durch den Sieg des Volkes von Zimbabwe in seinem Befreiungskrieg zu beenden. Das Auswärtige Amt war in Wahrheit gegen die Unabhängigkeit selber. Jetzt ist die politische Unabhängigkeit Zimbabwes erkämpft, und die Bundesrepublik mußte sehen, wie sie

Liberias Massen bringen die Regierung zu Fall

Unteroffiziersputsch nach Aufschwung der Massenbewegung gegen US-Vorherrschaft

z.hef. Am 12. April stürzten Teile der liberianischen Armee unter der Führung von Unteroffizieren die Regierung Tolbert. Tolbert selbst wurde erschossen, die Mehrzahl seiner Minister und Hunderte von hohen Beamten verhaftet. Sie sollen, meist wegen Korruption, vor ein Militärtribunal gestellt werden.

Dem Putsch war ein Aufschwung der Massenbewegung in Liberia in den letzten zwölf Monaten vorausgegangen. Liberia liefert u.a. Gummi und Eisenerz in großen Mengen an die USA und Westdeutschland und dient dem Schiffahrtskapital als Registrationsstelle für 20% der Weltschiffahrtstonnage. Das US-Finanzkapital kontrolliert mit mehr als 300 Mio. Dollar Direktanlagen den größten Teil der Plantagen und Minen. Die US-Banken sind der größte Gläubiger Liberias. Ein US-Trust verwaltet das Schiffahrtsregister in Liberia. Der US-Dollar ist das Zahlungsmittel, Liberia hat keine eigenen Banknoten. Und mit der „Omega"-Nachrichten- und Abhörstation betreibt der US-Imperialismus einen wichtigen Horchposten gegen Afrika.

Eine bürgerliche amerikanische Kolonialgesellschaft hatte Liberia („Freiheitsland") 1821 gegründet. Als Mittel ihrer Kolonialpolitik schickten die US-Bourgeois freigelassene Sklaven unter dem Vorwand der Befreiung von der Sklaverei zur Ansiedlung nach Westafrika. An der afrikanischen Westküste setzte die Kolonialgesellschaft jene zur Errichtung von Stützpunkten und zur Unterwerfung der einheimischen Stämme ein. 1847 wurde Liberia zum unabhängigen Staat erklärt, aber die USA verlor ihre Vorherrschaft nie. Bis heute versucht sie, die 40000 Nachkommen der Angesiedelten (sie werden „Ameriko-Liberianer" genannt) zur Ausbeutung und Unterdrückung des Volks von 1,8 Millionen zu benutzen. Die liberianische Bourgeoisie besteht fast nur aus Ameriko-Liberianern, die auch den Staatsapparat vollständig in ihrer Hand haben.

Die größten Ausbeuter Liberias sind die imperialistischen Gummi- und Eisenerzmonopole. 1927 erpreßte der US-Gummikonzern Firestone als Gegenleistung für einen Kredit von 5 Mio. Dollar (den Liberia zur Rückzahlung von Schulden in die USA brauchte) einen Pachtvertrag für 400000 Hektar Land auf 99 Jahre. Das sind 3,6% der Bodenfläche Liberias. Wegen des Mangels an Arbeitskraft baut Firestone heute nur auf 36.000 Hektar Gummibäume an. 12000 Arbeiter werden dabei ausgebeutet, zwei Drittel als Zapfer. Goodyear, Uniroyal und westdeutsche Kapitale wie die African Fruit Company in Hamburg betreiben ebenfalls Plantagen. Außerdem lassen liberianische Pflanzer – fast ausschließlich Ameriko-Liberianer – auf der Hälfte ihres den Stämmen abgenommenen Landes Gummibäume wachsen, und viele Dörfer im Innern haben einige Bäume.

Insgesamt werden auf Plantagen und Pflanzungen mehr als 50000 Arbeiter ausgebeutet, in den Eisenerzbergwerken über 14000.

Die Regierung hatte sich gegenüber Firestone und anderen Kapitalanlegern zur Beschaffung der notwendigen Arbeitskraft verpflichten müssen. Die Bauern werden indirekt mit der nur in Bargeld zahlbaren Hüttensteuer zur zeitweiligen Lohnarbeit gezwungen. Aber dieser indirekte Zwang reicht nicht aus. Deshalb werden die Häuptlinge gezwungen oder bestochen, nach einem Quotensystem aus jedem Dorf eine bestimmte Arbeiterzahl zu stellen. Von der geschätzten „wirtschaftlich aktiven" Bevölkerung von 600000 sind so zu jeder Zeit etwa 120000 in Lohnarbeit.

Die gepreßten Bauern fehlen bei der Produktion in den Dörfern. Das von den Plantagen und Pflanzungen für Gummibäume und andere Exportprodukte verwendete Land ist das beste Land, es fehlt für die Lebensmittelproduktion. Lebensmittelknappheit auf dem Land, Stillstand und scheinbare Übervölkerung sind die eine, Teuerung wegen teurer Reisimporte für die Arbeiter und Angestellten in den Städten ist eine andere Folge. Liberia produziert nur 75% des Hauptnahrungsmittels, Reis, selbst. Der Rest wird vor allem aus den USA importiert.

Eine angekündigte Reispreiserhöhung war der Grund für die großen Demonstrationen gegen die Regierung vor einem Jahr, am 14. April 1979. Unter anderem rief die Vorläuferorganisation der jetzigen Fortschrittlichen Volkspartei (PPP) zu den Demonstrationen auf. Sie war 1975 in New York von Studenten gegründet worden. Bei den Demonstrationen im letzten Jahr erschossen Polizei und Armee mehr als 100 und verwundeten mehr als 500 Demonstranten. Tolbert löste das Parlament auf und regierte mit Notstandsmaßnahmen. Aber schon nach zwei Monaten mußte die Regierung eine Amnestie verkünden.

Im August 1979 streikten mehr als 4800 Arbeiter des Nimba-Eisenerzbergwerkes drei Wochen lang für höheren Lohn. Sie setzten eine Nachzahlung der Lohnerhöhung für 1978 und 1979 durch. Die Kapitalisten rächten sich für die Niederlage, indem sie 14 Arbeiter – darunter zwei Gewerkschaftsführer – nach dem Abschluß verhaften ließen.

Im November verschob die Regierung die Lokalwahlen in Monrovia auf Juni, weil die Volksmassen gegen die undemokratischen Wahlgesetze auf die Straße gegangen waren. Danach hatten nur Grundbesitzer mit mehr als 1000 Quadratmetern Land das Wahlrecht, also nur die Ameriko-Liberianer.

Die Regierung mußte das Wahlrecht ändern, sie mußte – zum ersten Mal in Jahrzehnten – die PPP offiziell als Partei registrieren, und die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern nahm weiter zu. Im März rief die PPP zu einem Generalstreik auf, falls die Regierung nicht zurücktreten und eine Koalition bilden werde. Der Streikaufruf wurde nur beschränkt befolgt. Die Regierung verhaftete Parteiführer Matthews und mehr als 100 andere Mitglieder. Sie sollten in dieser Woche vor Gericht gestellt werden.

Der Armeeputsch kam dem zuvor. Er wurde von Mannschaften und Unteroffizieren ohne das Offizierskorps, das aus Ameriko-Liberianern besteht, durchgeführt. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war eine Solderhöhung für Armee und Lohnerhöhung für den öffentlichen Dienst. In der Regierung sind Vertreter der PPP (Matthews ist Außenminister) und der anderen Oppositionsgruppe, der „Bewegung für Gerechtigkeit in Afrika". Beide Organisationen rekrutieren sich vor allem aus der städtischen Intelligenz in Monrovia und anderen Städten. Die Arbeiter und Bauern unterstützen den Sturz der Regierung Tolbert, aber der politische Kurs der neuen ist noch nicht entschieden. Die US-Imperialisten begannen sofort nach dem Putsch mit Drohungen. Gleichzeitig mischten sie sich ein, ihre „Berater" im Verteidigungsministerium schlugen der neuen Regierung Pläne zur Aufrechterhaltung der Ordnung vor, die diese annahm.



Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei am 14.4.79 vor dem Gebäude der Progressive Alliance of Liberia (PAL).



Die westdeutschen Imperialisten beziehen 40% ihrer Eisenerzimporte aus Liberia. Werbeanzeige der Bong Mining Company: „Wirtschaftliche Partnerschaft in Aktion – Wir transportieren liberianisches Eisenerz und verbinden Liberia mit der Welt."

Westdeutsche Stahlkonzerne plündern Liberias Eisenerz

z.rua. Tradition hat die Plünderung der liberianischen Rohstoffe und die Ausbeutung liberianischer Arbeitskraft durch die deutsche Bourgeoisie. Als Liberia 1847 formell unabhängig wurde, nahmen Hamburger und Bremer Kaufleute sofort Handelsbeziehungen mit Liberia auf. Insbesondere Holz und Kaffee wurden in die Hafenstädte an der Nordsee verschifft. 1857 schlossen die Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck mit Liberia einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag. Mehr als 100 Handelshäuser siedelten sich in Liberia an. Die deutschen Handelskapitalisten eroberten die führende Stellung im Außenhandel Liberias, die sie bis zum 1. Weltkrieg hielten. Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus eroberten sich die US-Imperialisten die Vorherrschaft über Liberia zurück.

Heute steht die BRD im Außenhandel und bei den Direktinvestitionen nach den USA an zweiter Stelle. In der Vergabe öffentlicher Entwicklungshilfe steht sie an erster Stelle. 1961, 1966 und 1974 schloß die Bundesregierung Kapitalhilfeabkommen mit Liberia. Die Entwicklungshilfe ist projektgebunden und dient vor allem dem Ausbau des Transportwesens und der Erkundung neuer Rohstoffquellen.

In Liberia haben die westdeutschen Imperialisten die meisten ihrer Direktinvestitionen in Schwarzafrika angelegt. Seit Beginn der 50er Jahre investierten sie rund 1 Mrd. DM in Liberia, davon 95% im Eisenerzsektor. Die größte Investition westdeutscher Stahlkonzerne im Ausland überhaupt ist die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau mit 420 Mrd. DM finanzierte Bong Mining Company. Sie ist im Besitz der westdeutschen Stahlkonzerne Thyssen, Rheinstahl, Hoesch und Krupp. Zu Beginn der 50er Jahre wurden in Liberia Eisenerzvorkommen entdeckt, die mit geschätzten Reserven von 3 Mrd. t als die größten der Welt angesehen werden. 1958 schloß die Bong Mining Company mit der Regierung Liberias einen Konzessionsvertrag, der ihr für die Dauer von 70 Jahren den Abbau von Eisenerz sichert. Das Konzessionsgebiet ist 20 Quadratmeilen groß, liegt 40 Meilen nordwestlich der am Meer gelegenen Hauptstadt Monrovia und birgt Eisenerzvorkommen von mindestens 250 Mio. t hochgradiger Erze sowie weitere 500 Mio. t niedrigerer Qualität. Jährlich werden dort mindestens 2 Mio. t Eisenerz abgebaut. In dem Konzessionsvertrag haben sich die westdeutschen Stahlkonzerne weiterhin das Recht auf die Exploration und den Abbau weiterer Rohstoffe im Umkreis von 300 Quadratmeilen gesichert.

An der Bong Mining Company (BMC) ist die Regierung Liberias mit einem Aktienanteil von 50% beteiligt. Dafür, daß sie einen Anspruch auf 50% der Nettogewinne hat, hat sie der BMC das Gelände kostenlos zur Verfügung gestellt und sie von allen Steuern und Zöllen befreit. Die BMC ist lediglich zur Zahlung einer Explorationssteuer von 100 Dollar pro Monat verpflichtet sowie zur Zahlung einer Landnutzungssteuer in Höhe von 0,20 Dollar per acre. Jährlich ziehen die westdeutschen Stahlkapitalisten Reingewinne von durchschnittlich 20 Mio. Dollar aus der Ausbeutung der liberianischen Eisenerzlager.

Obwohl die liberianische Regierung einen Aktienanteil von 50% hält, ist sie im elfköpfigen Aufsichtsrat der Bong Mining Company nur mit 5 Sitzen vertreten. Sicherheitshalber haben die westdeutschen Imperialisten 1961 mit Liberia einen Vertrag zur Förderung und zum gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen geschlossen, um ihre Enteignung zu verhindern.

3000 Arbeiter werden in den Gruben der Bong Mining Company zu Pfenniglöhnen ausgebeutet. Obwohl die Gewerkschaften unter der Kontrolle der Regierung stehen und Streiks durch die Regierung genehmigungspflichtig sind, schließen sich die Arbeiter gegen die Senkung ihrer Löhne und die Verschärfung der Ausbeutung zusammen. 1971 traten sie erstmalig in einen inoffiziellen Streik und forderten 15%ige Lohnerhöhungen sowie die Absetzung der Gewerkschaftsführung. Sie erzwangen die Erhöhung ihrer Löhne von 18 Cents pro Stunde auf 23 Cents. 1976 erkämpften die Arbeiter nach neun Wochen Streik neben Lohnerhöhungen die Zahlung von Transport- und Mietzuschüssen, einen dreimonatigen bezahlten Mutterschutz, die Einrichtung einer Gesundheitsversorgung und bei Todesfällen die Zahlung von 700 Dollar an die Hinterbliebenen. Im Juni 1978 erstreikten die Arbeiter der Bong Mining Company die rückwirkende Zahlung von 5 Cents Lohnerhöhung pro Stunde ab 1971.

zurechtkommt. Dabei stand das Auswärtige Amt unter Zeitdruck. Solange 120000 DM der Sammlung noch beschlagnahmt waren, konnte Genscher nicht gut bei den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Zimbabwe erscheinen. Auf einmal wurde der Termin vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen festgelegt, und zwar auf den Tag der Abfahrt Genschers. Von Vergleichsangebot war seitens des Regierungspräsidiums Tübingen zu hören. Der Vertretung Baden-Württembergs beim Bund war am 11. März aus dem Auswärtigen Amt geschrieben worden: „Nach den inzwischen durchgeführten freien Wahlen in Zimbabwe und in Anbetracht der Regierungsbildung durch den designierten Premierminister Mugabe ist die Bundesregierung bereit, mit einem unabhängigen Zimbabwe und seiner Regierung partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und zum Aufbau des neuen Staates beizutragen. Unter diesen Umständen hätte das Auswärtige Amt keine Bedenken, wenn das Gerichtsverfahren beendet werden könnte, und würde es begrüßen, wenn der Sammlungserlös der Partei ZANU zur Verfügung gestellt werden könnte." Nachdem uns das umstandshalber ernötigte Vergleichsangebot bekannt geworden war, hatten wir gleich in der KVZ geschrieben: Wenn das Geld bedingungslos herausgerückt wird, kann das auch vergleichsweise geschehen. Am 16. April ist das Geld dann auch ohne Eintritt in die Verhandlung bedingungslos herausgerückt worden und kann jetzt von uns an die ZANU weitergeleitet werden. Leider war es uns zeitlich nicht mehr möglich, die Sammelgelder dem Beauftragten des ZK des KBW mitzugeben, der auf Einladung der ZANU an den Unabhängigkeitsfeiern in Zimbabwe teilnahm und die Grüße des ZK des KBW und seines Sekretärs an Präsident Mugabe und das Volk von Zimbabwe überbrachte. Genschers Reise stand jedenfalls nichts mehr im Wege. So konnten zwei Delegationen aus der BRD an der Unabhängigkeitsfeier teilnehmen.

kbw.zk. **Am 17. April 1975 befreite die revolutionäre Armee Kampucheas die Hauptstadt Phnom Penh.** Damit war das ganze Land von der Herrschaft der US-Imperialisten und der von ihnen an die Macht geputschten Militärs befreit. Der Kampf war jedoch nicht zu Ende. Um den von den Imperialisten hinterlassenen Hunger zu bekämpfen, standen dem kampucheanischen Volk weitere harte Jahre bevor, bis im Jahre 1978 die grundlegenden Nahrungsbedürfnisse des Volkes im wesentlichen befriedigt werden konnten. Zu diesem Zeitpunkt bereiteten die Machthaber in Hanoi bereits ihren Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea vor. Aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung Phnom Penhs hat der Sekretär des ZK des KBW namens des ZK Grußbotschaften an Genossen Pol Pot, Sekretär des ZK der KPK, und an Genossen Khieu Samphan, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, geschickt. In der Grußbotschaft an den Genossen Pol Pot heißt es u.a.: „Durch seinen langandauernden Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus, der durch den Sieg vom 17. April gekrönt wurde, durch die Erfolge beim Wiederaufbau des Landes und beim Aufbau des Sozialismus in Kampuchea hat das kampucheanische Volk bereits große Beiträge zur Sache der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt geleistet. Durch seinen jetzigen Widerstandskrieg leistet das Volk von Kampuchea erneut einen entscheidenden Beitrag für die Sache der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt. Durch diesen Kampf verteidigt es seine nationale Existenz, sein Land und seine Unabhängigkeit. Dieser Kampf durchkreuzt das weitere Vordringen der Sowjetunion in Südostasien und verteidigt damit auch die Unabhängigkeit der Völker Südostasiens und der Welt."

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

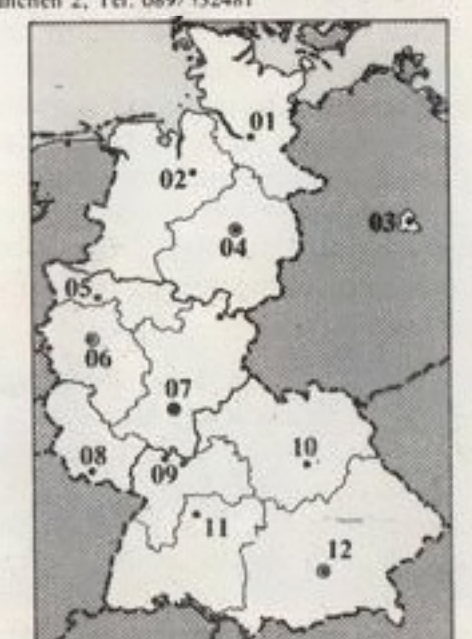
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.haa. **Am 1.8.80 hat der VW-Vorstand die Erhöhung der Dividende von netto 18 (1978) auf 20 v.H. (240 Mio. DM) beschlossen sowie den Bau des 2.VW-Werkes in den USA (Detroit) für 800 Mio. Dollar.** Mitte 1982 soll Produktionsbeginn sein für den Rabbit (Golf). 4000 Arbeiter sollen dann täglich 800 Fahrzeuge produzieren, jährlich 200000. In den USA will T. Schmücker 500000 Fahrzeuge (z.Z. 292000 VW) jährlich verkaufen („wie in früheren Zeiten") und den Konkurrenten einen Marktanteil von 5% abjagen. Zur Zeit arbeiten noch 800000 Konzernbeschäftigte für VW-USA, außer fertigen Wagen Motore in Salzgitter, Getriebe in Kassel und Achsen in Mexiko. Die Motore für die US-Produktion sollen von dem im Bau befindlichen Motorenwerk in Mexiko (1600 Einheiten täglich) geliefert werden. Auf den Betriebsversammlungen erhielt Schmücker von den Arbeitern keine Zustimmung für Expansion und Kapitalexport gegen „die aggressive Expansion der Japaner". Schmückers Schweißauspressungsbilanz von 1974–78: Erhöhung der Rücklagen um 969 Mio. DM, Rückstellungen um 2408 Mio. DM, Aktionärsdividenden 666 Mio. DM, Zinsen an das Bankkapital 624 Mio. DM, Steuern 3286 Mio. DM, also Gesamtprofit 7953 Mio. DM, einschließlich 1979er-Dividende. 1978 betrug die Profitrate bereits 38,4%. Darauf schrieb Schmückers Hauspostille „Autogramm" seitenlange Rechtfertigungsartikel: „Multis" können nicht wie sie wollen", und daß die in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen für Renten „angespart" und kein Profit seien. In Wirklichkeit sind diese in Finanz- und Sachanlagen profitabel angelegt, weshalb die Kapitalisten eine Versicherung abschließen müssen, die bei Pleite die Betriebsrenten zahlt.

r.std. **Im Ehrenbergprozeß vor der Staatsschutzkammer Lüneburg gegen Dirk Steenken lehnt das Gericht jetzt jeden Beweisantrag mit der Begründung ab, es handele sich sowieso nur um Werturteile.** Unter Werturteil verstehen dabei die Richter jegliche Schinderei der Arbeiter durch Ehrenberg

r.std. **Im Ehrenbergprozeß vor der Staatsschutzkammer Lüneburg gegen Dirk Steenken lehnt das Gericht jetzt jeden Beweisantrag mit der Begründung ab, es handele sich sowieso nur um Werturteile.** Unter Werturteil verstehen dabei die Richter jegliche Schinderei der Arbeiter durch Ehrenberg
und die Bundesregierung. Der leitende Richter Diederichs versteigt sich dabei in seinen Begründungen zu folgenden Feststellungen, die er besonders gern anwendet, wenn er in der Enge ist. „Ich habe verfügt, wie ich verfügt habe und habe dem nichts mehr hinzuzufügen", damit versuchte er einen Antrag der Verteidigung abzulehnen. Am 4.Verhandlungstag wurde insbesondere die Lohndrückerei Ehrenbergs über die Arbeitsförderungsgesetze und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme angegriffen. Auch hierüber lehnte das Gericht einen Beweisantrag ab mit der Begründung, daß der Antrag „Bewertungen enthält, die einem Beweis nicht zugänglich sind". Wahrscheinlich hat es einen Rüffel bekommen, in seiner ersten Entscheidung den Beweis auch nur prinzipiell zuzugestehen. Zugestehen mußte es aber, daß es bei der Verabschiedung der Rentenanpassungsgesetze keinen „unbeteiligten Dritten" gab. Der Prozeß wird am 22.4. um 10 Uhr und am 25.4. um 9 Uhr fortgesetzt. Dabei geht das Gericht auf schnelles Plädieren.

b.khg. **Im Kampf gegen die Verseuchung der Fischfanggebiete bei Helgoland hat der Altenwerder Fischer Heinz Oestmann einen ersten wichtigen Erfolg vor Gericht errungen.** Seine Klage gegen das Deutsche Hydrographische Institut wurde vom Verwaltungsgericht Hamburg als zulässig angesehen. Oestmann will erreichen, daß die Erlaubnis des Deutschen Hydrographischen Instituts für die Firma Kronos-Titan aus Nordenham-Blexen an der Weser, in den Fischfanggebieten um Helgoland ihre giftigen Chemieabfälle zu versenken, für rechtswidrig erklärt wird. Durch diese Abfälle (Dünnsäure und Grünsalz) werden die Fischfanggebiete, in denen Oestmann seit Jahren fischt, vernichtet. Zunächst wurde von dem Gericht und der Gegenseite versucht, dem Fischer überhaupt die Klagebefugnis abzusprechen, weil er kein subjektives Recht auf ungestörten Fischfang habe. Damit sind sie aber nicht durchgekommen.

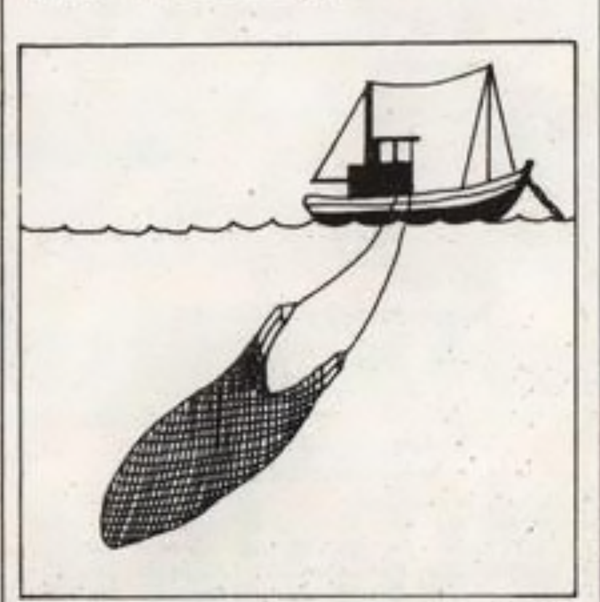
b.fer. Heide **Am 17.4. fand die Personalversammlung am KKH Heide statt.** Sie war von heftigen Diskussionen über die Besetzung der Stellenpläne bestimmt. Landrat Buhse war gleich gar nicht erschienen, weil er wußte, daß er schlechte Karten hat. Vom Personalrat konnte nachgewiesen werden, daß die Zahl der Kollegen in Lohngruppe KR I bis IV, die auf den Stationen arbeiten, seit 1975 stark abgenommen hat. Selbst wenn man die 120 Schülerinnen auf die 30 jetzt fehlenden Stellen anrechnet, bleibt doch die Tatsache, daß 1975 diese 120 Schüler *zusätzlich* da waren. Verwaltungsleiter Lubitz versuchte, die Debatte auf arrogante Art abzublocken, das Personal verstünde nichts von Stellenplanberechnung, mußte aber zugeben, daß heute weniger Personal auf den Stationen arbeitet und daß es besser sei, wenn die Schüler nicht auf den Stellenplan angerechnet würden. Er sei auch dafür, daß die Stellenpläne angehoben würden und versprach ein Gespräch mit dem Personalrat.

b.guk. Hamburg. **600000 DM gehen an Kapitalisten, wenn sie für Heimjugendliche „Betreuungsverträge" abschließen und ihnen anschließend einen festen Arbeitsvertrag bieten.** Dieser Betrag, erstmals 1979 finanziert, steht auch für 1980 voll zur Verfügung. Der Kapitalist, meist aus einem Klein- oder Mittelbetrieb, wird vom Arbeitsamt oder von der Jugendberufshilfe des Amtes für Jugend vermittelt. Ist der Kapitalist gewillt, mit dem Jugendlichen einen „Betreuungsvertrag" abzuschließen, so stellt er ihn zunächst für ein halbes Jahr bei vollem Lohn und „pädagogischer Betreuung" ein. Schließt er einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag mit dem Jugendlichen ab, erhält er vom Hamburger Senat in 2 Raten 3000 bis 5000 DM. Für einen Behinderten, wozu auch Sprach-, Seh- und Hörbehinderte gehören, erhalten sie 5000 DM. Für die anderen Jugendlichen, die erst ihre „Berufsreife" durch spezielle Förderkurse oder Werkklassen erlangen müssen, gibt es 3000 DM. Ferner vermittelt die Jugendberufshilfe „noch nicht berufsfähigen Jugendlichen" Stellen in sogenannten berufsvorbereitenden Einrichtungen des Amtes für Jugend. Die Berufsvorbereitung dauert ein Jahr und wird mit keinem Pfennig entlohnt. Diese Jugendlichen werden von den Kapitalisten gern genommen, da sie für wenig Geld gleich voll mitarbeiten können und nicht mehr berufsschulpflichtig sind.

nannten berufsvorbereitenden Einrichtungen des Amtes für Jugend. Die Berufsvorbereitung dauert ein Jahr und wird mit keinem Pfennig entlohnt. Diese Jugendlichen werden von den Kapitalisten gern genommen, da sie für wenig Geld gleich voll mitarbeiten können und nicht mehr berufsschulpflichtig sind.

b.uwb. **Die Gemeinden Wewelsfleth und Dammfleth in der Wilstermarsch haben auf ihren Gemeinderatssitzungen beschlossen, gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Schleswig Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht in Lüneburg einzulegen.** Das VWG in Schleswig hatte die Klage der Gemeinden gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung des KKW Brokdorf abgewiesen. Am Montag hatte sich der Gemeinderat in Wewelsfleth mit 8:3 Stimmen und am Mittwoch der Gemeinderat in Dammfleth mit 6:3 Stimmen für die Berufung ausgesprochen. Die Gemeinden wollen weiter klagen, da sie nicht die Auffassung des Schleswiger Gerichtes teilen, welches der Ansicht war, daß die Gemeinden keine Klagebefugnis haben. Auf den sehr stark besuchten Sitzungen der Gemeinderäte wurde das Urteil heftig angegriffen. Der Bürgermeister von Wewelsfleth meinte – wie auch einige Gemeindevertreter – immer wenn es darum gehe, lästige Aufgaben zu erledigen, sei es Aufgabe der Gemeinde und hier wo es um die Interessen der Einwohner geht, hätten sie nichts zu sagen.

b.kav. **60 – 80% Energie sollen die Kutterfischer einsparen können (Institut für Fangtechnik, Hamburg).** Es empfiehlt den Gebrauch von Stellnetzen oder Snurrewaden, weil der Kutter dabei vor Anker liegt. Bei der Stell-



netzfischerei werden bis zu 400 Einzelnetze aneinandergehängt (ca. 20 km) und 8 Stunden lang ausgelegt. Der Snurrewaden wird ausgelegt, indem von einer Boje aus im Halbkreis ein Seil ausgelegt wird (8 - 12 km). Ein 2. Seil wird dann im Halbkreis zurückgezogen. Von der Boje aus wird der Snurrewaden dann eingeholt (siehe Bild). Kosten: Snurrewaden 40000 DM, Stellnetz über 50000 DM. Wegen der hohen Kosten und den nicht ausreichenden Fangplätzen wird diese Fangmethode auf eine Verschärfung des Fischerlegens hinauslaufen.

b.ulw.Hannover. **Die Ärzteorganisationen können mit der Geheimhaltung der Katastrophen- und Alarmpläne von seiten der Bundesregierung und der Länderregierungen nicht einverstanden sein.** Dieses teilten die Vorsitzenden der niedersächsischen Ärztekammer, Dr.G. Osterwald, und der niedersächsischen kassenärztlichen Vereinigung, Dr.E.-E. Winhold, mit. Sie begründeten dies mit der Unmöglichkeit der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Katastrophenfällen. Es sollen bundesweit Maßnahmen zur Offenlegung der Pläne, zumindest für die Ärzteorganisationen, ergriffen werden.

b.obj. **CDU fordert Hamburger Senat zur rationelleren Gebührenausplünderung auf.** Die CDU wollte in einer Bürgerschaftsanfrage wissen, ob es Bereiche gibt, wo der Verwaltungsaufwand im Verhältnis zu den Einnahmen zu groß ist. Stolz antwortet der Senat, daß sich diese Frage nicht stelle, weil „der mit der Festsetzung und Erhebung verbundene Kostenanteil im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen gering ist." Im Jahr 1978 waren es 1202 Mio. DM. Für 1980 werden über 1264 Mio. DM erwartet. Der Senat hält die Ausplünderung für „finanzwirtschaftlich als auch politisch im Sinne einer möglichst gerechten Heranziehung des Bürgers zu den Kosten *seines* Staates geboten." 289,3 Mio. DM treibt der Senat allein über Sielbenutzung, Gehwegreinigung und Müllabfuhr ein. 57 Rechtsverordnungen hat der Senat erlassen, um seinen Anspruch auf die Gebühren und Entgelte zu sichern. Und die Gerechtigkeit der Gebühren kommt beim Friedhofsamt zum Vorschein, wo jeder Hinterbliebende noch einmal kräftig ausgenommen wird. Von 19,436 Mio. DM Jahr 1978 sollen die Einnahmen bei den Benutzergebühren für Friedhöfe im Jahr 1980 auf 21,97 Mio. DM steigen. Die CDU könnte das nicht besser.

b.khg. **Bis zu drei Monaten haben die Angeklagten im Prozeß gegen die fünf iranischen Studenten in Untersuchungshaft gesessen, weitere 27 Tage mußten sie wegen des Prozesses im Gericht verbringen.** Jetzt mußten sie alle freigesprochen werden. Von Anfang an hatten die Verteidiger darauf hingewiesen, daß die Beschuldigungen des ehemaligen SAVAK-Agenten Youssefbeyk ein einziges Lügengebäude sind. Jetzt kann auch das Landgericht nicht mehr daran vorbei, den Zeugen Youssefbeyk fallenzulassen. Umso mehr bemühte es sich deshalb, die ganze Schuld an diesem Verfahren allein dem SAVAK-Mann zuzuschieben. Staatsanwaltschaft und politische Polizei hätten den Prozeß nicht zu verantworten. Sie hätten von alledem nichts wissen können. Auch sei hier von keiner Seite versucht worden, das Gericht politisch zu beeinflussen.

b.uwb. **Der Bundestag hat eine Novelle zum Straßenverkehrsgesetz verabschiedet, wo in § 6a, Abs. 6 die Parkgebühren in Benutzungsgebühren umgewandelt werden und eine Staffelung der Gebühren von 10 Pfennig bis 1 DM vorgesehen ist.** Je näher am Einkaufszentrum, desto höher sind die Gebühren. Die Landesregierung in Kiel plant dazu einen Gebührenerlaß. Flensburger Rathsherren überlegen schon, wie sie dies in die Tat umsetzen.

25% steuerfrei vom Durchschnittslohn sind längst überfällig!

r.gör. Gerechtigkeit ist für die bürgerlichen Politiker billig zu haben. Angesichts der für 1981 vielleicht geplanten Steuerreform ließ der Hamburger Senat seinen Finanzsenator Nölling erklären: „Ich halte es für ein Gebot der steuerlichen Gerechtigkeit, daß, wie versprochen, Arbeitnehmer und ihre Familien sowie Selbständige ab 1981 erneut steuerlich entlastet werden." Diese steuerliche Gerechtigkeit soll, nach Nöllings Angaben, Hamburg 350 Mio. DM kosten.

Um eine Vorstellung von der Größenordnung zu bekommen, kann die jüngste Mitteilung des Statistischen Landesamtes Hamburg dienen: Um 15,3% auf 31,6 Milliarden DM sind die gesamten Steuereinnahmen in Hamburg 1979 gegenüber dem Vorjahr angestiegen. 18700 DM pro Kopf der Bevölkerung. Im Durchschnitt hat jeder Bürger jeden Monat 260 DM *mehr* an Steuern aufgebracht, direkt oder indirekt. Nöllings 350 Mio.-Opfer bedeuten vergleichsweise 17 Mark pro Kopf weniger Steuereinnahmen, ein Bruchteil der Steuerrückstände von 768 Mio. DM, die die Kapitalisten in Hamburg 1979 hinterlassen haben.

Neben der Ausweitung der indirekten Steuern besteht die entscheidende Methode dauernd steigender Steuermehreinnahmen in der Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer. Die ideologische Rechtfertigung besteht darin, daß vermöge der Progression die Reichen mehr Steuern bezahlen als die Armen. Den Beweis liefern bürgerliche Ökonomen als Karikatur. Sie konstruieren eine Gerechtigkeitsskala. Bei Null Prozent herrscht völlige Ungerechtigkeit (einer hat alles, der Rest nichts), bei 100 Prozent herrscht völlige Gerechtigkeit (alle haben gleichviel). Auf dieser Skala bringt es die Steuerprogression zu 1,5 Prozentpunkten mehr an Gerechtigkeit und die Bundesrepublik kann ein Gerechtigkeitsniveau von 65% vorweisen.

rechtigkeit (einer hat alles, der Rest nichts), bei 100 Prozent herrscht völlige Gerechtigkeit (alle haben gleichviel). Auf dieser Skala bringt es die Steuerprogression zu 1,5 Prozentpunkten mehr an Gerechtigkeit und die Bundesrepublik kann ein Gerechtigkeitsniveau von 65% vorweisen.

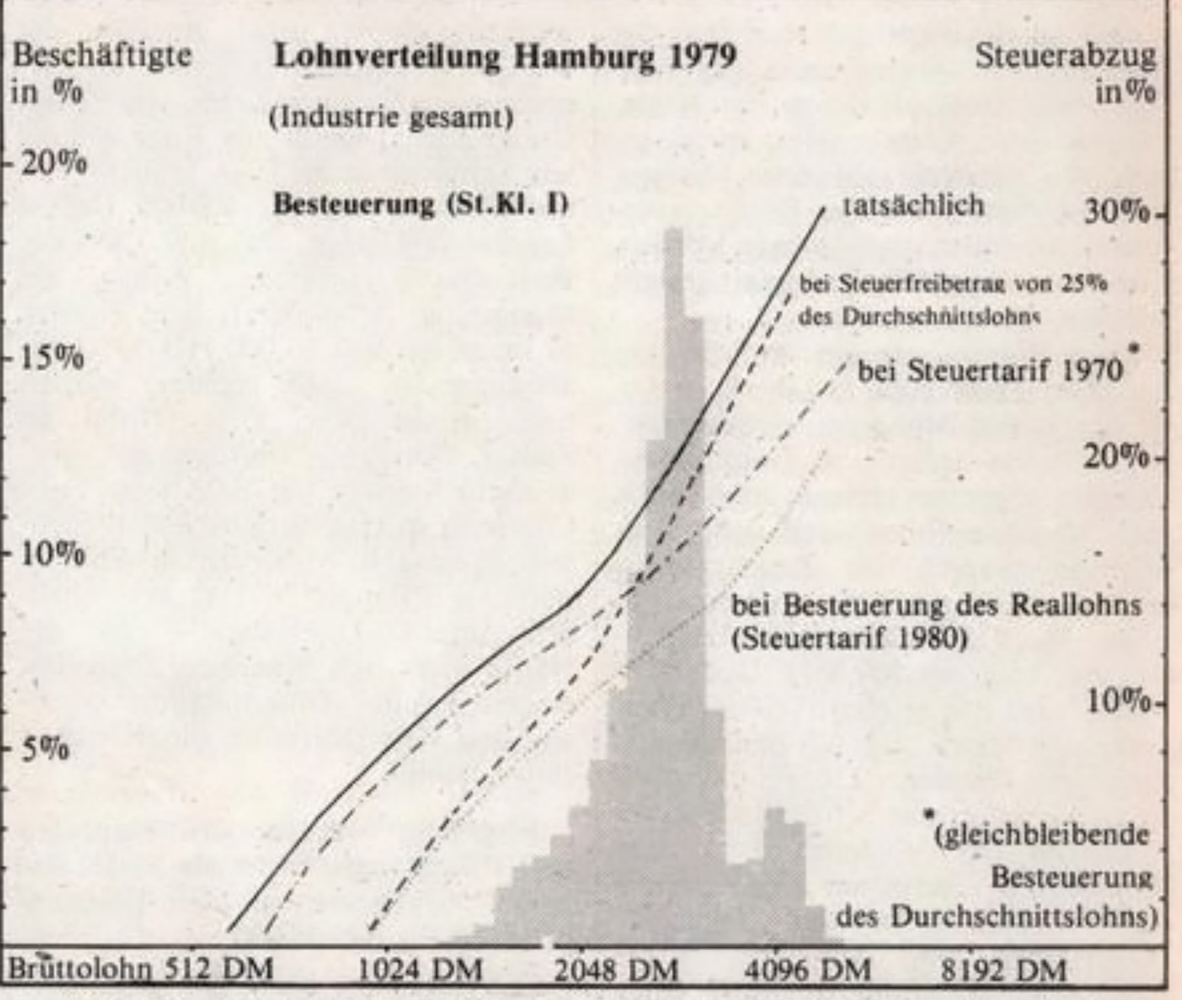
So wenig wie diese Skala, so wenig hat indessen die Steuerprogression in ihrer heutigen Wirkungsweise mit Gerechtigkeit zu tun. Hamburgs Vertreter im Bundesrat, Senator Günter Apel, hat daher, bei dortiger Beratung der Steuerreform, auch präziser definiert: „Unbestritten hat jede Progression eine einzige Rechtfertigung, nämlich die finanzielle Belastbarkeit des Betroffenen..." – was ihn sogleich reflektieren läßt: „daß wir den Bürgern – dies ist meine Sorge – das Geld so oder so, direkt oder indirekt mit der anderen Hand wieder aus der Tasche nehmen." Die entscheidende Wirkung der Steuerprogression besteht einfach darin, daß *der Durchschnittslohn* mit einem stets steigenden Prozentsatz besteuert wird. Dies hat natürlich mit einer Umverteilung von reich nach arm überhaupt nichts mehr zu tun, die Progression ist bloß noch äußerliche Form für wachsende Steuerausplünderung der Masse der Lohnabhängigen, die beim oder unter dem Durchschnittlohn liegen. Im oberen Schaubild zeigt die durchgezogene tatsächliche Steuerabzugskurve im Vergleich zur Strichpunktlinie die Wirkung der steigenden Besteuerung des Durchschnittslohns seit 1970. Zugleich die zielstrebig steiler gemachte

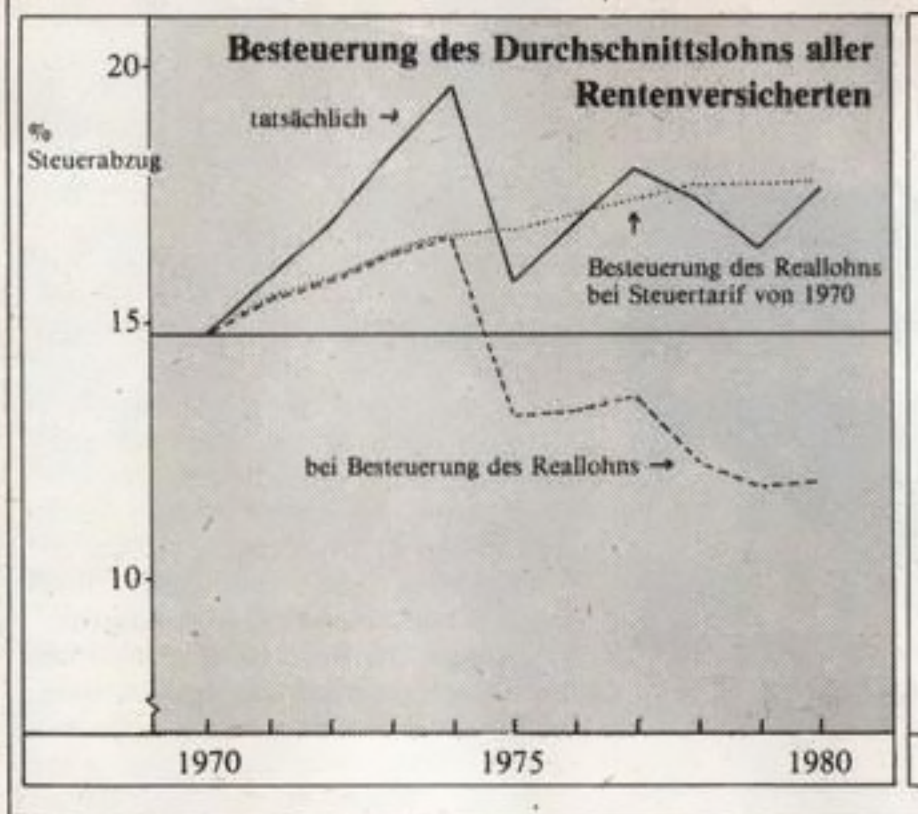
sende Steuerausplünderung der Masse der Lohnabhängigen, die beim oder unter dem Durchschnittlohn liegen. Im oberen Schaubild zeigt die durchgezogene tatsächliche Steuerabzugskurve im Vergleich zur Strichpunktlinie die Wirkung der steigenden Besteuerung des Durchschnittslohns seit 1970. Zugleich die zielstrebig steiler gemachte
Progression.

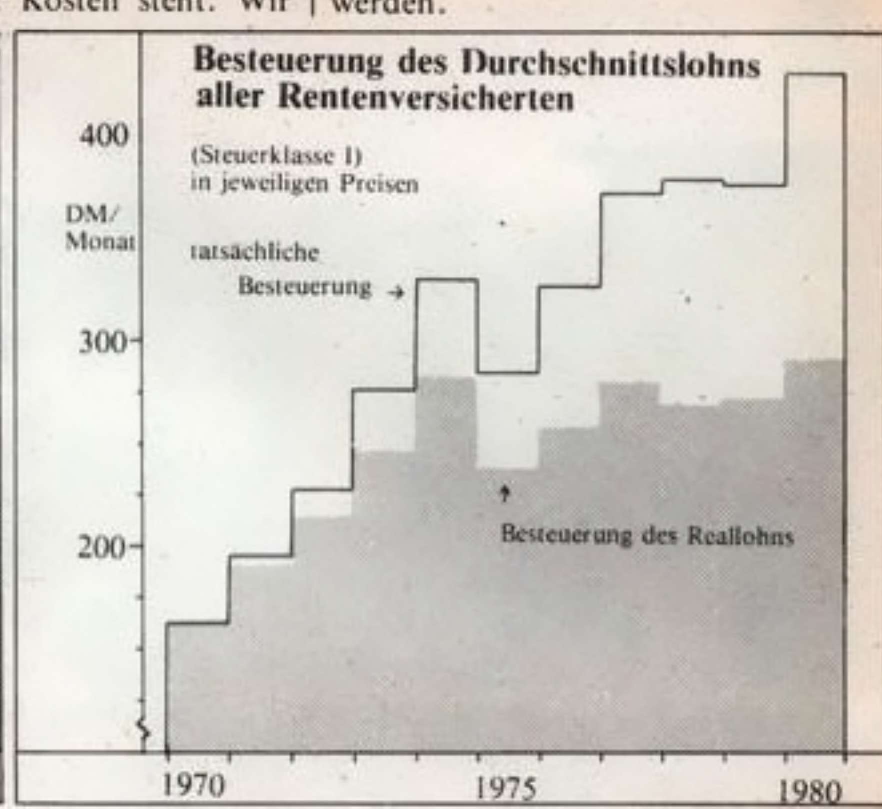
Vollends betrügerisch wird die Steuerprogression angesichts bloß inflatorisch aufgeblähter Löhne, deren Geldausdruck in immer krasserem Mißverhältnis zu den *notwendigen* Lebensmitteln und ihren Kosten steht. Wir nehmen den Reallohn (hier: Lohn in Preisen von 1970) als Anhaltspunkt, obwohl dieser Begriff weder die Ausplünderung durch indirekte Steuern und Gebühren noch den größer gewordenen Umfang der notwendigen Reproduktionsmittel berücksichtigt. Dann erkennt man in den Schaubildern bereits das wachsende Ausmaß des besonderen Betrugs, der darin besteht, daß der bloß aufgeblähte Geldausdruck des Lohns besteuert wird.

„Gerechtigkeit" ist eine Lieblingsvokabel von Hamburgs Bürgermeister Klose. Wenn er dort auf der 1. Mai-Kundgebung des DGB sprechen will, kann man ihn nach der Gerechtigkeit fragen, die seine Einnahmequellen so sprudeln läßt. Und man kann ihn an eine Forderung seiner Partei aus ihrem Aktionsprogramm vom September 1952 erinnern, wo 1000 DM/Jahr Steuerfreibetrag für jeden Steuerpflichtigen plus 1000 DM für Ehefrau

Kundgebung des DGB sprechen will, kann man ihn nach der Gerechtigkeit fragen, die seine Einnahmequellen so sprudeln läßt. Und man kann ihn an eine Forderung seiner Partei aus ihrem Aktionsprogramm vom September 1952 erinnern, wo 1000 DM/Jahr Steuerfreibetrag für jeden Steuerpflichtigen plus 1000 DM für Ehefrau
und jedes Kind sowie Zurückdrängung der indirekten Steuern verlangt wurden. Auf heutige Verhältnisse übertragen bedeutete dies die Forderung, daß mindestens 60–70% des Durchschnittslohns steuerfrei sind. 25% müßten jedenfalls sofort durchgesetzt werden.







12. IGM-Jugendkonferenz: Bemühungen zum Zusammenschluß gegen die Kapitalisten

r.uwz. Die IG METALL Jugend führt ihren 12. Bundeskongreß vom 23.4. bis 26.4. in Travemünde durch. Dort soll über die weitere Arbeit der IGM Jugend in der BRD und Westberlin beraten werden.

Die Arbeiterjugend, zum größten Teil in der IGM organisiert, stärkt ihren Zusammenschluß gegen die Kapitalisten, was an dem wachsenden Organisierungsgrad deutlich wird. Waren es in der BRD und Westberlin 1977 391876 jugendliche IGM Mitglieder (unter 21 Jahre), so waren es 1979 schon 394842, davon alleine 1979 64428 in der Region Nord (nimmt man die in der DGB Jugend übliche Altersgrenze von 25 Jahren, waren es 1979 660426 jugendliche Metaller). Die IGM hat zwei Hauptstränge der Organisierung in den Betrieben: einmal die insgesamt 6065 organisierten Jugendvertreter (74% von allen) und 400 Betriebsjugendgruppen der IGM, in denen ca. 4000 bis 6000 Jugendliche aktiv arbeiten.

Der Drang der Arbeiterjugend zum politischen und gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegen die Kapitalisten können wir leicht aus den Anträgen zur Bundeskonferenz herauslesen, wobei wir uns auf einige Schwerpunkte beschränken müssen:

Schon immer kämpfte die Arbeiterjugend um einen Lohn, der zum Leben reicht. Gerade nach den Tarifabschlüssen der letzten Jahre wird diese Frage auch für die Familien der Lohnabhängigen immer dringlicher, wächst in der Arbeiterjugend die nüchterne Erkenntnis, daß die Forderungen nur gemeinsam mit der gesamten Belegschaft dem Kapitalisten abgezwungen werden können. 15 Anträge befassen sich mit dieser Frage, wobei es jetzt schon absehbar wird, daß es eine spannende Debatte um die Frage geben wird, welche Tarifpolitik die IGM für die Arbeiterjugend machen soll. Der Vorschlag des Jugendausschusses beim Vorstand gibt da schon eine richtige Richtung an: *„D1, Die Vergütungen der einzelnen Ausbildungsjahre sollen um den Erhöhungsbetrag angehoben werden, der für die unterste Lohngruppe erzielt wird – ... Forderungsstruktur kurzfristig: -Ausbildungsvergütungen werden nicht mehr getrennt verhandelt, -Wegfall des Altersklassenschlüssels"* (Empfehlung der Antragsberatungskommission (ABK): Annahme). Dies wird unterstützt von den Jugendausschüssen Hannover und Wolfsburg. Günstig wäre es sicher auch, das Ziel anzugeben, wie sich die Tarifstruktur verändern soll, um die Einheit der Belegschaft zu festigen: Der OJA Hamburg unterstützt aus Hatlingen, Olpe und Münster, schlägt darum vor *„D12: Darum sind wir für die langfristige Anbindung an den Facharbeiterlohn. Angestrebt werden soll die Festschreibung der Ausbildungsvergütung bei 60% des Facharbeiterecklohns".* Um eine Einseitigkeit in der Tarifstrategie der IGM gegen die metallindustriellen Lohnsenker zu vermeiden, wäre eine Kombination beider Vorschläge zu einer Strategie sicher besser als der Vorschlag der AKB, D12 als „erledigt" zu betrachten. Einig sind alle mit dem OJA Peine, daß sofort alles Festgeld auch für die Auszubildenden gelten soll.

Die Metallerjugend kämpfte schon immer gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten und will diesen durch ein Jugendarbeitsschutzgesetz Schranken ziehen. *„E1: Generelles Verbot der Kinderarbeit! Verbot der Beschäftigung Jugendlicher, außer zum Zwecke der Ausbildung! Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit! u.a."* Um die Kapitalisten dazu zu zwingen, sollen die *„E1: Strafvorschriften drastisch verschärft werden"*, etwa wie der OJA Hamburg es fordert *„E2: Verstöße müssen als Gefängnisstrafen bestraft werden".* Mit diesen Forderungen soll die Bundesregierung sofort das alte Jugendarbeitsschutzgesetz novellieren.

Gegen die Produktion von Hilfsarbeitern in den unteren Lohngruppen führt die IGM Jugend schon lange einen zähen Kampf. So wird *„G9: Abschaffung der Förderungsprogramme für Behinderte"* und *„D15: Abschaffung der Stufenausbildung"* gefordert (ABK: Annahme).

Der Jugendausschuß beim Vorstand stellt in einem Leitantrag fest: *„G1: Struktur und Inhalte des Bildungssystems sind vornehmlich den Zwängen des kapitalistischen Produktionsprozesses angepaßt."* Die IGM soll den Kampf gegen die Auslese und Verkürzung der Ausbildung organisieren und fordern: *„eine dreizehnjährige Bildungspflicht, die auch durch 10 Jahre allgemeinbildende Schule und eine mindestens dreijährige Ausbildung erfüllt werden kann."* Für die berufliche Bildung fordert der BJA: *„Es sollen dort Grundqualifikationen erworben werden können, die zu anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit befähigen, die in die Lage versetzen, die durch gesellschaftliche und technologische Entwicklung bedingten Veränderung des Arbeitsprozesses zu bewältigen und befähigen, demokratische Rechte auf allen Ebenen der Gesellschaft wahrzunehmen"* (G1, zur Annahme empfohlen). Darum wird die Abschaffung der Abschlußprüfung gefordert und der Kampf gegen das BGJ organisiert: Antragsteller OJA Stuttgart: *„G10 Das schulische BGJ ist zu einem Instrument demontiert, das einseitig Unternehmerinteressen Rechnung trägt ... Die IGM kann dem weiteren Ausbau des BGJ nicht zustimmen."* Der OJA Hamburg wendet sich gegen die Auslese und Verkürzung der Ausbildung und fordert *„G11 eine umfassende und qualifizierte Ausbildung für alle".* Um dies durchzusetzen, will die IGM Jugend auch BGJler und Schüler an Berufsfachschulen organisieren.

Für alle diese Forderungen braucht die Arbeiterjugend politische Rechte. In mehreren Anträgen wird das Streikrecht gefordert, insbesondere für Auszubildende. Denn nur die Behandlung durch Kampf wird über diese Forderungen entscheiden. Ob sie erfüllt werden, entscheidet sich nicht auf der Konderenz, sondern in den Betrieben, wo die Metalljugend sich gewerkschaftliche Jugendgruppen schafft. Richtige Beschlüsse sind gewiß nützlich, diese Verantwortung tragen die Delegierten vor der Arbeiterbewegung.

Neuer Anlauf der SPD, das Personalvertretungsgesetz für Schleswig-Holstein zu ändern

b.chc. 1974 wurde für Schleswig-Holstein ein neues Personalvertretungsgesetz verabschiedet, das in wichtigen Fragen von bereits im Bundespersonalvertretungsgesetz festgeschriebenen Rechten der Personalratsarbeit, der Personalversammlungen, der Jugendvertretungen und Gewerkschaften abweicht. Zweimal wurde seitdem ein SPD-Änderungsentwurf zum PersVG im Landtag abgelehnt, zuletzt kurz vor den Landtagswahlen. Die Landesregierung ließ über den damaligen Innenminister Titzck dazu erklären: „Nach Auffasssung der Landesregierung kommt es bei der schwerwiegenden Materie des Personalvertretungsgesetzes darauf an, daß das Gesetz einerseits einen ausgewogenen Ausgleich zwischen den vielfältigen und natürlich nicht immer deckungsgleichen Interesssen von Dienstherren, Mitarbeitern, Personalräten und Gewerkschaften bringt und es sich zum anderen in der täglichen praktischen Anwendung bewährt."

Von bewährt haben kann keine Rede sein, wie anders ist es sonst zu erklären, daß die SPD bereits zweimal auf den Druck der Gewerkschaften hin einen Änderungsentwurf zum PersVG in den Landtag eingebracht hat. Der SPD-Entwurf von 1978 spiegelt die Forderungen der Gewerkschaften nach Ausweitung der Rechte der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein wieder.

Der Landesregierung geht es darum, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in den Gruppenvertretungen weiterhin gespalten zu halten. Die SPD fordert dagegen, die Gruppenvertretungen in den Paragraphen durch das Wort Personalrat zu ersetzen. Nur so ist gewährleistet, daß der Personalrat umfassend die Interessen der Beschäftigten in den jeweiligen Betrieben wirksam gegen den Dienstherren vertreten kann. Weiterhin wird in dem neuen Entwurf gefordert, daß Vertreter der Gewerkschaften das Zugangsrecht zu Personalratssitzungen eingeräumt bekommen und daß sie in beiden Fällen mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen können. Bedeutend ist auch die Änderung der Rechte der Personalversammlungen. Im §45 Satz 2 wird dazu festgelegt: Die Personalversammlung ... „darf alle Angelegenheiten behandeln, die die Dienststelle oder ihre Mitarbeiter unmittelbar betreffen, insbesondere Tarif-, Besoldungs- und Sozialangelegenheiten."

Dieser rechtlose Zustand wird seit Jahren von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bekämpft. Weiterhin sieht der Entwurf eine Ausweitung der Dienstvereinbarungen zwischen Personalrat und Dienstherren vor für die tariflich nicht festgelegten Arbeitszeiten, Pausenregelungen, Entlohnung bei Akkord- und Prämiensystemen, bei der Urlaubsplanung, bei Beurteilungsrichtlinien und Personalfragebögen. Ein weiterer Punkt sind die Dienstvereinbarungen zur täglichen Arbeitszeit, wenn der Dienstherr bei Extraanforderungen diese durch Mehrarbeit und Überstunden versucht auszudehnen. Im §72 wird die Mitwirkung des Personalrates in Personal- und Haushaltsangelegenheiten festgelegt. Von entscheidender Bedeutung ist diese Forderung im Hinblick auf die von der ÖTV aufgestellten Richtlinien für Personal- und Betriebsräte bei der Errechnung und Planung von ausreichenden Planstellen und deren fachgerechter und tatsächlicher Besetzung.

Den Jugendvertretungen werden durch die Zurverfügungstellung von für ihre Arbeit erforderlichen betrieblichen Unterlagen bessere Arbeitsmöglichkeiten geboten. Insgesamt zeigt dieser Katalog von Forderungen nur auf, inwieweit das PersVG für Schleswig-Holstein hinter dem Bundes-PersVG zurückliegt. Keineswegs sind über die Änderungen in den Entwurf die Fesseln des besonderen Dienstrechts für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgehoben, allenfalls etwas gelockert.

HH-Senat verschärft die Gebührenausplünderung

Erhöhung der Strompreise um 7%, der Gaspreise um 9%

b.chc. Die HEW hatte eine Strompreiserhöhung von 9% beantragt. Begründet wurde dieser Antrag mit der Verteuerung der Rohstoffe, der Notwendigkeit zur Bildung höherer Rücklagen, 1980 + 20 Mio. DM, wegen der in Zukunft wieder verstärkt erforderlichen Kraftwerksinvestitionen. Das Investitionsprogramm für 1980 beträgt rund 173 Mio. DM. Außer in dem Kraftwerksbereich sollen diese Gelder aus der Gebührenausplünderung in den Ausbau des Stromverteilungsnetzes fließen. Außerdem sei eine angemessene Verzinsung des Aktienkapitals unbedingt erforderlich. Der Senat stimmte jetzt einer Strompreiserhöhung von „nur" durchschnittlich 7% zu. Nach Berechnungen der HEW sollen 526 Mio. DM und ein Mehrertrag aus der Tariferhöhung von 37 Mio. DM 1980/81 eingenommen werden.

Verantwortlich für die Gebührenplünderung ist der Hamburger Senat. 72% des Kapitals der HEW ist in Besitz der Hansestadt Hamburg, die HGW zu 100%. Der Senat rafft die den Volksmassen abgepreßten Gelder über die Konzessionsabgabe in erheblichem Umfang in die eigene Tasche. 1978 betrug die Konzessionsabgabe der HEW 56,428 Mio. DM, im Ansatz 1979 sind 58,5 Mio. DM und 1980 60,3 Mio. DM veranschlagt. Die Konzessionsabgabe der HGW betrug 1978 17,019 Mio. DM, im Ansatz 1979 sind 10 Mio. DM veranschlagt. Von kostendeckender Versorgung kann da nicht die Rede sein; allein 1978 hat der Hamburger Senat knapp 73,5 Mio. DM eingesackt, ungefähr den doppelten Betrag, der jetzt durch die Tariferhöhungen den Volksmassen abgepreßt werden soll.

Abweichend vom HEW-Antrag, die Arbeits- und Grundpreise gleichmäßig anzuheben, soll die Tariferhöhung ausschließlich als Anhebung auf den Arbeitspreis wirken. Bei den HGW ist eine Erhöhung im Verhältnis 1 (Grundpreis) zu 2 (Arbeitspreis) beschlossen. Diese Maßnahme läuft in Einklang mit dem Hamburgischen Programm zur Einsparung von Energie vom 30. Oktober 1979. Nach diesem Programm sollen erstens der Zuwachs des Energieverbrauchs ohne Einbußen an Lebensqualität verringert werden; zweitens, die Risiken der Abhängigkeit von hohen Energieimporten insbesondere beim Rohöl vermieden werden; drittens, die nur begrenzt vorhandenen nicht regenerierbaren Energieträger so rationell wie möglich eingesetzt werden. Daran mangelt es nach Senator Steinert bei den Haushalten und Kleinverbrauchern, an die ca. 45% des Energieverbrauchs fallen. Ca. 80% des Energiebedarfs der Haushalte werden für Heizwärme verwendet und in diesem Bereich würde Energie verschwendet. „Vom Ausmaß der freiwilligen Bemühungen um Energieeinsparung wird es entscheidend abhängen, ob sich die staatliche Energiepolitik im wesentlichen darauf beschränken kann, an den privaten Bereich zu appellieren und finanzielle Anreize für den rationellen Umgang mit Energie zu geben, oder ob verstärkt auch gesetzliche und administrative Eingriffe zum Zug kommen müssen." Die beschlossene Tariferhöhung für Strom und Gas verdeutlicht die Hohlheit der Sprüche der Bourgeoisie über die Lebensqualität der Volksmassen. Die Erfahrungen zeigen, wer nicht zahlen kann, dem wird der Strom oder Gashahn abgedreht.

Von Energieeinsparung bei der Industrie und einer Korrektur der Tarifpolitik gegenüber den Großabnehmern, die zu billigsten Sondertarifen beliefert werden, hat Steinert sich nicht geäußert. Dagegen Drohungen gegen die Volksmassen und verstärkte Gebührenausplünderung.

Parallel zu den Tariferhöhungen für Strom und Gas beschloß der Hamburger Senat Zuwendungen an die HEW für den Bau von Fernwärmeleitungen im Grevenweg, St. Pauli-Nord und Altona-Altstadt. Im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen sind für den Programmteil „Fernwärme" 29 Mio. DM insgesamt vorgesehen. Bisher wurden für zwei Leitungsbauten sowie den Neubau des Heizungskraftwerkes Neuhof der HEW 16,644 Mio. DM bewilligt. Dieses Kraftwerk dient überwiegend zur Versorgung mehrerer Industriekunden mit Wärme. Für die jetzt geplanten Fernwärmeleitungen erhält die HEW 3,4 Mio. DM, das sind gut 40% der Gesamtkosten. Die Differenz muß zur Reduzierung der Tariferhöhung auf 7% bekommt die HEW durch die Zuschüsse des Hamburger Senats zum größten Teil noch zusätzlich zugeschoben.

---

r.kol. **Hoher Tarifabschluß bei den Hamburger Gaswerken (HGW), der Hamburger Hochbahn (HHA) und den Hamburger Wasserwerken (HWW):** 6,95%, mindestens aber 155 DM. Für Auszubildende 50 DM. Laufzeit 12 Monate. Die Erklärungsfrist geht bis zum 30.4. Der Mindestbetrag bewirkt eine kräftige Anhebung der unteren Vergütungsgruppen bis hin zu den Facharbeitern. Bei den HGW werden rund 17%, bei den HWW über 40 Prozent der Belegschaft vom Mindestbetrag erfaßt. Der hohe Abschluß hat zwei Gründe: Bereits im vergangenen Jahr hatte die Tarifbewegung in den 3 Unternehmen starkes Gewicht auf die Mindestforderung gelegt, konnte sich aber nicht durchsetzen. Der massive Protest dagegen kam in den diesjährigen Beschlüssen über die Forderungsart und -höhe zum Tragen. Darüberhinaus war es eine geschickte Verhandlungsführung, erst bei den HGW abzuschließen, da dort die unteren Lohngruppen geringer besetzt sind als bei der HHA oder den HWW.

r.anh. **Die Kapitalisten des Privaten Verkehrgewerbes hatten am Freitag noch kein verhandlungsfähiges Lohnangebot vorgelegt.** Die Gewerkschaft ÖTV fordert für die Arbeiter und Angestellten bei Fuhrunternehmen und Speditionen, Bus- und Taxibetrieben eine Vorwegenhebung der Löhne um 1,85 DM/Std., sodann eine Anhebung der Löhne um 8,5%. Für die Taxifahrer 45% am Umsatz, mindestens jedoch 70 DM mehr. Die Gewerkschaft hat nach vier Verhandlungsrunden den Kapitalisten eine Erklärungsfrist bis zum 14. 4. gesetzt. Ab dem 16. 4. sollte eine Urabstimmung über Kampfmaßnahmen eingeleitet werden. Die Beschäftigten führten in den letzten Tagen verschiedene Aktionen zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen durch. In Göttingen verteilten Taxifahrer an die Kunden Flugblätter der ÖTV, am Mittwoch streikten die Arbeiter der Spedition Herbold in Göttingen 4 Stunden gegen das letzte Angebot der Kapitalisten, 6,2% und 41 Pf. pro Stunde mehr zu zahlen. Die bürgerliche Presse verschweigt die Kampfaktionen ziemlich. Die Gewerkschaft hat die Erklärungsfrist der Kapitalisten nach Auskunft noch einmal bis zum 25.4. verlängert, nachdem es am Mittwoch, 16.4., Verhandlungen gegeben haben soll, über die aber nichts bekannt wurde. Die Arbeiter und Angestellten im Privaten Verkehrsgewerbe bereiten sich jetzt auf eine zentrale Kundgebung in Sontra in Hessen vor.

Veranstaltungskalender

Gewerkschaftliche Aktionen am 1.Mai

Kundgebungen: Flensburg, Husum, Rendsburg, Preetz, Neumünster, Hamburg, Stade (Platzkonzert), Bergedorf, Lüneburg, Uelzen. *Demonstrationen:* Preetz, Neumünster, Lübeck, Hamburg, Bergedorf, Lüneburg. *Saalveranstaltungen:* Schleswig, Kiel, Eckernförde, Itzehoe, Lägerdorf, Pinneberg, Quickborn, Elmshorn, Bargteheide, Trittau, Glinde, Lauenburg, Stade, Harburg, Lüchow.

Veranstaltung des KBW zum 1.Mai

1. Mai 1980: Die Arbeiterbewegung rückt zusammen, im Innern wie international. Im Kampf gegen die Ausbeutung und den imperialistischen Krieg entwickelt sich die Einheit

Flensburg, 30.4.80, 20 Uhr, „Apenrader Hof"; *Husum*, 30.4.80, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte; *Kiel*, 29.4.80, 20 Uhr, Gaststätte „Waidmannsruh", Eckernförder Straße; *Hamburg*, 29.4.80, 19.30 Uhr, Emilie-Wüstenfeld-Schule, Bundesstraße; *Lüneburg*, 30.4.80, 20 Uhr, Gaststätte „Moravia Eck", Stöteroggestr. 71; *Stade*, 27.4.80, 15 Uhr, „Horst-Kasino", Horststraße 20.

Arbeitereinheitsfront und Partei. Beides braucht die Arbeiterklasse, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen. Den Bundestagswahlkampf nutzen

Flensburg, 1.5.80, 16 Uhr, „Apenrader Hof"; *Kiel*, 1.5.80, 15.30 Uhr, Gaststätte „Waidmannsruh", Eckernförder Straße; *Hamburg*, 1.5.80, 17 Uhr, HfBK, Hamburg 76, Lerchenfeld 2.

Arbeitskreis „Metallverarbeitende Industrie": 25% des Durchschnittslohns steuerfrei – die politische Bewegung gegen die Steuern

Hamburg, 27.4.80, 10 Uhr, „Eimsbütteler Krug", Osterstraße

Arbeitskreis „Chemische Industrie": 25% des Durchschnitslohns steuerfrei – die politische Bewegung gegen die Steuern

Hamburg, 26.4.80, 15.30 Uhr, „Eimsbütteler Krug", Osterstraße

Aktionseinheit gegen öffentliche Vereidigung

Flensburg, 23.4.1980, 20 Uhr

Podiumsdiskussion über Boykott der Olympischen Spiele

Kiel, 22.4.80, 19 Uhr, Universität, Audimax

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica

Flensburg, 21., 23., 25.4.80, jeweils 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Saal 58

Prozeß gegen 2 iranische Studenten wegen räuberischer Erpressung eines SAVAK-Spitzels

Kiel, 22.4.80, 9 Uhr, Amtsgericht, Saal 124

Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken

Lüneburg, 22.4.80, 10 Uhr, und 25.4.80, 9 Uhr, Landgericht, Staatsschutzkammer, Am Markt 7, Zimmer 21

Fortsetzung des Prozesses gegen Buttler, Timmermann und Oberkampf wegen Widerstand bei einer Kundgebung gegen die US-Besatzer in Garlstedt

Hamburg, 22.4.80, 9 Uhr, Amtsgericht, Strafjustizgebäude, Sievekingsplatz, Saal 160

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, Proben der Aufführung „Revolutionen sind der Motor der Geschichte", 21. bis 24.4.80, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer.

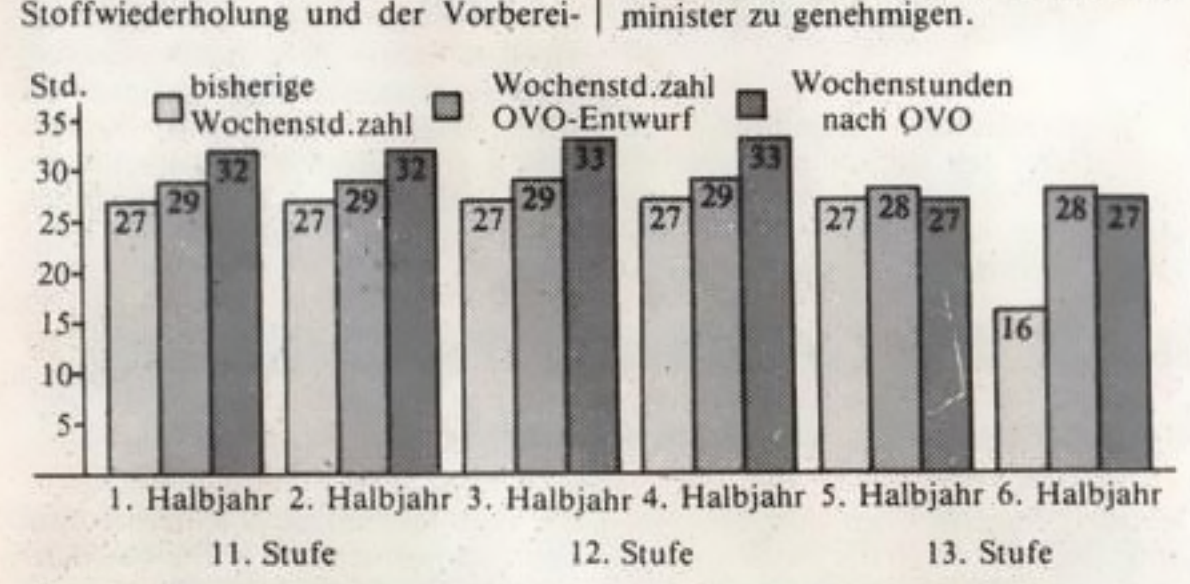
Kiel, jeden Samstag, 15 Uhr, Kindergarten im Schützenpark

Die Überarbeitung der Oberstufenverordnung: Nur weitere Verschärfungen

b.kaq. Mit der veröffentlichten Oberstufenreform des schleswig-holsteinischen Kultusministers Bendixen, die ab dem 1.8. in Kraft tritt, sollen gegenüber den 12-Punkte-Diskussionspapier noch weitere Verschärfungen zur Abiturprüfung in Kraft treten. Die Ausweitung der Belegpflichten für die 12. und 13. Jahrgangsstufe in den Leistungs- und Pflichtgrundkursen hatten bereits zu einer Ausdehnung der Stundenzahl geführt (siehe Graphik). Das einzige Zugeständnis des Kultusministers gegenüber dem Widerstand der Schüler hat er zu einer weiteren Erhöhung der Pflichtstundenzahl genutzt. Die Fächer Musik und Kunst können jetzt als Leistungsfach genommen werden, sie werden damit aber Pflichtgrundkurs. Es ist bekannt geworden, daß es dem Schulleiter ins Ermessen gestellt ist, die Leistungskurse von 3 auf 2 Stunden zu kürzen, bei gleichbleibender Stoffmenge. Durch die Oberstufenreform selbst wird aber der Stoffbereich weiter ausgedehnt.

War bisher das 6.Halbjahr der Stoffwiederholung und der Vorbereitung für das Abitur vorbehalten, so findet jetzt die Vermittlung von neuem Stoff sogar über das schriftliche Abitur hinaus statt. Von bisher 5 Semesterthemen ist der Stoff jetzt auf 6 ausgeweitet worden. Die Schüler müssen sich am Ende des 3.Halbjahres zum Abitur anmelden, ohne daß sie die jeweils 100 Punkte aus den Leistungs- und den Grundkursen zusammen haben, die Vervollständigung geschieht erst in diesem Abitursfhalbjahr. Für die Abiturprüfungen selber sind in der OVO noch Pflichtklausuren vorgeschrieben.

Mit der erlassenen OVO werden die weiteren Zentralisierungsbestrebungen und die Ausweitung der Zugriffsmöglichkeiten des Kultusministeriums auf jede Schule deutlich: „Kein Schüler hat Anspruch auf ein bestimmtes Kursangebot." Kurse mit weniger als 10 Schülern dürfen nicht mehr eingerichtet werden. Der Kultusminister behält sich das Recht vor, Grund- und Leistungskurse an einzelnen Schulen zu genehmigen. Die zusätzlich angebotenen Wahlgrundkurse sind vom Kultusminister zu genehmigen.



Kieler Wirtschaftsprofessoren: Vorreiter für verschärfte Diplom-Prüfungen

b.ang. Am 15.11.79 hat die Kultusministerkonferenz „Allgemeine Bestimmungen für Diplomprüfungsordnungen" (ABDPO) beschlossen. Sie sind die Grundlage für die einheitliche Verschärfung der Rahmenprüfungsordnungen von 24 der insgesamt 35 Diplomstudiengänge. Die wesentlichsten Bestimmungen der ABDPO sind:

– Zu den Prüfungen sind Meldefristen vorgesehen: die Diplom-Vorprüfung ist „unmittelbar nach dem 4. Semester" abzulegen, die Diplomprüfung „innerhalb der für den einzelnen Studiengang festgesetzten Regelstudienzeit". Auf Antrag kann eine Nachfrist von 6, max. 12 Monaten eingeräumt werden, ansonsten Zwangsexmatrikulation.

– Voraussetzung zur Vordiplomprüfung sind: ein erfolgreiches Berufspraktikum, Nachweis über Teilnahme an einer obligatorischen Studienberatung und den Pflichtveranstaltungen sowie „ggf. erbrachte Leistungen im Rahmen einer Einstufungsprüfung".

– Die Öffentlichkeit in den mündlichen Prüfungen wird eingeschränkt, Prüfungen können nur einmal wiederholt werden; mangelhafte – Einzelnoten sind nicht ausgleichbar.

Ihr Schärfe kriegen diese Prüfungsbestimmungen vor allem bei gleichzeitiger Ausdehnung der Pflichtstunden, weil damit der Zwang wächst, sein Studium zur Bewältigung der Stoffmasse auszudehnen. Musterbeispiel ist dafür der jetzt in Kiel von Wirtschafts-Professoren entworfene Studiengang des „Diplomhandelslehrers". Alle wesentlichen Verschärfungen der ABDPO sind hier bereits umgesetzt und darüberhinaus eine Pflichtstundenzahl von 161 Semesterwochenstunden auf 8 Semester Regelstudienzeit festgelegt. Die Berufsschullehrer, die in diesem Studiengang ausgebildet werden, sollen gleichzeitig auch in Gymnasien eingesetzt werden können. Das taktische Kalkül der Landesregierung ist, an diesem relativ kleinen Fachbereich vollendete Tatsachen zu schaffen und dann mit der Verschärfung der Lehramtsstudiengänge, die gegenwärtig zwischen 85 und 120 Semesterwochenstunden auf 8 Semester studieren müssen, nachzuziehen. Bei den Professoren, die ihre 5 bis 8000 DM monatlich für 8 Stunden Unterricht in der Woche bekommen, werden auf 1 Lehrveranstaltungsstunde 4 Stunden Vor- und Nachbereitungszeit gerechnet. Angewendet auf die Studenten hieße das nach dem neuen Studiengang: 80 Stunden in der Woche, oder man spürts halt in der Prüfung. 40-Stundenwoche auch für Studenten!

Ergebnisse der Befragung der Gewerkschaft Holz u. Kunststoff zum BGJ

b.wir. 95,4% der Schüler, die das Berufsgrundbildungsjahr besuchen, tun das, weil sie keine Lehrstelle gefunden haben. Das ist Ergebnis einer Umfrage des Jugendarbeitskreises der Gewerkschaft Holz und Kunststoff unter den BGJ-Schülern des Berufsfeldes Holztechnik an der Gewerbeschule 6. Ca. 80% der Schüler bewerten allerdings ihre Erfahrungen mit dem BGJ mit „gut" oder „sehr gut", weil man was lernt. Kommentare der Schüler: „Gut, weil Kenntnisse über Werkstoffe und Maschinen vermittelt werden". Gut, weil man mehr lernt als im Betrieb". „Gut, weil man Grundkenntnisse aus verschiedenen Berufen vermittelt bekommt". „Gute Koordination zwischen Theorie und Praxis".

24 der 86 befragten Schüler haben das BGJ beendet und eine Tischlerlehre begonnen. Ihnen wurden zusätzliche Fragen gestellt: „Entsprechen das Betriebsleben und deine Tätigkeit jetzt den Erwartungen, die das BGJ in dir geweckt haben?" 17 von 24 Lehrlingen beantorten diese Frage mit „nein" oder „ganz und gar nicht" u.a. 12 Lehrlinge können mit den im BGJ vermittelten Kenntnissen und Fähigkeiten im Betriebsalltag „nicht viel" oder „kaum etwas" anfangen. 11 Lehrlinge kommen gut zurecht. Die Frage „Was glaubst du hat der Unternehmer davon?" wurde von 14 Lehrlingen folgendermaßen beantwortet: „Er verdient dran/ er spart Ausbildungsgeld/ er hat weniger Arbeit mit dem Lehrling/ bekommt gut ausgebildete Arbeitskraft". 5 Lehrlinge haben diese Frage nicht beantwortet.

EineZusammenfassung der Antworten ergibt: 1. Die Ausbildung im BGJ wird positiv bewertet, weil man Grundkenntnisse über Werkstoffe und Maschinen aus verschiedenen Berufen vermittelt bekommt. 2. Diese Ausbildung wird in den Betrieben nicht fortgesetzt. Vielmehr werden die Lehrlinge sofort als volle Arbeitskraft eingesetzt.

Die DGB-Jugend hat sich in ihrem Mai-Aufruf gegen die Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge gewendet und gegen die Einführung eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres, das sich immer deutlicher als einjährige Kurzausbildung auf Staatskosten entpuppt.

Abschluß im Einzelhandel Schleswig-Holstein durch DAG: Gut wären weitere Verhandlungen

b.brg. „Erhöhung der Tarifgehälter um 6,8% ... nicht unwesentlicher Verbesserung der Tarifstruktur", heißt es im Flugblatt der DAG zum Tarifabschluß Einzelhandel SH, gültig ab 1. Mai. Die Erhöhung liegt zwischen 50 und 150 DM, für Auszubildende plus 40 und 50 DM (= 475, 510 und 625 DM). Beim Nachrechnen sind es lediglich 6,3%. Zusätzliche Rahmenvereinbarungen für Schleswig-Holstein: Urlaubsgeld 1980/81 45% der Endstufe Tarifgruppe B1 = 769,50 DM; ab 1982 50%. Sparförderung: ab 1.7.1980 bis 31.12.1981 26 DM Zuschuß monatlich, für Auszubildende im 2. und 3. Lehrjahr 13 DM. Sonderzuwendungen: 1980/81 15%, 1982 20%, 1983 30%, 1984 40% des eigenen Tarifgehaltes.

Der Abschluß kam ohne Zustimmung der HBV zustande. Bei den stattfindenden Verhandlungen um die Rahmenvereinbarungen gab es keine Einigung um verschiedene Fragen, über die Tarife sollte laut Absprache erst am 24.4. verhandelt werden. Den Auszug der HBV nutzten die Kapitalisten zum niedrigen Abschluß mit der DAG. Es wäre das günstigste, die Verhandlungen würden fortgeführt. Die Zusammenziehung des 1. und 2. Berufsjahres als Verbesserung der Tarifstruktur verschwindet bei der Niedrigkeit des Abschlusses.

B.-J.	brutto alt	brutto neu	Netto alt I	Netto alt V	Netto neu I	Netto neu V	Erhöh.i.DM I	Erhöh.i.DM V
B1								
1	1000	1100	750	619	813	679	31	29
2.	1050	1100	782	649	813	679	31	29
3	1100	1175	813	679	859	724	46	45
4	1150	1230	844	709	894	755	50	46
5	1200	1280	874	738	925	782	50	44
6	1300	1385	937	792	991	833	53	42
7	1430	1525	1018	851	1076	888	59	38
8	1600	1710	1124	912	1191	944	68	31
B2								
1+2	1230	1315	894	756	946	799	53	44
3+4	1300	1390	937	792	993	834	56	42
5	1360	1450	975	821	1031	859	856	38
6	1410	1505	1005	842	1064	880	59	37
7	1525	1630	1077	889	1142	921	65	33
8	1650	1760	1155	927	1225	926	71	35
9	1765	1885	1226	957	1297	982	72	25
B3								
1-3	1570	1675	1105	903	1170	935	35	32
6 –	2200	2350	1468	1036	1541	1059	74	23
B4								
1-3	1810	1935	1253	968	1326	991	73	23
6	2870	3065	1770	1138	1848	1168	77	30

Die Zuchtrute des Kindergeldes wird für ausländische Arbeiter noch schärfer geschwungen

b.led. Ist das Kindergeld, das der bürgerliche Staat aus dem durch Steuerabzug vom Lohn angeeigneten Geld an die westdeutschen Arbeiter zurückzahlt, schon elend niedrig, behält er bei ausländischen Arbeitern einen noch größeren Teil des Lohns. Verschiedenen Bestimmungen im Bundeskindergeldgesetz legen dies fest. Seit 1965 galt

nen Bestimmungen im Bundeskinder-
geldgesetz legen dies fest. Seit 1965 galt

die Bestimmung, daß „Personen, ... die insgesamt mindestens 15 Jahre lang ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 gehabt haben" kindergeld bekommen. 1974 wurde in das Kindergeldgesetz die Regelung aufgenommen, daß alle Mitglieder der EG-Staaten in der BRD Anspruch auf Kindergeld haben. Die Gemeinheit, Kindergeldauszahlung an 15-jährigen Aufenthalt zu knüpfen, um die nicht aus den EG-Ländern stammenden Arbeiter für das Kindergeld zwar zahlen zu lassen, ihnen aber nichts zu geben, wurde im folgenden noch ausgeweitet: ab Anfang 1980 wird den Arbeitern aus Marokko, Tunesien mehr gezahlt. Seit Anfang 1979 wurde das Kindergeld für die Arbeiter aus den EG-Staaten, Österreich, Schweiz, Portugal, Spanien, Jugoslawien, Griechenland und der Türkei für ihre in der Heimat lebenden Kinder gekürzt von 50 auf 10 DM für das 1. Kind, von 100 auf 25 DM für das 2. Kind und von 195 auf 60 bzw. 70 DM für jedes weitere Kind. Eine türkische Familie z.B., deren 5 Kinder in der Türkei leben, hatte bis 1979 490 DM Kindergeld bekommen für 4 Kinder, für das 5. nichts, weil es schon über 18 Jahre alt ist. Jetzt bekommt die Familie noch ganze 155 DM Kindergeld für 4 Kinder. Das macht ein monatliches Lohnminus von 335 DM!

Von dieser Gesetzesänderung betroffen sind 845000 ausländische Familien in der BRD mit 1,85 Mio. Kindern. Begründung der Bundesregierung: in den betroffenen Ländern seien die Lebenshaltungskosten geringer. Als ob man von 50 DM Kindergeld in Westdeutschland ein Kind ernähren und versorgen könnte! Die Wirkung dieser

deutschland ein Kind ernähren und
versorgen könnte! Die Wirkung dieser

Gesetze ist eine richtige Lohnkürzung und verstärkter Druck zur schärferen Ausbeutung der ausländischen Arbeiter. Der durch Ausländergesetz und andere Bestimmungen festgelegte Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter läßt die Kapitalistenklasse wüten. Um überhaupt an die paar Mark Kindergeld zu kommen, müssen die ausländischen Arbeiter einmal im Jahr eine Bescheinigung über ihre Familienverhältnisse beim Arbeitsamt hier vorlegen, ausgestellt im Heimatland.

Darüberhinaus müssen Ausbildungsverhältnisse, Unterkunft und Verpflegung der Kinder im Heimatland nachgewiesen werden, um Kindergeld zu bekommen. Diese werden zum großen Teil in der jeweiligen Sprache des Heimatlandes ausgestellt und hergeschickt. Hat man die Formulare hier in der Hand, müssen sie vom zuständigen Konsulat hier übersetzt und beglaubigt und dann an das Arbeitsamt geschickt werden, sodaß es Monate dauert, bis das Geld zuerkannt und gezahlt wird. Nötig ist die Durchsetzung eines gleichen Kindergeldes für alle Arbeiter in der Höhe, wie es die Minister bekommen, um die 170 DM und die Beseitigung aller Gesetzesbestimmungen, die die besondere Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter regeln – es sind Instrumente der Kapitalistenklasse zur verschärften Ausbeutung der ausländischen Arbeiter und Unterdrückung des Klassenkampfes.

Einige Zahlen zur Lage der ausländischen Kinder machen deutlich, daß der imperialistische Staat ihnen jegliche Ausbildung verweigert, um sie blutjung zu rekrutieren in die Reservearmee der schlechtbezahltesten ungelern-

jung zu rekrutieren in die Reservear-
mee der schlechtbezahltesten ungelern-

ten Arbeiter. 1979 besuchten 19210 ausländische Kinder Schulen in Hamburg. 50%, nämlich 9569 Schüler wurden als nicht „eingegliedert" bezeichnet – eine Umschreibung für den Zustand, daß ihnen das Erlernen ihrer eigenen wie der deutschen Sprache verweigert wird. 1977 waren 41,7% aller ausländischen Hauptschüler in Hamburg ohne Hauptschulabschluß – das ist ein fast doppelt so hoher Prozentsatz wie bei deutschen Schülern. 3,6% wurden in Sonderschulen gesteckt. Im Hamburger Schulgesetz ist festgelegt, daß Ausländer von der Schulpflicht befreit werden können. Sind sie über das schulpflichtige Alter hinaus und können keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle nachweisen, droht die Ausweisung. Ausländischen Jugendlichen, die eine berufliche oder Studien-Ausbildung beginnen wollen, aber keinen Platz bekommen oder darauf warten müssen, bekommen keine Arbeitserlaubnis.

Die SPD in der Harburger Bezirksversammlung hat vorgeschlagen, Ausländer die seit 3 Jahren legal in der BRD leben, das aktive und passive Wahlrecht zu geben für die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, und bezeichnen dies als Schritt zur „Gleichberechtigung". Es ist ein Manöver, um die völlige Rechtlosigkeit aufrechtzuerhalten.

Lehrer setzen die „Aktion Gläserne Schule" gegen die Behörde durch

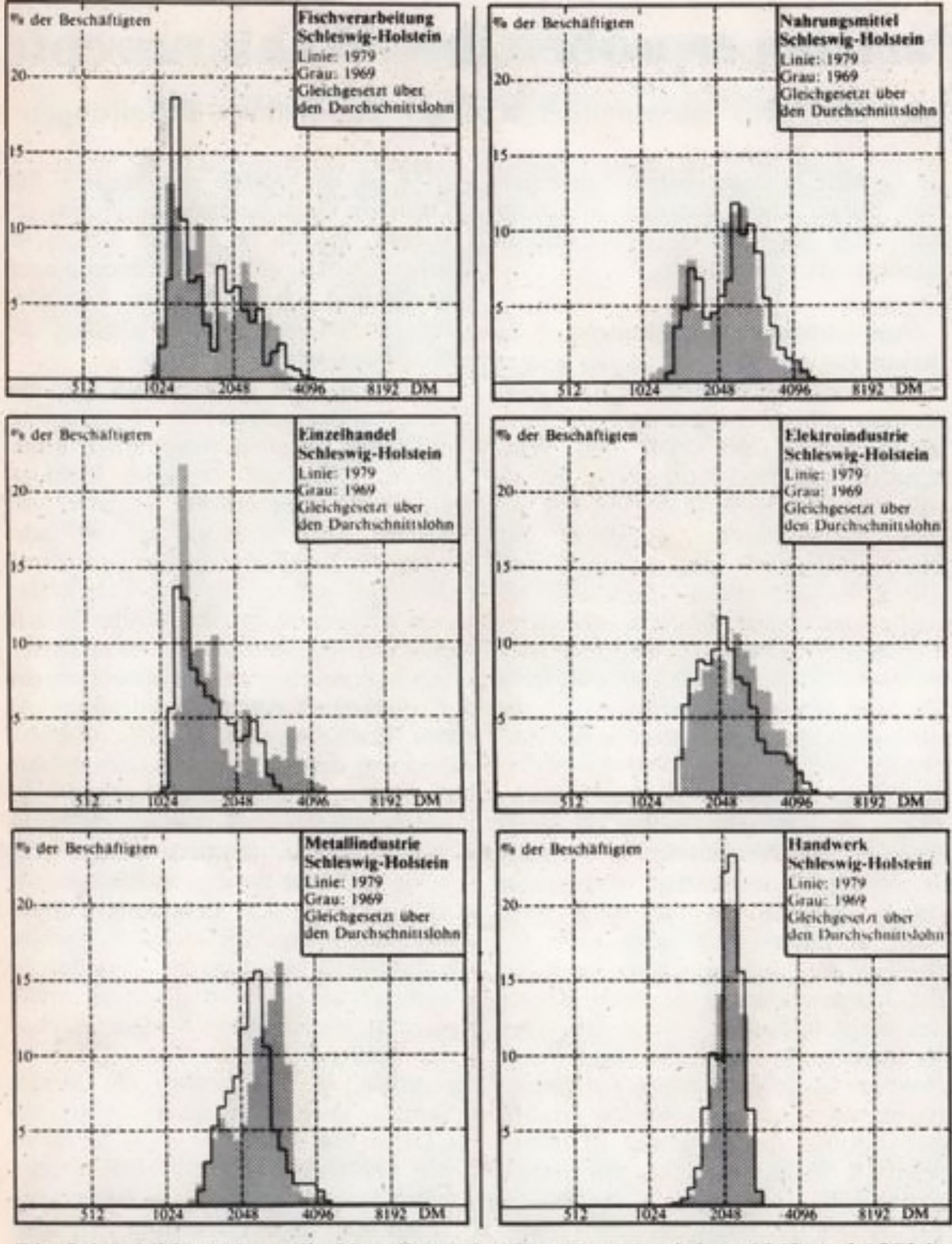
b.trg. Rund 2000 Lehrer an 100 Schulen führen seit Montag die „Gläserne Schule" durch. Auch viele bisher nicht in der GEW organisierte Lehrer beteiligen sich daran. Mit dieser Aktion setzen die Lehrer den Kampf nach Arbeitszeitverkürzung fort, um ihrer Forderung „Kein Lehrer über 25 Pflichtstunden" Nachdruck zu verleihen.

„Den Lehrer auf die Finger schauen" ist am 15.4. im „Hamburger Abendblatt" zu lesen. Mit dieser Devise hat die Behörde die Oberschulräte und die Schulleiter angewiesen, die Lehrer zu kontrollieren, ob sie sich in der Vorbereitung und Durchführung der Aktion ja im Rahmen des Beamtenrechts und der Dienstanweisungen bewegen. Hat die Pressesprecherin der Behörde noch verkündet: „... die Behörde trägt die Aktion nicht, aber akzeptiert sie jedoch", so versuchen Schulleiter die Lehrer mit Schikanen zu spalten, um die Aktion zu erschweren. Als erstes der Dienstherr mit seinem Hausrecht. Die Lehrer sind nach Schulschluß in den Schulräumen nicht mehr unfallversichert. Die Räume müssen für 6 DM pro Tag beim Bezirksamt angemietet werden. Abzugsapparate dürfen für gewerkschaftliche Materialien nicht benutzt werden. Stelltafeln nicht aufgestellt, Flugblätter für Eltern und Schüler in der Schule nicht verteilt werden. Hausmeister bekamen die Anweisung, die Aktion nicht zu unterstützen.

Die Lehrer haben sich nicht einschüchtern lassen. Zielstrebig haben sie die Aktion vorbereitet und die erste Woche durchgeführt. Sie benutzen die Schulräume, ziehen Flugblätter auf den Abzugsmaschinen ab und hängen täglich Erfahrungsberichte mit den ersten Auswertungsergebnissen öffentlich aus. Eltern und Schüler äußern sich positiv zu der Aktion. An der Gesamtschule Kirchdorf hat der Elternrat einstimmig die Aktion begrüßt. Am Gymnasium Alstertal haben die Schüler eine Podiumsdiskussion mit Behördenvertretern und Gewerkschaft organisiert. In 2 Wochen werden die Lehrer ihre gesammelten Ergebnisse der Behörde überbringen.







Die Schaubilder zeigen die Verteilung der Bruttomonatslöhne 1969 und 1979 in einigen Branchen Schleswig-Holsteins mit hohem Niedriglohnanteil, außerdem die Verteilung aller Handwerksbruttolöhne und zum Vergleich die Bruttolohnverteilung Metall. Die Verteilungen von 1969 und 1979 sind verglichen worden über den Durchschnittslohn. Man sieht deutlich, daß die Belegung der unteren Lohnklassen stärker geworden ist. Besonders krasse Spaltung sieht man in der fischverarbeitenden Industrie und im Einzelhandel. Klar ist, daß ein großer Teil der Arbeiter in diesen Lohnklassen von Frauen gestellt wird, die sich in Steuerklasse V befinden, weil es so für das Familieneinkommen immer noch günstiger ist. Die Nettolöhne sind also noch einmal gedrückt.

Nicht die Handwerksbetriebe, die großen Betriebe der Niedriglohnbranchen drücken den Lohn

b.clm. Der Vergleich der Lohnverteilung Schleswig-Holsteins Industrie/Handel mit der BRD hatte ergeben, daß die unteren Lohnklassen in Schleswig-Holstein stärker belegt sind (siehe KVZ 13 Seite 7). Den hauptsächlichen Anteil daran haben in der Industrie die Niedriglohnbranchen elektronische Industrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, in denen 17,5% der Industriearbeiter arbeiten, der Einzelhandel mit 20,3% aller Angestellten und auch die Handwerker. Die durchschnittlichen Bruttolöhne in diesen Branchen liegen deutlich niedriger als in der Metallindustrie. Vor allem befindet sich aber ein erheblich größerer Anteil der Beschäftigten in den unteren Lohnklassen. Eine Ausnahme bilden lediglich die Handwerker, deren Lohnverteilung sehr geschlossen ist. Es ist also nicht so, daß die niedrigsten Löhne gerade in den Handwerksbetrieben gezahlt werden. Der überwiegende Teil der Arbeiter im Handwerk sind qualifizierte Facharbeiter. Zwar ist es richtig, daß auch im Handwerk die unqualifizierte Arbeit ständig zunimmt, doch ist die Lohndifferenz zwischen Gesellen und Handlanger vergleichsweise niedrig. Sie beträgt 2,26 DM, in der Industrie 5,35 DM pro Stunde. Die wirklichen Lohndrücker sitzen also ganz woanders. Es sind die Konzerne der Elektroindustrie wie Storno und Danfoß in Flensburg, Hell in Kiel, die Nahrungs- und Genußmittelkonzerne wie Nestle in Kappeln, die Fischfabrik Glyngöre in Flensburg, Schwartau-Konfitüre und Niederegger in Lübeck und die Einzelhandelskonzerne wie Karstadt und Hertie. Die Lohnverteilungen in diesen Branchen weisen eine tiefe Spaltung auf, der größte Teil der Arbeiter befindet sich in niedrigsten Lohnklassen. Mit Ausnahme der Elektroindustrie ist diese Spaltung seit 1969 kaum gemildert.

Die Arbeiter in diesen Lohnklassen sind im wesentlichen Frauen, Ausländer, ruinierte Bauern und Handwerker sowie deren Frauen und Gesellen. Die Fluktuation ist außerordentlich hoch. Ständig wird der Arbeitsmarkt durch zusätzliche Arbeitskräfte von Land gespeist, die dort keine Arbeit mehr finden, und können so neue billigste Arbeitskräfte rekrutiert werden.

Der Arbeitsmarkt für die hier betrachteten Branchen löscht jeden Unterschied der Qualifikation der Arbeitskraft aus. Ganz gleichgültig, ob vorher Bauer oder Handwerker, gekauft wird einfache Arbeitskraft zur möglichst intensiven Vernutzung. In mehrfacher Hinsicht bewirken die kapitalistischen Monopole die Entstehung eines solchen Arbeitsmarktes. Immer mehr Handwerker und kleine Gewerbetreibende und auch kleinere industrielle Betriebe geraten unter den Konkurrenzdruck der Monopole. Der Druck auf die Existenz dieser Betriebe ist gleichzeitig Druck auf den Lohn. Sind sie dann schließlich ruiniert, ist es oft gar nicht mehr möglich, am gleichen Ort Arbeit zu finden. Der Arbeitsmarkt dehnt sich auch räumlich aus. Es entstehen ganze Gebiete mit einer relativen Arbeiterüberbevölkerung, die weit über den Landesdurchschnitt an Arbeitslosigkeit hinausgeht. „Allgemein ergibt sich im Lande das Bild, daß die ländlichen Gebiete und die kreisfreien Städte (diese wegen des hohen Handwerkeranteils) an Bevölkerung und Erwerbstätigen verloren haben und daß die Stadtrandgebiete die Gewinner der Entwicklung der letzten zehn Jahre sind. Entsprechend der Bedeutung der Landwirtschaft für die einzelnen Räume des Landes betrug die absolute Abnahmedifferenz der Erwerbstätigenquote zwischen 1961 und 1970 in den Planungsräumen IV und V (Dithmarschen und Nordfriesland) 3,4 bzw. 3,3% und war damit stärker als der Landesdurchschnitt.“ (Landesplanung in Schleswig-Holstein Heft 8, S. 22) Diese Darstellung täuscht aber noch über den wirklichen Vorgang hinweg: Die meisten Mittel- und Unterzentren auch dieser Kreise haben eine Zunahme der Erwerbstätigen zu verzeichnen. Die Gebiete darum herum werden zunehmend entleert. Die Abnahme beträgt dort oft weit über 10%. Nicht alle wechseln mit dem Arbeitsplatz auch den Wohnsitz. 1978 sind 4 von 10 Erwerbstätigen Pendler. Betrachtet man die Einzugsbereiche der Oberzentren, fällt auf, daß sie die jeweils am weitesten entfernten Kreisstädte noch mit einbeziehen. So hat der Kieler Einzugsbereich nach Ausbeulungen im Kappeln, Schleswig, Heide, Itzehoe, Bad Segeberg und Eutin. Nun werden nicht gerade die Niedriglohnbranchen einen Einzugsbereich von Kiel bis nach Heide haben. Aus diesen weitentfernten mittleren Städten können nur qualifizierte Arbeitskräfte zu relativ hohem Lohn angezogen werden. Folgende Rechnung wird aufgemacht: weil die Lebenshaltungskosten in der Kleinstadt niedriger sind als in der Großstadt, in der Großstadt die Löhne aber gleichzeitig höher, können bis zu einer gewissen Grenze, die unter der Lohn- und Lebenshaltungskostendifferenz liegt, höhere Fahrtkosten ertragen werden. Ein Ausgleich der zusätzlich aufgewendeten Zeit findet aber meist schon gar nicht mehr statt.

Die ruinierten Bauern und relativ überschüssige Landbevölkerung rückt in die Kleinstädte nach, zu einem guten Teil wird der Hof noch als Nebenerwerbsstelle weitergeführt, auf jeden Fall das eigene Häuschen und der Garten behalten und so eine Senkung der Lebenshaltungskosten erreicht.

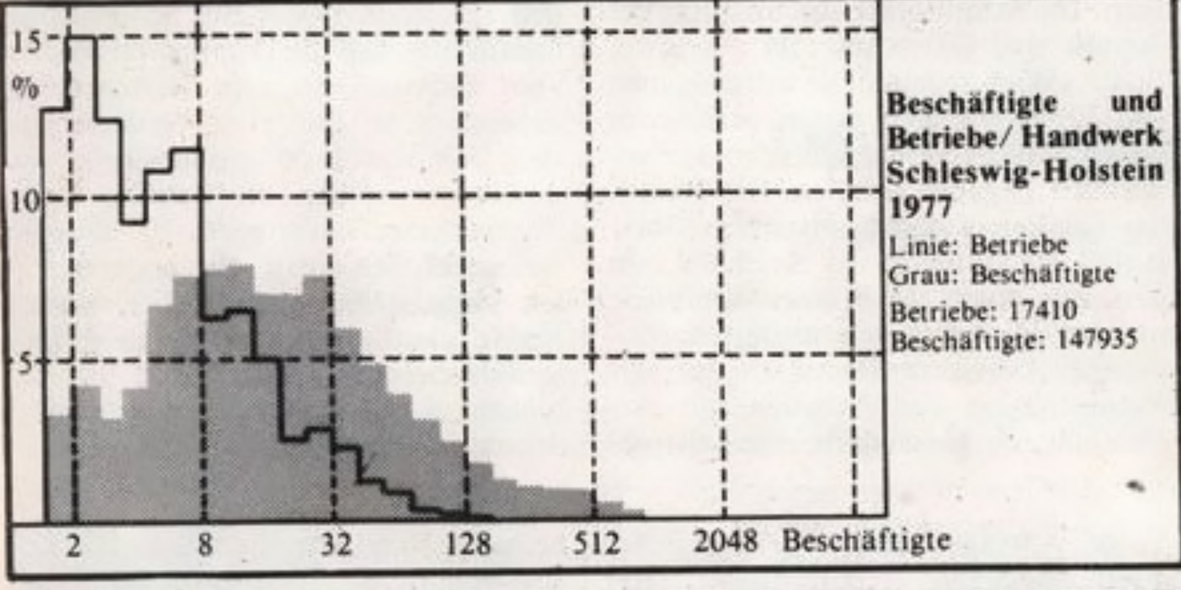
Das erklärt zumindest zu einem Teil das niedrigere Lohnniveau in den kleineren Betrieben dieser Orte. Große kapitalistische Betriebe wie der Elektrobetrieb Kuhnke in Malente oder Nestle in Kappeln machen sich das zunutze und drücken den Lohn soweit, daß die Nebenbeschäftigung, sei es auf den Resten des eigenen Hofes, sei es als Schwarzarbeiter, unerläßlich wird. Wo gleichzeitig die Verkehrslage noch relativ günstig ist, eignet sich ein solches Gebiet hervorragend für den Aufbau von Ablegern der Monopole. Die Landesregierung beschleunigt diesen Vorgang noch, indem sie dafür bevorzugt Förderungsmittel zuschießt.

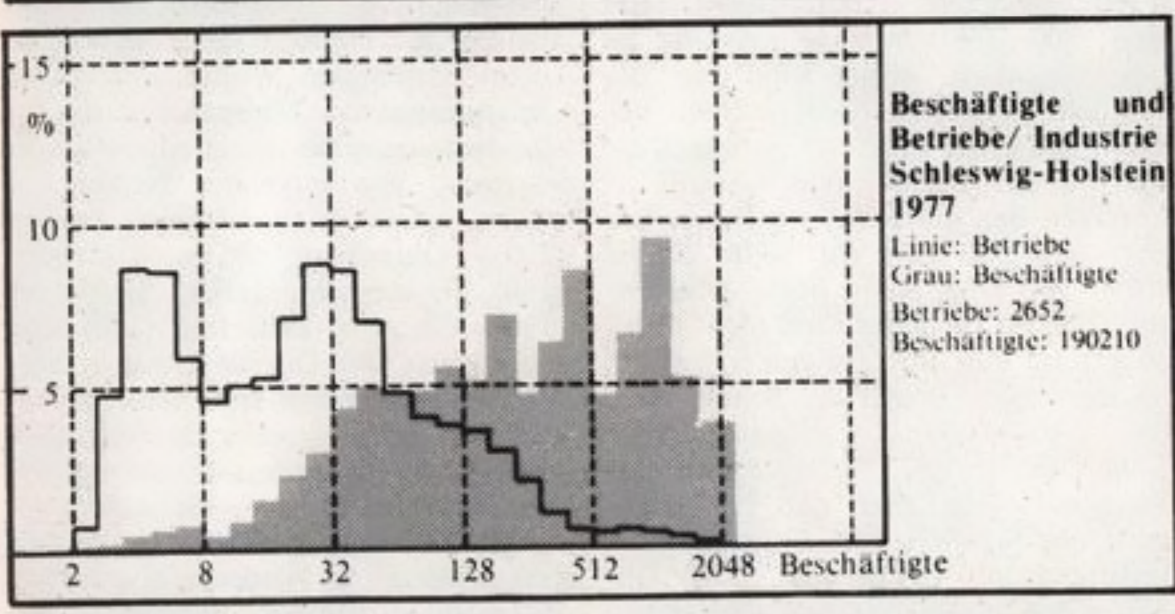
Die hier untersuchten Niedriglohnbranchen leben von der Ruinierung der Mittelklassen und billigsten Aussaugung ihrer Arbeitskraft. Obwohl der gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Kampferfahrung dieser Betriebe niedrig ist, führen diese Belegschaften immer wieder spontane Kämpfe gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen, gegen die Gefährdung von Gesundheit und Leben. Die große Spaltung im Lohngefüge und die hohe Steuerlast sind aber ein Hemmschuh in jeder Lohnbewegung. Wenn die Gewerkschaften eine Politik einschlagen, dafür zu kämpfen, einen Mindestlohn abzusichern, die Steuerlast zu mindern, insbesondere die Steuerklasse V zu streichen, kann sich die Kraft dieser Arbeiterschichten erst richtig entfalten und auch der Kampf gegen die Ruinierung von Gesundheit und Lebenskraft erhalten. Zum 1.Mai schlägt die Gewerkschaft schon eine Politik ein, auch die kleinen und mittleren Orte mit einzubeziehen. So findet zum Beispiel in Husum zum ersten Mal seit langem eine 1.Mai-Demonstration statt. Günstig wäre es, wenn dort dann auch die passenden Forderungen mitgetragen werden.

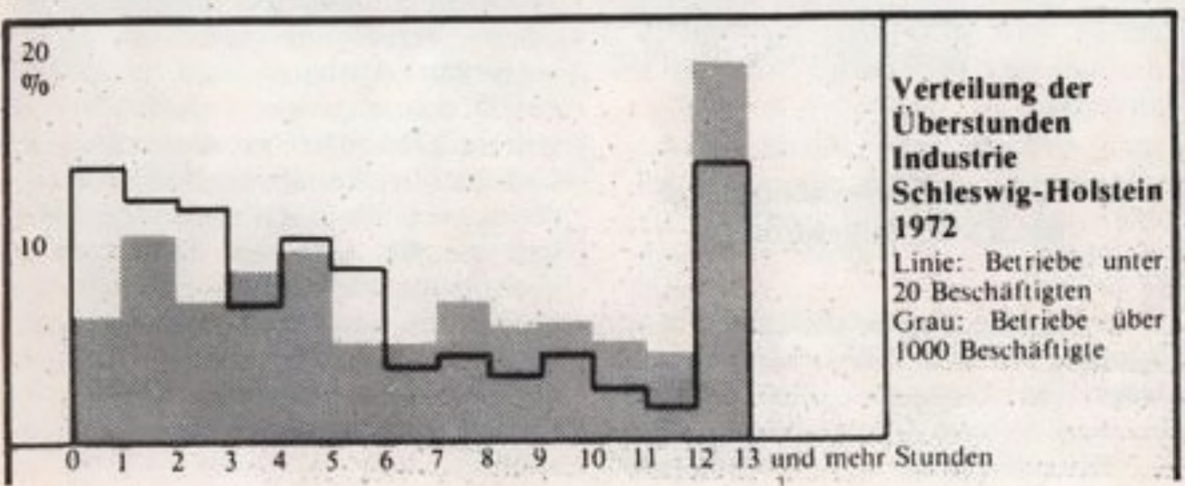


In vielen Punkten ist Aktionseinheit zwischen Handwerksmeistern und Gesellen möglich

b.clm. Ist der Handwerksmeister, dem der Handwerksbetrieb gehört, der selber mitarbeitet oder doch zumindest den Schriftverkehr erledigt, die Ausschreibung macht und dergleichen, Gegner der Gesellen und Lehrlinge oder kann man sich in manchen Punkten mit ihm zusammenschließen? Diese Frage wird oft falsch beantwortet. In der Frage des Lohns und der Überstundenarbeit haben die Gesellen sicher keinen Grund, in Sorge um die Existenz des Betriebes auf notwendige Forderungen zu verzichten. Im Kampf gegen die Steuerausplünderung zum Beispiel kann man sich aber gut einigen. Das geschieht in verschlüsselter Form schon jetzt. Vergleicht man die Verteilung der Überstunden, die von der Statistik in Klein- und Großbetrieben erfaßt werden, so stellt man fest, daß in den Kleinbetrieben zwar viele Überstunden gemacht werden, die meisten aber unter drei Stunden. In Großbetrieben über 1000 Beschäftigte liegt ein merklich größerer Teil bei 12, 13 und mehr Überstunden. Werden alle Überstunden versteuert, lohnt es sich dann auch erst, überhaupt Überstunden zu machen. Im Kleinst- und noch mehr im Handwerksbetrieb sind mehr Überstunden offenbar oft nur durchsetzbar, wenn diese nicht versteuert werden. Der ganze Betrieb arbeitet „schwarz“, sowohl der Meister als auch die Gesellen sparen die Steuer.







Bei niedrigen Reproduktionskosten bleiben Facharbeiter trotz niedrigem Lohn im Handwerk

b.gem. In dem Handwerksbetrieb Kähler, Norderheistedt (Kreis Dithmarschen) sind zur Zeit 10 Gesellen, 7 Auszubildende, 2 Schreibkräfte, ein Hilfsarbeiter und ein Meister beschäftigt. Der Betrieb weitet seine Produktion immer weiter aus und versucht, auf den Knochen der Arbeiter mit alter Maschinerie und bei Mißachtung fast aller Sicherheit- und Arbeitsschutzvorschriften immer noch mehr Profit zu scheffeln. Mit drei verschiedenen Müllpressen ist er auf der Hannovermesse vertreten und konkurriert dort gegen die Großbetriebe und Konzerne. Sein Vorteil dabei ist der niedrige Lohn im Handwerk gegenüber der Industrie. Zusätzlich dazu beschäftigt Kähler einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Lehrlingen, die für durchschnittlich 365 DM voll in der Produktion schaffen. Das aber alleine reicht nicht aus. Um seine Stellung auf dem Markt gegenüber den Großen behaupten zu können, muß er expandieren. Dazu hat er sich einen neuen LKW mit Anhänger, einen zweiten Gabelstapler mit höherer Leistung und drei neue Schutzschweißgeräte angeschafft. Außerdem will er dieses Jahr seine Hallen fast ums

aber nur aus der Mehrarbeit der Arbeiter finanzieren.

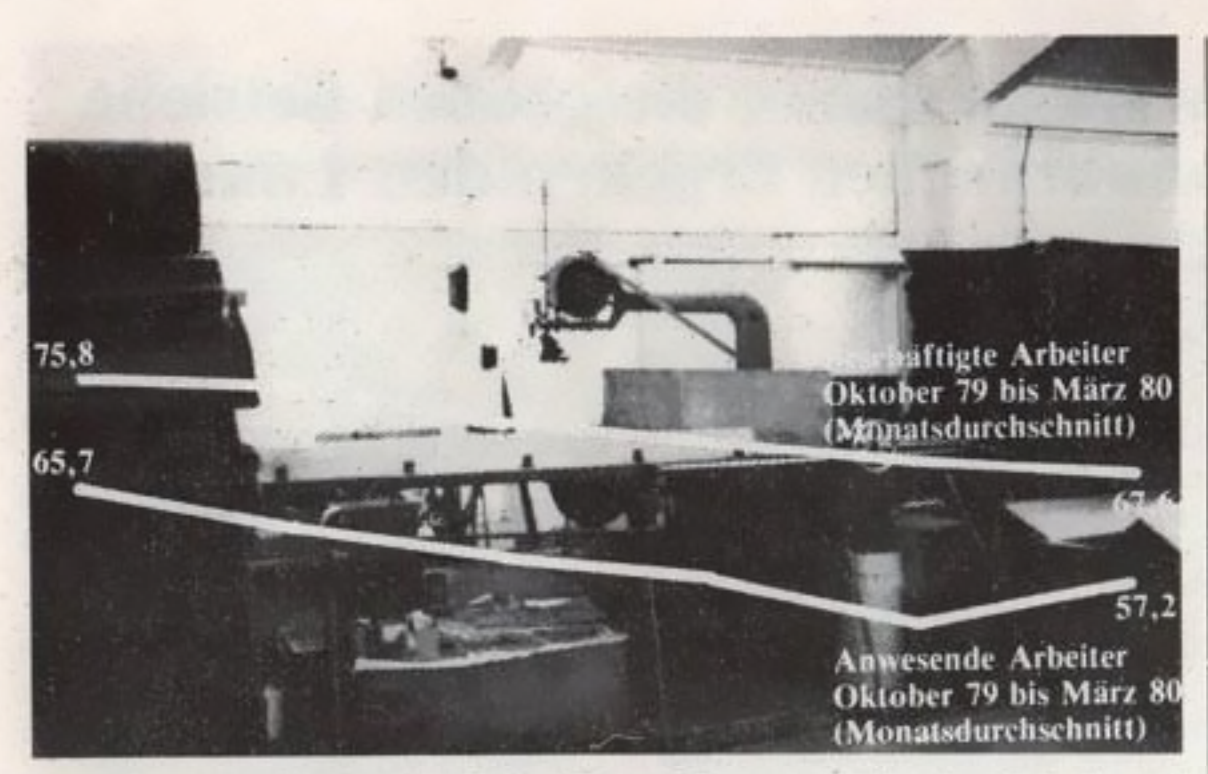
Nun fragt man sich aber, wieso in solch einem Betrieb überhaupt noch einer arbeitet und das womöglich noch 20 Jahre. Fast alle haben ihre Lehre im Handwerk gemacht als Schlosser, Schmied oder Bauschlosser. Dann sind sie zum Teil in die Industrie gegangen in der Hoffnung, das große Geld zu machen, entweder nach Köster (Heide) oder in die Großstadt, z.B. nach Kiel auf die Werft HDW. Nacht- oder Akkordarbeit war dort die Regel. Die Löhne waren zwar höher, aber die Lebenshaltungskosten in der Stadt auch dementsprechend. Der ganze Druck durch die Antreiberei und die Zwischenfahrerei am Wochenende drücken dann zusätzlich auf die Reproduktion bzw. den Erhalt der Arbeitskraft. Spätestens, wenn geheiratet wurde, sind die Gesellen dann wieder aufs Land gegangen.

Heute besitzen von 10 Gesellen 8 ein eigenes Haus bzw. wohnen in dem ihrer Eltern. Fast alle haben einen Garten und zwei betreiben im Nebenerwerb Landwirtschaft. Die Kinder ge-

nungswechsel, um in der Industrie zu arbeiten wegen der höheren Löhne, ist fast nicht möglich. Dabei verringert ein Haus und Garten zwar die Lebenshaltungskosten, es bedeutet aber auch ein Mehrverschleiß an Arbeitskraft.

Noch deutlicher werden die Verhältnisse im Handwerksbereich, wenn man sich die Fahrtwege und -kosten ansieht. Von den 10 Gesellen wohnen 5 in unmittelbarer Nähe des Betriebes und haben insofern keine zusätzlichen Kosten. Aber auch wenn man 20 km vom Betrieb entfernt ist, ist der Lohn trotzdem noch höher als beim Fahrzeugbaubetrieb Warnke in Friedrichstadt. Umgekehrt gehen aber auch einige in die Industrie, z.B. zur Büsumer Werft, weil dort fast 2 DM/Std mehr gezahlt wird.

Gerade aber weil der Lohn im Handwerk so niedrig ist, Mehrarbeit die Regel ist (bei Kähler 1 Std/Tag), die Arbeits- und Sicherheitsschutzbestimmungen ständig durchbrochen werden, sind die Kollegen dabei, einen Betriebsrat zu gründen. Die dringendsten Aufgaben des Betriebsrates werden die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und die gesetzlich abgesicherten Rech-



Drei dieser Schneidetische im Molan-Werk in Bremen werden derzeit durch zwei automatische bzw. halbautomatische ersetzt.

Verschärfte Ausbeutung in der chemischen Industrie durch Rationalisierung

r.had. Zu den expansivsten Industriezweigen gehört die chemische Industrie. Allein von 1978 auf 1979 stieg die Nettoproduktion um 5,7%, der Gesamtumsatz sogar um 13,4%, der Umsatz pro Beschäftigtem um 14,7%, der Auslandsumsatz um 18,8%. Wurde von 1977 bis 1978 der Anteil der Belegschaften um 0,8% abgebaut, gelang den Chemiekapitalisten von 1978 auf 1979 ein weiterer Belegschaftsabbau von 1,2%, der Lohn- und Gehaltskostenanteil ging von 18,5% auf 16,5% zurück.

Eine Untersuchung der Betriebe der Verwaltungsstelle Bremen der IG Chemie zeigt die Auswirkungen dieser Rationalisierung. Von 1967 bis 1979 rationalisierte die DLW in Delmenhorst 70% der Beschäftigten weg durch teil-
nalisierte die DLW in Delmenhorst 70% der Beschäftigten weg durch teil-
weise Verlegung der Produktion. Die HAG AG entließ von 1975 bis 1979 in ihrem Bremer Werk 18% der Beschäftigten und senkte die Belegschaft auf 1144 Beschäftigte. 1977 wußte die Presse noch ein Wachstum von 6% zu vermelden, der Marktanteil in der BRD konnte auf 10% ausgedehnt werden. Im wesentlichen wurden Beschäftigte im Vertrieb entlassen, welcher neu organisiert wurde sowie im EDV-Bereich durch die Einführung neuer Techniken. Durch die Umstellung der Produktionsanlagen und Einführung von Bildschirmarbeitsplätzen wurde bei der Norddeutschen Steingut AG die Belegschaft von 820 auf 593 Beschäftigte reduziert, ähnlich die Situation bei der Oldenburgischen Glashütte, deren Belegschaft im gleichen Zeitraum von 585 auf 542 Beschäftigte reduziert wurde.

Eine andere Form der Rationalisierung ergibt die Untersuchung bei der zu der Union Deutscher Fotofinisher gehörenden Firma V. Ce-We Color in Oldenburg. Von 1975 bis 1979 wurde durch insgesamt 80 Neueinstellungen die Belegschaft auf 875 Beschäftigte erhöht, im Bundesgebiet sogar auf 1950 in den insgesamt sechs Großlabors. 1979 stieg die Zahl der gefertigten Colorbilder um 15% auf 265 Mio. Stück.

Wie die Kapitalisten die Ausbeutung verschärfen, den Betrieb rationalisieren und den Arbeitstag verdichten, zeigt sich derzeit im Molan-Werk in Bremen. Bereits 1978 hatte der Kapitalist Dittrich versucht, eine Arbeitsvorbereitung aufzubauen, den Plan jedoch 1979 wieder verworfen. Trotz der ökonomischen Situation eines solchen mittleren Unternehmens, fehlendes Kapital zur Mechanisierung des Betriebes, zwingt ihn das Wolfsgesetz der Konkurrenz, nunmehr ebenfalls zu rationalisieren. Der Lohnkostenanteil drückt auf den Umsatz. Aufgrund des im Verhältnis zur Großindustrie geringen Anteils des konstanten Kapitals liegen die Lohnkosten gemessen am Umsatz weit höher. Die Belegschaft wurde weitgehend reduziert, so daß die Produktion nur unter größten Anstrengungen aufrechterhalten werden kann. Die nun neu aufgebaute Arbeitsvorbereitung hat in erster Linie die Aufgabe, eine Fertigungssteuerung und -planung
aufzubauen sowie optimale Maschi-
reitung hat in erster Linie die Aufgabe, eine Fertigungssteuerung und -planung
aufzubauen sowie optimale Maschinenbelegungen zu entwickeln. Entsprechend der Planung soll die Schichtarbeit ausgebaut werden. Derzeit sind 8 der 70 Arbeiter in der zweiten Schicht beschäftigt. Für das Bremer Werk sind zwei neue Schneidetische sowie ein Rollenschneider beschafft worden, um die zum Teil überalterten Maschinen zu ersetzen. Die Einbeziehung dieser neuen Anlagen in den neu zu steuernden Materialfluß wird für den Kapitalisten Anlaß sein, den Arbeitstag zu verdichten.

Durch häufige Umbesetzungen wird versucht, die desorganisierte Produktion aufrechtzuerhalten. Reduzierte Dittrich einerseits die Belegschaft, indem er einen Teil der Abgänge nicht ersetzte, steht er nun vor dem Problem, mit der reduzierten Belegschaft die gleiche Produktivität zu erzielen. Dem Betriebsrat, der den ständigen Arbeitsplatzwechsel unter Kontrolle bekommen will, teilte die Geschäftsleitung auf Anforderung nach einem Stellenbesetzungsplan mit, daß „dieses nicht möglich sei, da man nicht wisse, wie der Markt sich entwickeln würde“. Feste Stellenbesetzungen müssen durchgesetzt werden. Zum 1. Mai hat der Vertrauensleutekörper bei Molan u.a. die Forderungen Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, Verbot der Überstundenarbeit, 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich sowie Abschaffung der unteren Lohngruppen beschlossen.

Die bürgerlichen Parteien erproben ihre Wahlkonzepte

Landtagswahlkampf NRW offiziell eröffnet / Auseinandersetzungen auf Wahlveranstaltungen

r.wof. Offiziell eröffnet haben SPD, FDP und CDU in der vergangenen Woche den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen. Alle haben vor allem ihre bundespolitischen Größen aufgefahren: Schmidt und Brandt, Strauß und Kohl, Genscher und den Grafen Lambsdorff. „Dabei wurde deutlich, daß die Koalition diese letzte Landtagswahl vor der Entscheidung zum Bundestag im Herbst zu einem Plebiszit gegen den Kanzlerkandidaten der Union, Strauß, machen möchte,“ so die bürgerliche Presse (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.4.). Entsprechend heißt der hauptsächliche Wahlslogan der SPD „Wählen gehen – Damit NRW sozial und der Frieden gesichert bleibt“ und soll Anfang Mai umgewandelt werden in den Slogan „Strauß wegwählen“. Das Problem ist: die SPD muß erhebliche Teile der Arbeiterklasse mobilisieren, wenn sie die Landesregierung halten will, und das, ohne die Forderungen der Arbeiterklasse, die sich vor allem in den Gewerkschaften herausbilden, zu unterstützen. – „Die Opposition will dagegen einen von Strauß zwar unterstützten, von ihm jedoch nicht bestimmten Wahlkampf mit landespolitischen Themen führen, um die Regierung Rau in Düsseldorf abzulösen,“ so die FAZ weiter. Vor allem griff die CDU die Landesregierung an, insbesondere wegen ihrer „Verschuldungspolitik ohnegleichen“, von Biedenkopf, neben dem ausgefallenen Köppler Spitzenkandidat der CDU, bereits vorher aufgegriffen. NRW-Ministerpräsident Raus Antwort macht deutlich, wo diese Debatte in gegenseitiger Ergänzung der bürgerlichen Parteien hinführen soll: „Die Schulden von heute sind die Steuerkraft von morgen.“

Auf mehreren Veranstaltungen im Raum Ostwestfalen hat in der letzten Woche die Wirtschaftsministerin Funke gesprochen, etwas abgetakelte Spitzenkandidatin der FDP und Wirtschaftsministerin. Aufgetreten ist sie mit umfassender Erläuterung des Regierungsprogramms, eingeleitet mit chauvinistischer Hetze gegen die OPEC-Länder: mehr Geld für Öl bedeute, daß es der Industrie an anderen Ecken fehle. Die BRD stehe aber weltweit am besten da, und gegen die noch zu hohe Arbeitslosigkeit habe die Landesregierung einiges getan: Arbeitsförderung Schwervermittelbarer, Förderung von Betrieben, die Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Es ginge darum, „die Wirtschaft“ in die Lage zu versetzen, notwendige Neuerungen durchzuführen, um auf dem Weltmarkt mithalten zu können, so verteidigte sie die umfangreichen Gelder, die die Landesregierung den Kapitalisten zuschiebt. Deutlich wurde auf allen Veranstaltungen, daß die bürgerlichen Politiker ziemlichen Raum für Debatten einräumen müssen. Mit der frechen Behauptung, in den letzten 10 Jahren seien die Steuern gemessen am Bruttosozialprodukt auf Grund der Politik der SPD/FDP-Koalition nicht gestiegen – womit die Frage, wer die Steuern zahlt übertüncht werden soll – kam sie auf keiner der Veranstaltungen durch. Von ca. 66% 1968 auf 72% 1978 ist der Anteil der Steuern auf Lohn am Gesamtsteuereinkommen gestiegen. Wurde sie auf der Veranstaltung in Höxter mit der Forderung nach Kindergeld wie die Minister konfrontiert, so hat sie in Minden gleich in ihrer Rede dagegen vorgebaut.

Schmidt und auch Strauß sind bei den Kundgebungen zur Wahlkampferöffnung vor allem weltpolitisch aufgetreten. Dabei hat Schmidt demagogisch die Supermächte kritisiert, sie hätten „keine Strategie zur Verhinderung des Krieges“, das sei eine ähnliche Lage, wie vor 1914, wo auch keiner den Krieg gewollt hätte. Eine Politik der Vernunft müsse die BRD betreiben, womit gemeint ist Fortsetzung der profitablen Ostgeschäfte vor allem mit den Sozialimperialisten bei Rückendeckung durch Anlehnung an die andere Supermacht, die USA. Funke demagogisch auf die Forderung nach Demokratischem Friedensvertrag, der beide deutsche Staaten anerkennt und nach Abzug der Besatzungstruppen wie Austritt der BRD aus allen imperialistischen Bündnissen: „Frieden ist wichtiger als ein Friedensvertrag, wichtiger ist das friedliche Zusammenleben der Völker.“ Und Lorenz, CDU-Vorsitzender in Westberlin, am letzten Samstag in einer Straßendiskussion der CDU in Gütersloh: Er sei nicht für einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, sondern nur mit einem. Wenn man *diese* Forderung jetzt aber aufwerfen würde, würde das die Gefahr des Weltkrieges erhöhen. Die Expansionsgelüste gegenüber der DDR lugen dabei deutlich hervor.

Remmers für erlaßfreie Schule?

Remmers für erlaßfreie Schule?

r.brl. Seit einiger Zeit tritt Remmers in Presse und auf Veranstaltungen für die „erlaßfreie Schule“ auf. Und das, obwohl seit Remmers Antritt ein Erlaß den anderen jagte. Das, was bislang „erlassen“ wurde, reicht aus, die Lehrer mit Mehrarbeit zu überhäufen, die Eltern zu gängeln und die Schüler verstärkt auszusieben. Das schließlich ist auch das Ziel der Remmerschen Erlasse.

Um nur zwei wesentliche Erlasse zu nennen: Da müssen die Lehrer der Orientierungsstufen Eignungsgutachten mit Schullaufbahnempfehlung erstellen. Während der Orientierungsstufenzeit sind Schülerbeobachtungsbögen zu führen, in denen Arbeitsverhalten, Denkverhalten und soziales Verhalten der Schüler sowie „sachgerechtes Arbeiten“, „annähernd sachgerechtes Arbeiten“ und „kaum sachgerechtes Arbeiten“ eingetragen wird. In anschließenden Elternabenden sollen Eltern über die Ergebnisse der Trendkonferenzen informiert werden, das heißt, ob die Schüler für die Haupt- oder Realschule oder für das Gymnasium „geeignet“ sind. Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen sind im Niedersächsischen Schulgesetz § 44 in der Verordnung über die Voraussetzungen und das Verfahren für die Festsetzung bestimmter Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen geregelt. Diese Ordnungsmaßnahmen gehen von schriftlichen Verweisen bis zur Verweisung von allen Schulen und gelten für Schüler, die „den Erziehungsauftrag der Schule beeinträchtigen“, „Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens in der Schule erheblich verletzen oder die Sicherheit von Personen in der Schule gefährden, den Unterricht erheblich stören oder unmöglich machen.“ Durchaus denkbar und oft genug vorgekommen ist, daß Schüler, die gegen 5en und 6en an den Schulen rebelliert haben, mit Verweisen und der Drohung Rausschmiß aus der Schule, kleingemacht werden.

„Ich träume von einer erlaßfreien Schule“, erzählte Remmers auf dem Kreisparteitag der CDU im März 1980. Die Schuld an den Erlassen haben nur die Eltern, meinte Remmers, da viele Eltern wegen der Zensierung zum Verwaltungsgericht gehen. Dieses Problem soll durch einen neuen Erlaß gelöst werden, indem die Schulleiter in schulischen Fragen mehr Kompetenz bekommen. Die Schulpolitik soll im Sinne der Schüler und Eltern sein, an allererster Stelle jedoch stünden die Schüler, man soll die Eltern nicht soviel bestimmen lassen. Aufs Gymnasium gehörten nur wirklich begabte Schüler. Die Klagen der Schüler in den gymnasialen Oberstufen, sie hätten so viel Streß, sei kein Wunder, wenn sie in der Mittelstufe nie ihre Vokabeln gelernt hätten. Außerdem kritisierte Remmers auf der Veranstaltung das Arbeiten mit Arbeitsblättern. Er sei dafür, die Lehrpläne in dieser Hinsicht neu zu gestalten. Man darf auf neue Erlasse in Bezug auf Lehrpläne und Schulbücher gefaßt sein. Bereits im Schulverwaltungsblatt von 1978 wird die Absicht deutlich. „Allein die Tatsache, daß hier gelegentlich Texte aus nicht genehmigten Schulbüchern geboten werden, sollte nachdenklich machen.“

Ein weiterer Erlaß regelt den Besuch von Politikern in Schulen. „Jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtages hat jederzeit das Recht, sich über Probleme in den Schulen zu informieren.“ Einem solchen Besuch Remmers an der IGS Wolfsburg ging eine Demonstration voran. Die Schüler demonstrierten am 19.3.80 gegen die Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes. Die Schulleitung ließ Mitteilungen an die Eltern gehen, in denen gedroht wurde, alles, was nicht durch die Eltern entschuldigt sei, disziplinarisch zu ahnden. Zusätzlich wies die Schulleitung darauf hin, daß die Demonstration nur vom Bahnhof bis zum Rathausplatz genehmigt sei und eine Verlängerung der Demonstration gesetzwidrig sei. Außerdem sollten die Schüler keine Transparente mitbringen. Es hätte ja was gegen den einen oder anderen Erlaß draufstehen können. Remmers führte allerdings seinen geplanten Unterrichtsbesuch nicht durch. Er beschränkte sich auf ein Gespräch mit 3 Schülern, Eltern und Lehrern.

Ehrenbergprozeß: Beweisantrag abgelehnt

r.std. Im Ehrenbergprozeß vor der Staatsschutzkammer Lüneburg gegen Dirk Steenken lehnt das Gericht jetzt jeden Beweisantrag mit der Begründung ab, es handele sich sowieso nur um Werturteile. Unter Werturteil verstehen dabei die Richter jegliche Schinderei der Arbeiter durch Ehrenberg und die Bundesregierung. Der leitende Richter Diederichs versteigt sich dabei in seinen Begründungen zu folgenden Feststellungen, die er besonders gern anwendet, wenn er in der Enge ist. „Ich habe verfügt, wie ich verfügt habe und habe dem nichts mehr hinzuzufügen“, damit versuchte er einen Antrag der Verteidigung abzulehnen. Am 4. Verhandlungstag wurde insbesondere die Lohndrückerei Ehrenbergs über die Arbeitsförderungsgesetze und Arbeitsbeschaffungsmaßnahme angegriffen. Auch hierüber lehnte das Gericht einen Beweisantrag ab mit der Begründung, daß der Antrag „Bewertungen enthält, die einem Beweis nicht zugänglich sind“. Wahrscheinlich hat es einen Rüffel bekommen, in seiner ersten Entscheidung den Beweis auch nur prinzipiell zuzugestehen. Zugestehen mußte es aber, daß es bei der Verabschiedung der Rentenanpassungsgesetze keinen „unbeteiligten Dritten“ gab. Der Prozeß wird am 22.4. um 10 Uhr und am 25.4. um 9 Uhr fortgesetzt. Dabei geht das Gericht auf schnelles Plädieren.

100 zusätzliche Millionen für Forschungsprojekte und -institute

r.scm. Die „Forschungsstrukturkommission bei dem Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst“ hat jetzt ihren Abschlußbericht vorgelegt. Er verfolgt den Zweck, die zielgerichtete Verwendung des Niedersächsischen Vorabs der Stiftung Volkswagenwerk zu betreiben. Dabei handelt es sich um die Dividende des von der Landesregierung gehaltenen Aktienanteils an der VW AG. Vorgeschlagen wurde u. a. die Errichtung eines Instituts für Kriminologie in Hannover. Es soll insbesondere die Wirkung von Gesetzes- und Strafvollzugsmaßnahmen erforschen und „Modellerprobungen für ressortübergreifende Präventivmaßnahmen“ durchführen. Die Einrichtung eines Instituts für Wirtschaftsforschung soll dazu dienen, „die sich anbahnenden qualitativen Probleme und Entwicklungsrichtungen in Niedersachsen aufzuzeigen.“ Neben drei weiteren Instituten werden eine Reihe von Einzelprojekten für förderungswürdig erachtet. Darunter die Forschungsgruppe Gesundheitssystemforschung, eine Technologieberatungsstelle bei der Hannoverschen Messe-AG, ein Projekt „Information und Verwaltung im Schulsystem des BGJ und BVJ“, die Erforschung und Herausgabe des Leibniz-Nachlasses und der Ausbau der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel als „Forschungszentrum der Geisteswissenschaften“.

Erziehungsbeihilfen: Nicht Hilfe, Schikane ist der Zweck!

r.chs. 1,2 Mio. Schüler gab es 1979 in Niedersachsen. 250 DM – gering angesetzt – müssen die Eltern pro Schuljahr und Kind für Schulmaterialien aufbringen. Lernmittelfreiheit gibt es nicht. Rund 300 Mio. DM müßte demnach der Kultusminister aus Steuermitteln den Kapitalisten weniger zufließen lassen gegenüber 2,5 Mio. 1979, die ja die „Erziehungsbeihilfe“ gekostet hat. – Also 2,08 DM pro Schüler. 19406 Anträge wurden 1979 gestellt, 4350 abgelehnt. „Berechtigt“ (100 bzw. 200 DM einmalige Leistung zu bekommen) ist, wessen Kind eine öffentliche Schule in Niedersachsen besucht und keine anderen Leistungen erhält wie z.B. BAföG, und wessen Einkommen den amtlich festgelegten Bedarf von 850 DM für beide Eltern (bzw. 980 DM, wenn beide arbeiten) und 270DM für jedes Kind nicht übersteigt. Ist dies in „geeigneter Form“ nachgewiesen, urteilt die Schule über die *persönlichen* Voraussetzungen: „Die Gewährung... setzt voraus, daß Anlagen, Fähigkeiten und Leistungswille des Schülers eine Förderung... rechtfertigen“ (SVBl.Nds. 6/76) Die Noten der einzelnen Fächer werden angefügt. Fast 3000 Eltern mehr als 1978 mußten sich 1979 dieser Schikane unterwerfen.

1700 neue Wohnheimplätze bis 82/83 angekündigt

r.ech. In einer Presseerklärung gibt der niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel bekannt, daß in Niedersachsen bis zum Wintersemester 82/83 1700 neue Plätze in Studentenwohnheimen gebaut werden sollen. Die Kosten von 84 Mio. DM sollen Bund und Land je zur Hälfte tragen. Außerdem sollen bestehende Wohnheime durch „energiesparende Maßnahmen und Instandsetzungsmaßnahmen modernisiert werden.“ Die geplanten Wohnheimplätze verteilen sich wie folgt: Emden (200), Oldenburg (253), Lüneburg (150), Hildesheim (170), Hannover (120), Clausthal-Zellerfeld (120) und Göttingen (706). Die 706 Plätze in Göttingen sollen schon zum Wintersemester 1981/82 fertig sein, da Göttingen „wegen des besonders hohen Anteils der Studenten an der Wohnbevölkerung“ Priorität genieße. Insgesamt gibt es derzeit in Niedersachsen 11146 Plätze in Studentenwohnheimen, was einem Versorgungsgrad von 13,1% entspricht. Ausbauziel für 1985 ist 16600; d.h. es müßten von 82/83 bis 85 weitere 3754 Plätze gebaut werden. Im Landesentwicklungsplan 1985 für Niedersachsen war noch davon die Rede, daß bis 85 30% der Studenten in Wohnheimen leben können. Selbst bei Einhaltung der jetzt vorgelegten Zahlen, die als Reaktion auf die Aktionen der Studenten im letzten Semester zu verstehen sind, würden keine 20% erreicht.

„Mit Geld ist uns nicht geholfen, wir müssen melken“

Streit um Schließung von Bahnübergängen im Brookmerland

r.sah. „Am liebsten würde die Bundesbahn alle Bahnübergänge aufheben“, erklärte Ende März ein Vertreter der „Sonderkommission Bahnübergangsrationalisierung“. 50 Millionen DM will die Bundesbahndirektion Hannover in diesem Haushaltsjahr für den Ersatz von Schrankenübergängen durch Tunnels oder Brücken aufwenden. Zur Erhöhung der Sicherheit, so die Bundesbahn. In Wirklichkeit dient dieses Programm der Verschnellerung des Warenumschlages, da durch Brücken u.ä. Transportzeiten verkürzt werden. Das lassen sich die Kapitalisten durch Steuergelder finanzieren. „Sparen“ will die Bundesbahn auf der anderen Seite durch Schließung von zahlreichen „unrentablen“ Übergängen insbesondere auf dem Land. In der Gemeinde Osteel bei Marienhafe (Ostfriesland) plant die Bahn, drei von sechs Übergängen zu entfernen. „Für viele von uns wird das katastrophale Folgen haben“, erklärte einer der von den DB-Plänen betroffenen Bauern. „Ein Teil meines Weidelandes liegt westlich der Bahn, mein Hof aber im



Wege vor der Schließung -----
Wege nach der Schließung .....

Dorf östlich der Eisenbahn. Ich muß im Sommer jeden Tag zweimal zum Melken über die Bahn, was jetzt kaum ein Problem ist, weil der Übergang direkt vor der Haustür liegt.“ Schließung bedeutet für diesen Bauern einen Umweg von rund 2 km. „Mit dem Melkwagen ginge das ja gerade noch, aber wenn ich die Kühe umtreiben muß, wenn die Weiden abgegrast sind, muß ich auf dem Umweg auf dem Alten Postweg treiben, wo ab und zu ziemlicher Verkehr ist. Außerdem ist es nicht einfach, 30 Kühe um die vielen Ecken zu jagen.“ Ein Ausweg wäre eventuell der Transport mit dem Viehwagen, der faßt aber nur zwei Kühe, das hieße also mehrmals im Jahr 15 Mal hin- und herfahren.

Ein anderer Bauer müßte mehrere Wochen im Jahr seine Herde täglich vom westlichen Weideland zum Hof treiben. „Ich kann nicht auf der Weide melken, weil ich im Hof eine automatische Absauganlage habe. Diese zusätzliche Treiberei über einen Umweg von 2 ½ km wäre kaum zu schaffen. Wenn der Übergang weg kommt, müßte ich eventuell sogar neu siedeln, was ungeheure finanzielle Aufwendungen bedeuten würde.“

Nicht nur zusätzliches Treiben oder gar Transport mit dem Viehwagen ginge ungeheuer ins Geld. Auch die zusätzlichen Fahrten mit dem Gerät während der Saat und der Getreide- und Heuernte schlagen zu Buche. Allein die Dieselpreise sind seit 1972 um fast 300% gestiegen.

„Über öffentliche Straßen fahren wir auch nicht gern. Man muß mit dauernden Kontrollen durch die Polizei rechnen, und solche Kleinteile wie z.B. Blinker gehen schon recht schnell kaputt beim Dauereinsatz in der Erntezeit. Das gibt nur zusätzlichen Ärger.“

Zwei Kilometer Umweg heißt für die Bauern oft auch zwei Kilometer mehr Straßen reinigen, denn sowohl die Ackerfahrzeuge als auch die Viehherden machen Dreck, den die Bauern selbst entfernen müssen, wollen sie nicht Bußgelder von den Behörden riskieren.

Insgesamt werden in Osteel durch die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen fünf Höfe von ihrem Land abgeschnitten und mindestens weitere fünf, die westlich der Bahn liegen, verlieren direkten Zugang zum Dorf, was z.B. Umwege beim Einkaufen und auf dem Weg zum Schulbus bedeuten würde. Ein Vertreter der Bundesbahn sprach auf einer Versammlung des Landvolk Kreisverbandes Emden-Norden vor 30 Bauern von „zumutbaren Umwegen“. „Sie fahren von Hannover aus schließlich auch nicht über Köln nach Marienhafe“, war die Antwort eines erbosten Diskussionsteilnehmers.

Von dem Bundesbahnvertreter angebotene Entschädigungsgelder lehnten die anwesenden Bauern ab: „Mit Geld ist uns nicht geholfen, wir müssen melken!“ Viele Bauern haben mit solchen Angeboten nämlich schon ihre Erfahrungen. „10000 RM hat die Reichsbahn meinem Vorgänger für die Landverluste und erhöhten Aufwendungen gezahlt, als 1908 die Bahnstrecke gebaut wurde. Aber solche einmaligen Zahlungen haben schon damals die über Jahre steigenden laufenden Kosten nicht abdecken können.“

Ergebnis dieser ersten Versammlung war, daß vorerst das Planfeststellungsverfahren verschoben werden soll. Die Bauern wollen jetzt die zu erwartenden finanziellen Nachteile zusammenstellen, bevor neu verhandelt wird.

Mit Zinssteigerungen verstärken die Banken den Würgegriff auf die mittleren Bauern



z.doj. Die Zinsen für landwirtschaftliche Darlehen sind von 1978 6,5% auf über 10% gestiegen. Für Bauern, die jetzt auf Schweinemast oder Sauenhaltung umstellen oder erweitern müssen, heißt das z.B. bei einem Kredit von 100000 DM eine jährliche Zinsmehrbelastung von 3500 DM. 63% der Gelder aus dem landwirtschaftlichen Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden in Bauten, v.a. Schweineställe, investiert. Die „einzelbetriebliche Förderung“ setzt die Kreditanstalt gezielt bei Bauern mit 20 – 50 ha LF (mit durchschnittlich 20 – 50 Schweinen) ein. Bauern mit 20 Schweinen müssen aufstocken und treiben sich gegenseitig in den Ruin, da sich schon heute erst ab 100 Mastschweinen die Mästung lohnt. Mit den Zinssteigerungen greifen die Banken nach.



Wege vor der Schließung -----
Wege nach der Schließung .....

Dorf östlich der Eisenbahn. Ich muß im Sommer jeden Tag zweimal zum Melken über die Bahn, was jetzt kaum ein Problem ist, weil der Übergang direkt vor der Haustür liegt.“ Schließung bedeutet für diesen Bauern einen Umweg von rund 2 km. „Mit dem

ernden Kontrollen durch die Polizei rechnen, und solche Kleinteile wie z.B. Blinker gehen schon recht schnell kaputt beim Dauereinsatz in der Erntezeit. Das gibt nur zusätzlichen Ärger.“

Zwei Kilometer Umweg heißt für die Bauern oft auch zwei Kilometer mehr Straßen reinigen, denn sowohl die Ackerfahrzeuge als auch die Viehherden machen Dreck, den die Bauern selbst entfernen müssen, wollen sie nicht Bußgelder von den Behörden riskieren.

Insgesamt werden in Osteel durch die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen fünf Höfe von ihrem Land abgeschnitten und mindestens weitere fünf, die westlich der Bahn liegen, verlieren direkten Zugang zum Dorf, was



z.doj. Die Zinsen für landwirtschaftliche Darlehen sind von 1978 6,5% auf über 10% gestiegen. Für Bauern, die jetzt auf Schweinemast oder Sauenhaltung umstellen oder erweitern müssen, heißt das z.B. bei einem Kredit von 100000 DM eine jährliche Zinsmehrbelastung von 3500 DM. 63% der Gelder aus dem landwirtschaftlichen Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden in Bauten, v.a. Schweineställe, investiert. Die „einzelbetriebliche Förderung“ setzt die Kreditanstalt gezielt bei Bauern mit 20 – 50 ha LF (mit durchschnittlich 20 – 50 Schweinen) ein. Bauern mit 20 Schweinen müssen aufstocken und treiben sich gegenseitig in den Ruin, da sich schon heute erst ab 100 Mastschweinen die Mästung lohnt. Mit den Zinssteigerungen greifen die Banken nach.

Weniger als die Hälfte der Verkaufserlöse für die Bauern

z.ere. Der Anteil der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse an den Nahrungsmittelpreisen ist in den letzten Jahren rapide gesunken. Im Wirtschaftsjahr 1978/79 sank dieser Anteil um 3,7% gegenüber dem Vorjahr auf 42,9%. Mehr als die Hälfte des Verkaufserlöses an den Nahrungsmitteln streichen die Kapitalisten der hoch konzentrierten Nahrungsmittelindustrie ein. Überdurchschnittlich sank der Erzeugeranteil bei pflanzlichen Produkten wie Speisekartoffeln (von 53% auf 43,8%). Aber auch bei Fleisch- und Wurstwaren mußten die Bauern Verkaufseinbußen von fast 5% hinnehmen. Die Agrarwirtschaft ist in den letzten 20 Jahren mehr und mehr zu einem Rohstofflieferanten für die Ernährungsindustrie geworden. Der hohe Konzentrationsgrad im Lebensmittelhandel und die Einbeziehung des Frischwarensortiments (Obst, Gemüse und Fleisch) in die zentrale Warendistribution treibt vor allem die Klein- und Mittelbauern in immer größere Abhängigkeit. Das seit 1969 erlassene Marktstrukturgesetz, das mit Hilfe von Subventionen die Gründung von Erzeugergemeinschaften fördert, setzt die Bauern dem direkten Preisdiktat der Nahrungsmittelkonzerne aus. Es sieht die „horizontale“ Verflechtung mit der „Verarbeitungsindustrie“ vor und gewährt der Nahrungsmittelindustrie direkt Einfluß auf Anbauflächen und Agrarprodukte.

Westafrikanische Küstenländer bekämpfen Raubfischerei

z.ans.Rom. Wie die Geier haben sich die imperialistischen Länder auf eine der reichsten Fischfangzonen der Welt vor der westafrikanischen Küste gestürzt: Wilde Raubfischerei führte zur Verdreifachung der Fänge von 1965 bis 1976. Der Anteil nichtafrikanischer Länder an dem Gesamtfang betrug 1978 50%. Die Hälfte davon haben allein die Sozialimperialisten geplündert. Die UN-Ernährungsorganisation FAO spricht von der Gefahr der Überfischung. 1978 sank der Fang bereits auf 3,04 Mio. t gegenüber 3,6 Mio. t 1976. Die westafrikanischen Küstenländer haben jedoch im Kampf gegen die

Westafrikanische Küstenländer bekämpfen Raubfischerei

z.ans.Rom. Wie die Geier haben sich die imperialistischen Länder auf eine der reichsten Fischfangzonen der Welt vor der westafrikanischen Küste gestürzt: Wilde Raubfischerei führte zur Verdreifachung der Fänge von 1965 bis 1976. Der Anteil nichtafrikanischer Länder an dem Gesamtfang betrug 1978 50%. Die Hälfte davon haben allein die Sozialimperialisten geplündert. Die UN-Ernährungsorganisation FAO spricht von der Gefahr der Überfischung. 1978 sank der Fang bereits auf 3,04 Mio. t gegenüber 3,6 Mio. t 1976. Die westafrikanischen Küstenländer haben jedoch im Kampf gegen die

Plünderung ihrer Küstengewässer und für die Durchsetzung der 200-Meilen-Zone (über die Hälfte von ihnen hat eine 200-Meilen-Zone) einige Erfolge erzielt: Sie steigerten ihren Anteil am Fang von 37,7% 1972 auf 43,8% 1978. 1979 schloß Senegal mit der EG – Frankreich und Italien fischen in dieser Fangzone (1978: 2,8% des Gesamtfangs) – ein Fischereiabkommen ab. Die EG-Länder müssen 11,4 Mio. Dollar als Ausgleich für Fischereirechte und rund 843000 Dollar an Gebühren für Schiffslizenzen zahlen. Über die Verwendung der Mittel entscheidet Senegal allein. Die EG mußte sich verpflichten, senegalesische Fischer auszubilden. Auf den Schiffen muß ein bestimmter Anteil von einheimischen Fischern beschäftigt werden.

US-Finanzkapital erwartet 25% Einkommenssenkung der Bauern

z.rül. Das US-Landwirtschaftsministerium erklärte letzte Woche, daß die Nettoeinkommen der 2,7 Mio. US-Farmer dieses Jahr um 25% durchschnittlich fallen werden. Während sie die Lebensmittelpreise für die Volksmassen im März um 7 bis 11% in die Höhe trieben, senkten die Kapitalisten die Erzeugerpreise der Bauern um 5%. Mit 20% höheren Preisen für Saatgut, Düngemittel und Maschinerie trieben sie vor allem kleine und mittlere Bauern zu weiterer Überarbeit bei elenden Einkommen oder verjagten sie – gemeinsam mit den Banken, die die Zinsen für landwirtschaftliche Kredite auf 15% und mehr gegenüber dem Vorjahr verdoppelten – gleich ganz von ihrem Hof. Das US-Börsenblatt „Wall Street Journal“ meldet befriedigt, daß nicht nur die 380000 kleinen Bauern mit Höfen bis 12,5 Hektar in große Schwierigkeiten kommen. Inzwischen können selbst viele Bauern mit Höfen bis 50 Hektar neue Kredite für Saatgut etc. nicht mehr bezahlen. Die über 62000 kapitalistischen Farmen, von denen jede über 500 Hektar Land umfaßt, machen dagegen weiter glänzende Profite. Sie beuten die Hauptmasse der 1,6 Millionen Landarbeiter aus, und gestützt auf die Ausbeutung dieser Arbeiter wollen sie 1980 die landwirtschaftlichen Exporte der US-Imperialisten von 32 Mrd. Dollar 1979 auf 37 Mrd. Dollar steigern.

In zehn Jahren 100000 ha Land in Brache verwandelt

Grundeigentum verhindert rationelle Bodennutzung / In „Problemgebieten“ bloß besonders kraß

z.frb. So energisch, wie die westdeutsche Bourgeoisie mit der kapitalistischen Umwälzung der Landwirtschaft die Bauern verarmt, ruiniert und ihre Höfe enteignet, so nimmt auch Jahr für Jahr die landwirtschaftlich genutzte Fläche ab. Dies obwohl die Produktion der westdeutschen Landwirtschaft nicht ausreicht, die inländische Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu decken. Im Gegenteil geht diese Abnahme der bebauten Fläche mit steigenden Agrarimporten Hand in Hand. Von 1965 bis 1978 ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche um über 6% gesunken. Der größte Teil geht für bebaute Flächen drauf, jährlich rund 40000 ha. Aber darüberhinaus wird auch eine Jahr für Jahr größere Fläche, die der Landwirtschaft zur Verfügung bleibt, nicht mehr genutzt und bleibt brachliegen.

1965 zählte die amtliche Statistik, die die Flächennutzung jährlich auf Gemeindeebene erhebt, 151 Tsd. ha Land, das nicht mehr landwirtschaftlich genutzt wurde. 1978 waren es 313 Tsd. ha, etwa 2,4% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Eine Steigerung der Brache von 1,1% auf 2,4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in fast 15 Jahren mag nicht allzu bedrohlich sein. Jedoch konzentriert sich das Brachland auf einige Gebiete und erreicht in einigen Gemeinden, wie im hessischen Dillkreis, bis zu 90% der Landwirtschaftsfläche. Die Landkreise, in denen der Anteil der stillgelegten landwirtschaftlichen Nutzfläche 10% der noch bewirtschafteten Nutzfläche übersteigt, beinhalten zusammen 3,3% der Gesamtfläche des Bundesgebietes. Ihre Brachflächen machen dagegen 20% aller brachliegenden ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen der BRD aus. Schwerpunkte sind die Alpen mit den Vorbergen, die Mittelgebirge Schwäbische Alb, Nordschwarzwald, Pfalz, Spessart, Odenwald, Bayrischer Wald. Nach Bundesländern liegen Saarland und Bremen mit 10% Brache an der Spitze. Es folgt Rheinland-Pfalz (5,2%), Hessen (1,7%), Baden-Württemberg (1,4%). Das war 1971, und seither ist trotz aller mit viel Glanzpapier propagierter Förder- und Flurbereinigungsprogramme die brachliegende Fläche noch ausgedehnter geworden.

Die Überführung einer jährlich zunehmenden Fläche, kultiviert in Jahrhunderten mühseliger Arbeit, in Wildnis schafft einige ideologische Probleme für die Bourgeoisie, und etliche Gelehrte werden bezahlt für den Nachweis, daß eine Ausdehnung des natürlichen mitteleuropäischen Waldes im Grunde ganz nützlich wäre. Die Verwilderung kultivierten Landes hat aber ein Ausmaß erreicht, daß die negativen Folgen schlecht verdeckt werden können. Die Bodenerosion auf den brachliegenden Flächen nimmt zu. Der Verfall der Entwässerungsanlagen, der bei Brache durch Unterlassung der Grabenräumarbeiten oft schon innerhalb eines Jahrzehnts eintritt, hat zur Folge, daß selbst eine Beweidung durch Schafe oder eine spätere erneute landwirtschaftliche Nutzung praktisch unmöglich wird. Von den grundwassernahen Brachflächen in den Tälern der bayerischen Mittelgebirge ist abzusehen, daß sie vernässen und schließlich mit Schilfrohr und Buschflora zuwachsen. Im Gebirge führt das überständige, nicht mehr geweidete Gras im Frühjahr, weil es mit dem Firnschnee verbacken ist und mit dem abgehenden Schnee herausgerissen wird, zu Erodierung. Schließlich sind die Brachflächen eine Brutstätte allen Unkrauts, das sich von hier auf die angrenzenden noch bebauten Landflächen ausbreitet. Dies zumal der Brache in der Regel eine Ausdehnung des Dauergrünlandes vorausgeht, was selbst schon die Unkrautbekämpfung erschwert.

Von zwei Seiten her wird die Ausdehnung der Brache erzwungen. Einerseits drückt die westdeutsche imperialistische Bourgeoisie mittels billig auf den Weltmärkten besorgten Getreides auf die Preise, so daß der Anbau von Getreide für den Bauer nicht mehr rentabel ist, er zunächst auf Nutzung des Bodens für die Viehhaltung umsteigt, schließlich das Land ganz aufgibt, weil der Erlös aus seiner Bebauung nicht mehr die Reproduktionskosten des Bauern deckt. Andererseits sieht man hieran, daß das Einkommen der Bauern unter den Arbeiterlohn gedrückt ist, so daß sie lieber einen Teil ihres Landes unbestellt lassen und ihre Arbeitskraft an einen Fabrikbesitzer verkaufen. Wo die Brache hoch ist, ist auch die Zahl der Nebenerwerbsbauern groß. Und es sind vor allem die kleinen Bauern, die einen Teil ihres Landes brach liegen lassen müssen.

Die Schwerpunkte der Brachflächen liegen in Gebieten, die den Einsatz großer Maschinerie schwierig machen oder relativ schlechte natürliche Bedingungen haben. Dennoch sind es nicht „natürliche“ Ursachen, die die Brache erzwingen. Die beiden ehemaligen hessischen Landkreise Dill und Biedenkopf wiesen etwa die gleichen natürlichen Produktionsbedingungen auf. In ersterem aber ist die Bodenfläche noch mehr auf Kleinbetriebe zersplittert. Dort lagen 1973 von 100 ha 62 brach, im Landkreis Biedenkopf je 17 ha. Weitere ausgedehnte Vergleiche, die die Agrarsoziale Gesellschaft 1977 durchgeführt hat, zeigen, daß die Verwilderung dort rascher vollstreckt wird, wo der Kleinbetrieb vorherrscht.

Die Schranke des Grundeigentums verhindert eine rationelle Nutzung des Bodens. Die bürgerlichen Politiker machen daraus eine Empfehlung zu noch weiterer Konzentration des Grundbesitzes. Das empfehlen sie schon länger. Die Ausdehnung des der Verwilderung preisgegebenen Landes wurde dadurch nicht gestoppt, weil die Beibehaltung des Grundeigentums nur zu einer Fortsetzung des Vorgangs auf höherer Stufe führt.



Zersplitterte Felder im Vogelsberggebiet in Hessen

„Wir müssen sie dazu bringen, noch mehr Steinkohle zu fördern als bisher" (H. Schmidt)

z.wig. Anfang des Jahres hat die Bundesregierung Ziele für die Steinkohleförderung in den nächsten zehn Jahren gesetzt: Erhöhung der Produktion von 87 Mio.Tonnen auf 95 Mio. 1990; Steigerung der Lieferungen an die Elektrizitätswirtschaft von 33 auf 48 Mio. Tonnen 1995; Umstellung aller Stromerzeugungsbetriebe, die Erdöl verwenden, auf Kohle; Erprobung und Aufbau von Kohleveredelungsanlagen. Der Mehrbedarf wird über die Liefermöglichkeiten der westdeutschen Bergwerke hinausgehen. Lambsdorff: Der industrielle Wärmemarkt muß nach und nach für Importkohle freigegeben werden. Die deutschen Unternehmen müssen sich den Zugang zu den Weltkohlemärkten sichern. Billige Importkohle vor allem für die Stahlindustrie; subventionierte westdeutsche Kohle für die Stromversorgung, Beibehaltung des „Kohlepfennigs".

Für dieses Programm plant die Ruhrkohle AG (RAG), das größte Steinkohlemonopol, den Bau von 8 neuen Zentralschachtanlagen und neue Anschlußbergwerke. In den neuen Zechen soll die Schichtförderleistung pro Mann nochmals erheblich gesteigert werden. Die RAG hält jetzt schon zusammen mit den Saarbergwerken die Spitzenposition bei der geförderten Tonnenzahl pro Mann und Schicht. In den nächsten 5 Jahren scheiden die Arbeiter, die in den Nachkriegsjahren im Bergbau eingestellt wurden, aus Altersgründen aus der Produktion aus. Die Bergbaukapitalisten befürchten, daß es deswegen zu Engpässen bei den Facharbeitern kommen kann. In den letzten Jahren haben die Bergbaumonopole zwar beträchtliche Anstrengungen gemacht, den Nachwuchs an Facharbeitern zu sichern (die RAG hat im letzten Jahr ca. 11300 Jugendliche in Ausbildung beschäftigt), wegen der mörderischen Arbeitsbedingungen im Bergbau wechseln aber viele Bergarbeiter nach beendeter Ausbildung die Branche. Von 47000 Arbeitern, die seit Gründung der RAG 1969 ausgebildet wurden, entfallen auf die Jahre 69, 70, 71, 72 und 73 18500 Auszubildende. Dreiviertel von ihnen waren Ausländer. 36% sind heute noch bei der RAG beschäftigt. Die übrigen 28500 wurden im Krisenjahr 74 und danach eingestellt. Dreiviertel von ihnen sind Deutsche. 42% blieben im Bergbau. Insgesamt schieden seit 1965 433400 Arbeiter aus dem Bergbau aus und 243800 wurden neu eingestellt. Heute sind 210416 Arbeiter und Angestellte weniger im Bergbau beschäftigt als 1965. Bis 1975 stieg der Anteil der ausländischen Arbeiter an der Gesamtbeschäftigtenzahl stetig bis auf 14,54% (22,99% bei den Untertagearbeitern) an und sinkt seither leicht (1978 13,99% – 22,07%).

Ihren Bedarf an Facharbeitern hoffen die Bergbaukapitalisten folgendermaßen zu decken: Bis 1985 über selbstausgebildete Nachwuchskräfte, bis 1990 über Zugänge aus dem Arbeitsmarkt, also aus anderen Branchen.

Wenn die Bundesregierung jetzt die Bergmannprämie von 5 auf 10 DM pro verfahrener Schicht unter Tage erhöht und ein Wohnungsbauprogramm für Bergarbeiterwohnungen plant, stehen handfeste Interessen der Bergbaumonopole dahinter: aus Steuergeldern bezahltes Zuckerbrot für die immense Steigerung der Arbeitsintensität, die die Steigerung der Förderung ohne größere Zunahme der Arbeiterzahl bewirken soll.

Belegschaft und Förderung der

Belegschaft und Förderung der Kohlezechen im Ruhrgebiet

Nr. Zeche	Eigentümer	Belegschaft	T/Jahr in Mio.
1. Friedr.-Heinrich	RAG	4723	2,383
2. Niederberg	RAG	4202	2,865
3. Verbdw. Rheinl.	RAG	8933	4,901
4. Walsum	RAG	4419	2,847
5. Lohberg	RAG	4554	2,948
6. Osterfeld	RAG	4482	2,404
7. Prosper/Haniel	RAG	5408	2,501
8. Fürst Leopold	RAG	2386	2,238
9. Blumenthal	RAG	4103	2,301
10. Haard	RAG	2114	1,086
11. Westerhold	RAG	4086	2,284
12. Schlägel u. E.	RAG	2965	1,578
13. Ewald	RAG	4622	3,196
14. Consolidation	RAG	5737	3,099
15. Hugo	RAG	3041	1,556
16. Nordstern	RAG	5096	2,605
17. Zollverein	RAG	4988	2,966
18. Haus Aden	RAG	4198	2,862
19. Gneisenau	RAG	5490	3,197
20. Hansa	RAG	1829	0,314
21. Heinrich-Robert	RAG	6700	2,548
22. Min. Achenbach	RAG	5995	3,180
23. Monopol	RAG	3018	1,530
24. Min. Stein	RAG	4003	2,025
25. Radbod	RAG	4933	1,173
26. Aug. Vict.	BASF	4757	2,763
27. Westfalen	EBV	3288	1,789
28. Erin	EBV	2962	1,376



AEG-Sanierer Dürr am Werk

Kompetenzerweiterung für das mittlere Management

z.dif. Knapp eine Mrd. DM haben die Großbanken Ende Januar für die Sanierung des AEG Konzerns investiert. Ex-Wirtschaftsminister Friderichs, Vorsitzender der Dresdner Bank, hat den Stuttgarter Kapitalisten Heinz Dürr in den Vorstandsvorsitzenden-Sessel gehievt, damit er den Banken die Investitionen mit Zins und Zinseszins zurückbringe. Was macht den Mann so geeignet? Die Banker erhoffen sich von Dürr aufgrund seiner Erfahrung als Sprecher des Kapitalistenverbandes Baden-Württemberg besten Positionen in der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Das Sanierungsprogramm für den AEG Konzern läuft einerseits darauf hinaus, unprofitable Produktionsstätten zu schließen, die Produktion verstärkt auf den profitableren Anlagenbereich auszurichten, im wesentlichen aber die Arbeit zu intensivieren und die Ausbeutung zu steigern. Aufgrund der Struktur des AEG Konzerns mit vielen einzelnen, auch kleineren Produktionsstätten kann dies nur gelingen, wenn die einzelnen Betriebsleiter, das mittlere Management die ihnen zugedachte „Aufgabe" gewonnen wird. Die Truppe auf Vordermann zu bringen, dafür scheint den Großbanken Dürr der Richtige zu sein. Als mittelständischer Kapitalist, mit einer Reihe von Mittelbetrieben, hat er Erfahrungen in der Führung einer Unternehmensstruktur, wie sie auch die AEG ist. Dürrs erste folgerichtige Maßnahme war, daß er die Kompetenzen des mittleren Managements ausgeweitet hat und eine Rundreise durch alle Betriebe macht, um die Betriebsleiter zu mobilisieren.

Handelsblatt, 17.1.80: Der letzte AEG-Vorsitzende Cipa „... ist mit der IG Metall nicht klargekommen ..." Die Sanierung ist aber „... nur möglich, wenn die Gewerkschaften mitziehen. Dürr ... hat bei der anderen Tarifpartei immer Respekt gefunden. Die reinen Managementprobleme werden ohnehin die Banken lösen ..." Dürr dementierte, daß er den Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler als Arbeitsdirektor mitnehmen wolle."

Noch im Januar kreditieren die Großbanken die AEG mit 930 Mio. DM. Im letzten Jahr zogen die Banken schon 350 Mio. DM Zinsen aus den Krediten.

Das Handelsblatt meldet am 6.2.: „... die schon '78 eingeleiteten Umstrukturierungen und Rationalisierungen der Produktion machen Fortschritte ... der weitere notwendige Personalabbau findet jeoch in maßvollem Rahmen statt".

Dazu **Dürr Anfang März:** „Aktuell sind es 13000." Das mittlere Management erhält größere Entscheidungsbefugnisse, um mit den Betriebsräten „besser verhandeln zu können". „Dürr geht an die Basis", Geschäftsleiter Dahlberg in Heilbronn nach einem Besuch: „Es war geradezu wohltuend. Cipa hat sich nie um unsere Sorgen gekümmert."

Am 28.3.: Bericht zum Olympia-Werk: In Roffhausen sollen 617, Leer 179, Norden 121, Kaufbeuren 12, Braunschweig 50 entlassen werden. Insgesamt sind für Olympia 1260 Entlassungen geplant.

Anfang April legt der Vorstand das Motorenkonzept vor: Werke Oldenburg, Bremen und Westberlin sollen zu einem Geschäftsbereich zusammengefaßt werden. Das Werk Frankfurt Niederrad, Anlagenbau, soll geschlossen werden und nach Berlin verlagert werden.

Metall nicht klargekommen ..." Die | den.



Die Aktionen der Belegschaft bewirken, daß die Geschäftsleitung die Zahl der Entlassungen zurücknehmen muß.

Gruppen	1974 Mrd.DM	1978 Mrd.DM
Investitionsgüter	**38,5**	**46,2**
Elektrizitätserzeugung	7,1	8,1
Elektrizitätsverteilung	9,0	9,4
Nachrichtentechnik	6,4	7,6
Meß- und Regeltechnik	3,9	4,9
Autom. Datenverarb.	4,1	5,4
Elektr. Betriebsausr.	2,6	3,9
Übrige Investitionsg.	5,3	6,6
Gebrauchsgüter	**17,2**	**19,3**
Funk, Fernsehn, Phono	8,2	9,5
Elektrowärmeg.	2,2	2,3
Elektr. Wirtschaftsg.	2,2	2,4
Elektr. Kühlmöbel	1,2	1,1
Waschmaschinen	1,7	2,0
Leuchten, Lampen	1,5	1,8
Vorerzeugnisse, Sonstiges	**12,9**	**14,8**
Bauelemente	4,3	4,9
Sonstiges	3,9	4,4
Montagen und Rep.	4,5	5,5
Elektr. Erzeugnisse insges.	**68,7**	**80,4**

Kampfaktionen der AEG-Belegschaft

Westberlin, 18.1.80: 700 Beschäftigte der AEG Brunnenstraße legen nach der Frühstückspause die Arbeit hin. Sie fassen eine Resolution, in der sie sich gegen die geplanten Entlassungen aussprechen. **Am 27.1.80** unterzeichnen 1500 Beschäftigte in der Brunnenstraße einen Brief an den Vorstand, in dem die Sicherung und Erhaltung des Arbeitsplatzes gefordert wird. **Anfang März** verweigert der Betriebsrat in AEG Brunnenstraße Neueinstellungen, die bei gleichzeitigen Entlassungen gemacht werden sollen, um den Lohn zu senken. Durch den Kampf der Belegschaft und des Betriebsrates gelingt es, geplante Entlassungen zu verhindern.

Am 18. März legen 200 Beschäftigte der AEG Sickingenstraße kurzfristig die Arbeit nieder, um gegen falsche Lohnabrechnungen zu protestieren. Auf den Betriebsversammlungen in der AEG Brunnenstraße werden gegen die Entlassungspläne Forderungen beraten, u.a. eine Demonstration zum Zeitpunkt der Aktionärsversammlung am 19. Juni.

Hamburg: Die Belegschaft läßt sich durch die Entlassungsdrohungen nicht einschüchtern. Auf den Betriebsversammlungen von AEG N4 wurde der Zusammenschluß für die Anhebung der unteren Lohngruppen gestärkt. Der Vertrauenskörper unterstützte ihn mit einer Erklärung den Kampf der ÖTV um einen Mindestbetrag.

Frankfurt: Der Vertrauensleutekörper Hochhaus wendet sich gegen Überstunden und gegen die Versuche der Geschäftsleitung, mit Leiharbeitern den Lohn zu drücken.

Essen, 24.2.80: Durch ihre Kampfmaßnahmen erreicht die Belegschaft von AEG Kanis zunächst, daß die Geschäftsleitung von ursprünglich 800 Entlassungen auf 500 zurückgeht.





z.inl.Paris. **50% der Beschäftigten beteiligten sich Ende letzter Woche auf Martinique am Generalstreik, zu dem das Koordinationskomitee der Gewerkschaften aufgerufen hatte.** In „Französisch"-Guyana waren es vor allem die Bauarbeiter, die Arbeiter in der Fischfabrik und in den Häfen von Cayenne und Saint-Laurent-du-Maroni, die die Arbeit niederlegten. Die Streikplattform des Koordinationskomitees fordert Anhebung des Mindestlohns um 22% auf die in Frankreich gültige Höhe, Erhalt der Teuerungsprämie im öffentlichen Dienst, Hilfen für die arbeitslosen Landarbeiter. Die Gewerkschaften erklärten, vor Abzug der 300 Mann Truppenverstärkung, die der Staatssekretär „für die überseeischen Departements" Dijoud Anfang März zur Unterdrückung der Kämpfe nach Martinique schickte, nicht zu verhandeln. Die französischen Imperialisten sind beunruhigt. Der Generalsekretär der gaullistischen Partei fordert die Ablösung von Dijoud, zur Schaffung eines „Klimas der Zusammenarbeit" in ihrer Kolonie. Manöver auch bei der revisionistischen martiniquanischen PC: Auf ihrem 7. Kongreß diesen Monat änderte sie ihre „Autonomie"-Forderung um in Unabhängigkeit, „auf lange Sicht".

z.rül. **Die 33000 New Yorker Transportarbeiter beendeten letzte Woche Samstag ihren Streik.** Sie waren am 1. April für 30% mehr Lohn auf 17 Monate in den Streik getreten. Mit einer Geldbuße von einer Million Dollar gegen die Gewerkschaften und Lohnabzügen für die Arbeiter von zwei Tageslöhnen für jeden Streiktag versuchte die Stadtverwaltung, den Streik zu brechen. Das gelang ihr nicht. Sie mußte ihr Angebot von 12% mehr Lohn bei zwei Jahren Laufzeit auf 17% erhöhen. Bei einer Inflationsrate von über 16% allein 1980 ist das immer noch glatte Lohnsenkung, aber die New Yorker Bankhaie und ihr Oberbürgermeister toben. Denn die Transportarbeiter haben sich einen Teufel um das gesetzliche Streikverbot geschert, und das könnte schon in zwei Monaten Schule machen, wenn die Tarife von 250000 städtischen Angestellten auslaufen. Und noch müssen die Transportarbeiter der neuen Lohnsenkung in einer Urabstimmung zustimmen.

z.coi.Stockholm. **Am 20.4. werden die 1,3 Mio. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Schweden in den Überstundenstreik treten.** Sollten die staatlichen Dienstherrn ihr Lohnangebot bis zum 25.4. nicht erhöhen, so wollen die Gewerkschaften von da ab durch gezielte Punktstreiks unter anderem bei Post und Bahn Teile des Staatsapparates lahmlegen. Die vier Gewerkschaften der kommunalen und staatlichen Arbeiter sowie Angestellten fordern einheitlich 380 SKr. plus 2% mehr im Monat. Zusätzlich soll jeder Beschäftigte 2% vom Unterschied zwischen seinem Lohn und 11000 SKr. bekommen. Für einen Postausfahrer mit etwa 5200 SKr. würde dies eine Lohnerhöhung von 600 SKr. bedeuten. Der öffentliche Dienstherr versuchte mit dem Angebot einer Eingangszahlung von 15 Öre/Stunde die Gewerkschaften vom Streik abzubringen, denn für 15 Öre hatte der Gewerkschaftsverband LO den Überstundenstreik in der Industrie (s. KVZ 16/80) abgebrochen. Diese lehnten ab und beharren auf dem doppelten Betrag. Daraufhin haben die Arbeitgeber ebenfalls für den 25.4. die Aussperrung von 12000 Beschäftigten angekündigt. Außerdem planen sie, die Streiks vom „Staats- und Kommunaldienstausschuß" als staatsgefährdend feststellen zu lassen.

z.mif. **Fünf Tage lang streikten 1300 Krankenhausarbeiter in Belfast, Nordirland, gegen die britische Militärbesatzung, die ständig im Haus patrouilliert.** Im größten Krankenhaus, dem Royal Victoria Hospital, hatten zwei Soldaten im Flur der Ambulanz mit ihrer ungesicherten Maschinenpistole gespielt, ein Schuß hatte sich gelöst. Die Krankenhausarbeiter sind in der NUPE, einer Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, organisiert. NUPE-Mitglieder an fünf weiteren Krankenhäusern unterstützten die Aktion, die sich zugleich gegen den geplanten Einbau einer Fernsehüberwachungsanlage richtete. Der Vorstand der NUPE trat gegen den Streik auf. Nach fünf Tagen beschlossen die Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit, nachdem der irische Gewerkschaftsverband ICTU eine Untersuchung zugesagt hatte.

z.mif.London. **Ab 28. April will die NALGO, in der die britischen Krankenhausangestellten in nichtärztlichen Heilberufen organisiert sind, gezielte einwöchige Streiks durchführen.** Am 10. und 18. April haben bereits eintägige Streiks stattgefunden. Die Gewerkschaft kämpft gegen die Empfehlung der von einer Regierungskommission erstellten „Vergleichbarkeitsstudie", die Löhne etwa einer Röntgenassistentin von 2000 auf 2450 DM im Monat *nur gegen Verlängerung der Arbeitszeit* um zwischen 1½ und 4 Stunden zu erhöhen. Die Gewerkschaft fordert Zahlung der Gelder ohne Verlängerung der Arbeitszeit und zusätzliche Zahlung für Bereitschaftsdienste. Sie vertritt 65000 Beschäftigte wie Röntgenassistenten, Heilgymnastiker, Diätetiker.

z.elb.Brüssel. **Den Beschäftigten dreier Krankenhäuser in der Region Charleroi kündigte der belgische Caritasverband an, die Gehälter nicht fristgerecht Ende April auszuzahlen.** Bei den zu dieser Zeit anstehenden Tarifverhandlungen könne keiner Forderung nachgegeben werden, die irgendeine finan-

Arbeitsgerichtsurteil stellt Treuepflicht vor Schutz der Gesundheit

z.diw. Wilhelm Reizig, 58 Jahre alt, Facharbeiter, wohnhaft in Kraichtal-Neuenbürg bei Bruchsal, arbeitete bis 1975 als Schweißer bei der Bruchsaler Kessel- und Apparatebau-Firma Berthold Barth, Hersteller von Tankanlagen. Mitte Juli 1975 mußte Reizig 450 kunststoffbeschichtete große Stahlbleche an der Breitseite verschweißen. Bei dieser Arbeit entwickelten sich aus dem Kunststoff giftige Dämpfe. Hustenanfälle, Augenreizungen und Lungenschmerzen waren die Folge. Als eine Vorsprache beim Meister keine Abhilfe brachte – einen Betriebsrat gab es bei der Firma Barth trotz 100 Beschäftigten nicht – wandte sich Reizig an die IG Metall, die das Gewerbeaufsichtsamt einschaltete. Nachdem Vertreter dieser Behörde den Arbeitsplatz Reizigs besichtigt hatten, erhielt dieser kurz darauf eine fristgemäße Kündigung, weil die notwendige Vertrauensbasis zerstört sei.

Reizig klagte gegen die Kündigung. Das Arbeitsgericht Karlsruhe wies seine Klage in erster Instanz ab, in der Urteilsbegründung von Arbeitsrichter Leser heißt es: Der Kläger habe „seine Treuepflicht in Form der Treuepflicht verletzt", weil er „bei sorgfältigem Nachdenken" hätte erkennen müssen, daß durch die Einschaltung staatlicher Stellen oder der Gewerkschaft die Firma Barth „durch ein mögliches Verfahren des Gewerbeaufsichtsamts vermeidbare Unannehmlichkeiten bekäme". Auch vom Landesarbeitsgericht Mannheim, der zweiten Instanz, wurde die Kündigung für „sozial gerechtfertigt" erklärt: Zwar habe die Firma Barth, räumte Richter Sauerbier ein, auf Reizigs Interesse, seine Gesundheit zu schützen, „pflichtwidrig nicht genügend Rücksicht genommen", aber „hatte der Kläger keinen begründeten Anlaß, seinen Arbeitgeber der Gefahr eines behördlichen Untersuchungsverfahrens auszusetzen... Es muß den Kläger belasten, daß er diese Nachteile geringer eigener Vorteile wegen in Kauf genommen hat" (Gesundheit = geringe eigene Vorteile!) und „daß er damit die für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Arbeitsverhältnis notwendige Rücksichtnahme auf die Interessen des Arbeitgebers gröblich vernachlässigt" habe.

Als der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Bruchsal, Günther Schering, diese Urteile als „Schandurteile" öffentlich anprangerte, wurde er Anfang des Jahres 1980 wegen „Beleidigung" des Arbeitsrichters vom Amtsgericht Bruchsal zu 750 DM Geldstrafe verurteilt. 105 hauptamtliche Funktionäre der IG Metall protestierten in einer Unterschriftenaktion gegen diese Urteile.

Es ist offensichtlich, daß die Urteile der Arbeitsgerichte den Kapitalisten freie Hand schaffen sollen für die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft und daß sie eine Barriere gegen die gewerkschaftliche Durchsetzung von Arbeiterrechten errichten wollen.

Australische Regierung in Schwierigkeiten

Die Arbeiterbewegung verhindert die Anwendung neuer Gesetze

z.mat.Sydney. In dem Bemühen, die Löhne der Arbeiter zu senken und die Arbeitszeit auszudehnen, haben die australische Bundesregierung und einige Länderregierungen in den letzten Wochen einige Federn lassen müssen. Es fing damit an, daß der Benzingroßhändler Laidely, der Benzin von dem US-Monopol Amoco bezieht und durch fünf angestellte Fahrer verteilen läßt, Anfang März kein Benzin mehr erhielt. Die Amoco-Fahrer hatten einen Boykott über ihn verhängt, um zu erreichen, daß die Laidely-Fahrer nach demselben Tarif bezahlt werden wie die Fahrer der Ölkonzerne. Bei Amoco und den anderen Monopolen gilt nach Tarif die 35-Stundenwoche. Die 800 Fahrer der „unabhängigen" Benzingroßhändler arbeiten nach Tarif in 40-Stundenwoche und erhalten für dieselbe Arbeit 25 bis 30 Dollar weniger Wochenlohn.

1977 hatte die Bundesregierung den Trade Practices Act erlassen, der in Abschnitt 45d alle Aktionen gegen andere als den eigenen Kapitalisten mit Geldstrafe für die Gewerkschaft bis zu einer halben Million Dollar belegt. Laidely reichte Klage wegen Verstoß gegen 45d ein – für die Regierung eine willkommene Gelegenheit, mit der erstmaligen Anwendung des Gesetzes einen entscheidenden Schritt zur Untergrabung der tariflichen 35-Stundenwoche zu tun. Als die Fahrer in Neusüdwales Anfang März dagegen in Streik traten, suchte die dortige Labourregierung die Entscheidung, indem sie den Verkauf von Benzin überhaupt verbot. Während die Presse noch daran arbeitete, die erhoffte Isolierung der Fahrer von den Massen, die auf ihre Autos angewiesen sind, zustande zu bringen, teilte Amoco am 17.3. mit, daß mit der Gewerkschaft der Fahrer Einigung erzielt worden sei, die Lieferungen an Laidely einzustellen. Am 8.4. mußte die Regierung zur Kenntnis nehmen, daß der Verband der Benzingroßhändler keine Einwände gegen die Übernahme des Amocotarifs für seine 800 Fahrer hat und daß Laidely die Klage zurückzieht.

Der Kampf der Tankwagenfahrer ist nicht der einzige Fall, in dem die Kapitalisten ihren eigenen geschäftsführenden Ausschuß der Lächerlichkeit preisgegeben haben. In Victoria führt die Regierung seit Monaten einen Kampf um die Durchsetzung von Änderungen des Gesetzes über die Berufsunfallversicherungen. Gegen die neuen Bestimmungen – Nachweispflicht des Arbeiters, daß Krankheiten *entscheidend* durch die Arbeit bedingt sind, Ausgliederung von Unfällen auf dem Arbeitsweg aus der Versicherung – haben die Gewerkschaften seit ihrer Einführung im November nach festgelegtem Plan eine ganze Serie von Streiks in allen Branchen durchgeführt. Ein erstes Ergebnis der Aktionen ist die Zusage einer der beiden großen inländischen Fluggesellschaften Ansett vor drei Wochen, bei der Abwicklung von Versicherungsfällen die neuen Bestimmungen nicht zu beachten. In Queensland, wo die Gewerkschaft der Arbeiter der Elektrizitätswerke seit über einem halben Jahr eine Kampagne für die 35-Stundenwoche durchführt und regelmäßig ein- oder zweitägige Streiks organisiert, hatte die Regierung im Oktober den Essential Services Act in Kraft treten lassen, der es den Gewerkschaften verbietet, in wichtigen Bereichen der öffentlichen Versorgung länger als 24 Stunden und für dieselbe Forderung vor Ablauf von 6 Monaten erneut zu streiken. Endergebnis aller Bemühungen nach drei weiteren Streiks war am 10.4. ein Angebot an die Gewerkschaften, die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 37½ Stunden zu verkürzen, weil die damit verbundenen Kosten „weiteren Unterbrechungen der Stromversorgung vorzuziehen seien."

Ein wichtiger Grund für die auftretenden Sprünge im Gefüge der Bourgeoisie ist die Entschiedenheit und Geschlossenheit, mit der die Arbeiterklasse ihre Ziele verfolgt. Doch erklärt das allein noch nicht die Widersprüche zwischen den Imperialisten und den australischen Regierungen. Was sich in ihnen ausdrückt, ist der Kolonialcharakter des Kontinents, der über ein Jahrhundert lang ausschließlich Agrarprodukte lieferte. Heute beträgt der Anteil der Landwirtschaft am Export etwa 40%, während der Anteil des Bergbaus bei 30% liegt und steigt. Das koloniale Wahlsystem, das in mehreren Staaten die Wahlkreise nicht nach der Einwohnerzahl aufteilt, sondern nach der Gebietsgröße, sichert aber zum Beispiel in Queensland der Country Party, die die Interessen der Farmer vertritt, die Parlamentsmehrheit und den Posten des Premierministers, und auch der Führer der Regierung in Canberra, Fraser, ist Großgrundbesitzer und Schaffarmer. Solche Regierungen tun sich leicht, wenn es darum geht, das Land dem imperialistischen Kapital zu öffnen. Im Kampf gegen die Organisationen der Arbeiterklasse fehlt ihnen jedoch die Erfahrung, über die die Imperialisten verfügen. Die engen Verbindungen der Labourpartei mit der Arbeiterklasse bewirken zwar ausreichende Erfahrung der Opposition, doch hat der Haß der Arbeiter auf das staatliche Lohnfestsetzungssystem, eine Errungenschaft der alten Labourregierung, die zu drastischen Reallohnsenkungen geführt hat, in der Labourpartei zu tiefgreifenden Zersetzungserscheinungen geführt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das imperialistische Kapital entschlossen ist, in die wirtschaftlichen Kämpfe jetzt eigenständig einzugreifen. Murdoch, Großaktionär bei Ansett und Besitzer eines Pressemonopols in Australien und den USA, ist vor wenigen Tagen dafür eingetreten, das staatliche Lohnfestsetzungssystem abzuschaffen und zu direkten Tarifverhandlungen zwischen Kapital und Gewerkschaften überzugehen. Die Regierung solle sich dann ausschließlich auf ihre Polizeifunktion konzentrieren und Gesetzen wie dem Abschnitt 45d Geltung verschaffen. Noch in diesem Jahr müssen Bundeswahlen stattfinden. Eine Ausrichtung der Regierungen durch die Imperialisten ist fällig und wird bereits in Angriff genommen.





In langen Kämpfen hat die australische Arbeiterklasse ihre Stärke aufgebaut. Links: Demonstration gegen die Aussetzung der Inflationsanpassung 1953. Rechts: Gegen Abbau der Unfallversicherungen 1979.

Druck: Zäher Kampf um die Verbesserung der Lohnstruktur

z.wom. 42% aller Arbeiter in der Druckindustrie waren 1976 in den Hilfskräftelohngruppen eingestuft. Davon über die Hälfte, fast 26000, in der obersten Hilfskräftelohngruppe V und jeweils 11000 Arbeiter in den Lohngruppen II und III. Zum großen Teil arbeiten sie in der Weiterverarbeitung oder als Hilfskräfte an den Druckmaschinen; die körperliche Beanspruchung ist oft hoch.

Die Druckkapitalisten haben es bislang verstanden, die Hilfskräfte stärker als in anderen Gewerken von den Facharbeitern abzuspalten. Dagegen kämpft die IG Druck und Papier seit langem und hat die Spreizung des Lohngefüges inzwischen doch erheblich verringern können. Die zusätzliche Anhebung der Hilfskräftelohngruppen beim diesjährigen Lohnabschluß ist ein weiterer Schlag gegen die Absichten der Druckkapitalisten. Die Politik der Betriebsräte hat dazu beigetragen, die untersten Lohngruppen teilweise zu räumen. Dagegen hat der Bundesverband Druck schon mit Abgruppierungen gedroht: die oberste Hilfskräftelohngruppe V sei viel zu stark belegt.

Auf dem kommenden Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier wird die Änderung der Lohntarifstruktur für die Druckindustrie und die Papierverarbeitung zur Debatte stehen. Unter anderem gibt es Vorschläge, die unterste Lohngruppe I ganz zu streichen; die unterste Hilfskräftelohngruppe soll künftig mindestens 80% vom Facharbeiterecklohn bekommen.

Verhältnis der unteren Lohngruppen in Druckindustrie, Papierverarbeitung und Metall zum Facharbeiterecklohn:

Jahr	Druckindustrie LG I	Druckindustrie LG V	Papierverarb. LG VI	Metall LG I
1966	61 %	85 %	61%	75 %
1970	65 %	87,5%	62%	75 %
1972	66 %	87,5%	64%	75 %
1973	70 %	87,5%	65%	76 %
1974	71,5%	88,5%	68%	81,5%
1979	72,5%	88,5%	69%	81,6%
1980	74 %	90 %	70%	81,6%

Für Papierverarbeitung und Metall beziehen sich die Angaben auf Hessen. In der Papierverarbeitung ist die Lohngruppe VI die unterste Lohngruppe.

Lohngruppe I: Für einfache Arbeiten ... bis zu einem Tätigkeitsjahr ... 75%

Lohngruppe II: ... mit Berufsabschluß oder nach einjähriger Tätigkeit ... 80% (bis 2. Jahr), 85% (bis 3. Jahr), danach 90%.

Lohngruppe III: Tätigkeiten, die gründliche Kenntnisse erfordern ... oder mit besonderer Belastung ... 85% (bis 3. Jahr), 90% (bis 5. Jahr), danach 95%.

Lohngruppe IV: Tätigkeiten, die einfachen Facharbeiten gleichwertig sind ... 90% (bis 3. Jahr), 95% (bis 5. Jahr), danach 100% (vom Ecklohn)." (aus einem Vorschlag zur Änderung der Lohntarifstruktur, Druck und Papier 4/80)

---

zielle Auswirkung hätte. Tatsächlich sind die zumeist privat betriebenen Krankenhäuser tief verschuldet aufgrund ständig verzögerter Zahlungen der Krankenversicherung, die selbst in den roten Zahlen steckt; zu einem guten Teil deshalb, weil der Staat seine gesetzlich festgelegten Zuschüsse seit Jahren nur teilweise leistet. Die Gewerkschaftsfront organisierte am 8., 9. und 10.4. Aktionstage in den betroffenen Krankenhäusern und beschloß, zu härteren Aktionen zu greifen, sollten die Krankenhauskapitalisten nicht erklären, die Gehälter pünktlich auszuzahlen.

z.pel.Paris. **Zum dritten Mal in diesem Monat streikte am 15.4. ein Teil der Arbeiter des staatlichen Automobilkonzerns Renault.** Nachdem am 2.4. etwa 3000 Arbeiter in Sandouville die Arbeit niedergelegt hatten, um gegen die gerichtliche Verfolgung eines Gewerkschaftsdelegierten zu protestieren, der angeblich seinen Meister bedroht haben sollte, nachdem am 3.4. ein Teil der Beschäftigten in Rueil und Paris-Billancourt in den Ausstand getreten war, erstreckte sich die letzte Arbeitsniederlegung auf den ganzen Konzern. Etwa 20000 Arbeiter, ein knappes Fünftel der *Arbeiter*belegschaft, beteiligte sich, um die Forderungen nach Lohnerhöhungen und fünfter Urlaubswoche in den Verhandlungen um den Betriebstarifvertrag zu unterstützen. Daß nur 20% dem Aufruf folgten, mag daran liegen, daß die Gewerkschaften zentral keine Forderungen erheben, die sich *direkt* gegen die enorme Intensivierung der Arbeit in Akkord und Schichtarbeit richten. Bei Renault Flins z.B. ist die PKW-Produktion bei einer um 2000 Mann verringerten Belegschaft von 1717 auf 1840 Einheiten pro Tag gestiegen, die Krankheitskündigungen nehmen sprunghaft zu: 62 Arbeiter sind 1979 im Alter von durchschnittlich 46 Jahren gestorben. Der Kleinkrieg der Arbeiter gegen die Antreiberei bleibt jedoch bisher ungeordnet.

z.mif.London. **Seit Anfang April führt die britische Gewerkschaft der Zeitungsdrucker NGA Überstundenstreiks und Gewerkschaftsversammlungen während der Arbeitszeit durch:** für die 37½-Stundenwoche und Erhöhung des Wochengrundlohns von 63 auf 80 Pfund (das sind bei 40 Wochenstunden ca. 8 DM/Stunde). Die 3700 Druckerei- und 1200 Provinzzeitungskapitalisten, die von dem Vertrag erfaßt sind, haben ihr Angebot bereits vor dem Streik auf 75 Pfund erhöht und die 37½-Stundenwoche ab Juli 1982 zugesagt. Zahlreiche kleinere Kapitalisten haben bereits bei 80 Pfund abgeschlossen. Der Tarif gilt für 65000 Arbeiter. Die Gewerkschaft kämpft für einen höheren Anteil des Grundlohns am Effektivlohn. Im Druckgewerbe sind vier Überstunden pro Woche der Durchschnitt; über ein Drittel des Lohns sind Schicht- und Überstundenzulagen.

z.anb.Wien. **Der Betriebsrat des österreichischen Stahlmonopols VOEST ALPINE hat die volle Lohnzahlung für die verkürzte Schicht in der Nacht zum 6. April durchgesetzt.** Die im Herbst anfallende zusätzliche Stunde muß als Überstunde verrechnet werden. Von den insgesamt betroffenen 30000 Nachtschichtarbeitern bilden die Stahlarbeiter der VOEST die größte Abteilung. Die Kapitalisten hatten mit dem § 1447 des BGB argumentiert: die eine Stunde sei der „zufällige gänzliche Untergang einer Sache", weshalb jede Wertvergütung entfalle. Die Gewerkschaft blieb unter dem Druck der Arbeiter hart, wobei auch sie sich auf das BGB berief, insofern der „Wegfall der Sache" in die Verantwortung der Kapitalisten falle, die Arbeitskraft hingegen „bereitgestellt" war.

z.ulg.Rom. **85% der 90000 Turiner Fiat-Arbeiter haben sich an den in der vorletzten Woche abgeschlossenen Vertrauensleutewahlen beteiligt.** Die aus den Vertrauensleuten eines Betriebs bestehenden Fabrikräte sind das einheitliche Vertretungsorgan, das sich die Arbeiter 1969 anstelle der früheren, nach Listen der Richtungsgewerkschaften gewählten Betriebsräte erkämpft haben. Auch die Unorganisierten sind wahlberechtigt (bei Fiat beträgt der Organisationsgrad kaum ein Drittel), und für die Wahl in den einzelnen Abteilungen werden keine Listen aufgestellt. Das Zahlenverhältnis zwischen den einzelnen Verbänden ist nahezu unverändert geblieben, doch über die Hälfte der 1384 Vertrauensleute sind neu: ein deutliches Zeichen für die Unzufriedenheit der Belegschaften mit der klassenversöhnlerischen Linie, die oft genug auch in den Fabrikräten die Oberhand gewonnen hatte.

z.pel.Paris. **So viele Beschäftigte der staatlichen französischen Gas- und Elektrizitätswerke EDF/GDF waren bisher noch nie gemeinsam und gleichzeitig auf die Straße gegangen.** Zwischen 20000 und 30000 Lohnabhängige demonstrierten am 16.4. in Paris auf Aufruf ihrer Gewerkschaften CGT und CFDT. Allein die Pariser Demonstration – es wurde noch in einer Reihe anderer Städte demonstriert und gestreikt – erfaßte etwa 20% aller Beschäftigten des Unternehmens. Ein erheblicher Teil der Techniker, mittleren und höheren Angestellten sowie Meister, die zusammen 52% der Belegschaft ausmachen, beteiligte sich an den Kampfaktionen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Nicht nur, daß der Betriebstarifvertrag seit Anfang Februar ausgelaufen ist und die Direktion sich beharrlich weigert, über mehr als die vierteljährliche Anpassung der Löhne an die offizielle Preissteigerungsrate zu verhandeln, nicht nur, daß die Regierungspartei RPR einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Streikrechts in der Nationalversammlung eingebracht hat (KVZ 4/80); jetzt sucht der Dienstherr auch noch das „betriebliche zentrale Komitee Sozialaktion", das Ferienhäuser, Altenheime und Gesundheitsmaßnahmen finanziert, zu zerschlagen, indem er die vereinbarten 1% der Betriebseinnahmen nicht mehr zahlt.

DDR-Lehrlinge: ein Sechstel des Lohns, aber möglichst früh Facharbeiterleistung

z.hku. In ihrer rastlosen Suche, das Feld der Ausbeutung auszudehnen, überlegen derzeit die Kombinatsleitungen in der DDR öffentlich, wie sie den Umfang der produktiven Arbeit der Schüler beim wöchentlichen Produktionstag (ab 7. Kl.) erhöhen und vor allem die Lehrlinge früher auf das Leistungsniveau der Facharbeiter bringen können.

460000 Jugendliche machen z. Z. eine – meist zweijährige – Lehre in der DDR; das sind 90% eines Jahrgangs, praktisch alle außer den zum Studium Herangezüchteten. 10% erlernen nur einen ,,Teilberuf" (z.B. ,,Putzer" statt ,,Baufacharbeiter"), meist die Jugendlichen ohne Abschluß der Polytechnischen Oberschule (10 Klassen). In den ersten 18 Monaten der Lehre in einem ,,Grundberuf" wird viel in Lehrwerkstätten gearbeitet; dann kommen die Lehrlinge zur ,,Spezialisierung" in eine Brigade und sollen möglichst bald Facharbeiterleistung bringen. Schranken für die Anwendung der jugendlichen Arbeitskraft gibt es nicht. Sonntagsarbeit ist wie Nacht- und Schichtarbeit erlaubt, ,,wenn es die Ausbildung erfordert" (§ 170 AGB). Bestimmungen gegen Fließbandarbeit – wie auf dem *Bild* im Motorradwerk Schkopau – existieren nicht. Schon geringe Zuschläge für solche Arbeiten – z.B. 10% Zuschlag für Nachtarbeit – können sie dem Lehrling verlockend machen: sein Lohn beträgt seit 1974 100 – 150 Mark (halbj. steigend), wenn er die Schule abgeschlossen hat, 90 – 120 Mark, wenn nicht. Die Lehrlinge müssen bereits an verschiedenen Prämienjagden teilnehmen, so am ,,Berufswettbewerb", für den ein detailliertes ,,Haushaltsbuch", auch über die obligatorische vormilitärische Ausbildung, geführt werden muß; und am Rationalisatorenwettbewerb ,,Messe der Meister von Morgen".

,,Vertrauen und Verantwortung für die Jugend" nennt die SED es, wenn sie an den Stolz der Arbeiterjugend appelliert und sie zu neuen Produktionsverpflichtungen aufruft. Tatsächlich werden etliche Arbeiterjugendliche die Arbeit in der Brigade der Vergewaltigung etwa durch ,,Staatsbürgerkunde" vorziehen. Sowieso sind an der gegenwärtigen Verbindung von Arbeit und Ausbildung vernünftige Elemente, die aus der revolutionären Tradition kommen und auch durch die widerwärtige Unterdrückung der Jugend nicht ganz beseitigt werden können.



Schweden: neue Regierungsvorlage zur Berufsausbildung

z.coi.Stockholm. Die Regierungsvorlage zur Reform der Berufsausbildung Jugendlicher sieht neben dem weiteren Ausbau der berufsausbildenden Gymnasien um 7 000 Plätze die Einrichtung von ,,individuellen berufsorientierten Lehrgängen" von maximal 40 Wochen für solche Jugendliche vor, die nach Abschluß der Grundschule mit 16 Jahren weder einen Gymnasiums- noch einen Arbeitsplatz finden. Diese Lehrgänge sollen unter der formalen Oberhoheit der Schulbehörde von den Kapitalisten durchgeführt werden und das bisherige ,,Bereitschaftsarbeits-Programm" der Arbeitsämter ablösen.

Ein Jugendlicher in der meist ein halbes Jahr dauernden ,,Bereitschafts-

gendliche Arbeitskraft völlig umsonst. Die geschätzten Arbeitskraftkosten der Schulbehörden sollen sich auf ca. 120 Mio. SKr. pro Jahr belaufen, so daß einige zusätzliche 100 Mio. an staatlichen Zuschüssen für die Bereitstellung solcher Lehrgangsplätze frei würden.

Diese Reform ist ein Schritt der Regierung auf dem Weg zur völligen Beseitigung der Lohnzahlung für jugendliche Arbeitskraft zwischen 16 und 18 Jahren. In einer Denkschrift fordert die Schulministerin, daß Berufsschüler, die ihren betrieblichen Ausbildungsteil absolvieren, eigentlich generell als Schüler zu betrachten seien und nicht als Angestellte, und deswegen keinen Anspruch auf Lohn hätten.

Schweden: neue Regierungsvorlage zur Berufsausbildung

z.coi.Stockholm. Die Regierungsvorlage zur Reform der Berufsausbildung Jugendlicher sieht neben dem weiteren Ausbau der berufsausbildenden Gymnasien um 7 000 Plätze die Einrichtung von ,,individuellen berufsorientierten Lehrgängen" von maximal 40 Wochen für solche Jugendliche vor, die nach Abschluß der Grundschule mit 16 Jahren weder einen Gymnasiums- noch einen Arbeitsplatz finden. Diese Lehrgänge sollen unter der formalen Oberhoheit der Schulbehörde von den Kapitalisten durchgeführt werden und das bisherige ,,Bereitschaftsarbeits-Programm" der Arbeitsämter ablösen.

Ein Jugendlicher in der meist ein halbes Jahr dauernden ,,Bereitschafts-arbeit" muß von den Kapitalisten nach Tarif entlohnt werden, in der metallverarbeitenden Industrie bekommt ein 16jähriger mindestens 16,96 SKr./Stunde. Allerdings zahlt das Arbeitsamt 75% der Lohnkosten inkl. Sozialabgaben. Im letzten Jahr wurden so 500 Mio. SKr. aus Arbeitslosenbeiträgen und Lohnsteuern in Lohnzahlungen der Kapitalisten verwandelt. Mit der Einführung dieser ,,berufsorientierten Lehrgänge" sollen die ,,bereitschaftsarbeitenden" Jugendlichen mit Lohnanspruch in Schüler mit Anspruch auf Studienbeihilfe von 233 SKr. im Monat verwandelt werden. Die Kapitalisten haben dann die ju-

gendliche Arbeitskraft völlig umsonst. Die geschätzten Arbeitskraftkosten der Schulbehörden sollen sich auf ca. 120 Mio. SKr. pro Jahr belaufen, so daß einige zusätzliche 100 Mio. an staatlichen Zuschüssen für die Bereitstellung solcher Lehrgangsplätze frei würden.

Diese Reform ist ein Schritt der Regierung auf dem Weg zur völligen Beseitigung der Lohnzahlung für jugendliche Arbeitskraft zwischen 16 und 18 Jahren. In einer Denkschrift fordert die Schulministerin, daß Berufsschüler, die ihren betrieblichen Ausbildungsteil absolvieren, eigentlich generell als Schüler zu betrachten seien und nicht als Angestellte, und deswegen keinen Anspruch auf Lohn hätten.



Uni Zürich: Studenten organisieren Kampf gegen ,,Kopfgeld" und Stipendienkürzung

z.anb. Am 27. April wird den Lohnabhängigen des Kantons Zürich ein Gesetz zur Abstimmung vorgelegt, das die Einführung zusätzlicher Studiengebühren für Studenten der Züricher Universität und der Technischen Hochschule vorsieht, die aus anderen Kantonen kommen bzw. Ausländer sind (45% von insges. 21291). Für ein 6jähriges Studium macht das 22000 Franken, den Jahreslohn eines ungelernten Arbeiters.

Dieses Kantonsgesetz für die größte schweizerische Hochschule (¼ aller Studenten) ist der erste Schritt zur bundesweiten Durchsetzung eines sozialen Numerus Clausus; die Weichen hat der Bund gestellt, indem er die Bundesbeiträge für die kantonalen Stipendienfonds um weitere 10% kürzt – nachdem diese bereits von 1977 43 Mio. auf 1978 36 Mio. Franken gedrückt wurden. Die Kantonsregierung will nun ,,Kopfgeld" für ,,nichtkantonale" Studenten kassieren, dies begründet mit der Lüge, die Stipendienausgaben stiegen beständig. Tatsächlich sind aufgrund der niedrigen Elternfreibeträge bei nominell gestiegenen Löhnen 1979 real nurmehr 65% der 1974 30 Mio. Franken gezahlt worden.

Demagogisch heißt es, die Kantone ohne Hochschule sollten aus ihren Steuereinnahmen das ,,Kopfgeld" begleichen, die Arbeiter in Zürich also verschärfte Steuerlast für die Arbeiter und Bauern etwa im Wallis fordern.

Die Studentenvertretungen der Uni und ETH Zürich VSU und VSETH rufen zur Ablehnung des Referendums auf. Sie fordern Verhandlungen mit dem Bund, Anhebung der Stipendien auf Existenzlohnniveau (ca. 800 sfr) und ihre Ankoppelung an den für die Löhne gesetzlich fixierten Teuerungsausgleich. Sie haben den Zweck des Angriffs auf das Budget der Arbeiterhaushalte enthüllt: von 1980 bis 1988 steigen die Zahlen der jährlichen Studienanfänger, es sind dies die Geburtenjahrgänge 1962 – 70, also der Phase, in der die Arbeiterklasse das Lohnniveau angesichts des leergefegten Arbeitsmarkts hat verteidigen können. Die Wirkung des geplanten sozialen NC ist neben der Beschlagnahmung von Lohn für Ausbildungskosten verschärfte Konkurrenz unter den Studenten – Instrument nicht nur der Kaderabrichtung, sondern auch der Belieferung des Arbeitsmarkts mit unter ihrem Wert ausbeutbarer Arbeitskraft.

Den Kapitalisten zuviel offene Stellen bei Maschinenbau- und Bauberufen

z.gkr. ,,Facharbeitermangel" – die Klagen der Kapitalisten und ihre Forderungen zu seiner Beseitigung sind reichhaltig. Die Bundesanstalt für Arbeit kommt in ihrer ,,Strukturanalyse der Bestände an Arbeitslosen und an offenen Stellen" vom September des vergangenen Jahres zu dem Schluß: ,,Trotz einer weiterhin hohen Arbeitslosigkeit gab es Kräfteknappheit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, wie etwa die Befragungen des IFO-Instituts bei Unternehmen besagen (14% der befragten Firmen gaben Produktionsbehinderungen durch Mangel an Arbeitskräften an gegenüber 6% im September 1978) ... Was die Daten der Strukturuntersuchung von Ende September erkennen lassen, sind die Diskrepanzen, die einem besseren Ausgleich von Kräfteangebot und Kräftenachfrage entgegenstehen, vor allem berufsfachlicher und qualifikationsspezifischer Natur."

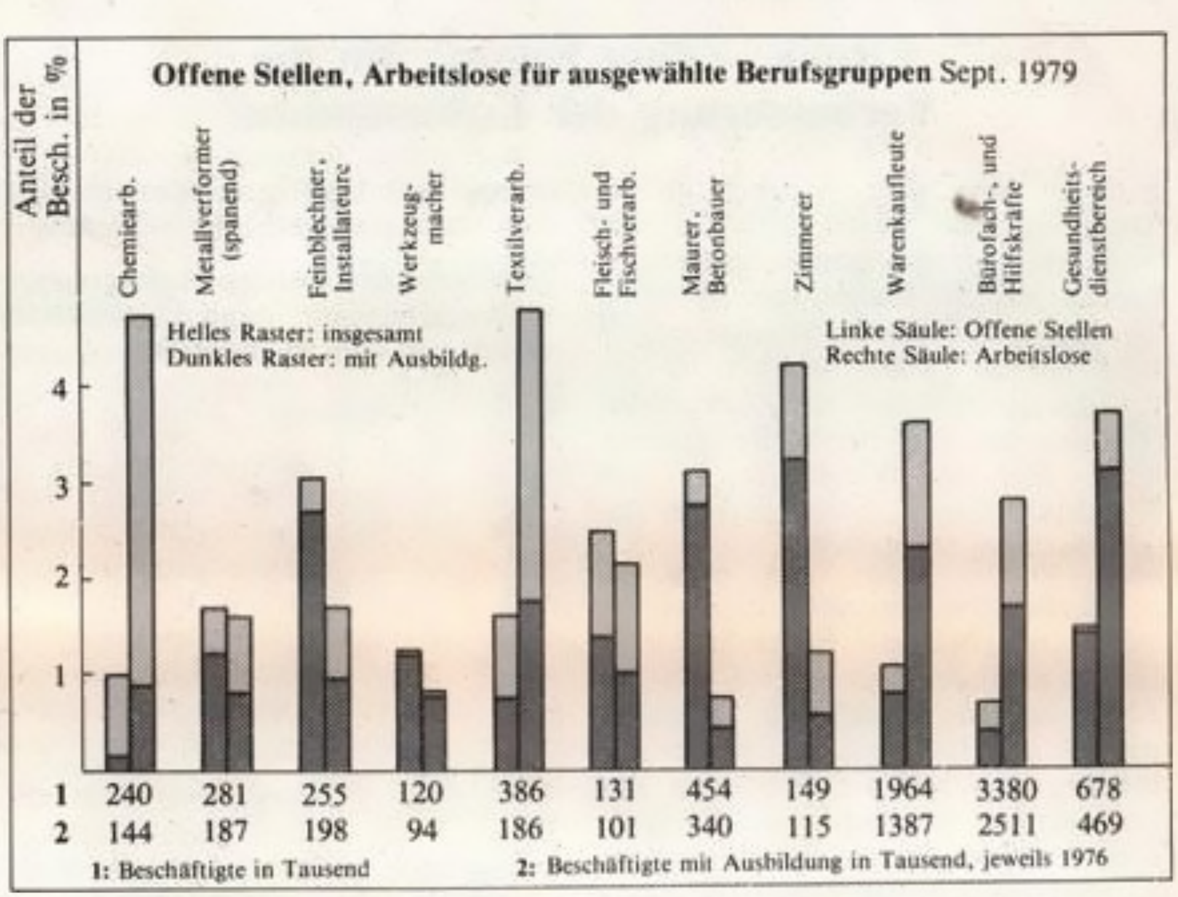
Was die Kapitalisten in Angst und Schrecken versetzt ist nicht alleine der Mangel an qualifizierten Arbeitern in der Produktion (,,dem absoluten Ausmaß nach geringer als vor etwa zehn Jahren"), noch stärker beunruhigt sie die Auswirkung, die ein leergefegter Arbeitsmarkt für Facharbeiter für die Arbeiterklasse haben muß. Die Facharbeiter bilden den Kern der Arbeiterbewegung in Westdeutschland. Wollen die Kapitalisten den Lohn der Arbeiter senken, müssen sie auch an den Facharbeiterlohn. Das wird aber unmöglich, ist die Arbeitslosigkeit sehr gering. Die Bourgeoisie hat mit Schrecken festgestellt, daß gerade in den heute knappen Facharbeiterberufen noch nicht einmal die Zahl der Lehrstellen in den vergangenen Jahren gestiegen ist, bei sonst steigender Lehrstellenzahl. Die ,,Strukturanalyse" stellt dazu fest: ,,Insgesamt gab es Ende September 1979 in 87 (von insgesamt 328) Berufsordnungen – auf das Bundesgebiet als Ganzes gesehen – mehr offene Stellen für Arbeitskräfte mit beruflicher Qualifikation als entsprechende Arbeitslose. Ein Jahr zuvor waren es 63 Berufsordnungen gewesen. Diese 87 Berufsordnungen vereinigten Ende September 1979 auf sich 97100 (d.h. 30,3%) offene Stellen und 48000 (entspricht 6,5%) Arbeitslose (September 1978: 51000 offene Stellen und 31000 Arbeitslose). Umgekehrt stehen auf der Gesamtheit der anderen Teilarbeitsmärkte 223100 offenen Stellen 688700 Arbeitslose gegenüber".

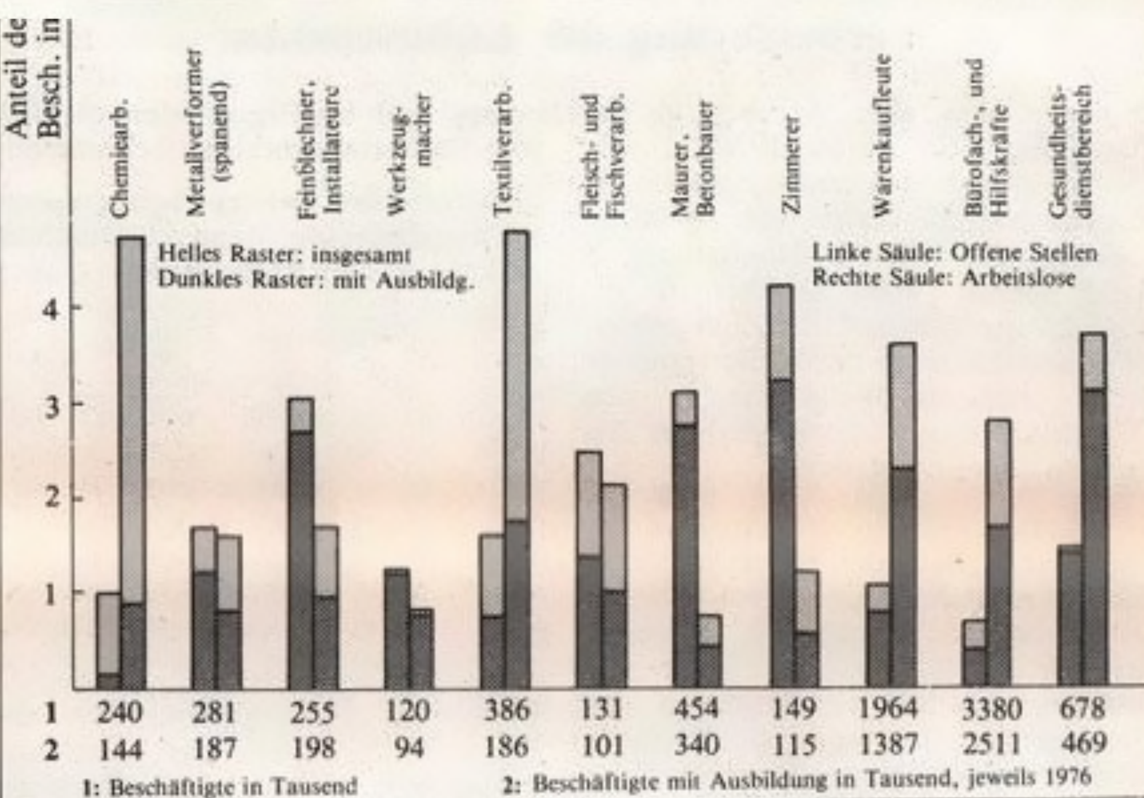
Schrecken festgestellt, daß gerade in den heute knappen Facharbeiterberufen noch nicht einmal die Zahl der Lehrstellen in den vergangenen Jahren gestiegen ist, bei sonst steigender Lehrstellenzahl. Die ,,Strukturanalyse" stellt dazu fest: ,,Insgesamt gab es Ende September 1979 in 87 (von insgesamt 328) Berufsordnungen – auf das Bundesgebiet als Ganzes gesehen – mehr offene Stellen für Arbeitskräfte mit beruflicher Qualifikation als entsprechende Arbeitslose. Ein Jahr zuvor waren es 63 Berufsordnungen gewesen. Diese 87 Berufsordnungen vereinigten Ende September 1979 auf sich 97100 (d.h. 30,3%) offene Stellen und 48000 (entspricht 6,5%) Arbeitslose (September 1978: 51000 offene Stellen und 31000 Arbeitslose). Umgekehrt stehen auf der Gesamtheit der anderen Teilarbeitsmärkte 223100 offenen Stellen 688700 Arbeitslose gegenüber".

Keineswegs aber kann von einem allgemeinen Facharbeitermangel die Rede sein. Vielmehr ergibt sich, daß im wesentlichen in vier Bereichen die Kapitalisten nicht ausreichend Arbeitskraft vorfinden: bei den Berufen der Metallbe- und -verarbeitung, den Bau- und Baunebenberufen wie Maler, Gipser, Tischler, zum dritten bei den Facharbeiterberufen der Druckindustrie und schließlich des Nahrungsmittelgewerbes. Die relativ hohe Nachfrage der Kapitalisten nach Facharbeitern des Maschinenbaus ergibt sich aus dem Versuch, aus der letzten Krise durch Rationalisierungsinvestitionen herauszukommen. Diese Umwälzung des Produktionsapparats, eine Erhöhung des Anteils der Maschinerie, also des konstanten Kapitalanteils in der Produktion, hält nach wie vor an. Notwendig erhöht sich der Anteil an ausgebildeten Arbeitskräften, die zur Wartung und Reparatur der Maschinerie eingesetzt werden können. Dies bedeutet gleichzeitig häufig eine Vereinfachung der Tätigkeit der Facharbeiter. Diese Umwälzung der Tätigkeitsschwerpunkte wird durch eine Untersuchung bestätigt, die auf Daten der Jahre 1969 und 1973 basiert. Danach nahm bei den ,,Verarbeitern und Bearbeitern von Grundstoffen" der Tätigkeitsbereich ,,Herstellen" um 4,9% ab, dagegen der Tätigkeitsbereich ,,Reparieren" um 1,4% zu. Bei den ,,Montage- und Wartungsberufen" sank der Tätigkeitsbereich ,,Herstellen" um 11,9%, ,,Reparieren" nahm um 4,9% zu. In den meisten Berufsgruppen war die Tendenz ähnlich, noch stärker ausgeprägt bei den Frauen.

In der Grundstoffindustrie z.B. wirkt sich die Umwälzung des Produktionsapparates auf den Bedarf an Facharbeitern gerade umgekehrt aus. Der Anteil der offenen Facharbeiterstellen an allen offenen Stellen ist geringer als der Anteil Facharbeiter an den insgesamt beschäftigten Chemiearbeitern, das bedeutet eher eine Senkung des Facharbeiteranteils (vgl. Schaubild).

Die Gründe für den Facharbeitermangel in den Bauberufen liegen anders. Die Bewegungen der Konjunktur spiegeln sich immer früh und rasch in der Bautätigkeit der Bourgeoisie wider, und entsprechend diesen Bewegungen wird die Arbeitskraft angesaugt oder auf den Arbeitsmarkt geworfen. Besonders unsichere und schlechte Arbeitsbedingungen führen zu Zeiten einer relativ stabilen Konjunktur zusätzlich zu Abwanderung von Facharbeitern, ähnlich wie in Berufen des Nahrungsmittelgewerbes. ,,Eine Umfrage zeigt, daß vor allem bessere Verdienstmöglichkeiten die Fachkräfte in den öffentlichen Dienst und in Großunternehmen abwandern lassen", stellt die ,,Wirtschaftswoche" mit mahnendem Hinweis an letztere, doch etwas gegen die Abwanderung zu tun, fest.





Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 263, Tel.0421/61 70 51
Zelle Südlicher Landkreis
Georgsmarienhütte
14 April 1980
16b3d0100n

Hohe Durchfallquoten und steigende Prüfungsanforderungen bei den Büroberufen

Nach einer Untersuchung der Schülervertretungen der Hansaschule in Münster lagen die Durchfallquoten bei Bürogehilfinnen an dieser Schule in den Fächern Stenographie und Maschinenschreiben bei der ersten Durchführung der Abschlußprüfungen im letzten Jahr zwischen 60 und 90% in den verschiedenen Klassen. Die Industrie- und Handelskammer Münster gibt an, daß 1978 von den 354 Prüflingen für den Beruf der Bürogehilfin 94 durchgefallen sind, das sind 27%. Bei den kaufmännischen Zwischenprüfungen 1979 liegen die Bürogehilfinnen mit einer Quote von 22% aller Prüflinge, die mit 5 oder 6 abschlossen, an dritter Stelle. Sind die Durchfallquoten also schon hoch, so wird derzeit versucht, die Prüfungsanforderungen in den Berufen der Büroangestellten noch zu verschärfen. Bei den Bürogehilfinnen soll die Dauer der Prüfung in Stenographie von 5 auf 10 Minuten verlängert werden, die Fehlerquote soll aber gleichbleiben. Bei den Rechtsanwalts- und Notargehilfinnen soll jetzt eine Prüfungsordnung von 1971 durchgesetzt werden, die bei Maschinenschreiben 180 Anschläge pro Minute und bei Steno 120 Silben pro Minute als ausreichend vorschreibt.

Bisher galten 140 Anschläge bzw. 90 Silben als ausreichend. Auf einer Versammlung der Bürogehilfinnen und ReNo-Gehilfinnen an der Hansaschule hatte ein Vertreter der IHK, die im wesentlichen für diese Maßnahmen verantwortlich ist, erklärt, sie seien nur eine Anpassung an die Praxis im Beruf. Wie sieht diese Praxis aus?

Früher wie heute ist die konkrete Tätigkeit der Büroangestellten durch hohe Konzentrations- und Nervenbelastung gekennzeichnet. Mit der Durchsetzung der maschinellen Schreib- und Rechenarbeit beginnt der Prozeß, auch die Angestellten zum Anhängsel der Maschinerie zu machen, dessen Höhepunkt die Bourgeoisie schnellstmöglich erreichen will. Wie in den Fabrikhallen geht die Einführung von Maschinerie in den Büros mit der Aufteilung der Arbeit bis ins einzelne, stupide, einher. Was die Kapitalisten dann ,,Arbeitserleichterung" nennen, bringt für die Masse der Angestellten eine Entqualifizierung ihrer Arbeitskraft, also Gehaltssenkung; zu dem Zweck werden dieselben Entlohnungssysteme eingeführt wie bei den Arbeitern: Stücklohn, Prämienlohn, Akkordlohn.

Einher mit dem Einsatz immer besserer Maschinerie in den Büros geht eine Welle von Rationalisierungen unter den Angestellten. Diesen Bedingungen in der ,,Praxis" sollen die Prüfungen für die Büroberufe weiter angepaßt werden. In dem ,,Berufsbild für Bürogehilfinnen", das noch Gültigkeit hat, wird als notwendige Fertigkeit angegeben: ,,Ausführen einfacher Arbeiten im Schriftverkehr (mit Maschine oder Hand) nach Diktat oder Schema. Abfassen und Anfertigen kurzer einfacher Schreiben nach allgemeinen Angaben." Auf diese stupiden Tätigkeiten konzentriert sich die Arbeit in den Büros immer mehr (40000 Anschläge pro Tag sind heute oft die Mindestanforderung), und die Lehrlinge sollen darauf gedrillt werden.

In dieser Richtung sind weitere Veränderungen im Gange. In einem Brief an zwei Rechtsanwälte, die sich über die Prüfungsverschärfungen beschwert hatten, schrieb der Kultusminister von NRW, daß er der Meinung sei, daß ,,bei einem Festhalten an den Prüfungsanforderungen im Bereich der Fächer Kurzschrift und Maschinenschreiben unbedingt eine Ausweitung des Unterrichtsangebotes in diesen Fächern zu Lasten anderer Fächer vorgenommen werden muß. Ich beabsichtige in diesem Falle in Kürze einen entsprechenden Erlaß herauszugeben." Nachdem die Prüfungsanforderungen verschärft worden sind, sollen mit freundlichem Hinweis auf diese andere Fächer gestrichen werden, um den Drill in den schreibtechnischen Bereichen zu erhöhen. Nach Auskunft der IHK ist auch geplant, für die Bürogehilfinnen Stufenausbildungen einzuführen.

Die Kapitalisten selbst gehen mehr und mehr dazu über, die Kosten für diesen zentralen Bereich der Ausbildung zumindest zum Teil von den Auszubildenden selbst tragen zu lassen. Die ,,Westfälischen Nachrichten" schreiben am 19.11.79 unter der Überschrift ,,Viele Ausbildungsbetriebe ziehen Bewerber mit Kenntnissen in Maschinenschreiben und Stenographie vor": ,,... Wer aber in die engere Wahl um einen Ausbildungsplatz kommen will, sollte zumindest einige Fähigkeiten in dieser modernen ,Kulturtechnik' nachweisen können ..." Die Jugendlichen sollen also schon vor Beginn der Lehre Steno und Schreibmaschine können, damit sie dann gleich richtig rangenommen und auf Zeit getrimmt werden können. Diese Maßnahmen werden von den Schülern bekämpft. Die SV der Hansaschule fordert für die Bürogehilfinnen die Rücknahme der Verlängerung der Stenoprüfung, die Beibehaltung der sofortigen Nachprüfungsmöglichkeit, 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen.

Wachsende Abhängigkeit und Kriegslasten der kleineren Warschauer-Pakt-Staaten

z.krk. Billig hätten es die kleineren Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages, sagen sowjetische Militärexperten, die modernen Waffensysteme würden für sie von der SU sozusagen umsonst entwickelt, wie die Atomwaffen z.B., die solche kleinen Länder gar nicht hingekriegt hätten. Die Behauptung der Sowjets ist in doppelter Hinsicht eine Lüge: kein einziges Mitglied des Warschauer Vertrages außer der SU besitzt heute Atomwaffen oder strategische Raketen und kann über sie verfügen. Und obwohl sie diese Waffen nicht besitzen, zahlen sie einen hohen Preis für die Rüstung ihrer eigenen und vor allem der Sowjetarmee.

Bis 1955, also bis zur Gründung des Warschauer Paktes, wurde in allen RGW-Ländern eine ziemlich breite Palette von Waffen produziert, die UdSSR förderte damals die Entwicklung ihrer eigenständigen Waffenproduktion. Supranationale Entscheidungen wurden nur in bestimmten RGW-Gremien getroffen, so z.B. in der „Permanenten Kommission zur Koordinierung der Rüstungsindustrie", ansonsten wurde über Bewaffnung und Waffenherstellung national entschieden.

Nach der Gründung des Warschauer Paktes, die im großen und ganzen mit der Restauration des Kapitalismus in der SU zusammenfiel, wurde die Konzentration der Entscheidungen über die Ausrüstung der Armeen und der Waffenproduktion von der SU eingeleitet: diese Befugnisse übernahmen das Vereinte Sekretariat und das Vereinte Oberkommando. Auf der Budapester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages 1969 wurden die nationalen Entscheidungsbefugnisse der Mitgliedsstaaten weiter eingeschränkt, durch die Gründung des „Komitees zur Koordination der Militärtechnologie".

Fast gleichzeitig mit der Verabschiedung des Komplexprogramms zur Spezialisierung und Koordination der nationalen Wirtschaftspläne im RGW setzte die SU das Programm zur Standardisierung und Arbeitsteilung im Warschauer Pakt durch. „Einzelne Länder sind auf die Lieferung eines relativ engen Bereichs der Verteidigungsproduktion spezialisiert und erhalten alles, was sonst dringend gebraucht wird, aus andern Ländern und über den Außenhandel", steht im sowjetischen Lehrbuch „Militärökonomische Fragen der politischen Ökonomie".

Die SU ist heute das einzige Land im Warschauer Pakt, das die vollständige Palette von militärischen Ausrüstungsgegenständen produziert, angefangen mit strategischen Raketen, bis hin zu U-Booten und Flugzeugträgern. Während früher noch einige kleinere Länder in Lizenz wichtige Flugzeug- und Panzertypen bauten, findet das heute kaum noch statt. Polen baute nach 1950 die MiG 15, entwickelte 1954 das eigene Trainings- und Übungsflugzeug „Iskra" und baute die MiG 17 ebenfalls in Lizenz. Die CSSR baute die MiG-Typen 15, 17 und 19 und baut heute noch die MiG 21 nach, allerdings ausschließlich für den Eigenbedarf. Von den Panzern hatten Polen und die CSSR alle wichtigeren Nachkriegstypen der mittleren Klasse selbst gebaut: den T 34, 54/55 und den T 62.

Was auffällt, ist, daß es inzwischen kaum Eigenentwicklungen gibt; wenn überhaupt, so werden sowjetische Typen nachgebaut, und von denen auch nicht die modernen. Die wirklich neuesten Entwicklungen werden den kleineren Mitgliedsstaaten nicht mal geliefert: Der modernste Panzer dieser Armeen ist der T 62, der weder den NATO-Panzern ebenbürtig ist noch zu den modernsten des Warschauer Paktes gehört. Diese Politik hat für die SU vielfachen Nutzen: Die moderne Technologie gibt sie nicht aus der Hand, sondern läßt sie teuer bezahlen und beraubt die kleineren Armeen der eigenständigen Schlagkraft. Stattdessen soll die Lizenzproduktion von älteren Modellen Kapazitäten freihalten für die Produktion von modernstem Gerät in der SU. Dieselbe Funktion haben die beschränkten Eigenentwicklungen der RGW-Länder, die hauptsächlich im Transportbereich liegen, oder auch die Lieferung von Teilprodukten wie im Falle der DDR, die militärische Produkte aus dem Bereich der Chemie, der Elektrotechnik, der Feinmechanik und der Optik liefert. Infolge dieser Politik der SU sind die kleineren RGW-Staaten heute von den Lieferungen der SU abhängiger denn je und müssen dafür mehr Geld denn je ausgeben. Der Anteil der RGW-Länder an den Rüstungsausgaben des Warschauer Paktes wuchs von 8,8% 1970 auf 11% 1978. Mit 4,5% seines Nationalprodukts hat die DDR die höchsten Lasten zu tragen.

Daß das nicht so sein muß, beweist das Beispiel Rumäniens: 1967 wurde dort beschlossen, die Waffenimporte zu drosseln und die Eigenentwicklungen zu fördern. Ein Kampfflugzeug wurde in Kooperation mit Jugoslawien entwickelt. Heute baut Rumänien Kampfschiffe nach chinesischer Lizenz. Betrugen die Ausgaben für die nationale Verteidigung 1960 noch 2,3% des Nationalprodukts, so waren es 1976 nur noch 1,7%.

Aktionseinheit in Hildesheim verhindert Faschistenaufmarsch in Hildesheim

r.reb. Am 19./20 4.80 wollte die NPD in Verbindung mit ihrem Landeswahlkongress in Hildesheim eine Demonstration und Kundgebung in der Innenstadt durchführen. Auf dem Landeswahlkongreß, den sie vorsichtshalber geheim hielten, sollte ihr Spitzenkandidat für die Bundestagswahlen nominiert werden. Der öffentliche Auftritt der Faschisten ist nicht gelungen. Am 18.4. hatte der DGB zu einer Kundgebung gegen den Faschistenaufmarsch aufgerufen, nachdem von vielen Gewerkschaftskörperschaften Protestaktionen gefordert wurden. So vom DGB-Kreisjugendausschuß, der Jugendvertretung Blaupunkt, dem Vertrauensleutekörper „fuba", dem ÖTV-Kreisjugendausschuß, der Fachgruppe Sozialarbeiter und Sozialpädagogen GEW/ÖTV. Der DGB-Vorsitzende Hildesheims rief auf dieser Kundgebung, an der etwa 600 Gewerkschafter teilnahmen, auch zu der Gegendemonstration am 19.4.80 auf. Diese Demonstration wurde von einer Aktioneinheit bestehend aus: Antifaschistischer Arbeitskreis, Arbeitskreis Internationalismus, Atif, demokratische Fraueninitiative, DKP, Grohndegruppe, Hildesheimer Initiativzeitung, KAWA, KPD/ML, KBW, Kinderkiste, Sintis Hildesheim, SDAJ, Türkischer Arbeiterverein, Volksfront, VVN getragen. Nach anfänglichen Spaltungsbemühungen seitens der DKP kam es schließlich doch zu einer gemeinsamen Demonstration, am 19.4., an der sich 2000 Menschen beteiligten. Die Faschisten hatten daraufhin ihre öffentliche Aktionen in der Innenstadt abgesagt, bis auf eine Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten um 14.00 Uhr, auf der sie gegen das Vorgehen des DGB und der „Radikalen" protestieren wollten. Ihre Hauptkundgebung verlagerten sie nach Hannover, was aber auch eine Gegenkundgebung von 500 Leuten hervorrief. Hierzu hatte u.a. die DGB-Jugend aufgerufen. Auch die geplante Hildesheimer Kundgebung endete mit einer Niederlage der Faschisten. Die Polizei hatte zwar zu ihrem Schutz zwei Hundertschaften aufgefahren, es fehlte ihnen jedoch der Lautsprecherwagen, dem zuvor in Hannover die Reifen durchgestochen worden waren. Lange zu warten wurde ihnen zu mulmig, weil ihnen etwa 1000 Demonstranten gegenüberstanden und sie doch nicht zu Wort hätten kommmen lassen. Daraufhin haben sie ihre Kundgebung abgesagt. Der Abzug der Faschisten und der Polizei wurde für sie zu einem wahren Spießrutenlauf.



Kundgebung des DGB



Demonstration der Aktionseinheit

Die Phantom soll durch ein europäisches Kampfflugzeug abgelöst werden

z.hev. Das Kampfflugzeug Tornado, mit dem ab 1982 die Luftwaffe ausgerüstet wird, und das neue Kampfflugzeug Alpha Jet werden nicht die einzigen europäischen gemeinsamen Projekte im militärischen Flugzeugbau bleiben. Am Tornado waren Großbritannien, Italien und Westdeutschland beteiligt, am Alpha Jet Frankreich und Westdeutschland. Soeben haben sich Firmenvertreter aus Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik prinzipiell über den gemeinsamen Bau eines „Taktischen Kampfflugzeuges 90" (TKF 90) geeinigt und ihm gleich den Namen „Europäisches Kampfflugzeug" (EKF) verliehen. Es soll die F-4F Phantom der Bundeswehr 1990 bzw. die Jaguar in England und Frankreich ersetzen, schwerpunktmäßig auf den Luftkampf ausgerichtet sein und auch Hubschrauber, Marschflugkörper und unbemannte Flugzeuge abschießen können. Der Schwerpunkt der Tornado dagegen liegt auf dem Luft-Boden-Kampf, und hier besonders auf der Panzerbekämpfung.

Wie stabil die Einigung ist, bleibt abzuwarten. Staatssekretär Schnell vom Verteidigungsministerium hatte erst kürzlich in der Zeitschrift „Wehrtechnik" (April '80) gesagt: „Das TKF ist noch nicht entscheidungsreif." Und Minister Apel deutete an, daß man ja auch das US-Kampfflugzeug F 18 Hornet kaufen könne. Über drei Punkte streiten sich die europäischen Imperialisten: erstens über die Finanzierung des mindestens 15 Milliarden Mark Projektes, zweitens über die vorrangige Verwendung des Flugzeuges und drittens über die Verteilung der Aufträge an die nationalen Luftfahrtindustrien. Bekannt ist bisher nur, daß das TKF 90 nicht ausschließlich über das Verteidigungsministerium finanziert wird, sondern zum Teil auch wie schon beim Airbus aus dem Forschungshaushalt. Sicher ist, daß die britischen und französischen Militärs ein etwas anderes Kampfflugzeug wollen als die deutschen, die einen Abfangjäger mit hoher Steigleistung und Geschwindigkeit brauchen, während die Briten und Franzosen eher mit der Bekämpfung von Fernbombern rechnen. Möglich ist, daß dieses Europaprojekt einen weiteren Konzentrationsschub in der westdeutschen Luftfahrtindustrie auslösen wird (VFW-Fokker, MBB und Dornier), um gegenüber den europäischen Konkurrenten in eine stärkere Position zu kommen – wie bei der Entwicklung des Tornado 1968, als Bölkow und Messerschmidt fusionierten.



TKF 90, Entwurf von MBB und VFW-Fokker. Dornier hat einen eigenen Entwurf vorgelegt. Hauptkonkurrent ist die Mirage 2000

Das Flottenarsenal der Supermächte am Golf

Die Supermächte trachten danach, die Völker ihrer Rivalität zu unterwerfen

z.anb. Die Karte ist der neuesten Ausgabe der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift" (2/80) entnommen. Sie zeigt die Reichweiten des Einsatzes taktischer Luftstreitkräfte, die zur Ausschaltung gegnerischer Flotteneinheiten in der Region des Indischen Ozeans wichtig sind. Vom Territorium der Sowjetunion aus ist das nur mit Langstreckenbombern möglich, die Kontrolle über Afghanistan dagegen würde die Entfernung zur Golfregion auf 450 km verkürzen und den Einsatzradius für von Land aus operierende Luftwaffeneinheiten bis in die strategische Kernregion der Öl- und Handelsroute nach Westeuropa und den USA erweitern.

Es ist nicht zufällig, daß die Karte nicht den Flottenaufmarsch der beiden Supermächte ins Zentrum rückt. Zweifellos ist dieser vorhanden; der dritte US-Flugzeugträger „Eisenhower" ist in der Vorwoche zur Ablösung der „Nimitz" mit 6000 Mann an Bord ausgelaufen. Rund drei Wochen dauert die Fahrt. Die Sowjetunion hat erstmalig ihr größtes Landungsschiff „Iwan Rogow" mit 400 Marineinfanteristen nach Zwischenaufenthalt in Cam Ranh (Vietnam) in den Indischen Ozean entsandt. 28 US-Einheiten stehen dann 26 sowjetischen gegenüber. Dies, wenn man die Gesamtzahl aller Kampf- und Versorgungsschiffe vergleicht. In den Meldungen der bürgerlichen Presse letzte Woche sah es anders aus; die USA seien, so hieß es, inzwischen fast zweimal so stark wie die Sowjetunion. Carters Androhung einer Seeblockade gegen den Iran, falls bis 11. Mai nicht die Geiseln frei seien, erhielt dadurch gewisse Überzeugungskraft.

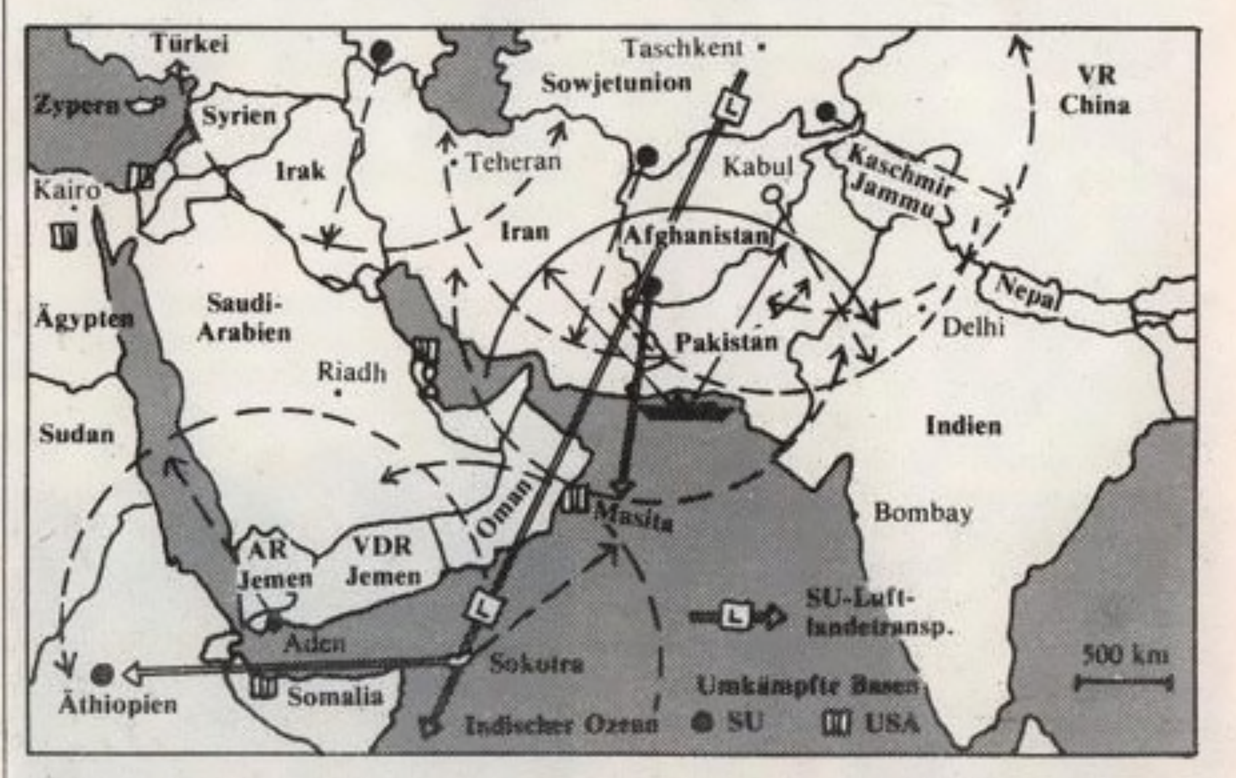
Vor kurzem hat US-Verteidigungsminister Brown in einem Interview auf ziemlich direkte Fragen bezüglich der Position der USA in der Golfregion gesagt, das sei gar nicht in der Hauptseite die Frage der Anzahl der Flotteneinheiten. „... die sowjetischen (!) Grenzen sind in der Tat dem Gebiet viel näher ... Was wichtig ist, ist, ob man Bodentruppen dorthin verbringen kann. Ich denke, wir sollten sehr vorsichtig dazu übergehen, Einheiten zu Lande permanent zu stationieren – Sondereinheiten, aber auch Luftwaffeneinheiten. ... Das wird natürlich zu unterschiedlichen Reaktionen bei den einzelnen Ländern der Region führen" (US News and World Report 11.2.80) – ein weiteres Argument für die Bedeutung von Bodentruppen, die die Landstützpunkte gegen mögliche Sabotageakte zu schützen hätten.

Ohne Verbindung zu Landstützpunkten ist auch eine Blockade gegen den Iran nicht möglich. Die imposanten Flugzeugträger sind schwer manövrierbare Kolosse – und gefährdete dazu – wenn sie nicht von Land aus mit hochentwickelter Logistik im Einsatz dirigiert werden, ein Problem, das sich ohnehin bei Flottenverbänden voneinander abhängiger Einheiten von Angriffs-, Versorgungsschiffen, U-Boot-Abwehr etc. stellt. Die nachdrücklichen Bemühungen der USA – bislang ergebnislos – in Somalia einen Stützpunkt (Berbera) zu bekommen, wie auch, mit Oman ein umfassendes Verteidigungsabkommen zustandezubringen, (vorläufig haben sie Nutzungsrechte im Hafen Masira) ergeben sich aus diesen militärstrategischen Tatsachen.

Zwei Wochen brauchen die USA für den Lufttransport einer Division samt Gerät in das Golfgebiet. Die Sowjetunion könnte das von Afghanistan aus wesentlich schneller. Zudem müßte eine Seeblockade östlich der Straße von Hormuz, sozusagen auf offener See mit großem Aufwand gehalten werden, denn eine Verminung der iranischen Häfen westlich der Hormuz-Enge wäre für US-Kriegsschiffe vielleicht noch durchführbar, die Frage ist, ob sie wieder aus dem Nadelör des Golfes herauskämen. Östlich von Hormuz hingegen stellt sich das Problem, alle Schiffe, die ein- oder auslaufen, aufbringen zu müssen, um sie zu kontrollieren – 850 pro Tag – und dies in direkter Reichweite der sowjetischen Luftstreitmacht. Dies einmal ganz abgesehen von der iranischen Flotte, die zur Zeit im nördlichen Teil des Golfes umfangreiche Manöver durchführt und über moderne Einheiten, einschließlich U-Boot-Abwehr verfügt.

Man versteht daher den Druck der USA auf die westeuropäischen Verbündeten, sich am Handelsembargo zu beteiligen. Immerhin hat die BRD noch 1979 Waren im Wert von 2,3 Mrd. Dollar nach Iran exportiert. Aber auch das reicht nicht. Das entscheidende Hindernis gegen offen militärisches Aufholen gegenüber dem vordringenden Rivalen ist der Widerstand der Völker der Region gegen den Hegemonismus. Solange diese Einheit nicht untergraben werden kann, ist die Rivalität der Supermächte nicht die Hauptseite. Die sowjetischen Manöver, mithilfe Kubas die Blockfreienbewegung in der Frage Afghanistan zu desorientieren, „Lösungen" *ohne* Truppenabzug anzudienen, wie auch ihre Lauerstellung gegenüber dem Konflikt zwischen Iran und Irak zielen ebenfalls auf Änderung des politischen Kräfteverhältnisses. Solange die Front gegen die Aggression in Afghanistan und Kampuchea steht, wird auch im Iran der antihegemoniale Kurs erleichtert.

USA und Sowjetunion konzentrieren Flottenverbände im Indischen Ozean und am Golf



Reichweite taktischer Luftstreitkräfte (durchgezogen: von US-Flugzeugträgern aus; gestrichelt: von sowjetischen Landstützpunkten aus)

Sozialer Wohnungsbau in Frankreich – Verdoppelung der Mietpreise seit 1975

z.inl.Paris. „*H*abitations à *L*oyers *M*odérés“, Wohnungen mit mäßiger Miete, sind in Frankreich das, was in der BRD sozialer Wohnungsbau genannt wird. Aus Steuergeldern finanziert, sind die HLM-Wohnblocks vor allem an den Stadträndern der Großstädte hochgezogen worden. Die lohnabhängigen Massen wurden aus den Stadtkernen wegen zu hoher Mieten in diese Schlafvorstädte getrieben oder vom Land her, um ihre Arbeitskraft in der Stadt zu verkaufen. In der Pariser Peripherie sind 22,5% der über 2 Mio. Wohnungen HLM-Wohnungen.

Ein besorgniserregendes Ansteigen der Mietrückstände im sozialen Wohnungsbau stellt die bürgerliche Presse fest. In Courneuve, einer Pariser Vorstadtsiedlung mit 4000 HLM-Wohnungen, sind 560 Dossiers über Mietrückstände bei der Sozialfürsorge hinterlegt, Spitzelbögen über 14% der Familien. Im gesamten HLM-Wohnungsbau Frankreichs hat sich die Zahl der Mietausfälle seit 1970 verdoppelt: 1,9% 1970, 2,5% 1977, 3,8% 1979.

Im Schaubild sind die *durchschnittlichen* prozentualen Preissteigerungen *aller* Mietwohnungen, einschließlich Wasser, Heizung, Licht, eingetragen; daneben die Arbeiter-Durchschnittslöhne seit 1973. Deutlich wird, daß seit 1978 ein immer größerer Teil des Lohns wegbezahlt werden muß für das Recht, die Erde zu bewohnen. In Bobigny z.B. steigt die Miete einer HLM-Wohnung mit 56 m² von Januar 75 = 259 FF auf 516 FF im Januar 80. Dazu die Nebenkosten von 104 auf 265 FF. In Courneuve, wo das Durchschnittseinkommen der Haushalte bei 2200 FF (946 DM) liegt, kostet die 4-Zimmer-Wohnung 1005 FF. Auch bei drastisch eingeschränkter Reproduktion ist das unbezahlbar. Seit zwei Jahren schnüffeln eigens dazu angestellte HLM-Sozialberater, wie die Miete einzutreiben ist, verstärkt werden Lohn und Möbel gepfändet. Mit kollektiver Nichtbezahlung der Erhöhungen und Demonstrationen kämpfen die Lohnabhängigen gegen diese Plünderung.



Trutz Beckert, ZDF-Korrespondent für Belgien, auf den Spuren der deutschen Reichsbourgeois

z.elb.Brüssel. Anfang April trat der belgische Ministerpräsident Martens zurück. Sonst den Vorhang über Belgien fest geschlossen, lupft ihn das ZDF, wenn über Regierungskrise, Sprachenstreit „berichtet“ werden kann, und läßt Trutz Beckert seines hoch dotierten Amtes walten.

Einige Kostproben seines Wirkens: 15.12.78, Wahlkampf: „Wieder Flamen gegen Wallonen, und keiner kann etwas ausrichten ohne den anderen. Zehn traditionelle Parteien und eine Unzahl politischer Grüppchen stehen den Belgiern zur Wahl, verzettelt zwischen Spracheninteressen, politischen Programmen, regionalem Egoismus.“ 10.4.79, die neue Regierung: „… er (Martens) werde schon bald die Erfahrungen seines Vorgängers Tindemans machen …, daß dieses Land unregierbar sei.“ 3.4.80, Regierungskrise: „Und das Parlament indessen hat seine Arbeit vorläufig gar ganz eingestellt. Belgische Zustände, für die die Belgier selbst längst kein Verständnis mehr haben.“ 9.4.80, Rücktritt Martens': „Man rette, was zu retten ist auf dem innenpolitischen Scherbenhaufen. Italienische Zustände, schimpfen die Belgier. Fünf Regierungen in fünf Jahren sind gestolpert, immer über dieselbe Barrikade (den Sprachenstreit).“ Und die „Frankfurter Allgemeine“ ergänzt am 13.2.80: „Daß es in Ostbelgien Menschen deutscher Abstammung gibt … Ob es sich dabei nun um Deutsche oder deutschsprachige Ostbelgier handelt, ist unter den Bewohnern dieses Raums umstritten.“

„Der Führer hat hinsichtlich der Zukunft des belgischen Staates noch keine endgültige Entschließung getroffen.“ (Keitel, Geheime Kommandosache, 14.7.40) Einmischung in Belgien, Beherrschung des Landes hat Tradition bei den deutschen Imperialisten. In zwei imperialistischen Kriegen war es ihnen gelungen, sich Belgien zu unterwerfen. Da ihre Nachfolger derzeit nicht auf militärische Einverleibung aus, „beschränkt“ sich Beckert darauf, die Widersprüche in der belgischen Nationalitätenfrage zu schüren und den Ordnungsrufer herauszukehren. Denn schließlich: Der „kleine Nachbar“ ist nicht nur drittgrößter Handelspartner der BRD; bei Rohstofflieferungen (vor allem bezogen aus Zaire) steht er bei Zink an erster, bei Altaluminium an dritter, bei raffiniertem Kupfer an vierter Stelle aller Lieferländer. Und: Den zweitgrößten Anteil ihrer Direktinvestitionen besitzen die BRD-Imperialisten – in Belgien.

Zehn traditionelle Parteien und eine Unzahl politischer Grüppchen stehen den Belgiern zur Wahl, verzettelt zwischen Spracheninteressen, politischen Programmen, regionalem Egoismus.“ 10.4.79, die neue Regierung: „… er (Martens) werde schon bald die Erfahrungen seines Vorgängers Tindemans machen …, daß dieses Land unregierbar sei.“ 3.4.80, Regierungskrise: „Und das Parlament indessen hat seine Arbeit vorläufig gar ganz eingestellt. Belgische Zustände, für die die Belgier selbst längst kein Verständnis mehr haben.“ 9.4.80, Rücktritt Martens': „Man rette, was zu retten ist auf dem innenpolitischen Scherbenhaufen. Italienische Zustände, schimpfen die Belgier. Fünf Regierungen in fünf Jahren sind gestolpert, immer über dieselbe Barrikade (den Sprachenstreit).“ Und
Beherrschung des Landes hat Tradition bei den deutschen Imperialisten. In zwei imperialistischen Kriegen war es ihnen gelungen, sich Belgien zu unterwerfen. Da ihre Nachfolger derzeit nicht auf militärische Einverleibung aus, „beschränkt“ sich Beckert darauf, die Widersprüche in der belgischen Nationalitätenfrage zu schüren und den Ordnungsrufer herauszukehren. Denn schließlich: Der „kleine Nachbar“ ist nicht nur drittgrößter Handelspartner der BRD; bei Rohstofflieferungen (vor allem bezogen aus Zaire) steht er bei Zink an erster, bei Altaluminium an dritter, bei raffiniertem Kupfer an vierter Stelle aller Lieferländer. Und: Den zweitgrößten Anteil ihrer Direktinvestitionen besitzen die BRD-Imperialisten – in Belgien.

Revolte gegen Wassermangel in Sizilien – Bourgeois machen Mordsprofite mit Wasserverkauf

z.ans.Rom. „Wir wollen Wasser!“ Fast die gesamte Bevölkerung der sizilianischen Kleinstadt Palagonia in der Nähe von Catania ist am vorletzten Samstag auf den Straßen, über 10000, die Frauen voran. In einer Revolte entlädt sich alter Haß auf die Institutionen des bürgerlichen Staatsapparates am Ort, die die Bewohner, wie schon so oft, wochenlang buchstäblich auf dem Trockenen sitzen lassen. Hunderte brechen die Rathaustür auf, stürmen hinein und werfen Einrichtungsgegenstände auf die Straße. Dort gehen sie in Flammen auf. Aus dem Steueramt, an das die Volksmassen Rechnungen für nie geflossenes Wasser zahlen müssen, fliegen massenweis Dokumente auf die Straße, auch sie werden verbrannt. Die Sitze aller Parteien am Ort werden gestürmt. Was nützen sie mit all ihren Versprechungen, wenn das Wasser nicht fließt? Einzig der Sitz der CGIL, der größten Gewerkschaft, wird nicht angegriffen. Von dort war am Tag zuvor nach einer Gewerkschaftsversammlung ein erster Zug von Hunderten zum Rathaus demonstriert.

Den ganzen Tag über sind die Volksmassen unterwegs. Überall lodern Feuer, überall sind Straßenblockaden errichtet. Am Sonntag ein ähnliches Bild. Vor dem Gewerkschaftshaus wird die Bildung eines Kampfkomitees beschlossen. Die Einheit der Bewohner des Ortes, arme und landlose Bauern, Landarbeiter, Arbeiter, Händler und Kleingewerbetreibende, ist groß. Die anrückenden Carabinieri können nicht eingreifen.

Revolten wie diese flammen des öfteren in Sizilien auf. Das Wasser, elementares Bedürfnis des Menschen und Grundvoraussetzung für die Landwirtschaft, ist für die besitzende Klasse in Sizilien ein blühendes Geschäft. Sie sorgt dafür, daß die Wasserversorgungsgesellschaft Siziliens, die EAS, das gesamte Leitungsnetz total verrotten läßt. Das Kalkül der besitzenden Klasse: Funktioniert die Wasserversorgung durch die EAS nicht, so müssen die Volksmassen das Wasser teuer von den „Herren des Wassers“ kaufen. Praktisch alle Brunnen in Sizilien sind in den Händen von Grundbesitzern, Mafiosi und Spekulanten. Ein kleiner Bauer aus Palagonia, einem Zentrum des Orangenanbaus, sagt: „Um einen Hektar zu bewässern, muß man manchmal eine Mio. Lire (2170 DM) zahlen!“



USA: Schwere Einbrüche im Konsum der Volksmassen

Dauernde Lohnsenkungen, Steuer- und Zinsplünderung schlagen mit voller Wucht durch

z.rül. 333 von 375 örtlichen Gewerkschaftsvorsitzenden der US-Stahlarbeitergewerkschaft USW stimmten letzten Dienstag einem dreijährigen Tarifvertrag mit den neun größten Stahlmonopolen des Landes zu. Nach dem neuen Tarif werden die Grundlöhne der Arbeiter im ersten Jahr um 25 Cents die Stunde, im zweiten um 20 Cents und im dritten Jahr um 15 Cents erhöht – bei durchschnittlichen Stundenlöhnen der 280000 Stahlarbeiter von 9,35 $ und einer Inflationsrate von zur Zeit 16,8%. Zusätzlich müssen die Kapitalisten alle drei Monate 1 Cent pro Stunde für je 0,3% Inflation zulegen und den Arbeitern einen mit höherer Lohngruppe steigenden „Lohngruppenzuschlag“ zahlen. Für Arbeiter in der höchsten der 34 Lohngruppen macht dieser Zuschlag ganze 32 Cents aus, um die ihr Stundenlohn jedes Jahr zusätzlich steigt. Bleibt die Inflationsrate 1981 und 1982 „nur“ bei 10%, so sinken durch diesen Abschluß die Reallöhne in der untersten Lohngruppe um 16%, in der höchsten Lohngruppe immer noch um 8,7%. Und liegt die Inflationsrate höher, fällt die Lohnsenkung noch krasser aus.

Nach den Lohnraubabschlüssen für eine Million Automobilarbeiter in den letzten Monaten gelang der US-Finanzbourgeoisie damit ein weiterer schwerer Schlag gegen die Arbeiterklasse. Mit durchschnittlich über 1600 $ brutto im Monat liegen die US-Stahlarbeiterlöhne deutlich über dem Durchschnitt der Löhne aller Lohnabhängigen. Für die Lohnkämpfe der übrigen Lohnabhängigen in den USA bedeutet der Abschluß eine weitere schwere Belastung.

Bereits im letzten Jahr setzte die US-Finanzbourgeoisie eine *durchschnittliche* Senkung der Reallöhne der Lohnabhängigen von 7% durch. Das war die stärkste Reallohnsenkung seit dem Zweiten Weltkrieg. Netto und nach Abzug der Preissteigerungen lagen die Löhne der meisten Arbeiter Ende 1979 wieder unter dem Niveau von 1967, während die Kapitalisten die Intensität der Arbeit kräftig gesteigert hatten.

Tatsächlich verdecken diese Durchschnittsangaben aber das tatsächliche Ausmaß der Lohnsenkungen noch. Man muß die abgebildeten Lohnverteilungen mit denen in den westeuropäischen Ländern vergleichen (s. KVZ 2/80), um sich ein Bild davon machen zu können, in welchem Umfang die US-Supermacht Lohnabhängige zu Elendslöhnen ausbeutet und in welchem schwindelnden Ausmaß es ihr seit Ende der 60er Jahre gelungen ist, weitere Arbeitermassen in diese Elendslöhne zu pressen.

168 Mrd. $ hatten die US-Monopole 1978 im Ausland angelegt. Über den Lohnstandard, den die US-Monopole den Arbeitern in der Dritten Welt aufzwingen sowie über den lange niedrigeren Lohnstandard in anderen imperialistischen Ländern, wirken diese Kapitalmassen drastisch auf die Lohnabhängigen in den USA zurück. 24975 Millionen Lohnabhängige, kleine Bauern und deren Familien lebten hier 1976 nach Angaben des US-Bureau of Census unter der offiziellen Armutsgrenze, und längst zählen dazu nicht mehr nur Farbige, Mexikaner, Puertoricaner, sondern zunehmend weiße Arbeiter in Handel, Dienstleistungen und Industrie. Gestützt auf dieses Heer der „Armen“, das sie brutal ausweiteten, führten die US-Monopole den Angriff auf die mittleren und höheren Lohngruppen. Das – vorläufige – Ergebnis sieht man in der Lohnverteilung 1977. Millionen Arbeiter wurden von den oberen in mittlere und von den mittleren in die untersten Lohngruppen gedrückt.

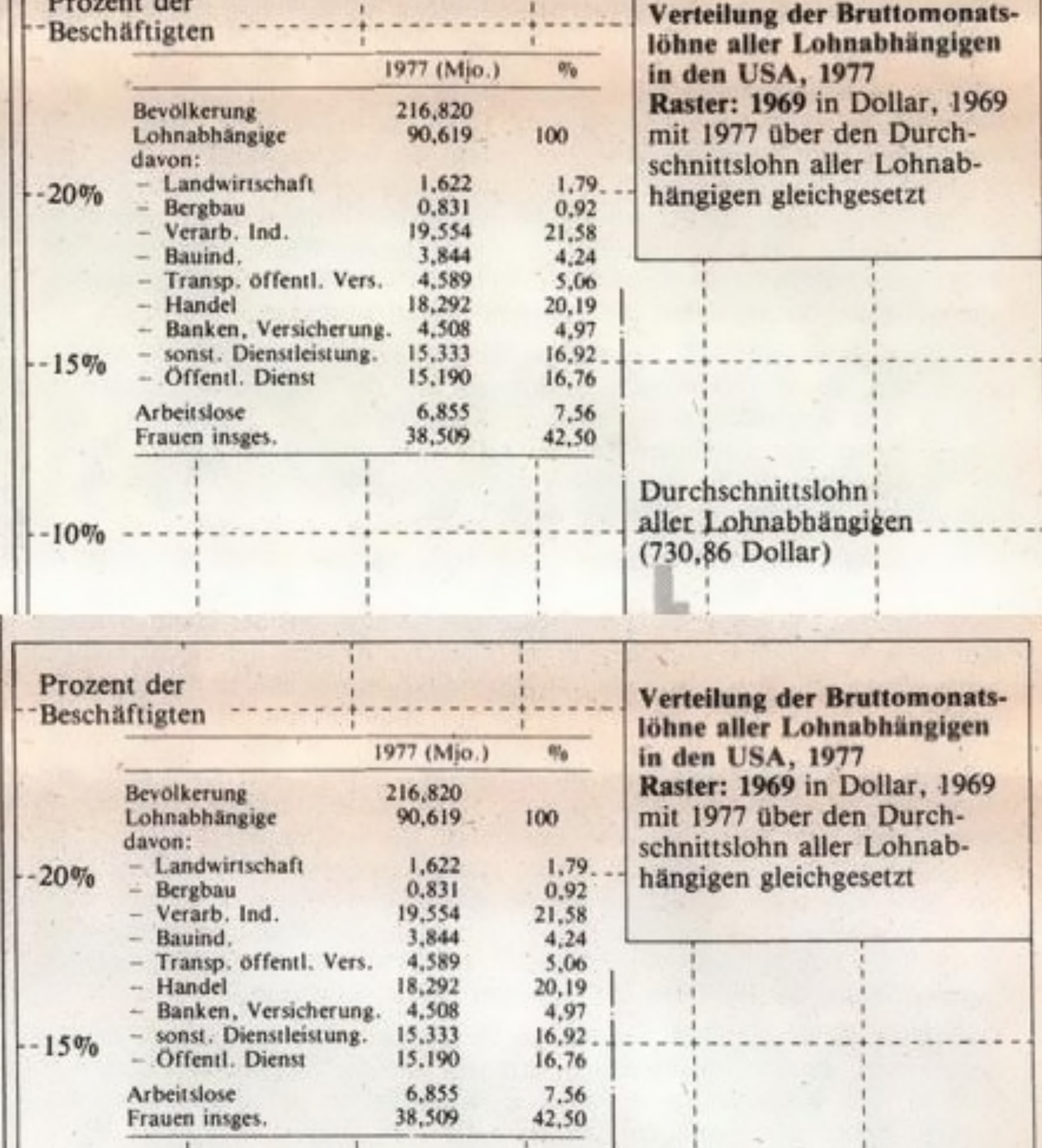
wieder unter dem Niveau von 1967, während die Kapitalisten die Intensität der Arbeit kräftig gesteigert hatten.
Tatsächlich verdecken diese Durchschnittsangaben aber das tatsächliche Ausmaß der Lohnsenkungen noch. Man muß die abgebildeten Lohnverteilungen mit denen in den westeuropäischen Ländern vergleichen (s. KVZ 2/80), um sich ein Bild davon machen zu können, in welchem Umfang die US-Supermacht Lohnabhängige zu Elendslöhnen ausbeutet und in welchem schwindelnden Ausmaß es ihr seit Ende der 60er Jahre gelungen ist, weitere Arbeitermassen in diese Elendslöhne zu pressen.
168 Mrd. $ hatten die US-Monopole 1978 im Ausland angelegt. Über den Lohnstandard, den die US-Monopole den Arbeitern in der Dritten Welt auf-

Mit ihren Haushaltsbeschlüssen im März verschärfte die Regierung Carter diesen Angriff auf breiter Front. Milliarden wurden bei den „Sozialprogrammen“ wie den staatlichen Zwangsarbeitsprogrammen, den Lebensmittelkarten etc. gestrichen. Kaltlächelnd werden dadurch Hunderttausende in den Hunger getrieben. Bis 1981 sollen die Steuern auf 628 Mrd. Dollar allein für die Bundesregierung steigen – gegenüber 532,4 Mrd. Dollar 1979. Die Zinsbeschlüsse verstärken die Ausplünderung, und sie zielen vor allem auf besser bezahlte Arbeiter und Angestellte. Kurzfristige Konsumentenkredite über Kreditkarten stiegen letztes Jahr auf 68 Mrd. $ an, sämtliche privaten Konsumentenkredite auf 315,6 Mrd. $, Hypothekenkredite für private Häuser und Wohnungen – 58% der US-Bevölkerung leben in „Eigentums“wohnungen und -häusern – sogar auf 1000 Mrd. $. Die Zinsen auf diese Kredite stiegen nach den Beschlüssen von Zentralbank und Regierung enorm. Man soll sich nicht von der in der bürgerlichen Presse erwähnten „Prime Rate“ für Kredite an *Banken* täuschen lassen. Für Kredite auf Kreditkarten treiben die Banken jetzt zwischen 22,5 und 27,5% ein. Im März kostete ein Vier-Jahres-Kredit zwecks Autokauf 43% mehr als im Vorjahr, Hypotheken sogar 66% mehr. Das Ergebnis: Die Zahl der neugebauten Wohnungen wird dieses Jahr auf den niedrigsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg fallen – auf 835000 gegenüber zwei Millionen noch vor zwei Jahren. Und das kommt nicht wegen der Bourgeois – US-Makler melden Rekordverkäufe teurer Appartementwohnungen, gegen *Barzahlung*. Die kombinierte Wirkung der jahrelangen Lohnsenkungen, der Steuer-und Zinsbeschlüsse zeigt sich in ihrer ganzen Wucht im Konsum der Volksmassen. Seit Monaten *fällt* der Einzelhandelsumsatz nominal, vor allem bei dauerhaften Konsumgütern wie Autos. Für sämtliche Konsumgüter lag er im März *real* um 9,2% niedriger als 1979.

Jährliche Ausgaben des „Unteren“ und „Mittleren“ 4-Personen-Haushalts
1976 und 1978, in $ und in % des Bruttoeinkommens

	„Unterer“ Haushalt 1976		„Unterer“ Haushalt 1978		„Mittlerer“ Haushalt 1976		„Mittlerer“ Haushalt 1978	
	in $	in %	in $	in %	in $	in %	in $	in %
Bruttoeink	10041	100,0	11546	100,0	16236	100,0	18622	100,0
Nahrungsm	3003	29,9	3574	31,0	3859	23,8	4609	24,8
Wohnung etc	1946	19,6	2233	19,3	3843	23,7	4182	22,5
Transport	767	7,6	856	7,4	1403	8,6	1572	8,4
Kleidung	798	8,0	847	7,3	1147	7,1	1209	6,5
Gesundheit	896	8,9	1065	9,2	900	5,5	1070	5,8
Sonst. Ausg	1184	11,8	1318	11,4	1955	12,0	2169	11,7
Sozialvers	604	6,0	719	6,2	898	5,5	1073	5,8
Lohn-, Einkommenssteuern	825	8,2	935	8,1	2236	13,8	2738	14,7

Durchschnittliches Familieneinkommen 1976: 14958 $; 1978: o.A.
Quelle: Department of Labour, Bureau of Labour Statistics, USA



	1977 (Mjo.)	%
Bevölkerung	216,820	
Lohnabhängige	90,619	100
davon:		
– Landwirtschaft	1,622	1,79
– Bergbau	0,831	0,92
– Verarb. Ind.	19,554	21,58
– Bauind.	3,844	4,24
– Transp. öffentl. Vers.	4,589	5,06
– Handel	18,292	20,19
– Banken, Versicherung.	4,508	4,97
– sonst. Dienstleistung.	15,333	16,92
– Öffentl. Dienst	15,190	16,76
Arbeitslose	6,855	7,56
Frauen insges.	38,509	42,50

Honduras: Opposition ruft zum Boykott gegen „Wahlfarce“ auf

z.hot. Das Militärregime von Honduras unter General Garcia hat für den 20. April Wahlen angekündigt. Die Patriotische Front von Honduras, ein Zusammenschluß von 48 Organisationen, hat zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Der Sprecher der Front Fiallos erklärte, die geplanten Wahlen könnten nur eine Farce werden, da durch das von dem Militärregime dekretierte Wahlgesetz noch nicht einmal die Christdemokraten kandidieren dürfen, geschweige denn Organisationen, die offen die Vorherrschaft des US-Imperialismus und die Politik des Regimes angreifen. Juntachef Garcia hat sich bereits 1965 als Kommandeur des honduranischen Truppenkontingents bei der von den USA geleiteten Invasion der Dominikanischen Republik seine Sporen verdient. Im Gegensatz zu den anderen Regimes in Zentralamerika habe er begriffen, daß „Ordnung nicht ohne Entwicklung möglich ist“, bescheinigten ihm die US-Imperialisten. Entwickelt hat sich vor allem die Plünderung des Landes durch die US-Konzerne, die allein von 1960 – 72 165 Mio. $ „retransferieren“ konnten gegenüber Investitionen von 76 Mio $ im gleichen Zeitraum. Ca. 60% der Industrieproduktion des Landes befinden sich unter ausländischer Kontrolle. Demgegenüber entwickeln sich die Kämpfe des Volkes. In ihrem Streik Anfang März haben die Arbeiter einer Tochtergesellschaft des US-Monopols United Brands die Beseitigung des Militärregimes, sowie die Nationalisierung des ausländischen Kapitals gefordert.

Kuba: Menschenexporte, Vertreibung, Massenflucht

z.gek. Die von Castro einkalkulierte Massenflucht von 10000 überwiegend jugendlichen Kubanern in die peruanische Botschaft bildet, zusammen mit der Abschiebung von 20000 politischen Häftlingen, nur die Kehrseite des offiziellen Menschenexports. Wegen der einseitigen, verkrüppelten Wirtschaftsentwicklung Kubas können die Schulabgänger vielfach nur im Militär oder im Ausland beschäftigt werden. Nach Castros Angaben stehen 36000 kubanische Soldaten nach wie vor in Angola, 12000 in Äthiopien; dazu kommen ca. 45000 Militärs, Techniker, Arbeiter, Lehrer und Ärzte in zwanzig weiteren Ländern. Die Zahlungen der Sowjetunion haben sich 1979 dafür auf netto 10 Mio. $ pro Tag erhöht. Wem's nicht paßt, der soll schnell verschwinden, lautet Castros neue Innenpolitik.

Nicaraguas Unabhängigkeit von beiden Supermächten bedroht

z.ulg. Am 25.2. trat das US-Repräsentantenhaus zum zweiten Mal in 150 Jahren zu einer Geheimsitzung zusammen – über die Lage in Nicaragua. Das offizielle Ergebnis war mager: eine angekündigte Wirtschaftshilfe von 75 Mio. Dollar ist vorerst blockiert. Aber sechs Wochen nach der Sitzung kann die „FAZ“ melden: „Die Vorbereitungen für ein Eingreifen von ehemaligen Somoza-Soldaten in El Salvador und Nicaragua gehen in ihre Schlußphase.“ Die US-Imperialisten haben mehrere Tausend dieser Söldner in Honduras, Costa Rica und Guatemala zusammengezogen. In Nicaragua sind „Terroreinsätze“ gegen den wirt-

Soziales Netz Dänemark: Finanziert aus Lohn- und Verbrauchsteuern, Kapitalisten zahlen fast nichts

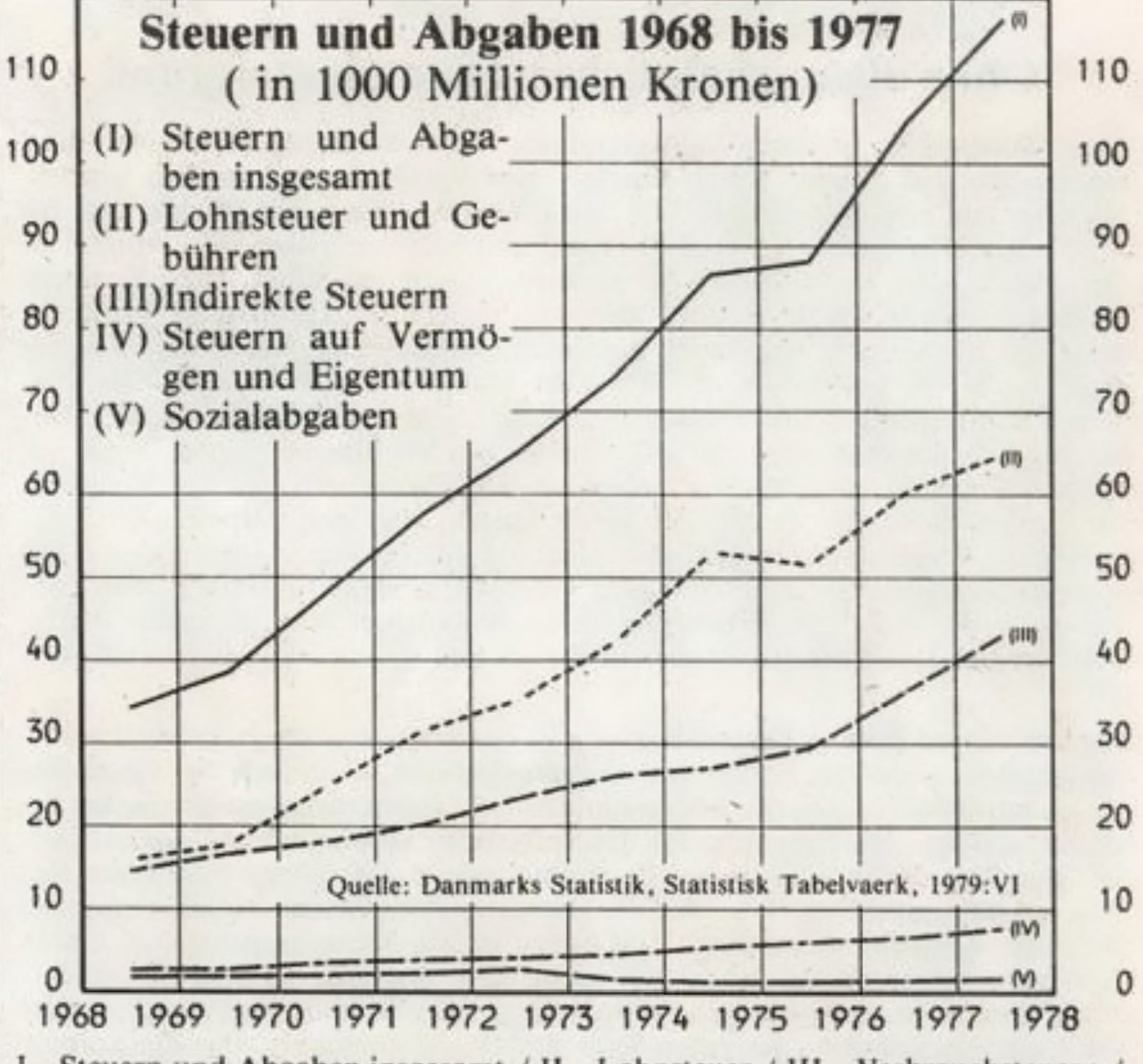
z.bag.Aarhus. Eine Besonderheit fällt beim sozialen Netz Dänemarks unmittelbar ins Auge: die Eintreibung der Beiträge auf dem Wege der Steuerausplünderung und die Finanzierung der Ausgaben aus Steuermitteln durch Staat und Gemeinden. Ein Blick auf die Graphik über die Entwicklung der Steuern und Abgaben 1968–1977 macht als zweite Besonderheit klar, daß der größte Teil Lohnsteuern (Kurve 2) und Verbrauchsteuern (Kurve 3) sind, die scharf angestiegen sind, während die Steuern für die Kapitalistenklasse bescheiden und nur schwach steigend sind; in deren Kurve sind sogar noch die „Eigentumsteuern" enthalten, die ein großer Teil der Volksmassen in Dänemark wegen fehlender Mietwohnungen auf Eigentumswohnungen und Eigenheime zahlen.

Ähnlich wie von den Steuern werden die Kapitalisten auch weitgehend von den sozialen Abgaben entlastet, die zusätzlich geleistet werden (Kurve 5). Auf die Kapitalisten entfielen 1969 insgesamt nur 4% der Finanzierung der Sozialausgaben, 1977 waren es nur noch knapp über 1%. Sie müssen nur die Unfallversicherung fast voll tragen, alles andere nehmen ihnen zum größten Teil oder auch ganz Staat und Gemeinden ab. Von Beiträgen zum Kindergeld z.B. sind sie traditionell ganz befreit. Beiträge zur Rentenversicherung wurden ihnen erst seit Mitte der 70er Jahre von den Gewerkschaften abgezwungen; es ist eine Zusatzversicherung, die zu ⅔ von den Kapitalisten und zu ⅓ von den Lohnabhängigen in einen Fonds (ATP) bezahlt wird. Man versteht jetzt besser, daß das westdeutsche Finanzkapital in letzter Zeit zunehmend Lust auf die Ausbeutung dänischer Arbeitskraft bekommt.

Sieht man sich die Verteilung der Finanzierung der sozialen Ausgaben durch Staat und Gemeinden an, so stellt man seit 1969 eine Abwälzung der Kosten auf die Gemeindehaushalte fest: 1970 wurden rund 20% über die Gemeinden finanziert, 1977 waren es rund 35%. Das hat zu laufenden Erhöhungen der Gemeindesteuern geführt und ermöglicht vielfache Spaltungsmanöver. Nun können den die Gemeinden bezahlten Lohnabhängigen Lohnerhöhungen verweigert werden mit der Begründung, daß dann für die wachsende Zahl der Arbeitslosen nicht mehr genügend Geld zur Verfügung stehe.

Kernpunkt der Sozialpolitik in Dänemark, in jahrzehntelanger fast ununterbrochener sozialdemokratischer Herrschaft ausgeklügelt, ist, daß *alle* Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung und Rente bekommen, ob sie versichert sind oder nicht. Das Prunkstück ist dabei die „Volksrente", die jeder ab 65 bekommt, ob er gearbeitet hat oder nicht. Selbst dem alternden Kapitalisten bzw. der Kapitalistenwitwe wird dieser Segen zuteil. Dieses System verschleiert sehr dicht die Tatsache, daß die Kosten des sozialen Netzes auch hier von den lohnabhängig Arbeitenden als Klasse gezahlt werden. Daneben verstärkt es die Unterwerfung der Volksmassen unter den Staatsapparat. Sie können nicht hingehen zu ihren Versicherungskassen und auf Grund von eingezahlten Beiträgen Ansprüche auf Rückzahlung stellen, sie bekommen etwas von oben zugeteilt. Oder auch nicht. In den 60er Jahren wurde das sogenannte „Beistandsgesetz" eingeführt, „damit auch wirklich keiner mehr durch das Netz der sozialen Sicherheit fällt" (aus einer Regierungsbroschüre). Ein in der Tat feinmaschiges System sozialer Kontrolle, in dem sich 1966 bereits 3% der Bevölkerung verstrickte und dem 1976 ganze 6% ausgeliefert waren.

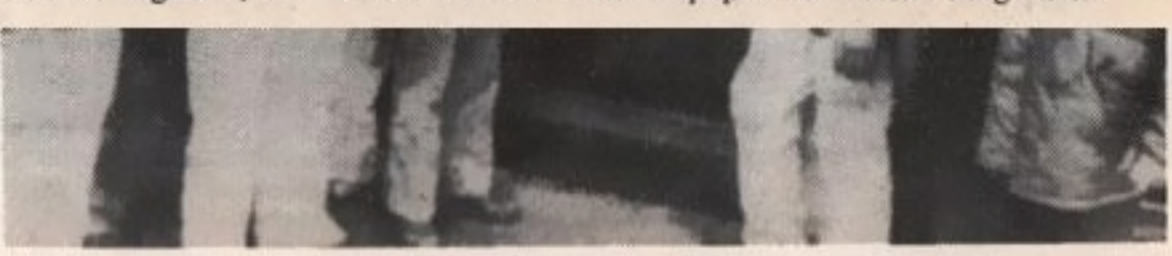
Die Kapitalisten jammern seit Jahren über die allzu hohen Sozialleistungen. Das Arbeitslosengeld z.B. sei so reichlich, daß den Arbeitslosen der Antrieb fehle, sich eine neue Arbeit zu suchen. In Wirklichkeit sind die „sozialen Leistungen" so niedrig, daß man ohne zusätzliche Versicherungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und anderem Unglück oft direkt unter das „Beistandsgesetz" fällt. Um sich davor zu schützen, zahlen die meisten Lohnabhängigen zusätzlich zu den hohen Steuern aus ihrem Lohn Gelder in Versicherungsfonds ein, vor allem in gewerkschaftliche Kassen. Schwerpunkt des neuesten Sparprogramms der Regierung ist eine Senkung des Arbeitslosengeldes von jetzt 10 auf 8 Mrd. DKr. im Jahr. Dazu soll unter anderem mit Gesetzesänderungen und verschärften Kontrollen die Berechtigung zum Empfang von Arbeitslosengeld eingeschränkt werden. Ob diese Rechnung der Bourgeoisie aufgeht, hängt von der Arbeiterbewegung ab. Die dreistesten dieser Sparvorschläge sind auf Grund von gewerkschaftlichen Aktionen inzwischen wieder vom Tisch, das genügt aber nicht.



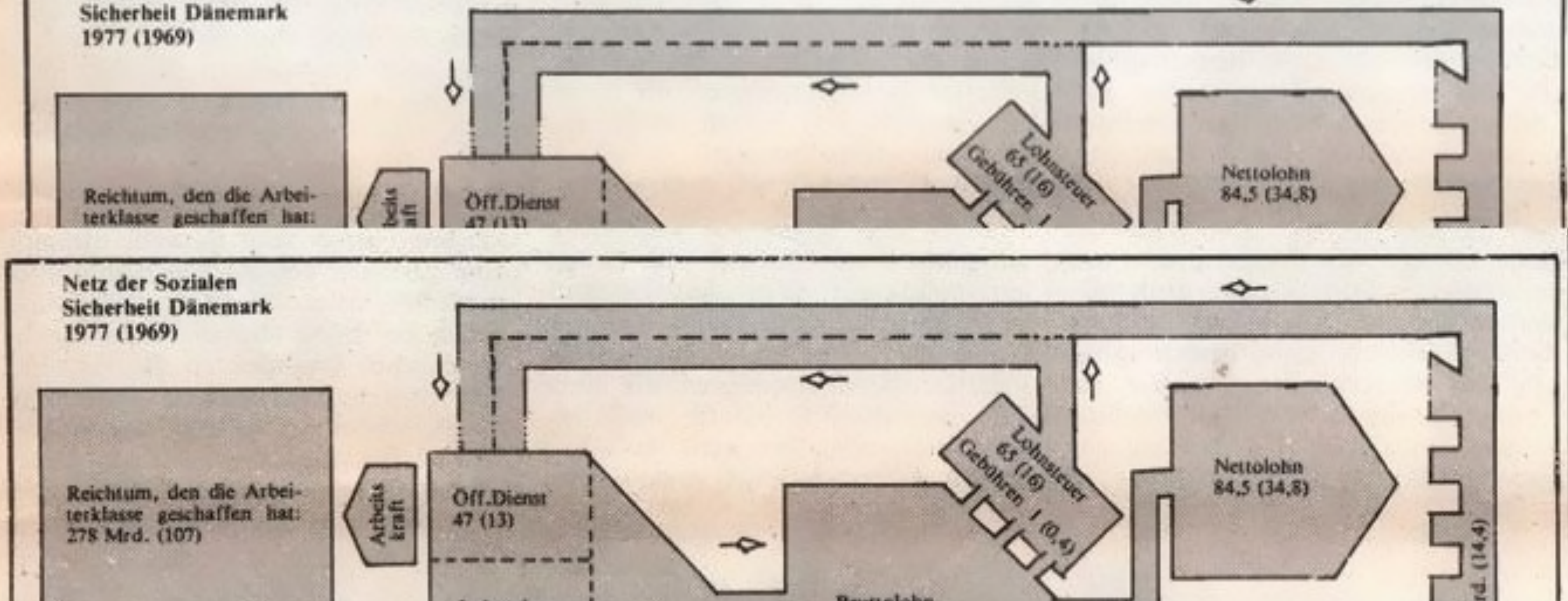
I Steuern und Abgaben insgesamt / II Lohnsteuer / III Verbrauchsteuern / IV Steuern auf Vermögen und Eigentum / V Sozialabgaben



Demonstration arbeitsloser Maurer am 15.4. gegen die geplante Senkung des Arbeitslosengeldes, mit Ehrenkranz aus Toilettenpapier für Anker Jörgensen.



Demonstration arbeitsloser Maurer am 15.4. gegen die geplante Senkung des Arbeitslosengeldes, mit Ehrenkranz aus Toilettenpapier für Anker Jörgensen.



Quelle: Danmarks Statistiks, Aarbog 1972 und 1979.

Wird man dann krank, geht das Zahlen erst richtig los

Man soll nun nicht meinen, daß bei diesen hohen Sozialausgaben der Lohnabhängigen in diesem „Wohlfahrtsstaat" die Krankenversorgung z.B. gratis wäre. Bei zahnärztlicher Behandlung muß man im Normalfall 25% der Materialkosten aus eigener Tasche bezahlen; das macht z.B. für eine Röntgenaufnahme 50 Kr., eine Betäubungsspritze 50 Kr., eine mittelgroße Plombe 40 Kr., zusammen umgerechnet fast 50 DM.

Man kann sich gratis behandeln lassen – in zahnärztlichen Hochschulen, wo man dann allerdings ungeübten Händen ausgeliefert ist und sich als Versuchskaninchen zur Verfügung stellen muß. Trotzdem stehen die Leute Schlange, um dort einen Termin zu bekommen.

Ist man ganz schwer krank, hat man Glück in Dänemark, denn für einen Aufenthalt im Krankenhaus muß man nicht zusätzlich zahlen. Schlecht geht es aber der großen Mehrheit, die nur eine ambulante Behandlung braucht. Geht man in eine Apotheke, um ein Medikament zu kaufen, muß man es wie in der BRD ganz aus eigener Tasche bezahlen. Man muß das in Dänemark aber in der Regel auch, wenn man es auf Rezept kauft. Es gibt viele Ausnahmen, die kompliziert sind (je nach „Besonderheit" des benötigten Medikaments) und meistens Bettelei und Unterwerfung unter staatliche Kontrolle erfordern, Nachweis von Bedürftigkeit z.B.

Bei der Parlamentsdebatte um das neueste Sparprogramm schlugen die Konservativen Gebühren für Arztbesuche vor.

---

schaftlichen Aufbau und die laufende Alphabetisierungskampagne geplant. Die Sozialimperialisten versuchen, die US-Interventionsdrohungen auszunutzen, um Nicaragua unter ihre Fuchtel zu bringen. Nicht ohne Erfolg: Mehrere RGW-Länder haben kürzlich Kredite zugesagt, angeblich ohne Bedingungen. Aber in Moskau hat die Delegation der regierenden Junta ein Kommuniqué unterzeichnet, in dem die sowjetische Aggression gegen Afghanistan gerechtfertigt wird. Im Lande selbst hat die Junta vorletzte Woche die Marxisten-Leninisten und die von ihnen geführten Gewerkschaften von dem künftig gesetzgebenden Staatsrat ausgeschlossen. Begründung: Die Kommunisten hätten „Streiks und illegale Landbesetzungen provoziert".

EG erwägt Einfuhrbeschränkung für japanische Fernsehgeräte

z.elb.Brüssel. Rund 25% des Farbfernsehmarktes in der Europäischen Gemeinschaft haben sich die japanischen Kapitalisten erobert. Für den Verkauf im eigenen Land lassen sie jährlich etwa 6 Mio. Farbfernsehgeräte produzieren, insgesamt 10 Mio. und 14 Mio. Bildröhren. – „Die Industrie braucht eine Reihe von Jahren, um sich umzustrukturieren", fordert Heessels, einer der Herren des niederländischen Philips-Konzerns. Die EG-Kommission erwägt eine Importbeschränkung für Farbfernsehgeräte aus Japan, gleich für fünf oder sechs Jahre; der Zweck: den westeuropäischen Elektrokapitalisten durch Rationalisierungen und schärfere Ausbeutung der Arbeiter in den EG-Ländern bessere Bedingungen zu schaffen, um den japanischen Kapitalisten nicht nur Anteile des europäischen Marktes abzujagen, sondern auch auf den von Japan beherrschten südostasiatischen Markt vorzustoßen. Die Philips-Kapitalisten haben sich den besten Start verschafft: Allein 1978 schraubten sie die Zahl der von ihnen in Asien ausgebeuteten Arbeiter um 17% hoch; als einziger europäischer Elektrokonzern stehen sie mit einer 30%igen Beteiligung an Matsushita Electric auf der Liste der 50 größten japanischen Unternehmen mit ausländischem Besitzanteil. – Derweil nimmt der Konkurrenzkampf zwischen den westeuropäischen Konzernen an Schärfe zu. Die Philips-Kapitalisten beteiligten sich mit 24,5% an Grundig, der französische Thomson-Brandt-Konzern, der bereits die Bildröhrenproduktion von AEG-Telefunken beherrscht, kaufte in diesem Monat die Saba-Werke der US-amerikanischen General Telephone and Electronics Corp. ab.

Polizei: „Rippen bei Wiederbelebungsversuchen gebrochen"

z.hef.London. „Death by misadventure", Tod durch Unfall, lautete der Spruch der Totenschaujury in Whiston bei Liverpool über den Arbeiter Jimmy Kelly. Kelly war im letzten Juni auf dem Heimweg von der Kneipe, in der er an dem Abend getrunken hatte, von Polizisten angehalten und schließlich festgenommen worden. Er wehrte sich gegen seine Festnahme, offensichtlich schlugen die Polizisten ihn daraufhin zusammen. Nach seinem Tod wurden gebrochene Rippen, ein zweifach gebrochener Unterkiefer und verschiedene kleinere Abschürfungen und Verletzungen festgestellt. Die Polizei wollte einen „Tod durch natürliche Ursachen" feststellen lassen, Kelly litt an einer Herzkrankheit. Die Familie Kelly's und das Jimmy-Kelly-Komitee gaben sich damit nicht zufrieden und organisierten eine Protestkampagne, die weite Unterstützung bei den Arbeitern in Liverpool fand. Mehr als 45000 Mark wurden für Gutachter- und Rechtsanwaltskosten gesammelt. Er habe Kelly's Rippen wohl bei der Herzmassage gebrochen, als er ihn tot in der Zelle gefunden habe, sagte ein Polizist vor der Jury aus. Er sei der Ansicht gewesen, Kelly habe sich den Kiefer mit den Handschellen selbst gebrochen, sagte ein anderer. Die Schürfungen könne er sich auch beim Hinfallen zugezogen haben, erklärte der Polizeiarzt.

Indische Regierung verhängt Kriegsrecht über Assam

z.rua. Seit sieben Monaten kämpfen Arbeiter, Bauern und Studenten im nordostindischen Bundesstaat Assam gegen die Besiedlung des Landes durch Nicht-Assamesen. Im Zuge des Krieges, den Indira Gandhi 1971 gegen Pakistan entfacht hatte, waren Millionen von Bengalen aus dem heutigen Bangladesh nach Assam geflohen. Die Regierung Gandhi nutzte sie, um sich ein sicheres Wählerpotential zu schaffen und den Großgrundbesitzern billige Arbeitskräfte zu liefern. Auf den assamesischen Teeplantagen wird 52% des gesamten indischen Tees angebaut; die Großgrundbesitzer vernutzen die Arbeitskraft in Saisonarbeit zu Niedrigstlöhnen. Teilen der bengalischen Einwanderer stellte die Regierung Pachtland zur Verfügung, andere beförderte sie in leitende Funktionen im Staatsapparat. Auch nachdem Indira Gandhi 1977 gestürzt wurde, behielt ihre Partei in Assam die Regierungsgewalt. Ende 1979 forderten die Massen die Streichung von Nicht-Assamesen von den Wählerlisten. Sie fordern jetzt die Vorlage von Listen, aus denen hervorgeht, wer und wieviele Menschen seit 1951 nach Assam eingewandert sind. Seit mehreren Wochen blockieren sie die Ölleitungen. 50% der indischen Ölversorgung kommen aus Assam; die Wirtschaft ist durch die Aktionen bereits angeschlagen. Anfang April verhängte Indira Gandhi das Kriegsrecht über Assam und unterstellte die Regierungsgewalt einem Zentralgouverneur aus Neu Delhi. Die Massen setzen ihren Kampf fort. Am 13.4. mußte Indira Gandhi einen Vermittlungsbesuch in Assam erfolglos beenden.

Ohne allen gemütlichen Feudalhintergrund

z.ges. Südamerika ist durch Söldnercliquen, Verwesungsreste des Feudalismus, ausgehalten und dirigiert durch Handels- und Wucherkapital, erobert worden. Nächster und zunächst einziger Sinn und Zweck war Raub und Plünderung. Als den südamerikanischen Völkern das Gold und Silber entrissen war, wurden sie zerschlissen beim Durchwühlen der Erde nach weiterem Silber. Die bestehende Produktionsweise wurde zerstört, aber eine neue Produktionsweise wurde auf lange Zeit hinaus nicht entwickelt. Anders in Nordamerika. Nordamerika wurde nicht durch eine Soldateska im Dienste des Handels- und Wucherkapitals, sondern durch Besiedlung und Produktion erobert. Um so gründlicher freilich wurden die Lebensbedingungen der indianischen Bevölkerung vernichtet. Welle auf Welle drangen die europäischen Siedler auf dem nordamerikanischen Kontinent vor und wo die Siedler einmal Fuß gefaßt hatten, blieb den Indianern die Möglichkeit zu Vergeltungsschlägen, aber nicht zur Rückeroberung des Landes. Die nordamerikanische Siedlungsbewegung vollzog sich sofort in bürgerlichen Bahnen und gegenüber dieser Eroberung hatten die Indianer keine wirksame Waffe, selbst wenn sie sich bei den Eroberern Pulver und Blei und Gewehre einhandelten.

Die nordamerikanische Kolonialisierung ist der Siegeszug des bürgerlichen Privateigentums gegen das barbarische Gemeineigentum. Und doch war dieser Siegeszug nur möglich, weil der Boden zunächst als Gemeineigentum der Siedler behandelt wurde: „Die Expropriation der Volksmasse von Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Das Wesen einer freien Kolonie besteht umgekehrt darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist und jeder Ansiedler daher einen Teil davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den späteren Ansiedler an derselben Operation zu verhindern.“ Eine solche freie Kolonie im Sinne von Karl Marx war Nordamerika bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Um die Kolonie frei zu machen, wurde das Gemeineigentum der indianischen Völker Schritt für Schritt liquidiert und über den Umweg von Gemeineigentum in Privateigentum der Siedler verwandelt, bis es dann in den Händen großer kapitalistischer Gesellschaften und Spekulanten konzentriert wurde. Eine der Ursachen des Unabhängigkeitskrieges der Siedler gegen England war die Proklamation des englischen Königs von 1763, die der weiteren Besiedlung Nordamerikas nach Westen eine Grenze ziehen sollte. Eine solche Westgrenze mochte im Interesse der kapitalistischen Entwicklung im Osten sein, weil sie verhindert hätte, daß sich eingewanderte Lohnarbeiter immer erneut in bäuerliche Siedler verwandeln; den Interessen der amerikanischen Siedler widersprach sie diametral. Sicherung des Landes der Indianer hätte für die Siedler bedeutet, nicht nur der englischen Krone und dem englischen Fiskus immer mehr unterworfen zu werden, sondern der Bedrohung ausgeliefert zu bleiben, der sie sich durch die Auswanderung entzogen hatten: der Trennung vom Land und der Unterwerfung unter das Joch des Kapitals. Solange der Weg nach Westen freigekämpft werden konnte, war der Weg in die kapitalistische Fabrik nicht endgültiges Schicksal. Die Siedler verteidigten ihre Freiheit, indem sie die Freiheit der indianischen Völker vernichteten. Ihre Freiheit wog schwerer, weil es die Freiheit der überlegenen bäuerlichen Privatproduktion gegenüber der unterlegenen Gemeinproduktion der indianischen Halbnomaden war. Und nur die Masse der bäuerlichen Siedler entschied die Auseinandersetzung, wie sie ihr auch den gründlich vernichtenden Charakter verlieh. So entstand die amerikanische Demokratie durch die Vernichtung der Demokratie der indianischen Gentilgesellschaften, die genausowenig Überlebenschancen hatten wie später die bäuerliche Republik gegenüber der Herrschaft des Großkapitals, als Ende des 19. Jahrhunderts die Schranken der bäuerlichen Siedlungsbewegung erreicht waren und sich die kapitalistische Produktionsweise immer schwungvoller entwickelte. Erst mit dem aufkommenden Proletariat haben die nationalen Bestrebungen der übriggebliebenen Indianer eine neue Zukunft, sofern sie mit ihren Unterdrückern auch die eigene Rückständigkeit besiegen. Reservatsmentalität können sich vielleicht sympathisierende Beobachter im fernen Westeuropa leisten, die Indianer sicherlich nicht. Mit ihren Forderungen beginnen sich die In-
tät können sich vielleicht sympathisierende Beobachter im fernen Westeuropa leisten, die Indianer sicherlich nicht. Mit ihren Forderungen beginnen sich die In-
dianer unter die Völker der Dritten Welt einzureihen und finden damit Anschluß an die eine entscheidende Gruppierung im Kampf gegen den Imperialismus. In Nordamerika selber wird aber das Proletariat die Lage bestimmen. Die nordamerikanischen indianischen Völker sind durch die bürgerliche Produktionsweise fast völlig vernichtet worden, eine neue Entwicklung kann nur im Bündnis mit den Totengräbern dieser Produktionsweise, im Bündnis mit dem Proletariat gesichert werden. Ob die proletarische Revolution in den USA diese besondere Aufgabe noch auf der Tagesordnung vorfinden wird, hängt davon ab, wie schnell sie heranreift.

Hegel schrieb noch in seiner Philosophie der Geschichte:

„Was nun das Politische in Nordamerika betrifft, so ist der allgemeine Zweck noch nicht als etwas Festes für sich gesetzt, und das Bedürfnis eines festen Zusammenhaltens ist noch nicht vorhanden, denn ein wirklicher Staat und eine wirkliche Staatsregierung entstehen nur, wenn bereits ein Unterschied der Stände da ist, wenn Reichtum und Armut sehr groß werden und ein solches Verhältnis eintritt, daß eine große Menge ihre Bedürfnisse nicht mehr auf eine Weise wie sie es gewohnt ist, befriedigen kann.“ Längst ist mit Profitmaximierung der allgemeine Zweck der USA als etwas Festes für sich gesetzt, und die amerikanischen Volksmassen können sich ihm nicht mehr entziehen, wie sie es gewohnt waren: im Westen ist nicht nur der Pazifik erreicht, sondern herrscht die kapitalistische Produktionsweise wie im Osten. Die Siedlerfreiheiten leben allenfalls noch in Hollywood fort. Mit dem imperialistischen Staat sind aber auch die Kräfte da, die ihn zerschlagen können. Es gibt genügend Hinweise für die Richtigkeit von Engels Voraussage: „Fangen die Amerikaner einmal an, dann aber auch mit einer Energie und Violenz, dagegen wir in Europa Kinder sein werden.“

Der amerikanische Unabhängigkeitskrieg 1776-1783

„Einer der ersten und größten wirklichen Freiheitskriege“ (Lenin)

z.bew. Am 4. Juli 1776 verkündete der 2. Kontinentalkongreß der dreizehn englischen Kolonialstaaten auf dem nordamerikanischen Kontinent die Unabhängigkeitserklärung und sagte sich vom englischen Mutterland los. Noch fünf Jahre dauerte der Unabhängigkeitskrieg, bis die englische Armee kapitulierte. 1783 erkannte England mit dem Frieden von Paris die Unabhängigkeit der ehemaligen amerikanischen Kolonien an. Der Sieg der amerikanischen Freiwilligen, dreizehn Jahre vor dem Beginn der Französischen Revolution, markierte die erste erfolgreiche antikoloniale Revolution der bürgerlichen Gesellschaft, über deren Bedeutung Lenin schrieb: „Die Geschichte des modernen, zivilisierten Amerikas wird durch einen jener großen, wahrhaft revolutionären Kriege eingeleitet, deren es so wenige gegeben hat neben der riesigen Zahl der Raubkriege ... Das war der Krieg des amerikanischen Volkes gegen die englischen Räuber, die Amerika unterdrückten und in kolonialer Sklaverei hielten“.

Mit dem Anfang des 17. Jahrhunderts begann die englische Kolonisierung des nordamerikanischen Kontinentes. Anders als etwa in Indien, oder auch in Afrika, waren die englischen Handelsgesellschaften hier von Anbeginn auf die Notwendigkeit einer systematischen Besiedlung angewiesen, wollten sie sich die Reichtümer des Landes aneignen. In Indien trafen sie auf einem eng besiedelten Gebiet auf eine entfaltete Klassengesellschaft mit Privateigentum an Produktionsmitteln. Deren Herausbildung war Ergebnis einer hohen Entfaltung der Produktivkräfte, die die Erwirtschaftung eines entsprechenden Mehrproduktes ermöglichte und wo sich aus der Teilung der Arbeit eine Teilung der Gesellschaft in Klassen entwickelte, von denen die eine von der Mehrarbeit der anderen lebte. Mit Handelsposten und militärischen Forts konnte nach Niederwerfung der Heere der indischen Fürstentümer das Land besetzt gehalten und ausgeraubt und später auf Grundlage der bestehenden Produktionsweise die Bauern in die Plantagen gepreßt oder ihnen über Natural- und Steuerabgaben das landwirtschaftliche Mehrprodukt abgepreßt werden.

In Nordamerika trafen die englischen Handelskompanien auf Ureinwohner, die noch auf einer frühen Stufe der Barbarei lebten. Neben vereinzelten Gartenbaukulturen lebten die Indianer vorwiegend als Jäger, Fischer und Sammler in Sippenverbänden, die nur zum Zweck gemeinsamer Jagd, von Kriegszügen und religiösen Feiern in größeren Stammesverbänden zusammentrafen. Diejenigen Sippen und Stämme, die von der Jagd, dem Fischfang oder dem Sammeln wilder Früchte lebten, hatten keine festen Dörfer. Auch die Gartenbau betreibenden Indianerstämme, vor allem im Südosten, standen noch auf einer niedrigen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte. Eine hölzerne Hacke oder ein mit einem Tierknochen versehener Stock zum oberflächlichen Umpflügen des Bodens waren die einzigen Produktionsmittel, Düngung war nur in geringen Ausnahmefällen an der Küste mit Muscheln und Fischresten bekannt. Nach wenigen Jahren war der Boden ausgelaugt und die Sippe mußte weiterziehen. Ein Mehrprodukt konnte kaum erwirtschaftet werden, so daß z.B. im vorkolonialen Amerika die Kriegszüge meist von kurzer Dauer waren, da die Krieger nicht versorgt werden konnten und in das heimische Stammesgebiet zurück mußten, um als Jäger den Unterhalt der Sippe zu sichern. Aufgrund der niedrigen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte konnte sich bei den nordamerikanischen Indianern kein Privateigentum in relevantem Umfang herausbilden, war eine Klassenspaltung nicht möglich und die gesellschaftlichen Strukturen weitgehend demokratisch.

Diese vorgefundenen Verhältnisse zwangen den englischen Kolonialgesellschaften von Anfang eine Besiedlungspolitik auf, da es weder ein landwirtschaftliches Mehrprodukt gab, das sie sich aneignen konnten, noch sie die Indianer als Arbeitssklaven, die ihnen die gewünschten Rohstoffe produzierten, unterwerfen konnten. Aufgrund der losen, demokratisch organisierten Sippenverbände dauerte die Unterwerfung und Versklavung der indianischen Bevölkerung im Norden Amerikas fast dreihundert Jahre und gelang weitgehend nur über deren Vernichtung, wobei zu Beginn der Kolonisierung die Indianer oft dem Druck wichen, indem sie selbst in den dünn besiedelten Westen zogen.

Das Fehlen von nennenswerten Produkten, die die englischen Gesellschaften rauben konnten, und der Mangel an ausbeutbaren Arbeitskräften erzwang die Besiedlung des nordamerikanischen Kontinentes, das dünn besiedelte riesige Land, das einen leichten Erwerb von Landbesitz ermöglichte, erleichterte den Strom von Siedlern heranzulocken, zumal die klimatischen und geographischen Verhältnisse ähnlich denen in Europa waren. Die menschlichen Ressourcen zu dieser Besiedlung schuf die ursprüngliche Akkumulation in den fortgeschrittensten europäischen Staaten, mit den landlos gemachten Bauern und den durch die Manufaktur und die große Industrie verdrängten Handwerkern. Die nichtindianische Bevölkerung in den amerikanischen Kolonien stieg von 4646 (1630) auf 50368 (1650), 250888 (1700) 1,17 Mio. (1750) und 2,15 Mio.(1770).

Ab 1619 wurde in den amerikanischen Kolonien der private Landbesitz erlaubt und gefördert. Obwohl der englische König an einzelne Adlige in den Eigentümerkolonien (im Gegensatz zu den Kronkolonien und Freibriefkolonien) große Latifundien als Lehen verlieh und deren Besitzer das Land weiterverpachteten und lediglich von der Pacht lebten, war die Besiedlung Nordamerikas von Beginn an gekennzeichnet durch zwei Formen bürgerlichen Eigentums in der landwirtschaftlichen Produktion: im Grenz- und Hinterland durch die Masse der kleinen Farmer und Bauern, die nur zum geringen Teil Pächter waren und in der Mehrheit über Grundeigentum verfügten. Diese Farmer waren selbstversorgende Produzenten, die nicht für den Markt produzierten, aber ein Mehrprodukt erarbeiteten, das sie auf dem Markt verkauften. An der Küste bestand die landwirtschaftliche Pro-
bestand die landwirtschaftliche Pro-





Indianisches Zeltdorf; Siedlung bei Yorktown in Virginia zur Zeit des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges

Marx und Engels über die Kolonisierung Nordamerikas und den Unabhängigkeitskrieg

Marx, Theorien über den Mehrwert

Es handelt sich von eigentlichen Kolonien, wie in den Vereinigten Staaten, Australien etc. Hier ist die Masse der ackerbauenden Kolonisten, obgleich sie mehr oder minder großes Kapital vom Mutterland mitbringen, keine *Kapitalistenklasse*, und ebensowenig ist ihre Produktion die *kapitalistische*. Es sind more or less self-working peasants (mehr oder weniger selbstarbeitende Bauern), denen zunächst die Hauptsache ist, *ihren eignen Unterhalt*, ihre means of subsistence (Existenzmittel) zu produzieren, deren Hauptprodukt also nicht *Ware* wird und nicht für den trade (Handel) bestimmt ist. Den Überschuß ihrer Produkte über ihren eignen Konsum verkaufen sie, tauschen sie aus gegen importierte Manufakturwaren etc. Der andre, kleinre Teil der Kolonisten an der See, schiffbaren Flüssen etc. bildet Handelsstädte. Hier kann noch gar nicht von kapitalistischer Produktion die Rede sein. Bildet sich selbst nach und nach die letztre aus, so daß dem self-working and self-owning farmer (selbstarbeitenden und selbstbesitzenden Pächter) der Verkauf seiner Produkte und der Gewinn, den er aus diesem Verkauf macht, entscheidend wird, so findet aber auch, solange das Land in der elementarischen Fülle dem Kapital und der Arbeit gegenüber noch existiert, also praktisch illimited field of action (unbegrenztes Aktionsfeld) bleibt, fortwährend auch noch die erste Form der Kolonisierung statt, und die Produktion wird daher *nie* nach dem Bedürfnis des Markts – zu einem gegebnen Marktwert – geregelt sein. Alles was die Kolonisten der ersten Art *über* ihren unmittelbaren Konsum hinaus produzieren, werfen sie auf den Markt und verkaufen es zu jedem Preis, der ihnen mehr als den Arbeitslohn abwirft. Sie sind und bleiben für lange Zeit Mitbewerber der farmers, die schon mehr oder minder kapitalistisch produzieren, und halten so den Marktpreis des Agrikulturprodukts beständig *unter* seinem Wert. Der farmer, der daher Boden der schlechtesten Art bebaut, wird sehr zufrieden sein, wenn er den Durchschnittsprofit macht beim Verkauf seiner farm, wenn er das angelegte Kapital ersetzt erhält, was in einer großen Masse Fällen nicht der Fall. Hier also konkurrieren zweierlei wesentliche Umstände: Die kapitalistische Produktion in der Agrikultur herrscht noch nicht; zweitens, obgleich legal, existiert das Grundeigentum faktisch nur noch sporadisch, eigentlich nur noch der Grundbesitz. Oder, obgleich das Grundeigentum legal existiert, ist es – in Anbetracht des *elementarischen* Verhältnisses von Grund und Boden zu Arbeit und Kapital – noch unfähig, dem Kapital Widerstand zu leisten, die Agrikultur in ein field of action zu verwandeln, das der *Anlage des Kapitals* spezifischen Widerstand leistet im Unterschied von der not agricultural industry.

In der zweiten Sorte Kolonien – plantations (Plantagen) –, von vornherein Handelsspekulationen, für den Weltmarkt produzierend, findet kapitalistische Produktion statt, obgleich nur formell, da die Negersklaverei die freie Lohnarbeit, also die Grundlage der kapitalistischen Produktion ausschließt. Es sind aber *Kapitalisten*, die das Geschäft mit Negersklaven treiben. Die Produktionsweise, die sie einführen, ist nicht aus der Sklaverei entsprungen, sondern wird auf sie gepfropft. In diesem Fall ist Kapitalist und Grundeigentümer eine Person. Und die *elementarische* Existenz des Bodens gegenüber dem Kapital und Arbeit leistet der Kapitalanlage, also auch der Konkurrenz der Kapitalien keinen Widerstand. Es entwickelt sich hier auch keine von den landlords verschiedene Farmerklasse. Solange dies Verhältnis dauert, steht nichts im Weg, daß der Kostenpreis den Marktwert regelt.

Engels, Anhang zur amerikanischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse in England“

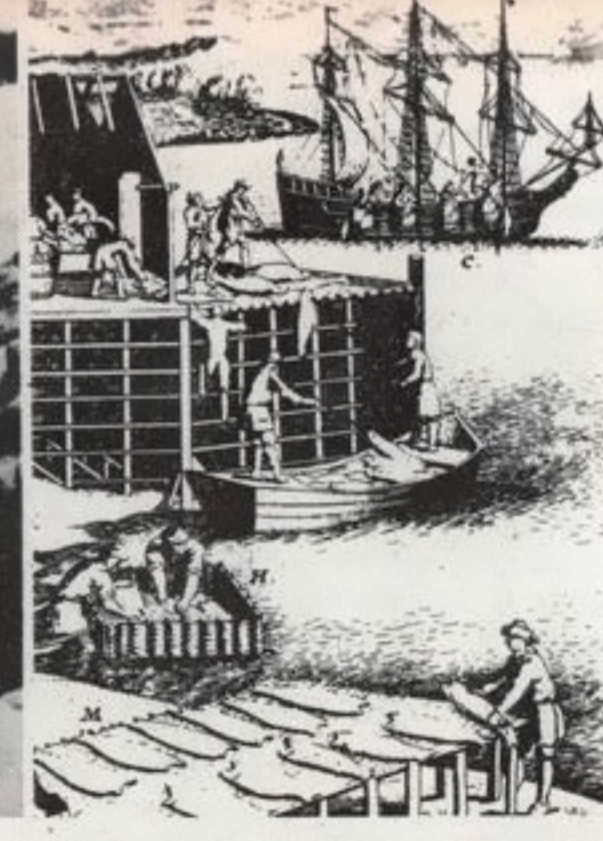
Es gab zwei Umstände, die viele Jahre verhinderten, daß die unvermeidlichen Konsequenzen des kapitalistischen Systems in Amerika voll ans Tageslicht kamen. Diese bestanden in dem leichten Erwerb von billigem Land und in der starken Einwanderung. Sie erlaubten es lange Zeit der großen Masse der einheimischen amerikanischen Bevölkerung, sich in jüngeren Jahren von der Lohnarbeit „zurückzuziehen“ und Farmer, Händler oder Arbeitgeber zu werden, während die harte Lohnarbeit, die Stellung eines lebenslänglichen Proletariers, hauptsächlich den Einwanderern verblieb. Doch Amerika ist diesem Jugendstand entwachsen. Die unendlichen Urwälder sind verschwunden und die noch unendlicheren Prärien gehen rascher und rascher aus den Händen des Staates und der Staaten in die von Privateigentümern. Das große Sicherheitsventil gegen die Bildung einer permanenten proletarischen Klasse hat – praktisch genommen – zu wirken aufgehört. Zur Zeit besteht in Amerika eine Klasse lebenslänglicher und selbst erblicher Proletarier. Eine Nation von 60 Millionen, die hart und mit nicht geringer Aussicht auf Erfolg darum kämpft, die führende Industrienation der Welt zu werden, kann nicht ständig ihre eigene Lohnarbeiterklasse importieren; selbst dann nicht, wenn eine halbe Million Einwanderer pro Jahr in das Land strömen. Die Tendenz des kapitalistischen Systems, die Gesellschaft endgültig in zwei große Klassen zu spalten, mit einigen wenigen Millionären auf der einen und der großen Masse der bloßen Lohnarbeiter auf der andern Seite, diese Tendenz wirkt, obwohl sich ihr ständig andere soziale Kräfte hemmend entgegenstellen, nirgends mit größerer Macht als in Amerika; und das Ergebnis war das Hervorbringen einer Klasse einheimischer amerikanischer Lohnarbeiter, die in der Tat, verglichen mit den Einwanderern, die Aristokratie der Lohnarbeiterklasse bildet, die aber mit jedem Tag sich mehr und mehr ihrer Solidarität mit den Einwanderern bewußt wird und die nun um so stärker ihre Verurteilung zu lebenslanger

duktion aus den großen Farmen und im Süden den Plantagen, die direkt für den Weltmarkt produzierten. Trotz der großen Einwanderungsströme verfügten sie über keine freien Lohnarbeiter, da die Einwanderer gerade nach Amerika kamen, um jenem Schicksal zu entfliehen und in den Westen weiterzogen, um als selbständige Bauern zu leben. Über die Indentur wurden weiße Siedler, die die Überfahrt nicht bezahlen konnten, nach Amerika gebracht, die dann, um die Überfahrt abzuzahlen, an die Grundherrn als „indentured servants" vermietet wurden. Diese Indentur durfte maximal sieben Jahre dauern, danach waren sie frei und konnten als Siedler in den Westen gehen. Schätzungsweise die Hälfte der weißen Siedler ist vor der Unabhängigkeit über diesen Weg in die amerikanischen Kolonien gekommen. Diese zeitweise Zwangsarbeit reichte aber bei weitem nicht aus, so daß mit der Einführung der Negersklaverei anstelle freier Lohnarbeit versucht wurde, diesem Mangel abzuhelfen. Obgleich dem Inhalt nach kapitalistische Produktionsweise, mußte auf ein der kapitalistischen Produktionsweise nicht entsprechendes Rechtsverhältnis zurückgegriffen werden, um Profit zu machen. Aber selbst im Süden der amerikanischen Kolonien, mit dem ausgedehntesten Grundbesitz, betrug der Anteil der freien selbständigen weißen Produzenten 70%, während in den gesamten Kolonien der Anteil der abhängig beschäftigten Weißen bei 20% lag. Bezogen auf die gesamte nichtindianische Bevölkerung der nordamerikanischen Kolonien stellte sich die Klassenstruktur zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges etwa so dar: 50% waren unabhängige Farmer, Handwerker und Kaufleute; 10% Grundeigentümer, Fabrikbesitzer und Handelskapitalisten; brikbesitzer und Handelskapitalisten; 15% abhängige Weiße wie „indentured servants", Lohnarbeiter, Dienstpersonal und 20% Negersklaven.

Als England nach dem Ende des siebenjährigen Krieges 1763, der die Vorherrschaft Englands über den nordamerikanischen Kontinent gegenüber dem französischen Konkurrenten besiegelte, dazu überging, die nordamerikanischen Kolonien stärker zu besteuern und gleichzeitig auf die Durchsetzung der älteren Bestimmungen drängte, die z.B. den Transport der Waren aus den Kolonien nur auf englischen Schiffen gestatteten, die Produktion und den Handel bestimmter Manufakturwaren einschränkten und für viele Produkte den Handel außer mit England unter Strafe stellten, stieß dies auf einen entschiedenen Widerstand der verschiedenen Gesellschaftsklassen in den nordamerikanischen Kolonien. Dabei trafen die Steuererhebungen die Großgrundbesitzer, die entstehende Kapitalistenklasse und die Masse der kleinen Farmer und Handwerker; die Handelsbeschränkungen verschärften außer Seiten der großen Grundeigentümer und der Kapitalisten den Widerspruch zu England und das Verbot der weiteren Ausdehnung der Westkolonisation wurde zur Triebfeder für den Widerstand der Masse der Farmer, denen dadurch der Erwerb von billigem Land verwehrt wurde.

Die Herausbildung bürgerlicher Eigentums- und Produktionsformen in den nordamerikanischen Kolonien war unvereinbar geworden mit der kolonialen Abhängigkeit, die durch die Erhöhung der Finanz- und Steuerabgaben noch verschärft werden sollte. Beeinflußt von den fortgeschrittensten, den bürgerlichen Rechtsverhältnissen entsprechenden politischen Ideen gerade der englischen Philosophie, sagten sich die dreizehn Kolonien 1776 mit der Unabhängigkeitserklärung von England los. Die entscheidende Kraft in dem Unabhängigkeitskampf war die große Masse der Bauern und Handwerker, die für ihr Recht auf Eigentum an Boden kämpften, wie wenige Jahre später die Bauern in der Französischen Revolution, die für die Befreiung ihrer Parzelle von allen feudalen Abgaben kämpften, der entscheidende Faktor für den Sieg der bürgerlichen Revolution wurden. Die amerikanischen Kolonialisten gerieten dabei unweigerlich in Widerspruch zu den Indianern, de- in Widerspruch zu den Indianern, de- ren Land sie in Besitz nahmen, weshalb im Unabhängigkeitskrieg kein großer Indianerstamm auf Seiten der Kolonialisten, aber viele auf Seiten der Engländer kämpften. Die Befreiung Nordamerikas vom englischen Joch hatte entscheidenden Einfluß auf das Heranreifen der bürgerlichen Revolution in Europa und schuf die Voraussetzung für die gewaltige Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die die USA im 19. Jahrhundert zu einem aufstrebenden Konkurrenten der alten europäischen Staaten machte.





Indianischer Fischer; Stockfischverarbeitung in Nordamerika 18. Jh.

Französische, deutsche und polnische Freiwillige unterstützen den amerikanischen Unabhängigkeitskampf

z.gab. 1765 lehnen neun der dreizehn Kolonien das Recht des Londoner Parlaments ab, außerhalb Englands Steuern einzuziehen. 1773 werfen Bostoner Hafenarbeiter für 75000 Dollar Tee ins Meer aus Protest gegen die von England erhobene Teesteuer. 1775 kommt es in der Kolonie Massachusetts zum ersten Gefecht zwischen den Kolonisten und einer regulären britischen Infanterieeinheit, die von den Landwehren zum Rückzug gezwungen wird. Im Mai 1775 beschließen die 13 Kolonien, zu ihrer Verteidigung eine Kontinentalarmee aufzustellen. Zahllose Freiwillige trugen sich in die Listen der Kontinentalarmee ein, darunter zahlreiche der insgesamt 240000 deutschen Siedler, die in den Jahren zuvor aus Europa ausgewandert waren, oft um ihrer Knechtschaft und Leibeigenschaft in Preußen oder Hessen zu entgehen, und die jetzt eine erneute drohende Knechtschaft mit allen Mitteln bekämpften. Nicht selten kam es in den von diesen Siedlern errichteten deutschen Siedlungen in den Kolonien zu Verbrüderungen zwischen den Unabhängigkeitskämpfern deutscher Herkunft und den von Britannien gekauften vor allem hessischen Söldnern. Hunderte der hessischen Söldner desertierten schon in den ersten Wochen nach ihrer Ankunft und schlossen sich den Unabhängigkeitskämpfern an. Von den insgesamt 30000 hessischen Söldnern waren am Ende des Unabhängigkeitskampfes 5000 desertiert und in Amerika geblieben.

Dieser erste große Befreiungskampf der in die britischen Kolonien ausgewanderten Bauern gegen die Steuerausplünderung und Unterdrückung durch das britische Königshaus begeisterte ebenso hunderte von deutschen, französischen und polnischen Bauern, die sich als Freiwillige nach Amerika verschiffen ließen. Französische, deutsche und polnische Adelige, die den Unabhängigkeitskampf der amerikanischen Kolonisten unterstützten, organisierten Freikorps und verschifften die Freiwilligen. So der französische Marquis de Lafayette, der später auf der Seite des revolutionären französischen Bürgertums gegen das absolutistische Regime kämpfte, und der polnische Adelige Kosciuszko. Lafayette kämpfte in der unter Washingtons Oberbefehl stehenden Kontinentalarmee als amerikanischer Generalmajor. Der polnische Adelige Kosciuszko wird in der revolutionären Kontinentalarmee Brigadegeneral und später, während der polnischen Aufstände, der letzte Oberbefehlshaber der Republik. Der preußische General Steuben unterstützte den Unabhängigkeitskampf der Kolonien, indem er seine Erfahrungen aus der preußischen Armee der amerikanischen Kontinentalarmee zu Nutzen brachte, die Soldaten ausbildete und das erste amerikanische Armeereglement verfaßte. Die amerikanischen Unabhängigkeitskämpfer machten sich die bestehenden Widersprüche zwischen Frankreich und England zunutze, versorgten sich über die französische Regierung mit Waffen und Kriegsmaterial und preßten Frankreich einen Handels- und Bündnisvertrag ab, mit dessen Hilfe nun Frankreich auch offiziell Freiwillige entsandte.



In einem Gefecht gegen englische Truppen bedient die Deutsche Maria Heis anstelle ihres verwundeten Mannes die Kanone.

Deutsche Fürsten liefern England die Söldner für den Krieg gegen die amerikanischen Kolonien

z.mam. Wie in der Niederhaltung seiner übrigen Kolonien war das britische Königreich auch im Unabhängigkeitskampf der amerikanischen Kolonien nicht in der Lage, diesen Krieg gestützt auf eigene Truppen zu führen. Auf Beschluß des Parlaments wurde im Sommer 1775 mit dem Söldnereinkauf auf dem europäischen Kontinent begonnen. Subsidienverträge (Überlassungsverträge) waren den europäischen Fürstenhäusern wohl vertraut, insbesondere den deutschen. Es fanden sich sechs verschuldete deutsche Territorialfürsten, die mit der englischen Krone Subsidienverträge abschlossen. Zwischen 1776 und 1784 vermieteten der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel, der Landgraf von Hessen-Kassel, der Erbprinz von (Hessen-) Hanau, der Fürst von Waldeck, der Markgraf von Ansbach-Bayreuth und der Fürst von Anhalt-Zerbst etwa 30000 Mann für etwa 1,8 Mio. Pfund Sterling. Das größte Kontingent von etwa 17000 Soldaten kam aus der Landgrafschaft Hessen-Kassel, so daß in Amerika bald alle deutschen Söldner als „Hessians" bezeichnet wurden. Zusätzlich hatte Georg III. als Kurfürst von Hannover 2000 Hannoveraner nach Gibraltar und Menorca geschickt, um die dortigen britischen Truppen für England in Amerika einsetzbar zu machen.

Als erster der deutschen Fürsten schloß Herzog Karl I. von Braunschweig-Wolfenbüttel am 9.1.1776 einen Subsidienvertrag mit der englischen Krone, indem er sich verpflichtete, 300 leichte Dragoner und 4000 Infanteristen uniformiert und teilweise ausgerüstet zur Einschiffung nach Stade an der Elbe marschieren zu lassen. Freiherr von Gemmingen, der als Minister des Markgrafen von Ansbach-Bayreuth einen Subsidienvertrag über 1285 Söldner vorbereitete, schrieb dazu: „... In wenigen Jahren wird Ordnung in unseren Finanzen herrschen und der größte Teil unserer Schulden bezahlt sein ... Ich bin im allgemeinen der geschworene Feind eines derartigen Handels mit Menschen, allein es gibt besondere Fälle, in welchen das Übel sich in eine verhältnismäßige Wohltat ver- wandelt ... Selbst wenn der Krieg und wandelt ... Selbst wenn der Krieg und die Subsidien nur ein Jahr dauern sollten, so würden der Markgraf oder vielmehr das Land 400000 Gulden gewinnen ..."

Kurz nach der Ankunft der ersten deutschen Kontingente in Amerika ließ der Kontinentalkongreß ein Plakat in deutscher Sprache verbreiten, das sie zur Desertion aufrief: „... Diese fremden Fürsten haben sowieso die Gewohnheit, das Blut ihres Volkes zu verkaufen. Man kann sich vorstellen, daß solche Ausländer lieber Landbesitz, Freiheit, Sicherheit und den Genuß guter Gesetze und einer milden Regierung in einem Land vorziehen würden ..." Neben den bürgerlichen Freiheiten wurden den desertierten Soldaten 20 Hektar Land angeboten. Insgesamt desertierten 5000 der deutschen Söldner.



Sammelpunkt für deutsche Söldner in Bremen vor ihrer Einschiffung nach Amerika.

Lohnsklaverei erkennt, weil die Erinnerung an vergangene Tage, als es verhältnismäßig einfach war, eine höhere gesellschaftliche Ebene zu erreichen, in ihr noch wach ist. Demgemäß hat sich in Amerika die Bewegung der Arbeiterklasse mit wahrhaft amerikanischer Energie in Marsch gesetzt, und da sich auf der anderen Seite des Atlantik die Dinge mit zumindest der doppelten Geschwindigkeit entwickeln als in Europa, könnten wir es noch erleben, daß Amerika auch in dieser Beziehung die Führung an sich reißt.

Engels, Anti-Dühring: Gewaltstheorie

(Militärtaktik unter Friedrich II.) Das ganze Fußvolk eines Heeres wurde in einem dreigliedrigen, sehr langen hohlen Viereck aufgestellt und bewegte sich in Schlachtordnung nur als Ganzes; höchstens wurde einem der beiden Flügel gestattet, sich etwas vorzuschieben oder zurückzuhalten. Diese unbehülfliche Masse war in Ordnung zu bewegen nur auf einem ganz ebenen Gelände, und auch da nur im langsamen Tempo (fünfundsiebzig Schritt auf die Minute); eine Änderung der Schlachtordnung während des Gefechts war unmöglich, und Sieg oder Niederlage wurden, sobald die Infanterie einmal im Feuer war, in kurzer Zeit mit Einem Schlag entschieden.

Diesen unbehülflichen Linien traten im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg Rebellenhaufen entgegen, die zwar nicht exerzieren, aber desto besser aus ihren gezogenen Büchsen schießen konnten, die für ihre eigenen Interessen fochten, also nicht desertierten wie die Werbetruppen, und die den Engländern nicht den Gefallen taten, ihnen ebenfalls in Linie und auf freier Ebene entgegenzutreten, sondern in aufgelösten, rasch beweglichen Schützenschwärmen und in den deckenden Wäldern. Die Linie war hier machtlos und erlag den unsichtbaren und unerreichbaren Gegnern. Das Tiraillieren war wieder erfunden – eine neue Kampfweise infolge eines veränderten Soldatenmaterials. (...)

Nur ein Jägervolk wie die Amerikaner konnte das Tiraillieren wieder erfinden – und sie waren Jäger aus rein ökonomischen Ursachen, eben wie jetzt aus rein ökonomischen Ursachen dieselben Yankees der alten Staaten sich in Bauern, Industrielle, Seefahrer und Kaufleute verwandelt haben, die nicht mehr in den Urwäldern tiraillieren, dafür aber um so besser auf dem Felde der Spekulation, wo sie es auch in der Massenverwendung weit gebracht haben.

Gemeinsam mit dem ehemaligen Feind für die Unabhängigkeit Amerikas

z.brb. Bis kurz vor dem Unabhängigkeitskrieg führten die beiden maßgeblichen kolonialen Mächte den Kampf um die Vergrößerung ihres amerikanischen Kolonialbesitzes. Frankreich versuchte das Vordringen der englischen Kolonialisten nach Westen durch einen Befestigungsstreifen von den großen Seen bis zur Mündung des Mississippi zu verhindern und dadurch seinen Kolonialbesitz auszudehnen. Von 1754–1763 bekämpfte England zusammen mit den englischen Kolonialisten diesen Vorstoß siegreich.

Zwölf Jahre später nutzten die Amerikaner die Widersprüche zwischen den europäischen Kolonialmächten aus und gewannen Frankreich als Bündnispartner. Nach der Niederlage der englischen Truppen in Saratoga schließt Frankreich mit den Amerikanern einen Beistandspakt und einen Freundschafts- und Handelsvertrag. „In dem gegenseitigen Beistandspakt verpflichtet sich der allerchristliche König, mit den Vereinigten Staaten gemeinsame Sache zu machen, wenn England versucht, den Handel seiner Untertanen in Amerika zu behindern. Es garantiert den Vereinigten Staaten absolut und uneingeschränkt ihre Freiheiten, ihre Souveränität und Unabhängigkeit, einschließlich der Besitzungen, die sie jetzt oder bei Kriegsende haben. Dafür garantieren die Vereinigten Staaten seine Besitzungen auf den Westindischen Inseln." (Brief von Benjamin Franklin, 27.2.1778)

Nach einem ersten Zusammenstoß bei französischen Lieferungen nach Amerika operierten französische Kriegsschiffe vor der amerikanischen Küste und leisteten 1780 einen entscheidenden Beitrag zur amerikanischen Unabhängigkeit. Die amerikanischen Truppen zerschlugen die englische Offensive in den Südstaaten und kreisten das von den Engländern eroberte Yorktown ein, gleichzeitig besetzte die französische Flotte den Hafen und schlug die nachsetzende englische Flotte zurück. Die englische Armee mußte sich ergeben, und der Sieg der Amerikaner war besiegelt.



Die englischen Kriegsschiffe müssen nach einem amerikanischen Angriff den Bostoner Hafen räumen, den sie seit Kriegsausbruch besetzt hielten.

Außenhandel der BRD, Saldo und Veränderungsraten
jeweils hell gerastert: Veränderungsrate Import
dunkel gerastert: Veränderungsrate Export
BRD insgesamt
Außenhandel mit EG

Handel mit den USA

Handel mit dem RGW

Handel mit OPEC-Ländern

Direktinvestitionen im Ausland
(jährliche Zunahme lt. Zahlungsbilanz)
gerastert: Veränderungsrate

Ausrüstungsinvestitionen, Absatz von Wertpapieren
gerastert: Veränderungsrate der Ausrüstungsinvestitionen

Arbeitslose

Netto-Lohn- und Gehaltssumme
jeweils hell gerastert: Veränderungsrate
jeweils dunkel gerastert: Veränderungsrate abzüglich Preissteigerungsrate

Sozialrenten und Unterstützungen
(lt. Bundesbank Monatsberichte)

„Masseneinkommen"

Wirtschaftliche Lage – Konjunktur

Bericht des Sekretariats des ZK des KBW an das Zentrale Komitee

Der Vollversammlung des ZK liegt der Beschluß des Ständigen Ausschusses des ZK zu „Bundestagswahlen/1. Mai" vor. In dem Beschluß wird festgestellt, daß die selbständige Beteiligung an den Bundestagswahlen für den KBW eine große und schwierige Kampfaufgabe darstellt. Es werden positive und negative Faktoren angeführt, die die Organisation bei der Lösung dieser Kampfaufgabe beachten muß, und es wird eine Taktik festgelegt, um die Kampfaufgabe unter den gegenwärtigen Bedingungen zu lösen. In diesem Bericht sollen einige Bemerkungen zur Einschätzung der Lage gemacht werden, in der der Bundestagswahlkampf geführt wird.

Im Bericht des Sekretariats an die letzte Vollversammlung des ZK heißt es eingangs:

„Da sich die internationale Lage rasch entwickelt und insbesondere die Faktoren des Krieges wachsen, während sich die innere Lage langsamer entwickelt und die Faktoren für die Revolution zwar wachsen, aber immer noch erst graduell, ergibt sich eine schwierige Lage für unsere Politik, in der wir Gefahr laufen, daß uns die Aufgaben im grundlegenden wirtschaftlichen Kampf und die Aufgaben im Kampf um Demokratie im Inneren wie international auseinanderbrechen, was unvermeidlich zu opportunistischen Fehlern führen müßte."

Zur Charakterisierung der Lage, in der der KBW seine Aufgaben erfüllen muß, wird in diesem Bericht des Sekretariats ein Zitat von Lenin angeführt:

„Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen und entbrannt ist, wenn sich all und jeder der Revolution anschließt, aus einfacher Schwärmerei, aus Mode, mitunter sogar aus Gründen der persönlichen Karriere. Das Proletariat hat nachher, nach seinem Sieg, die größte Mühe, man könnte sagen, seine liebe Not, sich von sol-

merei, aus Mode, mitunter sogar aus Gründen der persönlichen Karriere. Das Proletariat hat nachher, nach seinem Sieg, die größte Mühe, man könnte sagen, seine liebe Not, sich von sol-

chen Quasirevolutionären ‚zu befreien'. Viel schwerer – und viel wertvoller – ist, daß man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf *noch nicht* vorhanden sind, daß man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nichtrevolutionären, oft sogar direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, revolutionäre Methoden des Handelns sofort zu begreifen. Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten großen revolutionären Kampf *heranführt*, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen – das ist die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika."

Was sind die Gründe dafür, daß sich die innere Lage in Westdeutschland nicht so rasch entwickelte wie die internationale Lage, daß die Entwicklung des Klassenkampfes im Inneren bisher zurückgeblieben ist hinter der Entwicklung des Widerspruches zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus, hinter der Entwicklung des Widerspruches zwischen der Dritten Welt und den beiden Supermächten und auch zurückgeblieben ist hinter der Entfaltung der Rivalität der beiden Supermächte in ihrem Kampf um die Weltherrschaft? Mit welcher weiteren Entwicklung der Lage ist zu rechnen?

Die Entwicklung des Klassengegensatzes ist grundlegend bedingt durch die Entwicklung des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion, die auf der Ausbeutung des Proletariats durch die Kapitalistenklasse beruht.

Ebenso ist die spontane Bewegung der Arbeiterklasse grundlegend bedingt durch die Entwicklung des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion. In der Bundesrepublik und in Abhängigkeit davon in Westberlin hat die kapitalistische Produktionsweise in den 50er Jahren eine Phase der raschen Expansion durchlaufen, dann anfangs der 60er Jahre eine Periode relativer Stabilität. Seit der Krise von 1966/67 befindet sich die kapitalistische Produktionsweise in einer Periode relativer Labilität. Seit Ende der 60er Jahre hat die Arbeiterbewegung einen im großen und ganzen ununterbrochenen Aufschwung genommen und hat sich ohne einschneidende Niederlage schrittweise vorwärtsentwickelt. Seit Ende der 60er Jahre vergrößerte sich nicht nur schrittweis die Mitgliedschaft der Gewerkschaften, auch der Organisationsgrad der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen erhöht sich schrittweis. Seit Beginn dieser Periode relativer Labilität der kapitalistischen Produktionsweise macht sich der zyklische Verlauf der Produktionsweise nicht nur in einem periodischen Rückgang der Wachstumsraten der kapitalistischen Produktion, sondern in krisenhaften Einbrüchen bemerkbar. Die Tendenz zur absoluten Verelendung, die auf dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation beruht, wird insbesondere in den Krisen und der darauffolgenden Stagnation bemerkbar, während die Kapitalisten ihre Bestrebungen, den Wert der Arbeitskraft zu drücken und den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken, in dieser ganzen Periode verschärfen. Verschärft wird die Ausplünderung via Staatsapparat und via staatliche Umverteilung, durch die die Kapitalistenklasse einen betrügerischen Schnitt macht gegenüber der Arbeiterklasse, die den Wert der Arbeitskraft im Lohnkampf verteidigt. Verschärft wird die Ausplünderung über den Warenmarkt, wo die durch den Staatsapparat forcierte Inflation es erleichtert, einen betrügerischen Schnitt zu machen gegenüber der Arbeiterklasse bei der Verteidigung ihrer Reproduktionsverhältnisse. Allemal strebt die Bourgeoisie mit diesen Plünderungsmaßnahmen spalterische Wirkungen an. Um so notwendiger wird es für die Kommunisten, diese Verhältnisse der Ausplünderung zu enthüllen, um das Ausbeutungsverhältnis offenzulegen, das ihnen zugrundeliegt und auf dessen Beseitigung alle Kämpfe gegen Ausplünderung und Unterdrückung ausgerichtet werden müssen.

In dieser Periode relativer Labilität der kapitalistischen Produktionsweise
Beseitigung alle Kämpfe gegen Ausplünderung und Unterdrückung ausgerichtet werden müssen.

In dieser Periode relativer Labilität der kapitalistischen Produktionsweise hat die Arbeiterbewegung, wie die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und der Streikstatistik zeigt, einen schrittweisen Aufschwung genommen. Soweit die Arbeiterbewegung spontan bleibt, wird diese Entwicklung der Arbeiterbewegung nicht nur durch den Gang der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt, sondern durch den zyklischen Verlauf dieser Produktionsweise bestimmt. Gegenwärtig geht der zweite Zyklus dieser Periode relativer Labilität zu Ende und beginnt sich ein neuer krisenhafter, sicherlich tieferer Einbruch der kapitalistischen Produktion abzuzeichnen, auf den erneut eine Phase der Stagnation folgen wird. Es kann leicht sein, daß mit dieser erneuten Krise die Periode der relativen Labilität überhaupt zu Ende geht, daß sie durch eine Periode erhöhter Labilität abgelöst wird, die zu politischen und revolutionären Krisen führen kann, wobei die internationale Lage verschärfend wirken wird.

Der KBW muß in Verfolgung seines Kurses Aufholen und Konsolidieren – Aufholen gegenüber der Arbeiterbewegung und ihren Anforderungen, Aufholen gegenüber dem schrittweisen Aufschwung der Arbeiterbewegung, mit dem wir als Vorhut nicht Schritt gehalten haben; Konsolidierung gegenüber den kleinbürgerlichen Kräften der demokratischen Bewegung, deren Zersetzung aufzuhalten und sie auf die Seite der Revolution zu ziehen, die Arbeiterbewegung politisch noch zu schwach war – sich einerseits darüber im klaren sein, daß die Periode der relativen Labilität der kapitalistischen Produktionsweise noch anhält, aber er muß sich auch darüber im klaren sein, daß sich ein krisenhafter Einbruch schon abzeichnet und daß es leicht sein kann, daß diese erneute Krise die Periode relativer Labilität überhaupt beendet. Dies ist die objektive, materielle Basis des Kurses Aufholen und Konsolidieren, der subjektiv hauptsächlich durch unser Nachhinken hinter den Anforderungen des schrittweisen Aufschwungs der Arbeiterbewegung notwendig geworden ist. Es kann aber bald eine Lage eintreten, wo wir mit einer sprunghaften Entwicklung der Arbeiterbewegung schritthalten müssen. Früher haben wir die Entwicklung der Lage öfters zu fassen versucht, indem wir sagten, daß sie sich als Übergang aus einem Zustand der relativen Ruhe in einen Zustand der raschen Veränderung darstellt. Wenn man die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die Entwicklung des Klassenkampfes seit der Nachkriegszeit untersucht, dann kann man von heute aus erkennen, daß der Zustand der relativen Ruhe bereits seit Ende der 60er Jahre beendet ist, daß aber der Übergang in einen Zustand rascher Veränderung, d.h. revolutionärer Entwicklung, in Wirklichkeit eine ganze Periode von Jahren umspannt, die insgesamt durch relative Labilität gekennzeichnet ist. Wir haben manchmal die Dauer dieses Übergangs unterschätzt, der jetzt bereits zwei Zyklen umfaßt. Ein schwerwiegender Fehler wäre, wenn wir nicht mit seinem Ende rechnen würden.

Aus der Krise von 1974/75 heraus hat der Prozeß der kapitalistischen Produktion einen neuen Zyklus begonnen. Nach der Krise 1974 und der Phase der Stagnation 1974/75 hat die kapitalistische Produktion 1976 mit einer realen Steigerung des Bruttosozialproduktes von 5,3% einen Auschwung genommen, 1977 ist das Wachstum auf real 2,6% zurückgegangen; das Bruttosozialprodukt ist dann 1978 mit real 3,5% und 1979 mit real 4,4% weiter gewachsen. Für dieses Jahr, 1980, rechnen die Wirtschaftsinstitute mit einem realen Wachstum von 2%, nachdem sie zunächst mit mehr gerechnet hatten. Es handelt sich bei dieser Entwicklung des Prozesses der kapitalistischen Produktion nicht um eine ‚Zwischenkonjunktur', sondern um einen ganzen Zyklus, der allerdings wahrscheinlich kürzer sein wird als zwischen 66/67 und 74/75. Daß es sich nicht bloß um eine ‚Zwischenkonjunktur' handelt, sieht man auch an der Entwicklung der Anlageinvestitionen, die sich anfangs der 70er Jahre kaum noch gesteigert hatten, sich seit 1976 aber mit folgenden Wachstumsraten entwickelt haben (real):

	1976	1977	1978	1979
insg.	4,7%	4,0%	6,3%	8,5%
dar. Untern.	6,5%	5,7%	6,0%	9,2%

	1976	1977	1978	1979
insg.	4,7%	4,0%	6,3%	8,5%
dar. Untern.	6,5%	5,7%	6,0%	9,2%

Der Außenhandel hat sich seit 1976 real folgendermaßen entwickelt:

Ausfuhr	11,8%	5,1%	3,6%	6,3%
Einfuhr	12,7%	4,5%	7,7%	11,7%

Das Außenhandelssaldo (Waren- und Dienstleistungen; oben nur Waren) hat sich folgendermaßen entwickelt in laufenden Preisen (Mio. DM):

	1976	1977	1978	1979
‚Außenbeitrag'	28630	29500	37040	12500

Das Finanzierungssaldo aller „wirtschaftlichen Vorgänge mit der übrigen Welt" in Mio DM:

1976	1977	1978	1979
8200	9240	17420	10710

Die Lohnsumme und Gehaltssumme hat sich wie folgt bewegt:

	1976	1977	1978	1979
brutto	6,5%	7,1%	6,4%	7,4%
netto	3,9%	5,9%	7,5%	7,7%
je beschäftigten Arbeitnehmer:				
brutto	7,0%	6,9%	5,2%	5,5%
netto	4,3%	5,6%	6,2%	5,8%

Die Preisentwicklung des privaten Verbrauchs sieht wie folgt aus:

4,6%	3,8%	2,6%	4,2%

Der Kapitalistenklasse ist es also gelungen, aus der Krise von 1974/75 ziemlich gut herauszukommen und mit Hilfe des aus Lohngeldern durch den Staat finanzierten Investitionsprogramms auch einen Investitionszyklus zustandezubringen, der immer noch anhält. Für 1980 wird noch mit einem realen Anstieg der Bruttoinvestitionen von 4,5% gerechnet. In diesen Investitionsplanungen stecken, wie auch in den USA, viele Investitionen zwecks Energieeinsparung und Umrüstung der industriellen Produktion und der gesellschaftlichen Reproduktion überhaupt von Ölbasis auf andere Energierohstoffe und Energiequellen. Diese Investitionen dürften aber die Überproduktionskrise eher verschärfen als dämpfen, weil ihre profitable Wirksamkeit die Vernichtung großer Kapitalmassen voraussetzt. Diese Investitionen könnten aber, gepäppelt mit







Streikkundgebung während der Septemberstreiks 1969 – Streiks im öffentlichen Dienst September 1973. Bild: 500 Mannheimer Müllarbeiter legten die Arbeit nieder – Mai-Kundgebung 1976 in Frankfurt.

Steuergeldern, ein Triebsatz werden, um erneut aus der Phase der Stagnation herauszukommen. Das muß man also im Auge behalten. Im Verlauf des Zyklus haben sich die Außenbeziehungen des westdeutschen Kapitalismus, der zunächst gerade mit einer Exportoffensive aus der Krise gekommen war, verschlechtert. Das Außenhandelssaldo hat sich wesentlich verkleinert, und das Finanzierungssaldo stand 1979 zum erstenmal seit 1965 mit fast 11 Milliarden im Minus. Das hängt mit dem Preisboom bei den Rohstoffen zusammen, aber auch z.B. damit, daß die USA 1979 ihre Ausfuhr nach der BRD gegenüber ihrer Einfuhr aus der BRD beträchtlich steigern konnten.

Bedingung dafür, daß die Kapitalistenklasse ganz gut aus der Krise von 1974/75 herausgekommen ist, war, daß es ihr gelungen ist, die Ausbeutungsrate in der Krise und danach ganz beträchtlich zu steigern und, wie vor allem die unterschiedliche Entwicklung der Brutto- und Nettolohn und -gehaltssumme der Jahre 1976 und 1977 zeigt, einen außergewöhnlich großen Teil der Lohngelder über den Staat einzuziehen und in Kapital umzuwandeln. Eine Zeit des Aufschwungs der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet für die Arbeiterklasse höchstens, daß sie ihre Ketten etwas vergolden kann. Auch dem waren durch den fortexistierenden Druck auf den Arbeitsmarkt enge Grenzen gezogen. Durchschnittlich haben die Arbeiterklasse und die Lohnabhängigen insgesamt jedoch ihren Verbrauch real seit 1977 etwas ausdehnen können. Welche Kämpfe das gekostet hat, weiß man, und man weiß auch, daß diese Ausdehnung des Verbrauchs keineswegs reichte, um die durch Intensivierung der Ar-
nung des Verbrauchs keineswegs reichte, um die durch Intensivierung der Ar-
beit und wachsenden Verschleiß ausgedehnten Reproduktionsbedürfnisse zu befriedigen. Zudem verwandeln sich laufend ehedem kostenlose Reproduktionsbedingungen in zu bezahlende, z.B. durch Ersatz der Kinderbetreuung in der Familie durch Krippe oder Fahrt ins Grüne etc.

Aber etwas vergoldet werden, wenn auch längst nicht für alle und wohl kaum für die schlechtbezahltesten Arbeiterschichten, konnten die Ketten. Dies einerseits und der steigende Verschleiß der Arbeitskraft in der Produktion andererseits bildet die materielle Grundlage für die wiederholten Versuche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, von Lohnforderungen auf qualitative Tarifforderungen umzusteigen, wie es auch die Basis bildete für die, wenn auch zunächst kraftlose, so doch große Popularität der Forderung nach der 35-Stundenwoche in den Jahren '77 und vor allem '78.

Aufgrund der Inflation und der Tatsache, daß sich die Bundesregierung dieses Jahr ein Steuererleichterungsmanöver sparen konnte, ist so gut wie sicher, daß die diesjährigen tariflichen Lohnerhöhungen, obwohl höher als die letztjährigen, sich im Lauf des Jahres als schlechter herausstellen werden. Der Vergoldungseffekt der Ketten der Lohnarbeit wird gänzlich schwinden, während die Kluft zwischen den durch den steigenden Verschleiß steigenden Reproduktionsbedürfnissen und den tatsächlichen Reproduktionsbedingungen sich weiter vergrößern wird. Das schafft Bedingungen für eine Verstärkung der Kampftätigkeit der Arbeiterklasse.

Für die Entwicklung der Klassenkampfsituation im Verlauf dieses und des nächsten Jahres wie auch für den Bundestagswahlkampf ist die weitere Entwicklung des Zyklus von Belang. Die Wirtschaftsinstitute rechnen mit einem Rückgang des Wachstums der kapitalistischen Produktion, nicht aber schon mit einer Rezession, wie sie krisenhafte Einbrüche beschönigend nennen. Betrachtet man den Gesamtverlauf des bisherigen Zyklus, dem seit 1978 ein Investitionszyklus zugrundeliegt, scheint es wahrscheinlich, daß es 1980 zu keinem krisenhaften Einbruch kommt, und sogar möglich, daß es 1981 nochmal zu einem kurzatmigen Aufschwung vor der Krise kommt. Entscheidend wird der weitere Verlauf des Zyklus von der Entwicklung der kapitalistischen Produktion in den USA abhängen, wobei sowohl die Bedingungen auf dem amerikanischen Markt wie die Bedingungen der amerikanischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt den Ausschlag für die Entwicklung der Lage in der BRD geben können. Die Wirtschaftspolitik der US-Regierung kann einen beschleunigenden Effekt auf die US-Entwicklung ausüben, wo sowieso schon – vorschnell – für Ende '79 mit einer Krise gerechnet wurde. Die USA hatten übrigens in den letzten Jahren, von 1975 bis heute, ihre längste ununterbrochene Wachstumsperiode seit Kriegsende. Auf dem Weltmarkt hat der US-Kapitalismus im letzten Jahr seine Stellung gebessert und trotz andauerndem Handelsdefizit seine Ausfuhr beträchtlich und schneller als seine Einfuhr gesteigert. Dies dürfte im wesentlichen der Effekt der ‚Dollaraggression' gewesen sein, die dafür aber allen imperialistischen Ländern die Öleinfuhren verbilligt hat. Die jetzige Wirtschafts- und Zinspolitik der USA zielt darauf ab, die Umwälzung des Produktionsapparates zu beschleunigen und in der Produktionssphäre selber die Bedingungen für die Kämpfe auf dem Weltmarkt zu verbessern. Die unvermeidliche Krise soll dazu genutzt werden. Dafür spricht, daß
zu genutzt werden. Dafür spricht, daß
auch in den USA die Investitionen noch auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Wahrscheinlich wird es eine Reihe von Bankrotten und eine intensive Konzentrationswelle in den USA geben, die durch die hohen Zinsen beschleunigt werden. Durch diese wird Geldkapital angezogen, das nicht nur zu einer Stabilisierung des Dollars auf dem Weltwährungsmarkt führen wird, sondern auch der Umwälzung des Produktionsapparates dienen kann, sobald dann die Zinsen wieder sinken. Der ausländische Kapitalexport via Direktinvestitionen in die USA könnte durch die hohen Zinsen und durch den Aufwertungseffekt für den Dollar gebremst werden. Bei den Löhnen hat die amerikanische Kapitalistenklasse bereits gute Ausgangsbedingungen geschaffen, um zum Schlag gegen ihre Konkurrenten auf dem Weltmarkt auszuholen. Nicht in Dollar, sondern in Sonderziehungseinheiten gerechnet, sind die Lohnstückkosten in den USA in den letzten Jahren wesentlich langsamer gestiegen als in der BRD und in der EG überhaupt oder in Japan.

Zweierlei ist zu erwarten: daß die unvermeidliche Krise in den USA den europäischen Kapitalisten und den japanischen Kapitalisten zunächst den US-Markt verhagelt und daß die US-Imperialisten die Krise nutzen, um gegenüber ihren Konkurrenten auf dem Weltmarkt Vorteile im Produktionsapparat selber wie weiter bei den Lohnkosten zu erzielen, die dann den Export ihrer Konkurrenten nicht nur in den USA, sondern auf dem Weltmarkt überhaupt treffen würden. Der US-Markt machte 1978 an den gesamten Ausfuhren des BRD-Imperialismus 8,9% aus. 1979 nur noch 7%. 48% machten 1979 die Ausfuhren in die EG aus, 5,1% der Ausfuhren in den RGW, darunter 2,1% die Ausfuhr in die SU. Die Handelsbilanz mit Nordamerika wurde aufgrund der steigenden Einfuhren aus den USA sogar leicht passiv. Die Entwicklung der US-Wirtschaft hat ziemliche Bedeutung für den BRD-Imperialismus, direkt, aber auch indirekt über die EG. Im übrigen ist die BRD mit 4645 DM Ausfuhr pro Kopf ganz anders von der Ausfuhr abhängig als etwa die USA mit nur 1320 DM (1978). Dagegen ist das Bruttosozialprodukt pro Kopf in den USA um 7% höher als in der BRD (1976).

Um abzusehen, welche Bedeutung eine Stärkung des US-Konkurrenten für die BRD und die EG überhaupt hätte, soll man sich nochmal einige Ausgangsdaten in Erinnerung rufen: Nach wie vor sind die US-Kapitalisten die größte Handelsmacht auf dem Weltmarkt. Sie hielten 1978 einen Anteil von 11,2% an der Weltausfuhr. 1977 machte das Bruttosozialprodukt der USA, gemessen am gesamten Bruttosozialprodukt der westlichen imperialistischen Industrieländer, einen Anteil von 41% aus, das der EG insgesamt 34,8%, das der BRD 11,2%, das Japans 15%. Die USA hatten Ende 1978 mit 40,5 Mrd. US-Dollar allein in die Länder der Dritten Welt mehr Kapital exportiert, als die BRD-Imperialisten bis heute überhaupt Kapital ins Ausland exportiert haben. 1980 planen die in amerikanischem Mehrheitsbesitz befindlichen ausländischen Tochterfirmen von US-Konzernen, ihre Kapitalinvestitionen um 26% auf 48,4% Milliarden Dollar auszudehnen (NZZ, 10.4.80). Dabei sind die Töchter der amerikanischen Erdölkonzerne und der amerikanischen Automobilindustrie führend. 80% oder 36 Mrd. Dollar all dieser Investitionen entfallen auf die kapitalistischen Industrieländer, wobei die Investitionen in Kanada um 40% gesteigert werden sollen, die in Europa um 19% und sich auf 21,5 Mrd. Dollar belaufen sollen. Die Inve-
Mrd. Dollar belaufen sollen. Die Inve-
stitionen in den Ländern der Dritten Welt sollen um 30% gesteigert werden, davon wird mit 4,8 Mrd. Dollar der größte Teil in Lateinamerika investiert, 2,4 Mrd. Dollar in Asien und im pazifischen Raum, 1,4 Mrd. in Afrika und 1,8 Mrd. in den Mittleren Osten. Diese Investitionen, die die ausländischen US-Töchter 1980 weltweit tätigen wollen, machen immerhin ein Drittel aller Investitionen aus, die die kapitalistischen Unternehmen in Westdeutschland 1979 überhaupt getätigt haben.

Wenn die Entwicklung in der US-Wirtschaft in der EG und speziell in der BRD die Überproduktionskrise zum Ausbruch bringen sollte, dann wird die Umwälzung des Produktionsapparates in den USA und die weitere Steigerung der amerikanischen Ausfuhr wie auch die weitere Steigerung der amerikanischen Auslandsinvestitionen und Auslandsproduktion diese Überproduktionskrise verstärken.

Aus diesen Gründen, wie auch, weil heute keineswegs eine entsprechende Ausdehnung des Handels in die erdölfördernden Länder der Dritten Welt möglich sein wird wie in der Krise 1974/75 und danach, muß man nicht annehmen, daß die westdeutschen Imperialisten die krisenhafte Entwicklung ähnlich wie 1974/75 weitgehend durch eine Exportoffensive auffangen könnten. Egal, ob die Krise schon 1980 beginnt oder erst 81/82 eintritt, sie wird jedenfalls tiefer sein, und die Stagnation wird noch schwerer zu überwinden sein als nach der letzten Krise. Sowieso zieht die Verkürzung der Zyklen, die in der Nachkriegszeit festzustellen ist, eine immer längere Phase der Stagnation nach sich, weil durch die Verkürzung des Zyklus die Verdrängung von überschüssigem Kapital erschwert wird bzw. die Vernichtung von Kapital dem Gebrauchswert wie dem Wert nach desto größer ist.

In der Krise wird die Tendenz zur absoluten Verelendung erneut offen und verschärft zum Ausbruch kommen. Die Bourgeoisie wird die Krise mit den üblichen Mitteln zu steuern versuchen, mit der Hauptmethode Rausschmiß von Arbeitern, Verschärfung der Ausbeutung in der Produktion einschließlich Verlängerung des Arbeitstages und weiterer Ausdehnung der Schichtarbeit, um die Mehrwertmasse zu erhöhen und die Profitrate durch Senkung des fixen Kapitalanteils zu erhöhen. Das wird Angriffe auf Tarifverträge und auf Betriebsvereinbarungen beinhalten. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird die Verteidigung dagegen erschweren. Über den Staatsapparat wird die Umleitung von Lohngeldern in die Hände der Finanzbourgeoisie verstärkt werden, was sich schon abzeichnet in der gegenwärtigen Debatte, ob und wie denn überhaupt bei den Steuern 1981 gelockert werden könnte. Die Inflation wird gerade in der Krise und in der unmittelbar folgenden Phase der Stagnation ihren Höhepunkt erreichen. Die Widersprüche zwischen der EG und den USA wie auch innerhalb der EG werden sich verschärfen, was von seiten des US-Imperialismus mit einer verstärkten Konfrontation gegenüber dem Vordringen der sowjetischen Sozialimperialisten Hand in Hand gehen wird. In der BRD könnte das Liebäugeln mit einem Allianzwechsel sich verstärken (Osthandel; u.a. wegen der drohenden Krise in den USA laufen sich die westdeutschen Kapitalisten in Moskau die Füße wund wegen Aufträgen für den nächsten 5-Jahres-Plan). Auf all diese Entwicklungen muß man sich jedenfalls gefaßt machen. Sie werden zunehmend von der Arbeiterklasse revolutionäre Antworten verlangen.

Es scheint möglich, daß der Zyklus noch nicht 1980 in Krise und Stagnation übergeht, und es ist nicht mal sicher, daß 1981 nicht noch mal eine Erholung eintritt. Sicher scheint aber, daß sich schon in diesem Jahr der Klassengegensatz nicht nur verschärft, sondern daß er offener zutagetreten wird.

Achten müssen wir besonders auf die Felder, die wir in dem Beschluß zu den Bundestagswahlen (1) hervorgehoben haben, achten müssen wir auf die Entwicklung der Inflation. Wir brauchen nicht von einer drohenden Krise zu wettern. Wie stets reicht es, alle Anzeichen der krisenhaften Entwicklung rechtzeitig zu erkennen und vor der Arbeiterklasse und den Volksmassen nicht nur offenzulegen, sondern auch in ihren Ursachen und Konsequenzen zu erklären. Im Kopf sollten wir behalten: Noch befinden wir uns nur in einer Phase der relativen Labilität. Es sieht so aus, daß sie in absehbarer Zeit zu Ende geht. Das erste zu vergessen, würde zu linken Fehlern führen, das zweite zu vergessen, würde unvermeidlich zu rechten Fehlern führen. Gegenwärtig sind linke Fehler gefährlicher und rechte Fehler besonders naheliegend. Ändert sich die Lage, werden linke Fehler naheliegen, rechte Fehler aber besonders gefährlich werden.

Diese Bemerkungen sollen erleichtern, die Lage zu verstehen, in der wir den Wahlkampf führen werden.

Frankfurt/M., den 12. April 1980

(1) Diese Felder sind: Die Arbeitsgesetzgebung, die Versicherungsgesetzgebung, die Rentengesetzgebung, die Steuergesetzgebung, die Schulpolitik, die Außenpolitik.



Streik der Metallarbeiter in Baden-Württemberg 1971 – Die Gewerkschaft HBV führt wirksame Aktionen durch.





1.4.1980. Agitation beim Rekruteneinzug.





1952 und 1978. Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag.

1980. Kampf gegen NATO und für einen Friedensvertrag

Bauindustrie: *17.2. Westberlin.* Fast alle Beschäftigten der Internationalen Bauaustellung haben einen offenen Brief an die Besatzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich unterschrieben, in dem sie die Einstellung jeglicher Übungen der Besatzertruppen fordern.

Metallindustrie: *15.12.79 Düren.* Die DGB-Kreisjugendkonferenz spricht sich gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen aus · *28.2. Nürnberg.* 12 Lehrlinge und Umschüler der Berufsschule II Metall schreiben in einem Leserbrief an „metall": „... Wir halten es für richtig, wenn in Westdeutschland die Gewerkschaft für einen Friedensvertrag eintritt, den es seit 35 Jahren nicht gibt, sowie den Abzug aller Besatzungstruppen aus Ost- und Westdeutschland sowie Westberlin verlangt und den Austritt aus den Militärbündnissen, die von den Supermächten beherrscht werden." · *10.3. Fürth.* Leserbrief von zwei Arbeitern der Firma Leistritz an „metall": „... Fast 35 Jahre nach Kriegsende gibt es immer noch keinen Friedensvertrag, die BRD ist praktisch ein besetztes Land ... die DGB-Gewerkschaften sollten deshalb unbedingt den Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag aufnehmen, sowie für den Abzug aller ausländischen Truppen aus der BRD und der DDR und den Austritt aus allen Militärbündnissen, die von den Supermächten beherrscht werden ..." · *8.3. Dingolfing.* 200 Teilnehmer einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag sprechen sich gegen die Nachrüstungsbeschlüsse aus · *7.3. Nürnberg.* Leserbrief von 7 Lehrlingen der Firma Diehl: „... Die Gewerkschaft soltle sich dafür einsetzen, daß ein Friedensvertrag mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs abgeschlossen wird, daß die BRD aus allen Militärbündnissen austritt und die fremden Truppen aus Ost- und Westdeutschland abziehen."

Druckindustrie: *21.2. Westberlin.* Die Bezirksversammlung Charlottenburg/Moabit der IG Druck verabschiedet als Antrag an den Landesbezirkstag: Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen · *27.2. Frankfurt.* Die Delegiertenhauptversammlung des Ortsvereins Frankfurt spricht sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der BRD aus · *16.2. Westberlin.* Bundesjugendkonferenz erklärt sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa.

Chemieindustrie: *1.4. Hamburg.* Vertrauensleutekörper der Hamburger Aluminium Werke zum 1. Mai: Abschluß eines Friedensvertrags mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs.

Öffentliche Dienste: *5.4. Wetzlar.* AjLE-Initiative zum 1. Mai: Keinerlei Erhöhung des Militärhaushalts zwecks „Nachrüstung". Abschluß eines Friedensvertrags mit den vier Siegermächten des 2. Weltkriegs, der den Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, der DDR und Westberlin besiegelt · *Februar Westberlin.* Der Vorstand der GEW Kreuzberg fordert Einstellung aller Besatzermanöver in Westberlin · *6.4. Westberlin.* Der Vorstand der ÖTV-Betriebsgruppe des Bezirksamts Kreuzberg fordert in einem Brief an Bürgermeister Pietschker, daß weitere Kampfübungen der Alliierten unterbleiben · *18.4. Hannover.* Die Landesfachgruppe der GEW Niedersachsen hat folgenden Beschluß gefaßt und zur Empfehlung an die GEW-Gliederungen weitergegeben: Zur Vermeidung eines Krieges fordern wir: Keinerlei Erhöhung des Militärhaushalts zwecks „Nachrüstung", sondern Minderung der Militärausgaben – Abzug aller fremden Truppen aus der BRD, der DDR und Westberlin, um so die Blockfreiheit zu erreichen.

Handel und Versicherungen: *9.3. Trier.* Die Bezirksfachgruppe Versicherungen beschließt als Antrag an die Bezirkskonferenz: „... 1. daß die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik doch noch verhindert wird ... 3. daß ein endgültiges Verbot aller Atomwaffen auf der Erde erreicht wird." · *30.3. Westberlin.* Antrag der Betriebsgruppe Bolle an die Landesbezirkskonferenz: Gegen die weitere Aufrüstung der NATO, Rücknahme der Nachrüstungsbeschlüsse durch die Bundesregierung.
NATO, Rücknahme der Nachrüstungsbeschlüsse durch die Bundesregierung.

Außerdem: *8.3. Bremen.* DGB-Kreisjugendkonferenz: Gegen die Herstellung, Lagerung oder Anwendung von Atomwaffen, der Produktion der Neutronenwaffe und die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der BRD, für die Rücknahme der NATO-Beschlüsse · *20.3. Kiel.* Fachschaft Anglistik/Romanistik zum 1. Mai: Sofortiger Abschluß eines Friedensvertrags mit den Siegermächten des 2. Weltkriegs. Abzug aller Besatzertruppen aus Westdeutschland und Westberlin. Austritt aus der NATO und der EG · *26.3. Frankfurt.* Die Teilnehmer der Veranstaltung „Für die sofortige Freilassung der 17 Thüringer Arbeiter" im DGB-Haus beschließen, daß in den Gewerkschaften die Forderungen nach Abschluß eines demokratischen Friedensvertrags, Austritt aus der NATO und Warschauer Pakt, Auflösung der beiden Militärbündnisse weiter diskutiert und entsprechende Anträge an die Gewerkschaftstage gestellt werden müssen · *7.3. Bayreuth.* Bauern fordern Abbruch der Manöver der US-Besatzer · *2.4. Ulm.* Gemeinderat und Stadtverwaltung lehnen den Bau der Panzerstraße Tobeltal ab · *Februar Westberlin.* Ca. 800 Bewohner von Kreuzberg 36 fordern mit ihrer Unterschrift die Einstellung aller Besatzerübungen der US-Army.

35 Jahre nach Kriegsende immer noch kein Friedensvertrag

r.doz. Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan und der Botschaftsbesetzung im Iran hat sich die öffentliche Meinungsbildung in Presse, Rundfunk und Fernsehen deutlich in Richtung Schieben auf Kriegsvorbereitung gewandelt. Chauvinistische Strömungen in nennenswertem Umfang unter den Volksmassen zu erzeugen, ist der westdeutschen Bourgeoisie aber nach wie vor nicht gelungen. Eher kann man feststellen, daß die politischen Auseinandersetzungen über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Beseitigung von Kapitalismus und Imperialismus erneut einen Aufschwung nehmen. Ihren ersten, noch bescheidenen Niederschlag finden sie in diesem Jahr in Anträgen an Gewerkschaftstage, Beschlüssen zum 1. Mai, Leserbriefen in den Gewerkschaftszeitungen der IG Metall und der ÖTV zur Nachkriegsgeschichte, politischen Bewegungen gegen die Bundeswehr und Besatzertruppen. In den Auseinandersetzungen werden die Erfahrungen vieler Arbeiter mit der Nachkriegsgeschichte wieder lebendig.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurden mit allen auf Seite des faschistischen Deutschland kriegführenden Staaten Friedensverträge abgeschlossen, außer mit Deutschland selber. Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 war festgehalten außer mit Deutschland selber. Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 war festgehalten, daß ein zu errichtender Rat der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der USA, der Sowjetunion und Chinas „zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland" benutzt werden sollte, „damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird."

Die Verhandlungen darüber begannen erst im März 1947 auf der Pariser Außenministerkonferenz. Die USA traten für eine Zentralverwaltung aus den Ministern der Länder ein und lehnten Wahlen ab. Wahlen, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzertruppen, das heißt eine gesellschaftliche Entwicklung in einem Land ohne Armee und große Polizeikräfte, ohne einen intakten Unterdrückungsapparat, fürchteten sie zusammen mit den deutschen Bourgeois zurecht. Die Sowjetunion dagegen forderte die Errichtung eines Konsultativrats aus Vertretern aller Parteien, Gewerkschaften und antifaschistischen Organisationen zur Ausarbeitung einer
Verfassung, auf deren Grundlage eine
Verfassung, auf deren Grundlage eine Zentralregierung gewählt werden könnte, die an der Ausarbeitung des Friedensvertrages beteiligt wäre. Die Konferenz wurde ohne Einigung auf November nach London vertagt.

Auf der Londoner Konferenz forderte die Sowjetunion erneut die Beteiligung Deutschlands an der Ausarbeitung des Friedensvertrages, zu dem alle vier Mächte innerhalb von zwei Monaten einen Entwurf vorlegen sollten. Die USA lehnten ab und empfahlen, einen Friedensvertrag als internationales Dekret zu diktieren. Zusammen mit den anderen Westmächten setzte sie schließlich den Abbruch der Konferenz durch, um Zeit zu gewinnen für die geplante Integration der Westzonen in ein westliches Militärbündnis unter ihrer Hegemonie. Triumphierend schrieb die New York Herald Tribune nach dem Abbruch der Konferenz: „Wir sind am Ende der Straße angelangt... Die Aufteilung Deutschlands wird freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Weststaaten einzubauen." (20.12.47)

Im März 1948 wurde auf einer Separatkonferenz der drei westlichen imperialistischen Mächte in London die Integration der Westzonen Deutschlands in ein westliches Militär- und Wirtschaftsbündnis beschlossen. US-Präsident Truman dazu: „... ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen, welche Bedeutung die Einbeziehung des deutschen Menschenpotentials für die Verteidigung Europas besitzt."

1949 wurde die BRD gegründet. Die KPD hielt in ihrem Programm fest: „Wir wollen den baldigen Abschluß eines gerechten Friedensvertrages, die Aufhebung des Ruhr- und Besatzungsstatuts und den Abzug aller Besatzungstruppen."

1951 schlug die DDR erneut die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen und die Vorbereitung eines Friedensvertrags vor. Adenauer aber lehnte ab, die SPD ebenfalls. Der „Weser-Kurier" schrieb dazu: „...das Resul-
tat dieser Einigkeit widerspricht –
tat dieser Einigkeit widerspricht – darüber kann keinerlei Zweifel herrschen – den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung"(16.1.51). Und die New York Herald Tribune: „Doch die Vereinigten Staaten wollen jetzt keine freien Wahlen in Deutschland, weil dies ihren Apfelkarren zum Umkippen bringen würde. Die Äpfel sind... die Europa-Armee mit ihren zwölf deutschen Divisionen und überhaupt die sorgfältig ausgearbeiteten Pläne für die westliche Integration."

1952 legte Stalin den Entwurf eines Friedensvertrags vor. Doch Adenauer unterzeichnete im selben Jahr den Generalvertrag und das Europäische Verteidigungsgemeinschafts-Abkommen, die die Integration der BRD in die Europäische Gemeinschaft besiegelten und die alliierten Vorbehaltsrechte mit Besatzungsstatut festschrieben. Der „Tagesspiegel" kommentierte am 4.5.52: „Der Generalvertrag ist notgedrungen ein Element des kalten Krieges. Er befähigt die Bundesrepublik nun auch zu größerer politischer Kraft, nachdem ihr zuvor größere wirtschaftliche Kraft (durch den Marshallplan) gegeben worden war. Damit wächst ihr Druck gegen den Eisernen Vorhang, und damit wird sie instandgesetzt, den ihr von vornherein zugedachten Zweck eines Sturmtrupps... für die Befreiung der Sowjetzone besser zu erfüllen."

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte jedoch am Einspruch Frankreichs, und am 9.Mai 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei. Die SPD versuchte 1959 in ihrem Deutschlandplan noch einmal, in Richtung europäisches Verteidigungssystem tätig zu werden, mußte aber dort die Forderungen nach einem Friedensvertrag, Austritt aus NATO und Warschauer Pakt und Abzug aller Besatzungstruppen aufnehmen, die in der Arbeiterbewegung nach wie vor populär waren. Ihr Versuch, sich in den folgenden Jahren weiter als Friedenspartei zu profilieren, ist jedoch mittlerweile mit der Durchpeitschung der
le mit der Durchpeitschung der
NATO-Nachrüstungsbeschlüsse auf dem Westberliner Parteitag Dezember letzten Jahres so ziemlich hinüber.

Heute, 35 Jahre nach Kriegsende, gibt es immer noch keine Friedensregelung mit den beiden deutschen Staaten und Westberlin. Sie müßte die Frage des Militärbündnisses der BRD und der DDR notgedrungen aufwerfen und würde ohne Frage große politische Auseinandersetzungen hervorrufen, deren Ausgang für die westdeutsche Bourgeoisie, den US-Imperialismus und die imperialistisch gewordene Sowjetunion völlig unkalkulierbar ist.

Westberlin: Dreiste Manöver der Besatzertruppen

r.stc. Seit dem großangelegten Herbstmanöver 79, das die Besatzer zum Teil gemeinsam durchgeführt hatten, ist ihre Manövriertätigkeit nicht abgerissen. Die Manöver, die während des Winters und seit Frühjahrsbeginn abgehalten wurden, fanden ihre Zuspitzung in dem von allen drei Besatzungsmächten gemeinsam durchgeführten Frühjahrsmanöver „Morne Eagle", das vom 9. bis zum 11. April stattfand. Zweck dieses Manövers war, Kooperation, Einsatzbereitschaft und Reaktion zu testen. Um die Kooperation zu testen, war zuvor am 1. und 2. April von den drei Besatzungsmächten das Fernmeldemanöver „Rende 18" durchgeführt worden. Es sollte vor allem der Übereinstimmung der Logistik dienen. In den Außenbezirken wurden drei Kontrollpunkte eingerichtet und auf einem innerstädtischen Gebäude Sende- und Antennenanlagen errichtet. Es kam vor allem darauf an, daß sich die Soldaten sowohl auf englisch als auch auf französisch verständigen konnten.

Das Frühjahrsmanöver, das dann vom 9. bis zum 11. April abgehalten wurde, wurde im Grunewald, im Wedding, in Tiergarten, auf dem Flughafen Tempelhof und in dem noch im Bau befindlichen U-Bahnhof Jungfernhaide durchgeführt. Bis auf den Grunewald waren es alles innerstädtische Bezirke, die vornehmlich für Häuserkampfübungen dienten. Es war das erste Mal seit zehn Jahren, daß die drei Besatzungsmächte gemeinsam an einem Manöver teilnahmen; das Hauptquartier hatten sie kurzerhand im Rathaus Wilmersdorf eingerichtet. 2500 Soldaten waren an dem Manöver beteiligt. Es wurden Panzer und Hubschrauber eingesetzt; die Haubschrauber dienten vor allem dem schnellen Transport von Soldaten aus den Außenbezirken in die innerstädtischen Bereiche. So wurde z.B. das 2. Bataillon der US-Besatzer per Hubschrauber von Zehlendorf zum Flughafen Tempelhof geflogen. Die Franzosen setzten zum ersten Mal ihren neuen Panzer MAX 30 ein, den sie eigens für dieses Manöver hatten nach Berlin kommen lassen. Die Amerikaner ließen zwei Kompanien aus Westdeutschland einfliegen sowie eine Hospitaleinheit.

Da die Besatzer nach eigenen Angaben Westberlin im Falle eines Angriffes von außen bis zu 24 Stunden halten können, ist ein reibungsloser Nachschub von Waffen und Menschenmaterial für sie sehr wichtig. Da die Besatzer nicht nur mit einem von außen angreifenden Feind rechnen, sondern auch mit breitem Widerstand seitens der Volksmassen, setzten sie ein Hauptgewicht ihres Manövers auf innerstädtische Häuserkämpfe. Ein Schwerpunkt dieser Übungen war die „Eroberung von Widerstandsnestern anonymer Angreifer in einzelnen Häuserblocks und in U-Bahnhöfen."

US-Stadtkommandant Richardson ließ zu den Manövern im „Abend" verlauten, daß es, wenn es losginge, schließlich auf Westberlin ankäme. Wo die Schwierigkeiten vor allem dabei liegen, beklagte jüngst der Regierende Bürgermeister Stobbe, als er von einer dringend notwendigen Verbesserung des Kontakts der „Schutzmächte" mit der Westberliner Bevölkerung sprach. Ins Auge gefaßt ist dazu ein „Volks"lauf im Herbst, an dem sich sowohl Westberliner Politiker als die Alliierten beteiligen sollen.